Kosiek

JENSEITS DER GRENZEN

JENSEITS DER GRENZEN

Veröffentlichungen
aus Hochschule, Wissenschaft und Forschung
Band XII
Herausgegeben von Wigbert Grabert

Rolf Kosiek

JENSEITS DER GRENZEN

1000 Jahre Volks- und Auslandsdeutsche

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

Gesamtherstellung: Kölle-Druck GmbH, 4994 Preußisch Oldendorf
Schutzumschlag: Creativ GmbH, Stuttgart
Veröffentlichte Bilder im Bildteil: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, DVG-Bild-Archiv, Aufnahmen des Verfassers
Überarbeitete Auflage von „Deutsches Land in fremder Hand",
DVG-Verlag, Rosenheim 1982

Meiner Frau Christa in Dankbarkeit

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kosiek, Rolf
Jenseits der Grenzen: 1000 Jahre Volks- und Auslandsdeutsche / Rolf Kosiek
2., überarbeitete Auflage – Tübingen: Grabert, 1987
(Veröffentlichungen aus Hochschule, Wissenschaft und Forschung; Bd. 12)
1. Aufl. in d. Dt. Verl.-Ges. Rosenheim
1. Aufl. u. d. T.: Kosiek, Rolf: Deutsches Land in fremder Hand
ISBN 3-87847-087-8

© 1987 by Grabert-Verlag, Tübingen
Printed in Germany
Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

Das Verhalten eines Menschen oder Volkes
angesichts einer Rechtskränkung
ist der sicherste Prüfstein seines Charakters.
Rudolph v. Ihering, 1872, Wien

VORWORT

Seit den Anfängen des Volkes haben Deutsche auch jenseits der jeweiligen Staatsgrenzen gelebt. Fast ein Jahrtausend lang gibt es deutsche Volksgruppen innerhalb der Nachbarvölker. Bauern und Bürger aus dem ganzen deutschen Sprachraum sind, insbesondere im Osten und Südosten Europas, von den Herrschern ins Land gerufen worden: zur Verteidigung gefährdeter Grenzen wie in Siebenbürgen, zur Sicherung der Christianisierung wie im Ordensland, zur Gründung von Städten wie im südlichen Polen, zur Kultivierung brachliegender fruchtbarer Böden wie in der Ukraine und an der Wolga. Manche dieser Volksgruppen haben im Laufe der Jahrhunderte schwere Schicksalsschläge überstanden, viele Grenzlanddeutsche wurden in den beiden letzten Generationen nach den großen Kriegen in Europa zu Volksdeutschen, manche deutsche Siedlung wurde zerstört, über einige dieser Gebiete hat sich nahezu ein Schleier des Vergessens gelegt.

Nach Jahren der Verdrängung der Geschichte und der Vernachlässigung des Geschichtsbewußtseins wächst das Interesse an der Vergangenheit wieder, vor allem auch in der Jugend. Doch bei den Darstellungen der deutschen Geschichte wird meist die verhältnismäßig große Gruppe der Volks- und Auslandsdeutschen gar nicht oder nur sehr wenig beachtet, so daß insbesondere die jüngere Generation von diesem wesentlichen Teil des eigenen Volkes kaum etwas weiß. In dankenswerter Weise bemüht sich seit einigen Jahren der „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) wieder, mehr Verständnis für die Deutschen jenseits der Grenzen zu wecken, und er hat in seinem dreibändigen Werk „Wege und Wandlungen – Die Deutschen in der Welt heute" wertvolles Material zur Lage des gegenwärtigen Auslandsdeutschtums veröffentlicht. Die Wiener Eckartschriften haben sehr empfehlenswerte kleine Einzeldarstellungen zur Geschichte der einzelnen volksdeutschen Gebiete herausgebracht.

In Ergänzung dazu möchte dieses Buch im Zusammenhang dem Schicksal der verschiedenen deutschen Volksgruppen im Ausland, der durch neue Grenzziehungen ausgegliederten Grenzlanddeutschen, der Pioniere in den ehemaligen Kolonien, der über die Meere Ausgewanderten nachgehen und ihr Geschehen bis in die Gegenwart verfolgen. Das Buch versucht aufzuzeigen, in welch hohem Maße deutsche Geschichte auch jenseits der jeweiligen Grenzen geschah und wie eng dabei die Verflechtung mit dem Kerngebiet war. Dieses Wissen gehört auch mit zur gegenwärtigen Aufgabe der Deutschen, ihre volkliche

Identität wiederzugewinnen, denn Deutschland ist nach wie vor größer als die Bundesrepublik und als Mitteldeutschland. Gerade die Geschichte der Volks- und Auslandsdeutschen kann den Blick für die Notwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft weiten, und dazu möchte dieses Buch etwas beitragen.
Zum anderen entsprang dieses Buch auch eigenem Erleben in Südtirol und Siebenbürgen, im Burgenland und an der Kärntner Grenze, im Elsaß und in Lothringen wie in Nordschleswig. Überall hatten die Deutschen jenseits der heutigen Grenzen ähnliche Fragen und Hoffnungen, waren die Älteren noch von den Idealen der Jugendbewegung für ein natürliches Gemeinschaftsleben geprägt und die Jüngeren mit bestimmten Erwartungen vom Reich erzogen worden. Sie verstanden aus der Ferne oft nicht, was in den deutschen Kernlanden geschah und was hier als neue Geisteshaltung vorherrschend wurde.
Und schließlich reiften in diesem Buch auch Früchte von Geschichtsstudien, denen ich mich neben dem Bemühen um die Naturwissenschaften während meiner Göttinger und Heidelberger Studentenzeit ausgiebig widmete und die ich auch während meiner Jahre als Hochschullehrer verfolgte.
Der Umfang des Gebietes und die Fülle des Stoffes machten strenges Auswählen unvermeidlich und verlangten das Setzen von Schwerpunkten. Gewisse Einseitigkeiten mögen deshalb nachgesehen werden, sie wurden meist bewußt so gewählt. Die besonders für die neuere Zeit teilweise widersprüchliche Darstellung der Fachwissenschaft und auch gegensätzliche Quellen wurden nach Möglichkeit berücksichtigt, ohne im einzelnen besprochen werden zu können.
Von Lesern der ersten Auflage erhielt ich einige wertvolle Anregungen, die ich gern berücksichtigte. Für weitere Hinweise, Verbesserungen und Ergänzungen sind Verlag und Verfasser sehr dankbar.

Nürtingen, am 15. August 1987

Dr. Rolf Kosiek

EINLEITUNG

Mitteleuropa mit offenen Grenzen

Die Geschichte Mitteleuropas ist seit mehr als einem Jahrtausend ein Kampf um die Behauptung seiner Grenzen. Nur nach Norden durch das Meer und nach Süden durch den Gebirgswall der Alpen einigermaßen natürlich abgegrenzt, bietet es nach Osten und Westen frei zugängliche Landschaften. Aber auch die Küsten der Nord- und Ostsee waren lange Zeit feindlichen Angriffen ausgesetzt oder teilweise für längere Zeiträume in fremder Hand, und die günstigen Quertäler der Alpen mit ihren verhältnismäßig niedrigen Paßhöhen ließen das Gebirge seit den Tagen der Vorzeit eher die Landschaften im Norden und Süden miteinander verbinden, als sie trennen.

Diese geopolitischen Tatsachen haben seit jeher das Schicksal der europäischen Mitte stark beeinflußt, und sie bildeten über viele Jahrtausende hinweg die immer gleichbleibenden Rahmenbedingungen der Geschichte, denen jede zeitgebundene Politik Rechnung zu tragen hatte. Eine Vernachlässigung dieser natürlichen Voraussetzungen mußte in der Vergangenheit und muß auch in Gegenwart und Zukunft verheerende Folgen für die davon betroffenen Menschen Mitteleuropas haben.

Mitteleuropa als Herz des vielgegliederten Erdteils war und ist auch der Bereich, in dem auf natürliche Weise die vielgestaltigen geistigen Strömungen des ganzen Kontinents aufeinanderprallen und ausgeglichen werden müssen. Hier schneiden sich die unterschiedlichsten Wirkungslinien unseres Erdteils. Das galt vor allem für die Zeiten, als die eigentliche Geschichte auf Europa beschränkt war oder als später die Geschicke der Welt von hier gelenkt wurden. Eine Fülle zusätzlicher Auseinandersetzungen hatte daher diese Lage zur Folge.

Die natürliche Mitte Europas hat darüber hinaus die ihr aus ihrer Lage ganz selbstverständlich zufließende Aufgabe, neben einem auch passiv möglichen Ausgleich eine aktive Verknüpfung zu bilden, Anregungen zu geben, empfangene Anstöße zu verarbeiten, zu läutern und dem allgemeinen Ganzen nutzbar zu machen. Diesen Zustand und diese Aufgabe für Deutschland beschrieb bereits der junge Leibniz 1677 in seinem Traktat über der deutschen Fürsten Supremats- und Gesandtschaftsrecht: „Wer sein Gemüt etwas höher schwinget und gleichsam mit Einem Blicke den Zustand von Europa durchgehet, wird mir Beifall geben, daß diese Teutsche Allianz (Bundesstaat) eines von den nützlichsten Vorhaben sei, so jemals zum allgemeinen Besten der Christenheit ein Werk gewesen. Das Reich ist das Hauptglied, Teutschland ist die Mitte von Europa. Teutschland ist vor diesem allen seinen Nachbarn ein Schrecken gewesen; jetzo sind durch seine Uneinigkeit Frankreich und Spanien formidabel geworden, Holland und Schweden gewachsen. Teutschland ist der Erisapfel, wie anfangs

Griechenland, hernach Italien. Teutschland ist der Ball, den einander die zugeworfen, die um die (Universal-)Monarchie gespielt; Teutschland ist der Kampfplatz, darauf man um die Meisterschaft von Europa gefochten. Kurz, Teutschland wird nicht aufhören, seines und fremden Blutvergießens Materie zu sein, bis es aufgewacht, sich gesammelt, sich vereinigt und allen Freiern die Hoffnung, es zu gewinnen, abgeschnitten haben wird."

Diese vor allem im geistigen Bereich der Mittellandschaft unseres Erdteils zufallende Pflicht als Lenker (Gubernator) ist von ihr in vielen Jahrhunderten erfüllt worden. Sie verband sich während langer Zeiten mit einer politischen Führungsrolle von der Herrschaft der Karolinger bis zum Beginn der Neuzeit, bis schließlich der Dreißigjährige Krieg mit seinem für Deutschland verheerenden Verlauf und Frieden für die nächsten Jahrhunderte in Mitteleuropa eine Machtleere schuf, die aufrechtzuerhalten fortan zu einem festen Prinzip der Politik der Nachbarstaaten wurde, das sich auch im Diktat von Versailles wie in Jalta und Potsdam wieder durchsetzte.

Zu diesen geopolitischen Gegebenheiten traten besondere Eigenschaften der Bewohner dieses Raumes. Seit den Zeiten der Vorgeschichte erwies sich Mitteleuropa mit seinen nördlichen und östlichen Randgebieten als ein Ursprungsherd großer indogermanischer Auswanderungen, als ein Mittelpunkt, von dem nach verschiedenen Richtungen im Laufe der Jahrtausende beträchtliche Menschengruppen auszogen, die dann durch Überlagerung in mehr oder weniger fernen Gebieten hohe Kulturen schufen. Als besondere Höhepunkte dieser immer wieder auftretenden Wanderwellen seien die indogermanischen Völkerzüge im zweiten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung, die germanische Völkerwanderung am Beginn des Mittelalters, die ostdeutsche Kolonisation im Mittelalter, die „Peuplierung" der östlichen Grenzlande unter den Preußenkönigen, die „Impopulation" im Donauraum unter Kaiserin Maria-Theresia und ihrem Sohn Joseph II. von Österreich und die Auswanderungsbewegung im 19. Jahrhundert erwähnt.

Neben die frühen Züge in weite Ferne, bis hin nach China und Indien, wo die indogermanischen Einwanderer allmählich im Laufe der Zeit aufgesogen wurden, traten dabei auch allmähliche Ausbreitungsbewegungen in steter Verbindung zum Kernland, wie die germanische Ausbreitung in den Jahrhunderten um den Beginn unserer Zeitrechnung aus Norddeutschland und Südskandinavien nach Süden und Westen und die mittelalterliche Besiedlung Ostdeutschlands, wobei es zu einer durchdringenden Germanisierung dieser Räume kam, aus denen sich, wie im Westen, die Vorbewohner, die Kelten und die sie beherrschenden Römer, vor dem germanischen Druck größtenteils zurückgezogen hatten, oder bei denen es sich, wie im Osten, um sehr dünn besiedelte Landschaften handelte, die, früher schon von Germanen bewohnt, in schwerer Kultivierungsarbeit zur Aufnahme einer viel dichteren bäuerlichen Bevölkerung veredelt wurden. Nicht als Eroberer, nicht als Kolonialherren, die andere Völker

ausbeuteten oder für sich arbeiten lassen wollten, kamen die Germanen oder später die Deutschen, sondern auf der Suche nach Bauernland, um zu roden, zu entwässern, anzubauen, um Kulturland zu schaffen und bodenständig zu werden, um eine neue Heimat für sich und ihre Nachkommen zu schaffen, weil die eigene Heimat zu eng oder klimatisch zu ungünstig geworden war. Seit dem frühen Mittelalter kam die Aufgabe der Verteidigung Europas gegen die Einfälle aus Asien hinzu, die im Abstand von wenigen Jahrhunderten immer wieder das Abendland bedrohten.

Das Geschick Mitteleuropas, und damit vor allem Deutschlands, ist somit sowohl von den ausgeprägten geopolitischen Bedingungen als auch von den kennzeichnenden Merkmalen seiner überwiegend germanischen Bewohner bestimmt worden. Diese beiden Elemente sind vor allem für die ungeheure Dynamik des Geschehens verantwortlich, welches das letzte Jahrtausend dieses Raumes kennzeichnet, auch unser Jahrhundert bestimmt hat und das ihn wesentlich von anderen Gebieten unterscheidet. Deutsche Geschichte ist daher zu einem erheblichen Teil Grenzlandschicksal. Große deutsche Leistungen galten oder entsprangen häufig den Grenzlanden. Auch für ein Verstehen von Gegenwart und Zukunft ist daher eine Betrachtung der deutschen Grenzlande aufschlußreich, in denen sich die Auseinandersetzungen am stärksten ausprägten.

So lohnenswert auch eine umfassende Beschreibung dieses Raumes seit den Zeiten der Vorgeschichte wäre, sollen im folgenden die Darstellungen sich doch im wesentlichen auf den geschichtlich greifbaren Abschnitt seit der Entstehung des deutschen Volkes beschränken, das seit dem Beginn des Mittelalters das Kernland Europas bewohnt. Gerade im Hinblick auf die in der Zukunft notwendigen Neuordnungen in Mittel- und Osteuropa sind diese geschichtlichen Tatsachen wieder sehr zeitnah geworden; denn ein Volk, das aus seiner Geschichte nicht lernt, muß seine Fehler wiederholen.

DIE ENTSTEHUNG DER DEUTSCHEN SPRACH- UND VOLKSGRENZEN

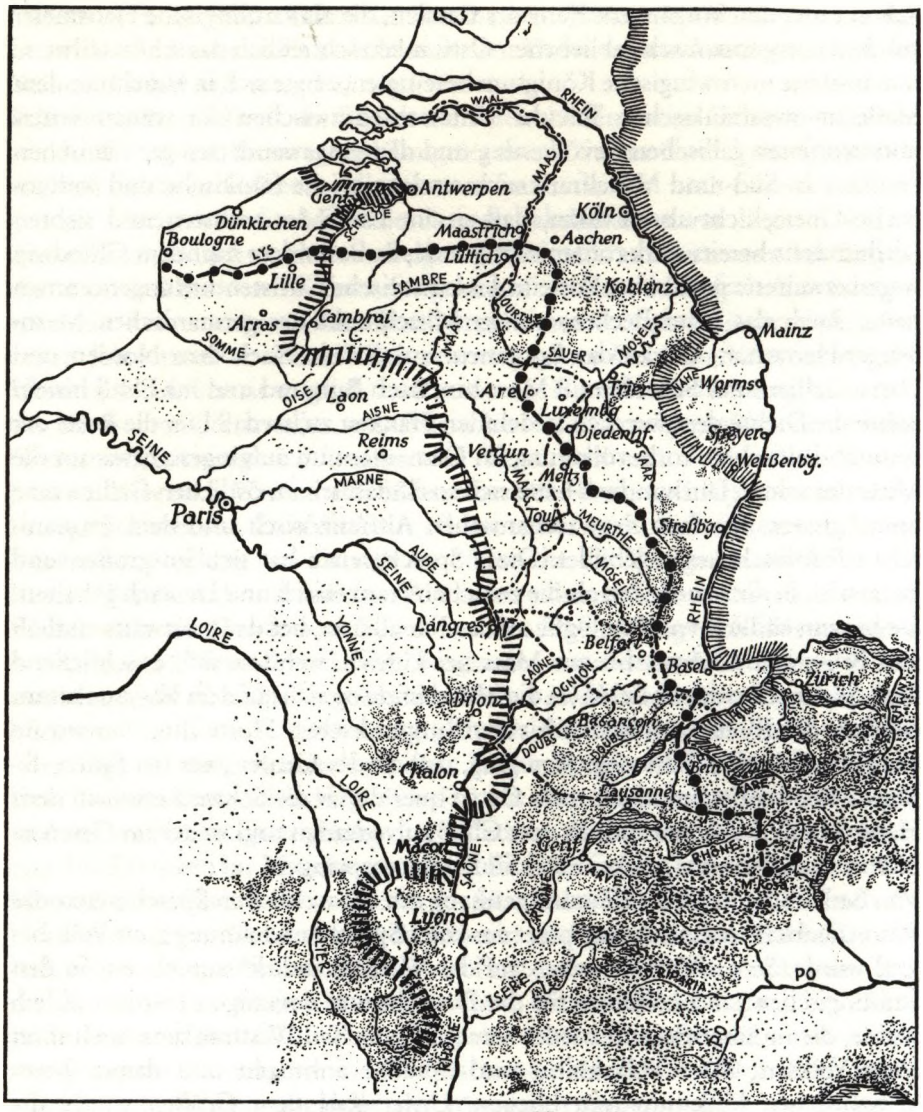
Die Entstehung der West- und Südgrenze

Die große germanische Völkerwanderung, die im wesentlichen die Zeit des vierten bis siebten Jahrhunderts umfaßte, hatte die Landkarte Europas grundlegend verändert, Siedlungsgrenzen verschoben, das verfallende römische Reich zum Verschwinden gebracht und die Ansatzpunkte zu neuer Staatenbildung geschaffen. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte bis zur Jahrtausendwende

bildeten sich die Wesenheiten der kommenden Nationalstaaten heraus, die bis heute das Bild unseres Erdteils bestimmen. Dabei entstand auch das deutsche Volk und schuf sich seine Grenzen.
Schon vor der Ankunft der Römer am Rhein hatten einige Germanenstämme wie die Eburonen, Treverer und Tungerer diesen Strom überschritten und sich westlich davon in Gallien niedergelassen. So wurde dem nach Gallien vordringenden Caesar um die Mitte des letzten Jahrhunderts vor Beginn unserer Zeitrechnung berichtet, daß die Belgier größtenteils aus Germanen bestünden, die vormals über den Niederrhein gekommen seien. Mehrfach übernahmen später die Römer während ihrer Besatzungszeit im westlichen Germanien in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung ganze Germanenstämme wie die Ubier und siedelten sie westlich des Rheines an. Nach der Erstürmung des Limes, des römischen Grenzwalles vom Rhein bis zur Donau gegenüber dem freien Germanien, breiteten sich Franken und Alemannen nach der Mitte des dritten Jahrhunderts nach Westen und Süden über den Rhein nach Gallien und in die heutige Schweiz aus. Etwa die Loire bildete später die südliche Grenze dichterer fränkischer Siedlung, an die sich im Süden die der Westgoten anschloß. Die Bayern (Bajuwaren) und östlichen Alemannen drangen hinter den abziehenden Römern über die Donau nach Süden und den Fluß entlang nach Osten vor und besiedelten Süddeutschland. Die Burgunder waren aus ihren Sitzen an der mittleren Oder über das Rheinland bei Worms an die obere Rhone gezogen und bildeten dort bis zur Unterwerfung durch die Franken ein Reich, das die Grundlage für die germanisch geprägte Kultur Burgunds im Mittelalter legte.
Dem Frankenkönig Chlodwig (481–511) aus dem Geschlecht der Merowinger und seinen Nachfolgern gelang die Gründung eines fränkischen Großreiches von den Pyrenäen bis Mitteldeutschland. Karl der Große (768–814) aus dem die Merowinger ablösenden Geschlecht der fränkischen Karolinger schuf durch die Unterwerfung der Sachsen und Bayern ein großgermanisches Reich, das alle bedeutenden germanischen Stämme des Festlandes umfaßte und mit seinen von den Franken kontrollierten Marken im Osten bis an die Oder und mit Einschluß Böhmens und der Ostmark entlang der Donau bis Belgrad reichte. Die Annahme der Kaiserkrone am Weihnachtstage des Jahres 800 in Rom kennzeichnete die Wiederaufnahme der römischen Imperiumsidee als Ordnung Europas unter germanischer Führung. Karl der Große als Schirmherr der Christenheit verkörperte den neu erstandenen universalen Gedanken des Reiches für das beginnende Abendland.
Daß dennoch damals und auch in späterer Zeit ein zentraler Staat Europa nicht entstand, beweist die Kraft der geopolitischen und bevölkerungsmäßigen Eigenarten dieses Gebietes, die sich schließlich auch gegen die umfassende und einigende Idee des Christentums durchsetzten und die kennzeichnende Vielfalt Europas erzwangen. Diesen Wirkungen verdankt auch das deutsche Volk seine Entstehung und die Herausbildung seiner Grenzen.

Schon unter den Vorgängern Karls des Großen, die als karolingische Hausmeier aus dem rein germanisch gebliebenen Ostfranken schließlich das schon teilweise romanisierte merowingische Königtum beseitigten, zeigte sich in zunehmendem Maße im westfränkischen Teil der Unterschied zwischen der romanisierten unterworfenen gallischen Bevölkerung und den eingewanderten germanischen Franken. In Süd- und Mittelfrankreich erwies sich die fränkische und westgotische Oberschicht als so dünn, daß sie im Laufe des sechsten und siebten Jahrhunderts bereits stark romanisiert wurde, insbesondere nachdem Chlodwig wegen erwarteter politischer Vorteile das katholische Christentum angenommen hatte. Auch das Seine-Becken, vorher Mittelpunkt der germanischen Merowinger-Herrschaft, fiel an das Romanentum zurück. Nach dem Norden und Osten Galliens zur Schelde und Maas hin, nach Burgund und ins Elsaß hinein nahm die Dichte der bäuerlich siedelnden Franken zu, so daß hier die Reste der römisch-keltischen Vorbevölkerung im Germanentum aufgingen. Etwa um die Mitte des achten Jahrhunderts hatte sich so allmählich im östlichen Gallien eine Sprachgrenze zwischen dem romanischen Altfranzösisch und dem germanischen Fränkisch herausgebildet. Diese Sprachgrenze hat sich im großen und ganzen bis in die neuere Zeit als die zwischen Französisch und Deutsch gehalten. Sie begann südlich von Boulogne an der Kanalküste, lief dann ostwärts südlich von Brüssel und Löwen bis zur Maas bei Lüttich, wendete sich anschließend nach Süden, überquerte bei Metz die Mosel und zog sich auf dem Vogesenkamm westlich des Elsaß nach Süden bis zur Burgundischen Pforte hin, von wo sie südwärts über den Schweizer Jura ging, östlich des Genfer Sees bei Sitten die Rhone überschritt, um dann nach Osten quer durch die Schweiz etwa auf dem Hauptkamm der Alpen südlich von Chur zu verlaufen und weiter im Osten in Südtirol noch einmal stärker nach Süden vorzuspringen.

Von Bedeutung ist, daß im Zusammenhang mit der westlichen Sprachgrenze das Wort „deutsch" entstand, das später aus einer Sprachbezeichnung zum Volksbegriff wurde. Seine Wurzeln gehen auf das Wort „theudisk" zurück, das in den karolingischen Jahrhunderten für die Bezeichnung derjenigen Franken üblich wurde, die im überwiegend wieder romanisierten Teil Westfrankens noch ihrer alten Volksart, ihrer Volkskultur und Sprache anhingen und damit ihrem germanischen Volkstum treu blieben. Unter Karl dem Großen wurde die lateinische Form „theodiscus" amtlich am Hofe benutzt, um angesichts des sich trotz der zentralen Reichsgewalt immer stärker zeigenden Unterschiedes zwischen der Wesensart West- und Ostfrankens den germanischen Anteil zu bezeichnen. Als im neunten Jahrhundert dann nach den Reichsteilungen unter Karls des Großen Enkeln das ostfränkische Teilreich unter König Ludwig dem Deutschen (843–876) selbständig wurde, ging dieses Wort, nun bald in der althochdeutschen Form „diutisk", in die Volkssprache über und bezeichnete die Gemeinsamkeit der inzwischen christianisierten Stämme der Franken, Sachsen und Friesen, Bayern, Schwaben und Lothringer, die später das deutsche



Westliche Sprach- und Reichsgrenze

●—●—● Die westliche deutsche Volks- und Sprachgrenze um 840

Westgrenze des fränkischen Mittelreiches von 843. Nördlich von Langres auch Westgrenze des Deutschen Reiches ab 880 bzw. 925, in der ganzen Länge ab 1033

Westgrenze des Ostfränkischen Reiches von 843 (nach Anrich 1939)

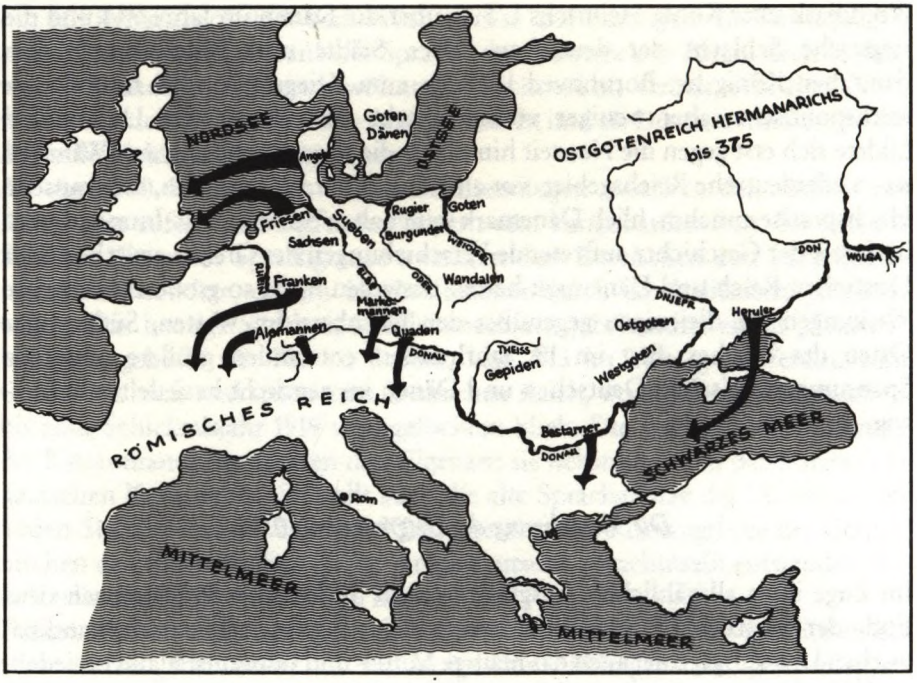
Kaiserreich bildeten. Wie auch später vieles Entscheidende entsprang der Begriff „deutsch" dem Grenzland.
Nachdem die fränkische Sprache, ein Teil des Althochdeutschen, zunächst weit bis nach Süd- und Mittelfrankreich mit der fränkischen Herrschaft gekommen war und wenige Jahrhunderte dort geherrscht hatte, wurde sie somit bis zu dieser sich um 750 bildenden endgültigen Sprachgrenze nach Osten und Norden wieder zurückgedrängt. Diese Sprachgrenze ist also eindeutig bereits eine Rückzugslinie des Germanisch-Deutschen. Wesentlich hatte zur Romanisierung der am weitesten nach Westen und Süden vorgedrungenen fränkischen Volksteile im Gefolge der Christianisierung die lateinische Sprache der Kirche beigetragen.
Nach 800 hörten die Romanisierungsbestrebungen von Westen her zwar nicht auf, konnten sich jedoch nicht mehr so großräumig wie vorher auswirken und blieben auf kleinere Verschiebungen der Sprachgrenze begrenzt, allerdings immer zu Lasten des Germanischen. Mit den Verträgen von Mersen 870 und Ribemont 880 über die Teilung des Frankenreiches bekam die Sprachgrenze im Westen durch die noch weiter westlich von ihr liegende politische Grenze des Reiches während des ganzen Mittelalters einen Schutz und bildete sich so zur Westgrenze unseres Volkes aus, deren westlicher Vorsaum noch tief von einer romanisierten, vormals zu wesentlichen Teilen auch fränkischen Bevölkerung gebildet wurde.
Die Südgrenze des deutschen Volksraumes hatte ein ähnliches Schicksal. Einzelne Germanenstämme waren schon vor der römischen Besetzung Süddeutschlands über die Alpen gezogen, wo südlich des Gebirges die indogermanischen, den Illyrern zugerechneten Räter unter römischer Herrschaft lebten. Nachdem dann bis ins dritte Jahrhundert die Donau von den Römern als Grenze gegen die von Norden andrängenden Germanen gehalten worden war, rückten nach Abzug der Römer die Bayern (Bajuwaren) im bayrischen Raum und westlich von ihnen die Alemannen (Schwaben) in den folgenden Jahrhunderten bis zu den Alpen vor und durch deren Quertäler bis auf die Südseite des Gebirges. Dabei wurden Teile der verbliebenen keltischen und der bereits durch die jahrhundertelange Römerherrschaft romanisierten rätischen Vorbevölkerung in Randgebiete abgedrängt oder aufgesogen. Nach der Landnahme der Langobarden in Ober- und Mittelitalien um 570 herrschte auch im südlichen Vorland der Alpen für wenige Jahrhunderte eine germanische Oberschicht, die allerdings zu dünn war, um sich gegenüber den Romanen auf die Dauer behaupten zu können, insbesondere nachdem nach der Zerstörung des Langobardenreiches 773 durch Karl den Großen die Selbständigkeit durch Anschluß an das Frankenreich verlorengegangen und die Christianisierung in katholischer Art erfolgt war. Obwohl sich vor allem im Adel das germanische Element, das noch lange Zeit während der Züge deutscher Kaiser nach Italien aus Deutschland verstärkt wurde, und im Patriziat der oberitalienischen Städte im ganzen Mittelalter bis

hin zur Renaissance stark bemerkbar machte und besonders die Kunst prägte, setzte sich dann die romanische Sprache des Italienischen durch, auch in dem von Germanen und Rätern bewohnten Welschtirol bis Verona, dem alten Bern, wo Theoderich der Große (493–526) geherrscht und als Dietrich von Bern in die deutsche Heldensage eingegangen war.
Ab etwa 590 fanden auch Auseinandersetzungen zwischen den südlich der Alpen nun aufeinandertreffenden Bayern und Langobarden statt, bis sich die Salurner Klause als Sprachgrenze zwischen dem Bayrischen und Langobardischen herausbildete, das im Hochmittelalter durch das Italienische abgelöst wurde. Das heutige Südtirol, seit dem sechsten Jahrhundert somit „deutsch" besiedelt, gehörte seit 788 zu Bayern, kam 843 im Vertrag zu Verdun zum Ostfrankenreich und später zum Deutschen Reich, wo es über ein Jahrtausend bis zum Schicksalsjahr 1919 unangefochten blieb. Die Ladiner, Nachkommen der Rätoromanen, bewahrten ihre Eigenart; sie bekannten sich dabei stets zum deutschen Kulturraum. So stellt auch die alte Sprachgrenze des Deutschen im Süden Südtirols an der Salurner Klause bereits eine Rückzugslinie des Germanischen dar, wobei südlich davon einige deutsche Sprachinseln entstanden, die sich teilweise bis in unsere Tage hielten.
Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich im Westen und Süden bis zum achten Jahrhundert als Nachfolge des Abklingens der germanischen Völkerwanderung im großen und ganzen die bis heute gültige deutsche Sprach- und Volksgrenze ausbildete. Um diese Zeit entstanden auch die neuen Nachbarvölker, Franzosen im Westen und Italiener im Süden, auf ehemals lange Zeit römischem Boden, geprägt von römischer Sprache und Kultur. Die so abgesteckten späteren Grenzen Deutschlands waren von bäuerlich siedelnden Germanen geschaffen, und diese nun seßhaft gewordene Bevölkerung überstand dann alle politischen Wirren der folgenden Jahrhunderte bis in die neuere Zeit. Zu so ausgeprägter und anhaltender Mischbesiedlung wie später im Osten kam es im Westen und Süden weniger. Die germanischen Volksinseln vor der westlichen und südlichen Sprachgrenze wurden im allgemeinen romanisiert, während verbliebene Teile der römisch-keltischen Vorbevölkerung innerhalb dieser Grenzen im Germanentum aufgingen, wenn sie auch schwerpunktsmäßig noch bis heute im Erscheinungsbild der einzelnen deutschen Landschaften festzustellen sind.
Im Norden bildeten Nordsee und Ostsee natürliche Grenzen des deutschen Volksbodens. Die schmale Landverbindung über Jütland mit Dänemark stellte nie eine strenge Abtrennung dar, da kein echter Unterschied zwischen Norddeutschen und Dänen bestand. Ursprünglich bildete Norddeutschland mit Südskandinavien den Bereich, aus dem die Germanen seit dem letzten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung sich langsam nach Süden über ganz Mittel- und Osteuropa ausbreiteten. Spätere entscheidende Auseinandersetzungen um die Grenze an Eider und Schlei von Karls des Großen Gründung der

Nordmark über König Heinrichs I. Sieg über die Dänen im Jahre 934 und die siegreiche Schlacht der deutschen Ritter, Städte und Bauern gegen den dänischen König bei Bornhöved 1227 bis zum Kriege von 1864 hatten zwar reichspolitische, aber weniger volkspolitische Bedeutung. Ein Unterschied bildete sich erst gegen die Neuzeit hin durch die Sprachtrennung aus. Während das niederdeutsche Reichsgebiet, vor allem nach der Reformation, die deutsche Hochsprache annahm, blieb Dänemark seiner alten Sprache treu. Immer wieder im Laufe der Geschichte auftretende Verschiebungen der Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark hatten deswegen nicht so große entvolkende Wirkungen wie diejenigen gegenüber den Nachbarn im Westen, Süden oder Osten des Reiches. Erst im 19. Jahrhundert entstanden größere nationale Spannungen zwischen Deutschen und Dänen im gemischt besiedelten Schleswig.

Die Verteidigung der Ostgrenze bis 1050

Im Zuge ihres allmählichen Ausgreifens nach Süden und Südosten seit dem Ende der Bronzezeit hatten die Germanen aus ihrem norddeutsch-skandinavischen Ursprungsgebiet auch das heutige Mittel- und Ostdeutschland besiedelt, und die Ostgermanen waren bis zum Beginn der eigentlichen germanischen Völkerwanderung um 375 entlang der Oder und Weichsel durch Polen, die Ukraine und Teile des Balkans bis ans Schwarze Meer gelangt, wo die germanischen Skiren und Bastarnen schon im zweiten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung als Siedler aufgetreten waren. Um 375 umfaßte das gotische Großreich König Hermanarichs alles Land östlich der Weichsel bis über die Wolga nach Osten hinaus und reichte damit von der Ostsee bis ans Schwarze Meer. Als der Hunnensturm dann um 375 die Ostgermanen aus ihren Siedlungsgebieten nach Westen warf, hatten sie schon Jahrhunderte im Osten gelebt, im Weichselraum bereits ein ganzes Jahrtausend. In der letzten Zeit vor diesem einschneidenden Ereignis des Einbruchs aus Asien lebten die Burgunder östlich der mittleren Oder im Warthe- und Netzegebiet, die Rugier in Pommern, die Vandalen in Schlesien, dem ihr Teilstamm der Silingen den Namen gab. Den Dnjestr hinab saßen die Goten, noch östlich von ihnen am Asowschen Meer die Heruler. Die Langobarden waren von der Weichselmündung bereits an die Elbe gezogen, und die Markomannen (Bayern) lebten in Böhmen. Ganz Ost- und Teile Südosteuropas, insbesondere der ganze Karpatenbogen, waren bis zur Völkerwanderung somit bereits jahrhundertelang germanischer Siedlungsboden.
Dem Ansturm der Hunnen ausweichend oder von ihnen als Hilfsvölker gezwungen, brachen die Ostgermanen größtenteils ab 375 nach Westen auf, zogen durch Mittel- oder Südeuropa, um dann teilweise auf fremdem Boden für



Germanen in Mittel- und Osteuropa bis um 375

einige Generationen eigene Reiche zu errichten, die dann nach Erlöschen oder Entartung der germanischen Führungsschicht durch Niederlagen oder Vermischung schnell untergingen. Alle germanischen Stämme östlich der Oder und der Alpen wurden von dieser Bewegung nach Westen erfaßt und ließen nur Teile ihrer Bevölkerung zurück. Um 870 wurden in fränkischen Berichten, in anderen Quellen bis Ende des 12. Jahrhunderts, noch Gepidendörfer im späteren Siebenbürgen erwähnt sowie gotische Sprachinseln in der Dobrudscha, die „unsere, das heißt die deutsche Sprache" (nostrum id est theodiscum sermonem) benutzten. Und noch weit bis ins Mittelalter und zum 17. Jahrhundert kam von den auf der Halbinsel Krim am Schwarzen Meer lebenden Goten Kunde nach Europa. Teilweise blieben noch lange Verbindungen zwischen den neugegründeten Germanenreichen in Südeuropa und der alten Heimat erhalten. So bat um die Mitte des fünften Jahrhunderts eine Gesandtschaft der in Schlesien zurückgebliebenen Vandalen ihre in Nordafrika lebenden Stammesgenossen, auf ihre früheren Besitzrechte in Ostdeutschland zugunsten der dort noch wohnenden Stammesbrüder zu verzichten, was jedoch von den Ausgewanderten abgelehnt wurde, damit sie sich die Möglichkeit der Rückkehr in ihre alte Heimat erhielten.

Im Verlauf der allgemeinen Westbewegung schoben sich die Bayern (Bajuwaren) von Böhmen und Mähren nach Süddeutschland und nach dem Abzug der

Langobarden, die in Niederösterreich und Pannonien von 490 bis 568 gesessen hatten, auch in die dadurch frei gewordenen Gebiete donauabwärts hinein. Durch das Land östlich der Wiener Pforte waren schon viele germanische Stämme von der Mährischen Senke aus gewandert und hatten Blutsanteile zurückgelassen. Reste der durchgezogenen Sueben, Rugier, Markomannen und Quaden, Langobarden und Vandalen, die von den Bayern im Donauraum noch angetroffen wurden, gingen in letzteren auf. Im Südosten stießen die Bayern auf die Slowenen, die von den ab 570 aus Asien vorrückenden Awaren nach Westen bis an die Ostalpen und deren Täler sowie nach Mähren gedrückt waren. Der Bayernherzog Tassilo I. mußte im Jahre 592 Tirol im Pustertal vor dem Einfall der Slowenen verteidigen. Um 675 erreichten die Bayern von Westen her den Wiener Wald und siedelten von dort allmählich zwischen den kurz vorher eingetroffenen Slowenen ins heutige Burgenland hinein. Als die Alpenslawen sich 748 mit Hilfe der Bayern von der harten Unterdrückung durch die Awaren befreien konnten, kamen auch die Ostalpen und das südliche Burgenland unter bayrischen Einfluß, und es begannen dort Christianisierung und bayrische Besiedlung bis hin zur Drau. 769 wurde Innichen im Pustertal, 777 Kremsmünster an der Traun vom Bayernherzog Tassilo III. gegründet.

Durch die Christianisierung des Westens und auch der Sachsen und Bayern lockerten sich die Bande zum heidnisch gebliebenen Osteuropa, das in den folgenden Jahrhunderten ziemlich geschichtslos blieb. Östlich der Elbe und Saale lebten heidnische Stämme, die später – wohl fälschlicherweise – als Elbslawen zusammengefaßten, wahrscheinlich germanischen Abodriten, Wilzen und Sorben oder Wenden. Karl der Große konnte seit 789 von der Burg Hobuoki an der Elbe aus nach Kriegszügen in den Osten von den dortigen Stämmen und in Böhmen und Mähren eine lose Anerkennung seiner Oberhoheit erreichen und seine Grenzmarken im Osten bis zur Oder und im Südosten nach siegreichen Kriegszügen, die bis über die Theiß hinausführten, gegen die Awaren von 791 bis 797 das Donauknie abwärts bis nach Belgrad und an die Drau vorschieben. Nach einem Aufstand der Awaren im Jahre 799 wurde ihr Reich auf einem neuen Kriegszug der Franken von 803 vernichtet, und ihre Reste wurden vom Kaiser in einem eigenen Awarengau im Burgenland bei Steinamanger angesiedelt. Karl der Große gründete zum besseren Schutz Bayerns gegen Osten 799 aus den Landschaften östlich der Enns die Ostmark, aus der später Österreich hervorging, sowie auf dem Gebiet der nach der Zerstörung des Awarenreiches gebildeten slowenischen Fürstentümer die Awarische Mark und die Pannonische Mark sowie im Süden die Mark Friaul bis zum Adriatischen Meer. Bayrische Siedler folgten bis an den Westrand der ungarischen Steppe einschließlich des Gebietes um den Plattensee im damaligen Pannonien, so daß das ganze Burgenland, auch sein Osten um Ödenburg und der Süden bis St. Gotthard, bereits im 9. Jahrhundert bayrisch besiedelt war.

Etwa gleichlaufend mit der Christianisierung erfolgte ebenso von Westen nach

Osten in der Zeit von 700 bis 1100 die Einführung der Dreifelderwirtschaft in Deutschland, die gegenüber der vorher in ganz Germanien üblichen Feldgraswirtschaft mit jahrelanger Brache der Felder eine wesentlich dichtere Bevölkerung ermöglichte und die Besiedlung vorher nicht benutzbarer Böden, insbesondere gerodeten Waldlandes, überhaupt erst gestattete. Dadurch wurden bislang bereits als „dichtbesiedelt" angesehene Gebiete plötzlich aufnahmefähig für ein Mehrfaches an bäuerlicher Bevölkerung. Den nach Osten mit der Dreifelderwirtschaft ziehenden Siedlern erschienen die vor ihnen liegenden Landschaften mit der alten Anbauweise als „leer".

Unter Karls des Großen Nachfolgern ging die Anerkennung der ostfränkischen Oberhoheit über die noch heidnischen Gebiete und der Einfluß auf die Grenzmarken bald wieder verloren. Elbe, Saale, Böhmerwald und Donau bis etwa zum heutigen Wien bildeten erneut die Ostgrenze für längere Zeit, östlich derer ein germanisch geführtes Großmährisches Reich für zwei Generationen entstand.

In den Jahren ab 895 wurde die deutsche Ostgrenze in zunehmendem Maße durch verheerende Einfälle der Ungarn, eines kurz vorher aus Asien über die Karpaten eingebrochenen Reitervolkes, bedroht, welches das Großmährische Reich vernichtete. Mehrfach wurden deutsche Heere, so im Jahre 900 bei Laibach und 901 das des Herzogs von Slawonien, von diesen vernichtet. Im Jahre 907 ging der gesamte bayrische Heerbann unter Markgraf Luitpold in der Schlacht bei Preßburg unter, wobei auch der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Freising und Säben-Brixen im Kampf gegen die Ungarn fielen. Die deutschen Niederlassungen und Missionsstätten des Burgenlandes und der Ostmark wurden zerstört, ihre Bevölkerung wurde weitgehend ausgelöscht. Für Jahrzehnte gingen Niederösterreich und Pannonien wieder verloren, und die Enns bildete erneut die Ostgrenze. Die beinahe jährlichen Kriegszüge der Ungarn führten bis nach Westfalen und nach Basel und weit ins südliche Gallien hinein, verheerten weite Landschaften und forderten große Verluste unter der bäuerlichen Bevölkerung. Ein halbes Jahrhundert litt Europa unter dieser Geißel aus der asiatischen Steppe.

Erst König Heinrich I. von Sachsen (919–936) bannte diese Gefahr aus dem Osten für einige Zeit durch einen Waffenstillstand und dann durch seinen Sieg über die Ungarn im Jahre 933 an der Unstrut, bis schließlich sein Sohn, Kaiser Otto I., der Große (936–973), durch seinen Sieg auf dem Lechfeld am 10. August 955 die Ungarn für immer aus dem Reiche vertrieb, was sie zur Seßhaftigkeit in Ungarn veranlaßte. Der Mönch Widukind von Corvey schrieb über diese für das ganze Abendland entscheidende Schlacht: „Und der Jubel des Volkes war mit Recht groß; denn eines solchen Sieges hatte sich in den letzten zweihundert Jahren noch kein König rühmen können." Zum erstenmal kämpften hier auch die Böhmen als eine „Legion" des Reichsheeres mit den christlichen Rittern unter dem deutschen Kaiser gegen den gemeinsamen Feind aus dem Osten. Nun

konnte die Ostmark bis Wien, die „orientalis marcha Baiariae", neu gegründet werden, die gegen die Ungarn, die auch im Wiener Becken saßen, eine „tief gestaffelte Sperrzone hinter der Enge der Wiener Pforte" darstellte, und auch die anderen karolingischen Marken im Südosten. Eine neue Besiedlung hob an.
Unter König Heinrich I. wurde auch der christliche Einfluß auf die östlich der Elbe und Saale lebenden heidnischen Stämme verstärkt. Ab 926 ließ er Burgen entlang der Elbe und Saale bauen und so die Reichsgrenze nach Osten sichern. Quedlinburg und Merseburg entstanden auf diese Weise. Auf einem Kriegszug 928/930 eroberten die Sachsen die Feste Brennaburg (Brandenburg) an der Havel. Als östlichster Punkt des Reiches sicherte die neu angelegte Burg Meißen an der Elbe die Sorbische Mark östlich der Saale, wo bald von Sachsen aus christianisiert und kolonisiert wurde. Durch einen Sieg bei Prag 929 brachte Heinrich I. auch Böhmen und Mähren wieder ans Reich, zu dem diese Gebiete seit Karls des Großen Zeiten schon mehrfach gehört hatten. Böhmens Herzog Wenzel ließ sich taufen, und sein Land sollte nun bis 1918 ein fester und wertvoller Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben. Vor allem von Regensburg aus vollzog sich in der Folgezeit schnell die Christianisierung Böhmens. Von Boleslaw II. (967–999) an hatten die böhmischen Herzöge, die Przemysliden, meist deutsche Frauen, so daß dieses Fürstengeschlecht völlig eingedeutscht wurde und auch deutsch empfand, verstärkt deutsche Siedler ins Land holte und später deutsche Städte gründete, insbesondere unter Ottokar II. (1253–1278), dem größten Herrscher dieses Hauses, der zeitweise vom Erzgebirge bis zur Adria regierte.
Kaiser Ottos I. Markgrafen Gero an der mittleren Elbe und Hermann Billung im Norden trugen kämpferisch die Ostpolitik des Kaisers, der selbst durch seine Italienpolitik lange Zeit im Süden festgehalten wurde. Im Jahre 939 eroberte Gero erneut die Brennaburg im Havelland und drang in den folgenden Jahren bis zur Oder vor. Ein allgemeiner Wendenaufstand gegen die Christianisierung und Beeinflussung von Westen wurde 955 von Otto I. in der Schlacht an der Recknitz in Mecklenburg niedergeschlagen. Markgraf Gero führte 963 einen weiteren Kriegszug bis weit über die mittlere Oder ins Warthegebiet durch, wonach sich der dortige Herzog Miseko I., der Nordgermane Dago, dem Kaiser unterwarf, fortan dessen Verbündeter wurde und mit den Sachsen später gegen die Wenden kämpfte, wobei er 992 vor Brandenburg fiel.
Etwa an dem Ort eines schon 805 von Karl dem Großen an der Elbe für den Warenaustausch mit den östlichen Völkern eingerichteten Handelsplatzes gründete Otto I. 968 das Erzbistum Magdeburg, damit von hier aus die Christianisierung der weiten Gebiete bis zur Weichsel, ja nach den weitreichenden Plänen des großen Kaisers bis Kiew, durchgeführt und alles neu erworbene Land kultiviert werden sollte. Dem Erzbischof von Magdeburg wurden die neu eingerichteten Bistümer Havelberg, Brandenburg, Merseburg, Zeitz und Meißen unterstellt sowie alle in Zukunft zu christianisierenden Gebiete im Osten,

während das 973 auch von Otto I. gegründete Bistum Prag mit ganz Böhmen und Mähren zum Erzbistum Mainz kam. Von Magdeburg aus wurde noch 968 das Missionsbistum Posen auf Misekos I. Gebiet im Einvernehmen mit ihm gegründet und mit Deutschen besetzt. So wurde Magdeburg zum politischen Bollwerk und Ausgangspunkt für den deutschen Osten und strahlte in der Folgezeit lange bis weit in das spätere Polen und Rußland hinein deutschen Geist und abendländische Gesittung aus.
Unter den jugendlichen Kaisern Otto II. (973–983) und Otto III. (995–1002) und der zwischenzeitlichen Regentschaft ging ein großer Teil der neuen Erwerbungen und Missionsniederlassungen wieder verloren, vor allem bei dem großen Wendenaufstand ab 982 nach italienischen Niederlagen des jungen Otto II. Die Elbe wurde praktisch wieder die Ostgrenze des Reiches. Besonders verhängnisvoll wirkte es sich dann für das Reich aus, daß der junge wirklichkeitsferne Kaiser Otto III. gegen den Widerstand des deutschen Bischofs von Posen im Jahre 1000 auf einer Wallfahrt zum Grabe seines kurz vorher im Preußenland ermordeten Freundes, des Bischofs Adalbert von Prag, das Erzbistum Gnesen stiftete, dem dann das ältere Bistum Posen sowie die nun gegründeten Bistümer Kolberg, Breslau und Krakau unterstellt wurden. Damit wurde die Grundlage für eine eigenständige polnische Kirche gelegt und das neu christianisierte Gebiet im Osten dem bisherigen Einfluß des deutschen Erzbistums Magdeburg entzogen. Die weitere Bedeutung Magdeburgs für die Ostbewegung wurde dadurch entscheidend geschwächt. Später stellte sich im Mittelalter das Erzbistum Gnesen immer gegen Kaiser und Reich auf die Seite des Papstes, und die von Gnesen geleitete Kirche wurde in späteren Jahrhunderten zu einem Helfer der Polonisierung in den ihr unterstellten deutsch besiedelten Landschaften des Ostens. Ähnlich verhielt es sich im Südosten, als im gleichen Jahre 1000 in Gran an der Donau ein ungarisches Erzbistum und 1009 ein ungarisches Bistum Raab errichtet wurden, die damit die Ausstrahlung des Erzstiftes Salzburg und der Bistümer Passau und Regensburg auf die Donauländer abschnitten.
Der inzwischen mächtig gewordene Herzog Boleslaw der Kühne (Chrobry), Sohn Misekos I. und mit der deutschen Markgrafentochter Oda von Meißen verheiratet, besetzte in den Notzeiten des Reiches unter den jugendlichen Ottonenkaisern von Osten her die Lausitz, bedrohte Meißen und eroberte Böhmen. Erst Kaiser Heinrich II. von Sachsen (1002–1024) konnte ihn nach langwierigen Kämpfen im Frieden von Bautzen 1018 zur Herausgabe eines Teiles der inzwischen weitgehend eingedeutschten Länder und zur Huldigung bringen. Der erste Salierkaiser Konrad II. (1024–1039) gewann dann die restlichen Gebiete zurück und konnte die Grenzmarken Ottos I. wieder sichern. Auf Boleslaws Testament mit einem Großpolen von der Ostsee bis zur Ukraine und bis zur Oder und Neiße im Westen beriefen sich in der Folgezeit bis heute polnische Nationalisten.
Unter Kaiser Heinrich III. (1039–1056) reichte der deutsche Einfluß nach

schwierigen Kriegszügen, die von 1042 bis 1044 durch das sumpfige deutsch-ungarische Niemandsland bis in die ungarische Tiefebene führten, dann bis nach Ungarn, dessen König den Lehnseid ablegte, so daß alle christlichen Länder Osteuropas dem großen Salierkaiser huldigten. Die von den Madjaren inzwischen bis an die Leitha nach Westen zurückgedrängte politische deutsche Ostgrenze, die Ungarn und Österreich als solche dann 1043 anerkannten, wurde allerdings nicht wieder auf ihre frühere östlichere Lage aus karolingischer Zeit vorgeschoben. Das östlich von ihr gelegene Gebiet blieb trotz inzwischen wieder stark eingesetzter deutscher Besiedlung bei Ungarn, das Burgenland noch lange ein oft umkämpftes Niemandsland. Der dann bald beginnende Investiturstreit mit dem Papst hielt die deutschen Kaiser anschließend von weiterer fruchtbarer Ostpolitik ab.

Der Beginn der Ostkolonisation im Südosten

Der bayrische Stamm hatte sich, später durch die Awaren- und Ungarneinfälle behindert und zeitweise zurückgedrängt, ab etwa 500 beiderseits der Donau nach Osten und Süden hin ausgebreitet, durch die Alpentäler auch bis zum Südrand des Gebirges und nach Osten über den Wiener Wald hinaus in das Burgenland bis zum Plattensee. Ödenburg galt schon um 860 als deutsches Gebiet. Großen Anteil an der Landnahme der Bayern in den von Karl dem Großen gegründeten Marken, der Ostmark, der Awarischen, Pannonischen und Friauler Mark, hatte die Missionsarbeit der Bistümer Regensburg und Passau sowie des Erzbistums Salzburg. Die Drau wurde damals schon südöstliche Grenze deutscher Besiedlung mit eingeschlossenen slowenischen Niederlassungen. Aus dem Jahre 996 wird zum erstenmal der verpflichtende Name Ostarrichi für die bayrische Ostmark überliefert, der sie über die anderen Marken erhob und auf die kommende Bedeutung dieses Landes, des späteren Österreichs, hinwies. Zunächst hatte der Markgraf der Ostmark in Melk, vom 11. Jahrhundert an in Wien seinen Sitz, das 1137 Stadtrechte erhielt. Bereits 976 war Kärnten als selbständiges Herzogtum von Bayern abgetrennt worden. Von Kärnten wurde dann 1040 im Süden die 973 errichtete Mark Krain mit vorwiegend slowenischer Bevölkerung und 1180 als Herzogtum die 1053 als „östliche Mark von Kärnten" selbständig gewordene Steiermark abgesondert. In der Südsteiermark entstand schon vor 1209 Marburg an der Drau als deutsche Stadt. Im Jahre 1156 wurde auch Österreich selbständiges Herzogtum mit besonderen Vorrechten unter dem Babenberger Heinrich Jasomirgott. Am Wiener Hof der Babenberger blühte der Minnesang wie sonst wohl nur in Thüringen, und die großen Meister der Volksepen mit dem Stoff aus der Völkerwanderungszeit kamen in dieser Zeit vorwiegend aus den östlichen und südöstlichen Marken. Das tüchtige Mark-

grafen- und spätere Herzogsgeschlecht der Babenberger vereinte allmählich den ganzen Südostraum und konnte ihn zusammenhalten, als im Reich die anderen Herzogtümer langsam zerfielen. Für 270 Jahre trug dieses Fürstenhaus von 976 an die deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit im Südosten und schuf sich damit ein immerwährendes Denkmal.
Damit begann im Südosten die deutsche Ostkolonisation am frühesten. Durch die Ungarneinfälle schien zunächst alles wieder in Frage gestellt zu sein. Doch schon zwei Jahrzehnte nach der Schlacht auf dem Lechfeld nahmen die inzwischen im Donau-Tiefland ansässig gewordenen Ungarn friedliche Beziehungen zum Reich auf. Der ungarische Thronerbe Stephan I., der Heilige, 995 wahrscheinlich vom Passauer Bischof getauft, heiratete im gleichen Jahr Gisela, die Tochter des bayrischen Herzogs Heinrich II. Diese gab die ihr als Morgengabe vermachten Ländereien in Westungarn deutschen Rittern, die dann bayrische und fränkische Bauern darauf ansetzten. Durch diese Verbindung und die nun folgende Christianisierung der Ungarn wie durch die Oberhoheit der deutschen Kaiser der Salierzeit begünstigt, siedelten Deutsche verstärkt auch östlich des fast schon bis Preßburg an der Donau reichenden geschlossenen deutschen Gebietes. Der ungarische König und seine Adeligen riefen in der Folgezeit unter Zusicherung weitreichender Freiheitsrechte Deutsche in ihr Land. Die Besiedlung erfolgte friedlich, obwohl immer wieder kriegerische Einfälle ungarischer Scharen in die Ostmark vorkamen. Als Abwehrform entwickelten die deutschen Siedler im Burgenland das Angerdorf, später oft mit Wehrkirche und befestigtem Friedhof. Teilweise wurden die Dörfer auch mit Wall und Graben umgeben, besonders in der Zeit häufiger Ungarneinfälle von 1242 bis 1301. Vor dem Mongolensturm von 1241 hatte der Ungarnkönig Bela IV. seinen Schatz und seine Familie zum Schutz nach Wien gebracht und dem Herzog der Ostmark für seine Hilfe die Komitate Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg abgetreten, die eine starke deutsche Besiedlung aufwiesen. Später zog er seine Zusage zurück, und es kam deswegen zu längeren Kämpfen. Am 15. Juni 1246 fiel der letzte Babenberger Herzog Friedrich der Streitbare im Kampf für diesen Teil des Burgenlandes gegen die Ungarn.
Deutsche waren besonders stark an der Gründung ungarischer Städte und kirchlicher Niederlassungen beteiligt, insbesondere bei den Städten Ofen und Pest (später Budapest), die dann deutsches Recht erhielten und noch im 15. Jahrhundert mehrheitlich deutsche Ratsherren besaßen. So entstanden vom 11. bis zum 13. Jahrhundert die großen deutschen Sprachinseln im ungarischen Gebiet, die sich teilweise bis heute gehalten haben. Früh bildete sich fast im Anschluß an die geschlossene bayrische Siedlung um Wien die Preßburger Sprachinsel in der Westslowakei nördlich der Donau bis zu den Kleinen Karpaten hin aus, ebenso die weitere Besiedlung des Burgenlandes, das um 1500 nur noch zwei kleine madjarische Sprachinseln im deutschen Bereich aufwies, wo Ödenburg als deutsche Stadt 1277 das Stadtrecht erhielt.

Nachdem schon um 900 ein deutscher Bischof Wiching in Neutra im nördlichen Westungarn gelebt hatte, in das auch die Slowenen eingedrungen waren, holten vom 11. Jahrhundert an die ungarischen Fürsten Deutsche auch in die Mittelslowakei um die spätere Stadt Kremnitz südlich der Beskiden, wo schnell ein bedeutendes deutsches Siedlungsgebiet entstand. Eine Reihe deutscher Städte wuchs hier heran, die dann von sich aus wieder viele deutsche Dörfer um sich herum anlegten und das „Hauerland" bildeten. Um 1150 begann auch die deutsche Besiedlung der östlich davon gelegenen Zips, wo 1248 die „Bruderschaft der 24 königlichen Pfarreien" deutschen Ursprungs errichtet wurde, und des Gründner Bodens an der Hohen Tatra mit den sieben Bergstädten. Im Freibrief von 1271 verbürgte der ungarische König den deutschen Zipsern ihre besonderen Rechte, vor allem ihre politische und kirchliche Selbstverwaltung unter einem eigenen Landgrafen, der nur dem König unterstand. In ihrem Rechtsbuch, der „Zipser Willkür" von 1370, das sich an den Sachsenspiegel anlehnte, schrieben die Deutschen dieser Landschaft von sich in stolzer Weise: „Haben wir die Gnade und das Recht von allen Königen von Hungarn, daß uns Czipsern kein Mann und niemand um keinerlei Sach zu Hof hat zu laden, sondern er soll ein Recht suchen vor des Königs Grafen, der Burg-Graf ist in dem Czips." Bald blühten hier in den Städten wie Käsmark, Leutschau und Schmöllnitz deutsches Zunftwesen und deutscher Kaufmannsgeist, und herrliche Bauten, vor allem stolze Rathäuser wie im Reich, schmückten die Orte. Der Lehrling mußte eheliche Geburt „von freien und deutschen Eltern und nicht wendischer Art" aufweisen, womit Slowaken und Polen ausgeschlossen waren. Die Zipser Tuchmacherzunft schrieb noch in ihrer Ordnung von 1598 den schriftlichen Nachweis „rechter deutscher Nation" vor. Auch in dem südlicheren Kaschau war der deutsche Einfluß noch bedeutsam, wo bereits vor 1300 eine stattliche deutsche Gemeinde lebte. Die Ratssatzung dieser Stadt von 1404 wurde in deutscher Sprache geschrieben. In der östlich der eigentlichen Zips gelegenen Stadt Bartfeld erhielten die Deutschen 1530 vom ungarischen König das Sonderrecht wieder bestätigt, daß die Niederlassung von „Polen und Slawen" in dieser Stadt verbot. Von der Zips ging auch ein erheblicher Siedlerstrom später in das südpolnische Gebiet nördlich der Beskiden und Karpaten und verstärkte dort das Deutschtum. Der Handel mit Schlesien und dem damals vorwiegend deutschen Krakau war stets bedeutend und verband sich mit dem Namen reicher deutscher Kaufmannsgeschlechter. Bis zum 14. Jahrhundert war so am Südabhang der Nordkarpaten zwischen Preßburg und Bartfeld in mehreren Inseln ein großer deutscher Siedlungsraum mit etwa 250000 Bewohnern entstanden, der seine deutsche Eigenart und weitgehende Selbstverwaltung bis zur Madjarisierung im 19. Jahrhundert halten konnte.

Um 1150 begann auch die planvolle Ansiedlung deutscher Bauern durch den ungarischen König Geisa II. (1141–1161) im späteren Siebenbürgen. Schon

zwischen 1130 und 1140 amtierten im neu gegründeten Bistum Weißenburg (Alba Julia, Karlsburg) deutsche Bischöfe. „Zum Schutz der Krone und des Landes" gegen die heidnischen Kumanen und Petschenegen aus dem Osten wie die Byzantiner von Süden wurden die Deutschen westlich der Karpaten in einer bisher wüsten Gegend des südöstlichen Ungarns angesiedelt. Von diesen Siebenbürger Sachsen, die nach ihrem bis heute erhaltenen Dialekt vor allem aus moselfränkischem Gebiet gekommen sein sollen, wurden schon in der ersten Generation rund 200 Dörfer angelegt und dann die Städte Klausenburg (1173), Hermannstadt (1180) und Bistritz (1206) gegründet, zu denen dann noch Kronstadt, Mediasch, Schäßburg und andere traten, Vorposten Europas gegen den Osten und den Südosten für die nächsten Jahrhunderte. Der gemeinsame Kampf gegen die Unbilden der Natur und gegen die Feinde schuf bei den Siebenbürgern ein starkes Gemeinschaftsbewußtsein mit genossenschaftlicher Gliederung aller gleichberechtigten Freien.

Im Jahre 1212 kam der Deutsche Ritterorden, vom ungarischen König Andreas II. gerufen, ins Burzenland im südöstlichen Karpatenwinkel, das er „auf ewige Zeiten" zu eigen vermacht erhielt, um die Karpatenpässe nach Osten und Süden gegen Eindringlinge zu schützen. In wenigen Jahren gründete der Orden in diesem dann Siebenbürgen zugerechneten Gebiet eine Reihe von Dörfern mit deutschen Siedlern, errichtete einige Burgen wie die Törzburg, die Rosenau und die erste Marienburg und gründete 1225 Kronstadt. Er griff auch über die Karpaten nach Süden hinaus in die Walachei. Nachdem noch 1222 der ungarische König das neuerworbene Gebiet dem Orden übereignet hatte, wurden 1225 die dem König zu mächtig gewordenen Ordensritter mit Gewalt wieder aus dem Land gedrängt. Ein Ordenschronist schrieb dazu: „Das Land Borza, das König Andreas von Hungarn dem Dütschin Orden hat gegeben und das Land war vor der Brüder Zukommen wüst und niemand hatte darin gewohnt. Binnen der Zit, da es der Orden innehatte, baute er fünf Häuser (Burgen) und war wohlbegütert. Der König sah, daß er so wohl hatte zugenommen, da nahm er es dem Orden wieder." Die von dem Orden angesiedelten Bauern in ihren dreizehn Dörfern blieben jedoch, und das vom Orden gegründete Kronstadt wuchs. Eine deutsch besiedelte Landverbindung vom Burzenland zum übrigen Siebenbürgen kam jedoch nicht mehr zustande.

Schon 1224 erhielten die Siebenbürger Sachsen ihren berühmten Goldenen Freibrief vom ungarischen König, worin ihre bisherigen Rechte und Freiheiten als eigenständiges deutsches Volk bestätigt und erweitert wurden. Alle Deutschen auf dem Siebenbürger Sachsenboden wurden „als ein Volk unter einem obersten Richter" in einem eigenständigen Gau unter voller Selbstverwaltung und eigener Gerichtsbarkeit und auch eigener „kirchlicher Gerichtsbarkeit nach alter Gewohnheit" anerkannt, und ihnen wurden weitreichende Markt-, Zoll- und Nutzungsrechte und -freiheiten gewährt. Der im Hermannstädter Gau zusammengeschlossene „Königsboden" galt dann über Jahrhunderte als uneinge-

schränktes Eigentum der Deutschen Siebenbürgens, und niemand durfte sich hier ohne ihre Einwilligung niederlassen. Kein Adeliger oder Großgrundbesitzer des madjarischen Reiches durfte Anspruch auf Boden oder Menschen erheben. In den Städten blühte das deutsche Zunftwesen bei deutscher Ratsverfassung, und eigene Söldner schützten die stark ummauerten Gemeinwesen. Kronstadt hatte zeitweise mehr als doppelt so viele Handwerkszünfte wie die freie Reichsstadt Augsburg. Über viele Jahrhunderte bestand auf dieser Grundlage die erste deutsche Republik der unter sich gleichberechtigten Sachsen, die im Reich „wie Edelleute" angesehen wurden. Hier wurde auch zuerst in ganz Europa die Schulpflicht eingeführt.

Die Siebenbürger Sachsen schufen so aus einer Wildnis ein blühendes Land für die nächsten 800 Jahre und hielten in ihren wehrhaften Kirchenburgen in den Dörfern, meist ganz allein auf sich gestellt, alle Stürme der Zeit bis in unser Jahrhundert aus. Der Mongolensturm von 1241 brachte ziemliche Verluste. Dagegen wurden die ersten Kirchenburgen errichtet. Als die Türken ab 1420 in Siebenbürgen einfielen, saßen die Sachsen in rund 400 Dörfern und in ihren Städten in geschlossener Siedlung auf ihrem Sachsenboden. Sie überstanden die lange Zeit der Türkeneinfälle in den wehrhaften Städten am besten, rund 100 Dörfer gingen allerdings verloren. Die Siebenbürger brachten den Türken 1437 unter ihrem Sachsengraf Anton Trautenberger sogar die erste Niederlage in Europa bei. Die gewaltige dörfliche Kirchenburg Tartlau wurde in allen diesen Jahrhunderten etwa 500mal belagert, ohne ein einziges Mal erobert zu werden. Die Deutschen in Siebenbürgen bildeten somit für lange Zeit den Vorposten des Abendlandes gegen die Anstürme aus dem Osten wie des Islams aus dem Südosten, und der Papst bezeichnete Hermannstadt als „der ganzen Christenheit schützendes Bollwerk, Vormauer und Schild".

Für die Kultivierung und wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Balkanraumes haben die Sachsen Jahrhunderte Entscheidendes geleistet. Bis zum Beginn unseres Jahrhunderts mußten sie wegen ihrer entschlossenen Verteidigung ihrer Rechte und Freiheiten und dem festen Bewahren ihrer deutschen Art nur verhältnismäßig kleine Verluste wie die Madjarisierung Klausenburgs im vorigen Jahrhundert hinnehmen. Heinrich Zillich, der siebenbürgische Dichter der Gegenwart, schrieb über die Leistungen dieser deutschen Volksgruppe: „Die Sachsen waren keine fremden Kolonisten mehr. Sie hatten ihr Land, blutend, schaffend und träumend, zur Heimat gemacht, in der sich die ganze Fülle des heimatlichen Lebens bewegte . . . Das nationale Bewußtsein . . . hier war es lebendig; kein Nichtdeutscher fand Zugang in Städten, Zünften und Ämtern, soweit die Sachsen darüber zu bestimmen hatten, und selbst die Könige verbrieften ihnen dieses Recht . . . Dieses Land war der Öde durch ihre Faust entrungen, es war köstlich."

Ein später mittelalterlicher Siedlungsvorstoß des bayrischen Stammes erfolgte noch um 1330 im Süden der Steiermark und Kärntens über die Drau und die Sau

hinweg durch die Kärntner Grafen von Ortenburg und führte zur Bildung der bedeutenden deutschen Sprachinsel Gottschee in einem südlichen, nahezu unbewohnten gebirgigen Gebiet des überwiegend slowenisch besiedelten Herzogtums Krain, in dem die Städte wie Laibach, das 1144 erstmalig genannt wurde und 1220 Stadtrecht erhielt, Krainburg oder Neumarktl schon sehr früh deutsch geprägt waren. Er konnte sich allerdings nicht mehr großräumiger auswirken und über die slowenische Umgebung Anschluß an den geschlossenen deutschen Siedlungsraum gewinnen, obwohl Krain von der Mitte des 8. Jahrhunderts an zum bayrischen Gebiet gehörte, unter Karl dem Großen einen Teil der Mark Friaul bildete, 843 als „Mark an der Save" (Sau) zum Ostfränkischen Reich kam und dann bis 1918 beim Reich und bei Österreich blieb. Von der frühen bayrischen Siedlerwelle waren große Teile schon im Slowenischen aufgegangen. In den Türkenzeiten war die Gottschee „des Lands Crain Warnung und gleichsam Schildwach".
Der ganze West-, Nord- und Ostsaum Ungarns war somit im Hochmittelalter durch deutsche Besiedlung größtenteils überhaupt erst wieder erschlossen worden, nachdem der Awaren- und später der Ungarneinbruch die restliche germanische Besiedlung innerhalb des Karpatenbogens ziemlich vernichtet hatten. Die größeren deutschen Siedlungsgruppen wie in der Zips und besonders in Siebenbürgen hatten sich königliche Freirechte erwirken können. Im westlichen Ungarn bis fast zum Plattensee war der deutsche Anteil sehr beträchtlich wie auch in allen Städten des Landes. Ofen (Buda) war anfangs ein rein deutscher Ort, und seine in Deutsch geschriebene Stadtverfassung vom Beginn des 15. Jahrhunderts bestimmte, daß die Deutschen zehn, die Ungarn zwei Ratsherren stellten. Die oberen Stadtbeamten mußten „aus deutscher Art seyen". Die Türkenzeit vom 15. Jahrhundert an brachte dann für Ungarn einen tiefen Einschnitt und hatte für die Deutschen in diesem Lande verhängnisvolle Folgen.

Die Kolonisation Mittel- und Ostdeutschlands

Nachdem schon unter Kaiser Otto I. um 970 Gruppen von Flamen bei Magdeburg angesiedelt worden waren, wo der Name des Flämings noch heute an sie erinnert, begann die eigentliche deutsche Ostkolonisation auf breiter Front und in größerem Ausmaß um 1100 nach Abschluß der inneren Rodung im Gebiet des ursprünglichen Ostfrankenreiches. Der Bevölkerungsüberschuß aus West- und Niederdeutschland drängte nach Mittel- und Ostdeutschland, wo vom Standpunkt der intensiveren Dreifelderwirtschaft das Land kaum landwirtschaftlich genutzt wurde und dünn besiedelt war. Schon im vorangegangenen Jahrhundert waren mehrfach Töchter aus deutschem Adel Frauen der Herzöge im Odergebiet geworden und hatten mit ihrem Gefolge deutsche Lebensart und

Gesittung in den Osten gebracht. Auf dem Hoftag zu Merseburg riefen 1108 Bischöfe und Fürsten zur Ostsiedlung auf: „Wohlan also, ihr Sachsen, ihr Lothringer, ihr Flamländer, ihr berühmtesten Bezwinger der Welt, hier könnt ihr eure Seele retten wie auch, wenn ihr wollt, das beste Land zum Bewohnen erwerben." Lothar von Supplingenburg, seit 1106 Herzog von Sachsen und von 1125 bis 1137 noch deutscher Kaiser, förderte großzügig die nun einsetzende Ansiedlung deutscher Bauern, Bürger und Mönche östlich der Elbe. Er gründete neue Ostmarken: die Meißener, die Brandenburger und die Schauenburger Mark. In Adolf von Schauenburg, den Lothar mit Holstein und Stormarn belehnte, in Albrecht dem Bären, der 1134 die Altmark erhielt, die Bistümer Brandenburg und Havelberg erneuerte und später das Land des Hevellerfürsten als „Markgraf von Brandenburg" erbte, und in Konrad von Wettin, der als Markgraf von Meißen 1136 die Lausitz bekam, besaß der Kaiser energische und weitsichtige Markgrafen, die die Missionierung und die Kolonisation tatkräftig vorantrieben. Die aufkommende Kreuzzugsidee verband sich hier mit dem Siedlungsgedanken zu häufigen Ostlandzügen. 1135 erschien der Polenherzog Boleslaw III. vor dem Kaiser, zahlte den seit Jahren fälligen Tribut, leistete den Treueid und wurde mit Pommern belehnt. Von den Mönchsorden hatten vor allem die Prämonstratenser, 1121 von Norbert von Magdeburg gegründet, zwischen Elbe und Oder mit Klöstern wie Leitzkau (1139) und Jerichow (1144) und die Zisterzienser mit Klöstern wie Doberan (1171) in Mecklenburg, Leubus (1175) in Schlesien und Oliva (1186) in Pomerellen sowie in Südpolen großen Anteil an der Kultivierungs- und Erschließungsarbeit, die sie später auch noch im Baltikum fortsetzten. Lange blieben diese Klöster auch im entfernteren Osten rein deutsch.

So wurde um die Mitte des 12. Jahrhunderts das Zisterzienserkloster Lond an der Warthe von Mönchen der Abtei Altenberg im Bergischen Land erbaut, denen der zuständige Herzog, Sohn einer Grafentochter von Berg, versprochen hatte, daß in Zukunft nur Kölner Bürgersöhne darin aufgenommen werden sollten. Auf Veranlassung des in Pommern missionierenden Bamberger Bischofs Otto wurde das Bistum Wollin 1140 gegründet, das um 1185 dann nach Kammin verlegt wurde, so daß Pommern von Bamberg aus, nicht von Polen, missioniert wurde, wie überhaupt die Deutschen vor den Polen nach Pommern, Pomerellen und Ostpreußen kamen.

Um 1170 schrieb der Priester Helmold von Bosau bei Plön rückblickend über die Zeit von 1140 in seiner „Sklavenchronik" (als Sklaven – sclavi – wurden damals die heidnischen Bewohner Mitteldeutschlands bezeichnet): „Das Land war menschenleer. Darum sandte Graf Adolf (von Holstein) Boten in alle Lande, nach Flandern und Holland, nach Utrecht, Westfalen und Friesland und hieß alle, die des Landes darbten, nach Wagrien kommen mit ihren Familien: da würden sie sehr gutes Land erhalten, geräumig, Früchte, Fisch und Fleisch im Überfluß bietend und strotzend von guter Weide . . . Auf dies Gebot erhob sich

eine unzählige Menge von verschiedenen Stämmen, und sie kamen mit Kind und Kegel ins Land Wagrien zum Grafen Adolf, das verheißene Land zu besitzen."

Lothars Nachfolger in Sachsen, Herzog Heinrich der Löwe (1139–1195), wurde dann der stärkste Förderer der Ostlandbewegung. Schon als Achtzehnjähriger machte er 1147 den „Wendenkreuzzug" mit, ein Protest norddeutscher Fürsten gegen Kaiser Konrads III. Kreuzzug ins Heilige Land. Von da an widmete sich der Löwe seiner Lebensaufgabe im Osten. Als mächtigster Reichsfürst unterstützte er wie kein anderer die Entwicklung der nord- und mitteldeutschen Städte und begünstigte als ein sehr moderner Fürst den Handel und das aufkommende Geldwesen. Er gründete 1154 das Bistum Ratzeburg und 1158 die Stadt Lübeck, die später zur Königin der Hanse wurde, verlegte 1160 einen Bischofssitz nach Schwerin und kolonisierte von dort aus Mecklenburg. Mit Albrecht dem Bären schlug er 1164 einen großen Aufstand der ihre Eigenart verteidigenden Wenden nieder und verfolgte die Flüchtenden bis weit nach Pommern hinein. Noch heute blickt sein bronzener Löwe, das erste nachantike europäische monumentale Metallstandbild, vor der Burg Dankwarderode in Braunschweig nach Osten. Der Sturz und die Entmachtung Heinrichs des Löwen durch Kaiser Friedrich I. Barbarossa wegen dessen Italienpolitik bedeutete dann 1180 einen bitteren Verlust für die energische und von ihm bisher gelenkte Besiedlung des Ostens.

Um die gleiche Zeit griff der Kaiser in einen Bruderzwist unter polnischen Herzögen ein, erreichte 1163 erneut die Anerkennung der kaiserlichen Oberhoheit über Böhmen und Polen und band Schlesien als Herzogtum endgültig an das Reich. Die schlesischen Herzöge aus dem Hause der Piasten, bereits deutsch erzogen, fühlten sich als Deutsche, und an ihrem Hofe blühte bald der Minnesang. Die heilige Hedwig (1174–1243) von Schlesien aus dem Grafengeschlecht derer von Andechs-Meran, Gemahlin des schlesischen Herzogs Heinrich des Bärtigen und Mutter Herzog Heinrichs II., des Heiligen, wurde zur Schutzpatronin des Landes. Sie stiftete viele Kirchen und Klöster und trug wesentlich zur Kultivierung Schlesiens bei, in das die Piastenherzöge nun verstärkt deutsche Bauern, Bürger, Bergleute und Adelige hereinholten. Ab 1278 nahm der "Herzog von Breslau und Schlesien" sein Land als Lehen vom deutschen Kaiser, und damit war auch der nominelle Zusammenhang mit Polen gelöst. Die Pommernherzöge hatten sich um 1160 von Polen losgesagt und schlossen sich 1181 als Lehnsmänner des Kaisers dem Deutschen Reiche an, nachdem Pommern schon mehr als ein Jahrhundert vorher unter Kaiser Heinrich III. Reichslehen gewesen war. Ebenso trennte sich der Fürst von Pomerellen wieder von Polen, das vorher dieses von den Pruzzen bewohnte Land an der unteren Weichsel in seine Abhängigkeit gebracht hatte.

Nachdem schon im Jahre 1110 Lebus an der Oder von Kaiser Heinrich V. dem Erzbistum Magdeburg geschenkt worden war, erreichte um 1200 das langsame Vorrücken der deutschen Siedler die Oder auf ihrer ganzen Länge. Einige

Jahrzehnte später war auch Hinterpommern kolonisiert, und die aus dem 10. Jahrhundert stammende Stadt Danzig bekam 1224 deutsches Stadtrecht. In wenigen Jahrzehnten wurden nun viele Städte in Mittel- und Ostdeutschland gegründet und erhielten Magdeburger oder Soester, an der Ostseeküste vor allem Lübecker, im Süden auch Nürnberger Recht. Das Stadtrecht erhielt Leipzig um 1160, Dresden 1216, Goldberg in Schlesien 1211, Rostock 1218, Spandau 1232, Berlin 1237, Neiße 1245, Kolberg 1255. Der Brandenburger Fürst kaufte 1252 dem schlesischen Herzog das Land Lebus ab und gründete wahrscheinlich mit Bürgern aus Frankfurt am Main 1253 die Stadt Frankfurt an der Oder. Mitte des 13. Jahrhunderts gab es allein in Schlesien schon mehr als achtzig deutsche Städte.

Ebenso sind alle Städte Böhmens und Mährens, bis 1400 mehr als 270, mit Ausnahme der späteren hussitischen Gründung Tabor deutsche Gründungen. In Böhmen lagen die neuen deutschen bäuerlichen Siedlungen meist in frisch gerodetem Gebiet, in das die Kolonisten von Westen, Norden und Osten hineingezogen kamen, so daß sich Böhmen hier mit einem Kranz deutschen Landes umgab. Besonders König Ottokar II. von Böhmen (1253–1278) rief viele Deutsche in sein Land, so daß es von ihm hieß: „Er wolt dy Tuitschin mern mit richtum und mit ern in seinem land vil gern." Seine Niederlage im Jahre 1278 auf dem Marchfeld bei Dürnkrut gegen Rudolf von Habsburg, den er als weitaus mächtigster und reichster Reichsfürst nicht als Kaiser anerkennen wollte, traf das Deutschtum in Böhmen sehr, da durch diese Schlacht und Ottokars folgenden Tod ein tschechischer Nationalismus ausgelöst wurde, der sich gegen die Deutschen in Böhmen wandte und insbesondere die weitere Einwanderung zunächst schwächte. Ottokars Sohn Wenzel II. gehörte zu den deutschen Minnesängern und war verheiratet mit der Tochter Jutta des Kaisers Rudolf von Habsburg. Nach dem Aussterben der böhmischen Przemysliden 1306 und kurzer habsburgischer Zwischenherrschaft kam Böhmen von 1310 bis 1437 an das westdeutsche Haus der Luxemburger. Sie machten Prag zur Hauptstadt des Reiches und verstärkten ihren deutschen Charakter. Am 7. April 1348 wurde in Prag von Kaiser Karl IV. (1346–1378) die erste deutsche Universität gegründet. Auf der Burg Karlstein nahe Prag wurden eine Zeitlang dann die Reichskleinodien verwahrt. Der furchtbare Einfall der Mongolen, die von Osten her seit 1224 Rußland überflutet hatten, in den folgenden Jahren Polen verheerten und dann gegen Schlesien anbrandeten, brachte einen erheblichen Rückschlag für die deutsche Ostsiedlung. Im Jahre 1241 wurde das deutsch-polnische Ritterheer unter Herzog Heinrich II. von Schlesien auf der Wahlstatt bei Liegnitz vernichtet. Doch nach der Verwüstung Mährens und Österreichs zogen die Mongolen nach Ungarn ab und wandten sich dann nach dem plötzlichen Tode ihres Großchans nach Asien zurück, von wo sie nie wieder an Deutschlands Ostgrenze auftauchten. Das schwer mitgenommene Polen zerfiel wieder in eine Reihe sich häufig befehdender Herzogtümer.

Am anschließenden Aufbau im Osten hatten die Deutschen entscheidenden Anteil. Sie wurden nun verstärkt auch von den polnischen Teilfürsten ins Land gerufen, die sich deutscher „Lokatoren" bedienten, welche die Siedler im Westen anwarben, die neuen Niederlassungen anlegten und diesen zunächst auch vorstanden. Noch 1241 wurde Breslau neu gegründet und erhielt Magdeburger Recht. Es wurde anschließend zum Vorbild für viele Städtegründungen im östlichen Raum. 1257 wurde nach seinem Muster und Recht Krakau als rein deutsche Stadt neu gegründet: nur Deutsche erhielten das Bürgerrecht, und die Amtssprache war deutsch. Das „jus Teutonicum" (deutsche Recht) wurde für viele Städte im Osten Grundlage ihrer besonderen Selbständigkeit gegenüber den Landesherren und bildete zugleich ein geistiges Band zur „Mutterstadt" des Rechts und damit nach Deutschland hinein. Bis 1356 galt für Krakau, wo ab 1320 der polnische König gekrönt wurde, wie für viele Städte in Polen bei Rechtsstreitigkeiten Magdeburg als gerichtlicher Oberhof. Ähnlich wurden dann die Städte Posen 1253, Gnesen 1262, Sandomir 1286, Lublin 1317 und Lemberg 1353 unter bestimmendem deutschem Einfluß mit meist deutschen Bürgern gegründet. Auch die Warschauer Altstadt, die um 1230 vom polnischen Teilherzog Konrad von Masowien mit deutschen Bürgern gegründet worden war, erhielt nach Breslauer Vorbild einen Ring, wonach ihr Altstadtmarkt bis in unsere Zeit „Rynek" hieß. Über die Leistung der deutschen Städtebauer für Polen urteilte ein polnischer Geschichtsschreiber: „Bauten aus Stein führten bis zum 16. Jahrhundert nur die städtegründenden deutschen Ansiedler auf, die zugleich Organisatoren, Befestiger und Handwerker der wichtigsten Städte Polens waren ... Sonst war Polen hölzern und blieb es lange Zeit." Ähnlich schrieb über die Verhältnisse in Ungarn ein madjarischer Historiker: „Es ist bekannt, daß die Städte Ungarns fast ohne Ausnahme deutsche Ansiedlungen waren, die durch Gewerbe und Handel gefördert wurden. Wir wären undankbar, wenn wir leugnen wollten, daß sämtliche Freien und Königlichen Städte in dem Maße an Reichtum und Kultur zunahmen, in welchem sie deutsche Ansiedler erhielten." Wenn dann auch östlich von Schlesien und um Krakau die geschlossene deutsche Siedlung im Zusammenhang mit dem Reich aufhörte, so ging im 13. und 14. Jahrhundert der deutsche Kolonistenstrom doch noch erheblich weiter nach Osten. Nördlich der Beskiden und der Karpaten siedelten im heutigen südlichen Polen und Galizien bis an den oberen Dnjestr und Pruth Bauern aus dem Reich. Aus dem Jahre 1230 ist die erste Dorfansiedlung Herzog Heinrichs I. von Schlesien am Dunajetz östlich von Krakau überliefert, von wo dann das Gebiet bis zum San und weiter östlich bis zur Stadt Lemberg, die Magdeburger Recht erhielt, von deutschen Bauern in ihren kennzeichnenden Waldhufendörfern erschlossen und besiedelt wurde.

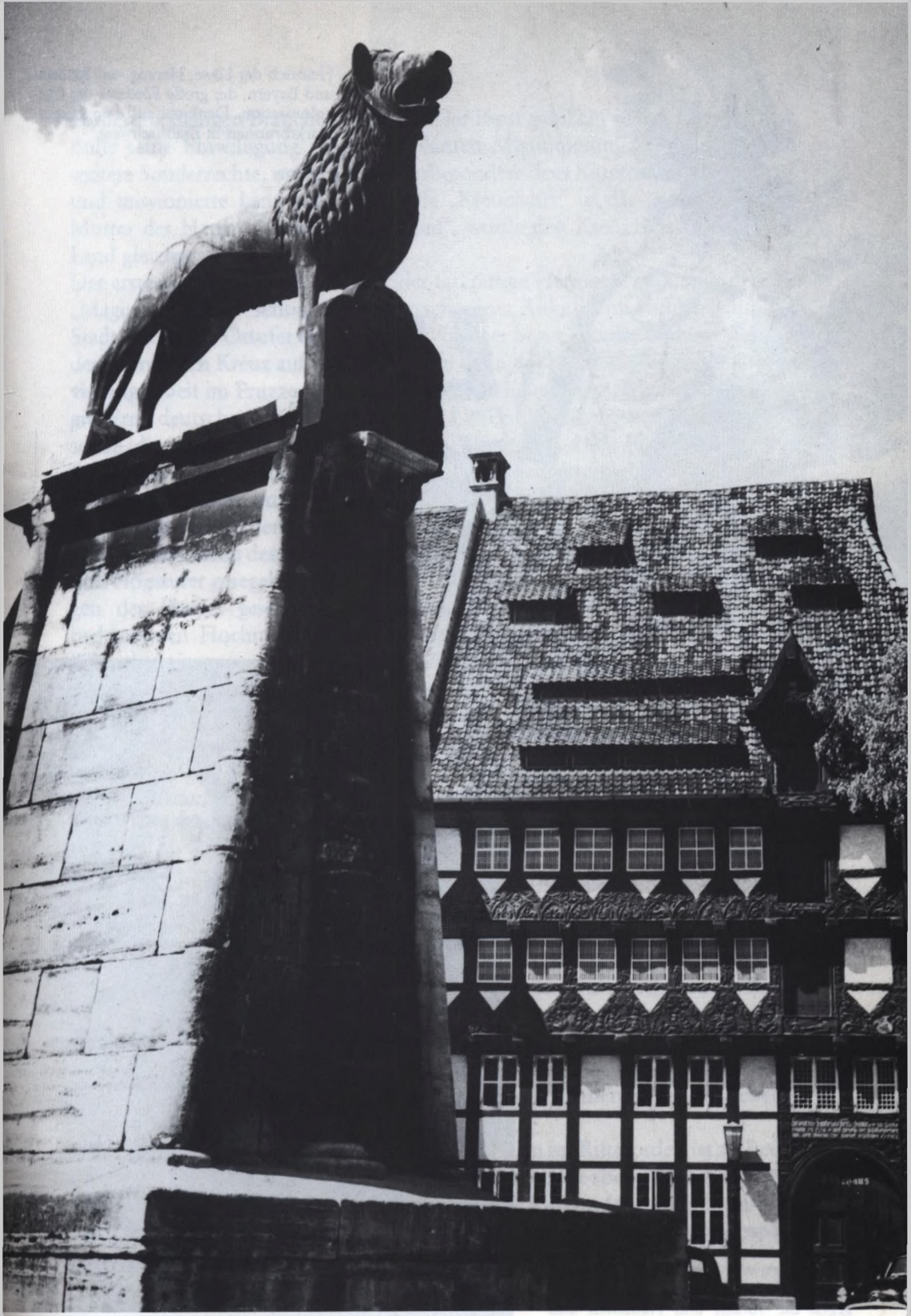
Die sogenannten Wald-Deutschen rodeten den bisher unbewohnten Wald am Nordabfall des Gebirges und hielten sich lange in ihrer Eigenart, bis sie im 18. Jahrhundert endgültig der Polonisierung zum Opfer fielen. Deutsche Bischöfe

von Krakau unterstützten die deutsche Kolonisation, die auch aus dem Süden von der Zips her weiteres deutsches Blut erhielt. Von Krakau über Sandomir, Lemberg und Premissel bis Podolisch-Kamentz östlich des Dnjestr entstand so im 14. Jahrhundert ein Kranz vorwiegend deutscher Städte, in denen deutsche Handwerker und Kaufleute mindestens bis zum 16. Jahrhundert die tragende Schicht bildeten, das Zunftwesen pflegten und den Handel bis zum Schwarzen Meer hin betrieben. Das bis ins 15. Jahrhundert noch vorwiegend deutsche Podolisch-Kamentz galt zu dieser Zeit als „die Vormauer des Christentums" gegen den Osten. Der Deutsche Ritterorden errichtete in Lemberg wegen der Bedeutung seines Handels eine eigene Niederlassung.

Die Bindung dieser Städte und damit auch ihres deutschen Umlandes an das Reich war durch den Handel und weiteren Zuzug aus Deutschland noch lange Zeit bedeutend. Veit Stoß, der große Nürnberger Bildhauer, lebte von 1464 bis 1496 in Krakau, von der dortigen deutschen Bürgerschaft gerufen, und schuf hier seine herrlichen Kunstwerke wie den Hochaltar in der deutschen Marienkirche. Auch Albrecht Dürer weilte 1490 in Krakau, das in dieser Zeit als das „nordische Rom" bezeichnet wurde. Als die Kathedrale von Lemberg im 14. Jahrhundert gebaut wurde, wurde dazu nach Ausweis alter Urkunden „das meiste durch die Frömmigkeit der Deutschen geleistet". Die ersten vier Bischöfe Lembergs waren Deutsche, wie auch der erste von Premissel. Noch nach dem Dreißigjährigen Krieg bestand eine deutsche Bruderschaft an der Heilig-Geist-Kirche in Lemberg. Mit den Deutschen war auch das Pfarrschulwesen ins Land gekommen. Die Schule an der Dreifaltigkeitskirche in Krakau ist die älteste Pfarrschule Polens überhaupt, und auch in Lemberg ist eine Stadtschule schon 1382 bezeugt. Als 1364 in Krakau vom König Kasimir die Universität gegründet worden war, wirkten hier in den folgenden hundert Jahren rund 50 deutsche Professoren, und besonders viele Nürnberger studierten in Krakau. Die neu gegründeten Klöster, darunter ein hoher Anteil der Zisterzienser, blieben teilweise lange Zeit unter deutscher Leitung. Eine Anordnung aus dem Jahre 1452 schrieb für Premissel vor, daß im Domkapitel, das zunächst rein deutsch gewesen war, noch zu dieser Zeit nur Geistliche wirken durften, die die deutsche Sprache beherrschten.

Die Schwäche des Deutschen Reiches und wachsende Polonisierung in den folgenden Jahrhunderten trugen dann dazu bei, daß das Deutschtum in Südpolen langsam im Polentum aufging und diesem dadurch einen erheblichen Gebietszuwachs nach Südosten verschaffte. Ströme deutschen Blutes sind so in die polnische Bevölkerung eingeflossen, gingen dem eigenen Volk verloren und wandten sich in späteren Nachfahren häufig sogar gegen Deutschland.

Im Baltikum war schon einige Male von deutschen Bischöfen und Äbten in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die Missionierung versucht worden, jedoch jeweils am Widerstand der Heiden gescheitert. Im Jahre 1201 segelte Bischof Adalbert von Bremen mit rund 20 Schiffen erneut an die baltische Ostseeküste und gründete dort mit deutschen Kaufleuten und seinen Geistlichen Stadt und Bistum Riga. 1205 gründeten die Zisterzienser das Kloster Dünamünde. 1219 folgte Reval als Gründung des Dänenkönigs Waldemar II. am Ort einer alten estnischen Siedlung. Ein von Bischof Adalbert mit Hilfe der Zisterzienser errichteter deutscher Ritterorden, die Schwertbrüder mit rotem Kreuz und Schwert auf weißem Mantel, sollte diese Gründungen vor den häufigen Einfällen der Litauer und Russen von Osten schützen und konnte auch zunächst ihren Bestand sichern. Vermehrt kamen Deutsche ins Land, vor allem in die Städte. Nachdem der Schwertbrüderorden 1235 bei Saule vernichtend von den Litauern geschlagen worden war, schloß er sich 1237 dem inzwischen im Kulmer Land an der Weichsel tätig gewordenen Deutschen Ritterorden an, der dann auch die weitere Missionierung und den Schutz des Baltikums gegen Rußland übernahm.
Im Jahre 1230 war der Deutsche Ritterorden ins südlichere Pruzzenland gekommen, nachdem er vorher ein Jahrzehnt im Auftrag des ungarischen Königs im Burzenland in Südungarn die Karpatengrenze gesichert hatte, dann aber 1225 wieder des Landes verwiesen worden war. Schnell fand er eine neue und damit seine eigentliche geschichtliche Aufgabe, als der polnische Teilherzog Konrad von Masowien aus der Gegend von Warschau 1225 in großer Not gegen die heidnischen Pruzzen den Orden zu Hilfe rief und ihm das zu befriedigende Kulmer Land östlich der unteren Weichsel sowie alle noch durch Missionierung der Heiden im Norden zu gewinnenden Gebiete vermachte. Diese Rechte ließ sich der geniale Hochmeister des Ordens, Hermann von Salza, der Berater und Vertraute des Stauferkaisers Friedrich II., vom Kaiser in der Goldenen Bulle von Rimini 1226 absichern, die den Hochmeister als Reichsfürsten und das neue Land als „sub monarchia imperii ... contenta" (unter der Herrschaft des Reiches enthalten) anerkannte und damit die Grundlage für eine der eigenartigsten und folgenreichsten Staatsgründungen des Mittelalters legte. In der kaiserlichen Urkunde wurde die Aufgabe für den Ritterorden umrissen: „Gott hat unser Kaisertum über die Könige des Erdkreises gesetzt und die Grenzen unserer Herrschaft über die Erde hin verbreitet, damit wir unser Sinnen und Trachten auf die Verherrlichung seines Namens und die Förderung des Glaubens unter den Völkern richten, wie er ja auch das Heilige Römische Reich zur Verkündung des Evangeliums, und zwar nicht so sehr zur Unterdrückung als vielmehr zur Bekehrung der Heidenvölker, bestimmt hat. So öffnen auch wir unser Herz der Gnade der Vorsehung, kraft welcher christliche Männer ihr Tagewerk unter Einsatz von Gut und Blut der Unterwerfung ungläubiger Völker und der



Der von Herzog Heinrich dem Löwen vor seiner Burg Dankwarderode in Braunschweig errichtete, nach Osten blickende Löwe: Sinnbild der deutschen Ostkolonisation.

Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen und Bayern, der große Förderer der Ostkolonisation. Denkmal auf dem Hagenmarktbrunnen in Braunschweig.

Prinz Eugen von Savoyen, der siegreiche österreichische Feldherr in den Kriegen gegen die Türken und Franzosen und Begründer der neuen Südostkolonisation.

Förderung heiligen Brauches widmen." Der Papst gab 1234 in einer besonderen Bulle seine Einwilligung zu dem geplanten Missionierungswerk und verlieh weitere Sonderrechte, wobei auch er insbesondere dem Ritterorden das eroberte und missionierte Land zusicherte. Die „Kreuzfahrt" in das „neue Land der Mutter des Herrn", in das „Marienland", wurde den Kreuzzügen ins Heilige Land gleichgestellt.

Der erste Landmeister des Ordens, der tatkräftige Hermann Balk, gründete als „Magister Prussiae" schon 1231 bald nach seiner Ankunft im Kulmer Land die Stadt Thorn am Ostufer der Weichsel. Von hier begannen die Ordensritter mit dem schwarzen Kreuz auf weißem Mantel dann die Missionierungs- und Kultivierungsarbeit im Pruzzenland. 1236 erschien Heinrich von Meißen mit einem größeren deutschen Kreuzfahrerheer zur Unterstützung. In wenigen Jahren erscholl die deutsche Sprache im ganzen Weichselland bis hinab zur Ostsee. Scharen von Bauern und Bürgern folgten den Ordensrittern, die bald planmäßig Dörfer und Städte anlegten. 1310 wurde das westlich der Weichsel gelegene Pomerellen vom Orden erworben. Ab 1325 wurde auch in der „Wildnis" kolonisiert, die sich bis zu den Masurischen Seen hinzog. Um 1290 wurde das Weichsel- und Nogatufer geregelt und so das Hinterland vor schweren Überschwemmungen des Flusses geschützt. Der Ordensstaat wurde in kurzer Zeit unter bedeutenden Hochmeistern mit moderner Verwaltung und fortschrittlichen Wirtschaftsformen ein mustergültiger Staat und Vorbild für ganz Europa, so daß viele Fürstensöhne zur Ausbildung an seinen Hof kamen. Von 1309 bis 1457 war die um 1280 begonnene herrliche Marienburg an der Nogat, eine der größten und eindrucksvollsten deutschen Burganlagen, der Sitz des Hochmeisters und Mittelpunkt des Ordens.

Bis 1283 dauerte die kriegerische Zeit der Unterwerfung der tapfer und zäh ihre heidnische Eigenart und Unabhängigkeit verteidigenden Pruzzen, die vorher ihre Freiheit erfolgreich gegen die Polen behauptet hatten. Größere Kreuzzüge wie der des böhmischen Königs Ottokar 1254 bis ins Samland mit über 60 000 Kriegern brachen schließlich den Widerstand der einheimischen Bevölkerung und setzten die Christianisierung durch. Nach dieser blutigen Zeit, in welcher der Orden auch Niederlagen gegen russische und litauische Heere überwand, setzte die Siedlung deutscher Bauern verstärkt ein, und der sie schützende Ritter im weißen Mantel mit dem schwarzen Kreuz darauf wurde zum Sinnbild abendländischer Kultur und Symbol einer großartigen Kolonialisationsleistung des ganzen deutschen Volkes. Rund zwei Jahrhunderte zog der Orden eine Auslese der Söhne des ganzen deutschen Adels an und bot ihnen eine große Lebensaufgabe.

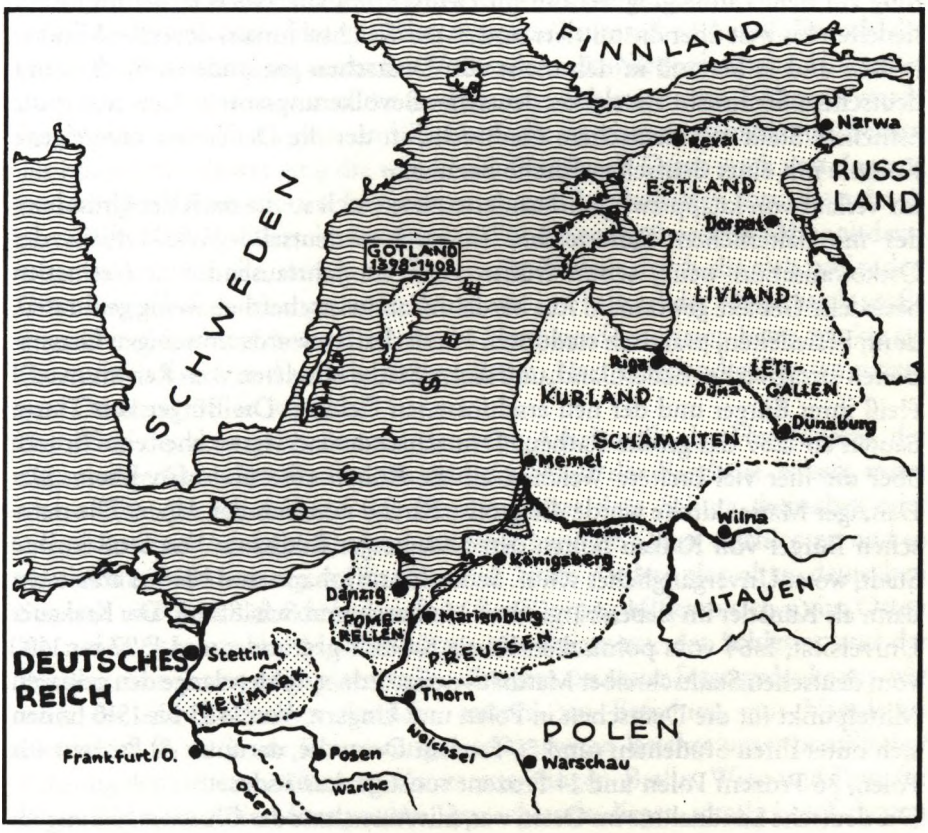
Die Vereinigung von Rittertugend und Mönchstum im Ritterorden ist zu Recht die wohl „äußerste Verdichtung des ritterlich-christlich-abendländischen Leitbildes überhaupt" genannt worden. Der Deutsche Ritterorden, ein „priesterlich-ritterlicher Familienverband", hat wie kein anderer Orden „in äußerster Anspan-

nung an seine Aufgabe die Mitglieder aufs vielseitigste und höchste zu Soldaten und Mönchen, zu Heerführern und Verwaltern, zu Staatsmännern und Kaufleuten" ausgebildet und in diesen vielschichtigen Aufgaben eingesetzt. Das Gesetz des Helfens und des Dienens, verbunden mit einem unbeugsamen Willen, sich gegen größte Widerstände zu behaupten und durchzusetzen, und das stolze Bewußtsein der deutschen Eigenart haben den Orden so eine einzigartige Aufgabe erfüllen lassen, deren Geist und Ethos sich später ins Preußentum fortsetzte.

Bis zur Niederlage gegen die Polen 1410 und den dann beginnenden Niedergang seiner Macht gründete der Orden Tausende von Dörfern und rund 100 deutsche Städte, darunter nach Thorn schon 1232 Kulm und Marienwerder, Elbing 1237, Heilsberg 1240 mit dem späteren Sitz des Bischofs von Ermland, die nördliche Mümmelburg (Memel) 1252 und 1256 Königsberg. Die „Kulmer Handfeste" von 1233 regelte die Rechtsverhältnisse der neuen Siedler und der Städte, die im Ordensland bald aufblühten. Um 1400 ragten 48 feste Burgen und Schlösser im Deutschordensland und gaben den Siedlern Schutz. Eine neue Provinz, „Nova Germania" (Neudeutschland) in zeitgenössischen Chroniken genannt, war entstanden.

Als der in Kurland und Livland missionierende Schwertbrüderorden nach einer Niederlage gegen die Litauer 1237 sich dem Deutschritterorden anschloß, erweiterte sich dessen Macht über das Baltikum, wobei der Orden ein Drittel, der Erzbischof von Riga zwei Drittel des erworbenen Landes erhielt, eine politisch unglückliche Lösung. Die Diözesen Kulmland, Pomesanien, Ermland und Samland wurden wie das Bistum Kurland dem um 1253 eingerichteten deutschen Erzbistum Riga unterstellt, so daß sie im Gegensatz zu den Bistümern des polnischen Erzstiftes Gnesen ausschließlich deutsch ausgerichtet blieben. Bis ins Baltikum drang allerdings der Strom siedelnder deutscher Bauern kaum noch, so daß der Ritterorden später auch Litauer in seinen neuen Dörfern, besonders im östlichen Ostpreußen, ansiedeln mußte, während er in die Städte nur Deutsche aufnahm. Nur die Städte entwickelten sich auch im Baltikum deutsch, wie der Adel als Oberschicht auf den großen Gütern des Landes deutsch war und blieb. Die Notwendigkeit dauernder Wehrbereitschaft verband sich mit der Weite der Landschaft in den Städten des Baltikums zu monumentalen Bauten mit strengen, zweckmäßigen Linien. So war die Stadtmauer Revals mit 41 Türmen und Toren gewaltiger als die Nürnbergs, und die Türme der Kirchen von St. Peter in Riga oder St. Olaf in Reval standen in ihrer Höhe den höchsten im Reiche nicht nach. Das geistige und kulturelle Leben bis Reval war von der Missionierung bis ins 20. Jahrhundert hinein deutsch geprägt und strahlte von der später gegründeten deutschsprachigen Universität in Dorpat weit nach Osten aus. Daneben konnten sich das estnische und lettische Volkstum erhalten, und diese Sprachen wurden später von Deutschen in den Rang von Schriftsprachen erhoben. Das ganze Baltikum wurde so früh ein Teil des westlichen Europas

und nahm voll an der abendländischen Kultur teil. An seiner Ostgrenze verlief die Kulturscheide zum byzantinisch-russischen Raum.
Nach dem Erwerb Estlands von Dänemark 1346 bestand unter dem Hochmeister Winrich von Kniprode (1351–1382) zur Zeit der größten Blüte des Ritterordens ein zusammenhängendes Reich dieses eigenartigen geistlich-ritterlichen Staates von der Oder die Ostsee entlang bis zum Peipussee, wo mit der Hermannsburg in Narwa am Westufer der Narwa die östlichste der rund 60 Ordensburgen im Baltikum neben etwa 40 Burgen des Erzbischofs und seiner Bischöfe gegen russische Einfälle aus dem Osten schützte.



Das Land des Deutschen Ritterordens um 1405

Beträchtlichen Anteil an der Kolonisierung der Ostseeküste und am Aufschwung der ostdeutschen Städte hatte auch die deutsche Hanse. Sie beherrschte im 14. und 15. Jahrhundert alle Küsten der Ostsee, wo die deutschen Kaufleute in allen größeren Städten in eigenen Quartieren oder Stadtbezirken vertreten waren und großen Einfluß ausübten bis nach Naugard-Nowgorod, wo der Petershof und der Olafshof bis 1494 den Deutschen gehörten.

Bis etwa um 1300 waren somit ganz Schlesien, die Neumark, Pommern, Pomerellen (etwa das spätere Westpreußen) mit Danzig, das Kulmer Land und Ostpreußen missioniert und größtenteils bereits deutsch besiedelt, bevor anschließend auch Polen einwanderten. Die eingestreute dünne pruzzische Vorbevölkerung auf dem Lande ging weithin im Deutschtum auf. Noch ferner im Osten siedelten bis weit über die mittlere und obere Weichsel hinaus deutsche Minderheiten, und es bestand in den meist von Deutschen gegründeten Städten mit deutschem Stadtrecht ein starker deutscher Bevölkerungsanteil. Kiew wurde die östlichste Stadt mit deutschem Stadtrecht, in der die Deutschen eine eigene Kolonie mit einer deutschen Kirche besaßen.

Im Verlauf von knapp zwei Jahrhunderten hatte sich so die nach der Gründung des mittelalterlichen Kaiserreiches freigesetzte deutsche Volkskraft in der Ostkolonisation weite, schon früher rund ein Jahrtausend von Germanen besiedelte Gebiete gewonnen. Aus bis dahin landwirtschaftlich wenig genutzten, dünn besiedelten, praktisch stadtlosen Landschaften wurde in wenigen Generationen ertragreiches Bauernland, und stolze Städte kündeten vom Reichtum und Fleiß ihrer Bürger und der neu erschlossenen Gebiete. Die Bürger von Thorn bauten ab 1259 das größte Rathaus Deutschlands und legten eher eine Brücke über die hier viel breitere Weichsel als die Kölner eine über den Rhein. Die Danziger Marienkirche wurde die größte Kirche nördlich der Alpen. Die deutschen Bürger von Krakau holten den Nürnberger Bildhauer Veit Stoß in ihre Stadt, wo er Unvergängliches schuf. Seine Söhne Johann und Martin arbeiteten dann als Künstler im siebenbürgischen Mediasch und Schäßburg. Die Krakauer Universität, 1364 vom polnischen König Kasimir gegründet und 1397 bis 1400 vom deutschen Stadtschreiber Matthäus neugeordnet, bildete lange den geistigen Mittelpunkt für die Deutschen in Polen und Ungarn. Von 1433 bis 1510 finden sich unter ihren Studenten rund 50 Prozent Deutsche, darunter 20 Prozent aus Polen, 36 Prozent Polen und 14 Prozent sonstige Ausländer.

Die deutsche Landnahme im Osten war, mit Ausnahme der Christianisierung im nördlichen Mitteldeutschland und bei den Pruzzen, im allgemeinen friedlich vor sich gegangen. Meist hatten einheimische Fürsten die Deutschen ins Land gerufen: zur Städtegründung, zur Rodung der Wälder, zur Verbesserung der Landwirtschaft, zur Trockenlegung der Sümpfe und zur Förderung des Bergbaues. Die Deutschen kamen nicht als Eroberer oder Räuber des Landes, die andere ausbeuten wollten, sondern brachten den ertragreicheren Ackerbau mit, zogen in die Wildnis und kultivierten unter unsäglichen Anstrengungen und

Opfern. Von der Härte und Mühsal der damaligen Siedler kündet der Spruch: „Der ersten Generation der Tod, der zweiten die Not, der dritten das Brot." Es gab, außer bei den Wenden und Pruzzen, die auch schon vorher unter Polen und Litauern erheblich zu leiden gehabt hatten, keine Sieger oder Besiegten, keine Herrscher und Unterworfenen, sondern die deutschen Kolonisten schufen sich meist aus der unberührten Natur Neuland, das vorher niemandem gehört hatte. Besonders deutlich ist das in den waldigen Gebirgshängen Böhmens und Südpolens zu erkennen, wo in den fruchtbareren offenen Flußauen schon früher Tschechen oder Polen saßen und wohnen blieben, während die Deutschen die Wälder angingen. Die dünne Vorbevölkerung nahm dann am allgemeinen Aufschwung teil und genoß das befriedete Leben.

Alle deutschen Stämme hatten an dieser großen Kulturarbeit Anteil, die wohl die größte Kulturleistung des deutschen Volkes darstellt. Niederdeutsche, Holländer und Flamen siedelten vor allem in Preußen; Schlesien und Böhmen wurde vorwiegend von Thüringern und Franken, die bayrische Ostmark von Bayern aus kolonisiert. Später ging die weitere Siedlung nach Osten auch von den erst vor wenigen Generationen kultivierten neuen Landschaften aus, die schnell einen Bevölkerungsüberschuß aufwiesen. Für die nachgeborenen Söhne altdeutscher Bauern, für alle, denen im Westen die Freiheit durch die sich bildenden Grundherrschaften zu eng wurde, denen wie in Holland das Meer durch große Sturmfluten im Bereich des Dollarts die Heimaterde entrissen hatte, winkte im Osten freies Land, und sie folgten dem Rufe: „Naer Oostland willen wij rijden, naer Oostland willen wij mee."

Der Pflug des deutschen Bauern, der zähe Arbeitswille der Handwerker, der wagemutige Geist des Kaufmanns und die Kunst der Bergleute haben, meist ohne Hilfe des Kaisers und des Reiches, unter dem Schutz deutscher oder eingedeutschter Adelsgeschlechter das weite Land im Osten erschlossen und so eine echte Volksleistung vollbracht. Aus einer Auslese der alten deutschen Stämme und Teilen der einheimischen Bevölkerung bildeten sich so im Osten die neuen Stämme der Mecklenburger, der Pommern, der Schlesier und der Preußen. Von ihnen ging später im Preußentum ein neuer Staatsgedanke aus, wie auch die entscheidenden Antriebe sowohl zur Befreiung von Napoleons Herrschaft als auch zur Erneuerung des Deutschen Reiches unter preußischer Führung den neuen Ländern im Osten entsprangen. Berlin, Wien und Prag, für lange Zeit später die Mittelpunkte Deutschlands, liegen sämtlich auf diesem Kolonialboden.

In einem breiten Bereich kam es im Osten zur Mischsiedlung mit Erhaltung der verschiedenen Volksarten. Das kulturelle Leben wurde über das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet bis weit in den Osten durch die auch dort noch größtenteils deutsch geprägte Stadt bestimmt. Meist sahen Städteordnungen generationenlang vor, daß Ratsherr oder Meister nur werden durfte, wer deutscher Abstammung war. Die Unterschiede zwischen den gemeinsam

siedelnden Deutschen und Polen blieben vielfach erhalten, vor allem als im Zuge der Reformation die meisten Deutschen Protestanten wurden. In Schlesien, Böhmen und Mähren, wo anfangs auch die Reformation sich durchgesetzt hatte, wurde sie meist unter Habsburgs Einfluß in der Gegenreformation wieder rückgängig gemacht, ähnlich im Einflußbereich der polnischen Bistümer. Da der polnische Klerus die Polonisierungsbestrebungen stark unterstützte, wirkte sich diese Gegenreformation verhängnisvoll zur Entdeutschung, vor allem im südlichen Polen, aus.
Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die spätere östliche deutsche Sprach- und Volksgrenze bereits in den meisten Landschaften Ostdeutschlands um 1250, in den übrigen spätestens um 1350 in deutsch besiedeltem Land lag, wo sie sich im 14. und 15. Jahrhundert als Rückzugslinie festigte, als die noch weiter nach Osten ausgefranste Siedlungsgrenze nicht durch weiteren Zuzug aus dem Reich abgesichert und abgerundet werden konnte. Auch der Verlauf der politischen Ostgrenze des Deutschen Reiches, vor allem in Schlesien und Ostpreußen, blieb von nun an jahrhundertelang gleich, so daß die Ostgrenze Deutschlands zu den stabilsten Grenzen auf der Landkarte Europas gehörte, bis Siegerwillkür in unserer Zeit nach zwei Weltkriegen erhebliche Änderungen zuungunsten des deutschen Volkes durchsetzte.

VERLUSTE IM OSTEN UND WESTEN

Schon im 14. Jahrhundert traten die ersten schweren Verluste für das Deutschtum im Osten auf. Nach 1350 wurde der Siedlerstrom aus dem Reich geringer. Einer der Gründe war das Wüten der Pest in Mitteleuropa in den Jahren 1348 und 1349, die die Bevölkerungsdichte in vielen Landschaften so herabsetzte, daß in der folgenden Zeit ein neuer Bevölkerungsüberschuß von den nun wachsenden Städten des Reiches aufgenommen werden konnte. Zugleich wirkten sich das mangelnde Interesse der deutschen Kaiser und der Machtzuwachs der polnischen und ungarischen Könige ungünstig auf die weitere Siedlungsbewegung aus. So konnten auch die nahe der geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete liegenden, noch vorwiegend deutschen Städte wie Krakau und Kalisch nicht mehr endgültig in das einheitliche deutsche Sprachgebiet eingebunden werden. Ohne einen fertigen Abschluß blieb die deutsche Ostkolonisation mit sehr ausgefransten Grenzen stehen, ein folgenschweres Versäumnis der damaligen Reichsführung.

Als der litauische Großfürst Jagiello 1386 aus politischen Gründen zum Christentum übertrat, verlor der Ritterorden seine eigentliche Aufgabe der Missionierung im Osten des Ordenslandes, und damit unterblieb in Zukunft auch der notwendige Zuzug deutscher und europäischer Ritter zum Kampf gegen die Heiden. Als Jagiello dann noch im selben Jahr die polnische Thronerbin heiratete und als Wladislaw II. über die vereinigten Länder Polen und Litauen herrschte, erwuchs in der nun entstandenen polnisch-litauischen Großmacht dem Orden als dem Schutzherrn der Deutschen im Osten ein gefährlicher Gegner.

Die erste Hälfte des folgenden 15. Jahrhunderts brachte dann für die Deutschen in Ostdeutschland, in Böhmen und in Teilen Ungarns echte Katastrophen. Am 15. Juli 1410 verlor der Ritterorden, teilweise durch Verrat, die entscheidende und zunächst schon als Sieg angesehene Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) gegen die vereinigten Polen und Litauer, die von Tataren unterstützt waren. Für ganz Ostdeutschland bedeutete diese Niederlage des Ordens einen die nächsten Jahrhunderte bestimmenden schweren Schicksalsschlag. Der preußische Adel, die Städte und die Bischöfe des Ordenslands huldigten anschließend dem polnischen König in kurzsichtiger Freude, die Herrschaft des Ordens abschütteln zu können. Unter dem tatkräftigen neuen Hochmeister Heinrich von Plauen, der die Marienburg erfolgreich verteidigte, dann das umliegende Land zurückeroberte und die Polen zum Abzug zwang, konnte der Orden im 1. Thorner Frieden 1411 zwar noch einmal seinen Landbesitz retten, doch der Niedergang seiner Macht war nicht mehr aufzuhalten, zumal sich Zwist und Verrat innerhalb des Ordens breitmachten und wegen des ausbleibenden ritterlichen Zuzugs immer mehr Söldner angeworben werden mußten. Schon 1413 wurde der fähige Heinrich von Plauen von seinem eigenen Ordensmarschall gestürzt und gefangen gesetzt. Verstärkt versuchten nun die preußischen Städte und der Adel, sich vom Orden zu befreien. Sie gründeten 1440 den „Preußischen Bund" als „Bund vor Gewalt" gegen den Ritterorden. Der von diesem zum Schiedsrichter angerufene Kaiser Friedrich III. verbot zwar 1453 diesen Zusammenschluß der preußischen Stände, aber als des „Heiligen Römischen Reiches Erzschlafmütze" tat er nichts, um seinem Schiedsspruch Nachdruck zu verleihen.

1454 empörte sich der Bund offen gegen den Orden. Eine Gesandtschaft der Stände, voran die bedeutenden Hansestädte Danzig und Thorn, trug dem Polenkönig die Schutzherrschaft über das ganze Ordensland an und bat um Unterstützung gegen den Orden. Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile holten so Deutsche kurzsichtig die Polen ins Land. Was seit langem alle Polenherrscher vergeblich zu erreichen versucht hatten, ihre Herrschaft bis zur Ostsee auszudehnen, fiel nun dem an sich deutschfreundlichen König Kasimir IV. durch diesen Verrat Deutscher als Geschenk in die Hand. Er erkannte die

Bedeutung der Deutschen für sein Land hoch an: „Deutsches Recht und deutsche Bürger bringen uns und den Einwohnern unseres Reiches großen Nutzen und heben die Lage unserer Untertanen." Bald kam seine Zusage zur Hilfe, und der preußische Bund begann, von Polen unterstützt, den Krieg mit dem Orden. Die Ordensburgen und -schlösser in den Städten, insbesondere in Thorn, Danzig und Elbing, wurden zerstört. Nur die Marienburg hielt sich mit wenigen anderen festen Plätzen. Schon im Mai 1454 zog der Polenkönig in Thorn ein, wo ihm Stadt und Adel nach Gewährung weitgehender Selbständigkeit und erheblicher Sonderrechte huldigten. Über ein Jahrzehnt verwüstete dann der Krieg zwischen dem sich verteidigenden Orden und den von Polen unterstützten preußischen Ständen das Land und raffte mehr als die Hälfte seiner Bewohner dahin: ein unersetzlicher Blutzoll insbesondere an den Deutschen im Ordensland. Im September 1454 wurde das polnische Heer von den Ordensrittern geschlagen; die kleineren Städte schlossen sich dem Orden schon wieder an, und auch in Thorn erhob sich ein zunächst erfolgreicher Aufstand ordenstreuer Bürger gegen die Polenfreunde. Doch der damalige Hochmeister des Ordens wußte die Gunst der Stunde wenig zu nutzen, handelte zu zaghaft und besaß nicht die Gelder, seine Söldner zu bezahlen, so daß er ihnen Land und Burgen verpfänden mußte. Die Marienburg wurde daraufhin 1457 von böhmischen Söldnern des Ordens, die sie vorher verteidigt hatten, für 300 000 Mark, die größtenteils die deutsche Stadt Danzig aufgebracht hatte, an die Polen verkauft, so daß der Polenkönig kampflos in die Hauptfeste des Ordens einziehen konnte.

Nach weiteren Kämpfen und schließlicher Erschöpfung auf beiden Seiten mußte der Orden im 2. Thorner Frieden von 1466 Pomerellen, das Ermland und das Kulmer Land an Polen abtreten, auf die Marienburg verzichten und sich auf das als Rest verbliebene Ostpreußen mit den späteren westpreußischen Kreisen Marienwerder und Rosenberg beschränken. Der Hochmeister hatte von nun an seinen Sitz in Königsberg und sollte die Oberhoheit des Polenkönigs anerkennen. Der Lehnseid wurde allerdings nicht geleistet, so daß Ostpreußen für eine Zeitlang praktisch ein von Polen und dem Reich unabhängiger Staat wurde. Auch Kaiser und Papst erkannten den 2. Thorner Frieden nicht an. Später sorgte Kaiser Maximilian (1493–1519) dafür, daß nicht, wie zunächst erzwungen vereinbart, Überfremdungsartikel für den Orden wirksam wurden. Unter Wolter von Plettenberg, der 1494 zum Hochmeister gewählt wurde, erlebte der Orden noch einmal eine kurze Blütezeit. Am See Smolina schlug 1502 sein Ordensheer, verstärkt durch Hilfstruppen aus den baltischen Völkern, die Russen, so daß der russische Einfluß im Baltikum bis zur Niederlage des Ordens gegen den Zaren im Jahre 1560 noch zwei Generationen ausgeschaltet blieb.

Mit der zunächst nur nominellen und losen Oberherrschaft über das spätere Westpreußen und Danzig hatte Polen mit deutscher Hilfe den ersten Korridor zur Ostsee erlangt: eine verhängnisvolle Entwicklung für die Zukunft. Eine

allgemeine Polonisierung auf dem Lande setzte ein, insbesondere als einflußreiche Berater und Minister des Königs meist Deutsche waren, die sich polnischer als die Polen gebärdeten. Die für Ostpreußen und das Baltikum so wichtige Landverbindung zum Reich ging so wieder verloren. Nach weiteren Kämpfen mit Polen, bei denen der Bund der preußischen Stände wieder den Polenkönig gegen den Orden unterstützte, wurde 1525 der verbliebene Ordensstaat, im wesentlichen Ostpreußen ohne das Ermland, nach Einführung der Reformation in ein weltliches Herzogtum umgewandelt, das der letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg als erbliches Lehen von Polen empfing. Im „königlichen Preußen", dem Polen zugefallenen restlichen Ordensland, vor allem in den Städten Danzig und Thorn, versuchte der Polenkönig um diese Zeit die Reformation wieder rückgängig zu machen, was in den Städten ohne Erfolg blieb. 1557 erlangte Danzig und bald darauf erhielten auch Elbing und Thorn volle Religionsfreiheit. Auf dem Lande wirkte die katholische Kirche von Gnesen aus jedoch stark im Sinne einer Polonisierung.

In der „Lubliner Union" von 1569 wurden dann die Westpreußen und seinen Ständen eingeräumten Sonderrechte vom polnischen König weitgehend aufgehoben, und das frühere Ordensland wurde gegen seinen Protest Polen fester angegliedert. Ein Jahrhundert nach dem Verrat der Deutschen am Orden verloren sie damit ihre Freiheiten. Dadurch wurde die nun verstärkt einsetzende Gegenreformation und damit die Polonisierung weiter gefördert. Zu einer Keimzelle dieser Bewegung wurde die 1565 in Braunsberg im Ermland gegründete Jesuitenniederlassung. Nur die großen Städte Danzig, Elbing und Thorn konnten sich weiterhin größerer Freiheit erfreuen.

Im Baltikum wurde schon in den Jahren von 1522 bis 1524 die Reformation eingeführt, vom noch katholischen Ordensmeister für das Baltikum zwar nicht gefördert, aber doch geduldet. Martin Luther richtete 1523 ein besonderes Sendschreiben an alle Christen „zu Righe, Revell, und Tarbthe in Liefflandt". Katechismus und religiöses Schrifttum, von deutsch-baltischen Pastoren übersetzt und meist in Deutschland gedruckt, stellten die ersten Druckwerke in estnischer und lettischer Sprache dar, schufen die Schriftsprache dieser Völker und belebten diese Volkssprachen nachhaltig. Durch die Reformation wurde der katholische Ritterorden so Landesherr eines vorwiegend protestantischen Landes, in dem auch der Erzbischof und seine Kirche zwar große Ländereien, aber kaum noch Anhänger hatten. Zu diesen inneren Problemen trat mit Zar Iwan IV., dem Schrecklichen (1533–1584), ein starker Gegner, der seine Herrschaft ausweiten wollte. Vergebens erbaten Ritterorden und baltische Stände Hilfe bei Kaiser, Fürsten und Städten des Reiches wie bei der Hanse. 1560 wurde das Ordensheer vernichtet, und der baltische Ordensstaat zerfiel. Estland unterstellte sich 1561 dem ebenfalls evangelischen Schweden, bei dem es bis 1710 blieb; Livland kam zunächst an Polen, das 1561 die Moskowiter aus dem Lande getrieben hatte, und 1629 im wesentlichen auch an Schweden; Kurland wurde

polnisches Lehen unter dem letzten Ordensmeister Gotthard Kettler, der nun „Herzog von Kurland und Semgallen in Livland" wurde. Die Stadt Riga unterwarf sich zunächst den siegreichen Polen nicht und konnte noch bis 1581 als eine praktisch reichsunmittelbare Stadt ihre Selbständigkeit bewahren, so daß sie, wie ihre Ratsherren 1561 schrieben, „des Römischen reichs, Teutzschlandes ihres gemeinen vaterlands, genossen und noch teglich geneust".
Für Livland wurde 1561 im „Privilegium Sigismundi Augusti" festgelegt, daß auch in Zukunft Deutsch die Landessprache und die evangelische Kirche die Landeskirche bleibe sowie das herrschende Landesrecht mit dem ständischen deutschen Aufbau weiterhin gelte. Diese Regelung wurde dann ebenso für die anderen baltischen Länder verbindlich und blieb auch während der späteren Zeit russischer Oberhoheit anerkannt. Adel und Städte, deutscher Herkunft und deutschen Geistes, traten so die Nachfolge des Ritterordens und der Bischöfe an und konnten ihre aristokratische deutsche Eigenart bis zur gewaltsamen Russifizierung in unserem Jahrhundert erhalten. „Es war ein deutsches Staatswesen, und die deutschen Stände trugen die Verantwortung für Verteidigung und innere Ordnung. Aber das estnische und lettische Volkstum bewahrte gleichsam in einer gesicherten Kapsel eingeschlossen, seine nationale Integrität."

Rückschläge im südlichen Polen

Unter den zeitweise mächtigen Herzögen von Schlesien und Glogau schien es eine Zeitlang zu Beginn des 14. Jahrhunderts noch, als könne ganz Südpolen mit seinem bereits starken deutschen Anteil im Anschluß an Schlesien bis östlich von Krakau eingedeutscht werden. Doch der schlesische Herzog, der von den Deutschen Krakaus zu Hilfe gerufen war, konnte sich auf die Dauer gegen die polnischen Herzöge nicht durchsetzen, und 1311 fiel Krakau an Polen zurück, ohne daß der Kaiser eingriff. Ein blutiges Strafgericht an den Deutschen fand statt, und ihnen wurde ein Teil ihrer Sonderrechte genommen; statt eigener Ratsherren bestimmten nun königliche Räte in der Stadt, und die bislang in Deutsch geführte Stadtchronik wurde ab 1312 in Polnisch geschrieben. Noch im gleichen Jahr erlitt Posen das gleiche Schicksal. In Danzig war 1308 der Ritterorden durch die Besetzung der Burg und Gründung der „Rechtsstadt" dem zuvorgekommen, so daß Danzig und Pomerellen deutsch blieben. Nach längerem Streit verzichtete der Polenkönig 1343 im Frieden von Kalisch gegenüber dem Ritterorden auf das Kulmer Land und Pomerellen, wodurch nun für einige Generationen feste Grenzen gezogen waren.
Im Vertrag von Trentschin hatte der polnische König bereits 1335 endgültig aller Rechte auf Schlesien zugunsten Böhmens und damit des Reiches entsagt. So wichtig dieser Vertrag für Schlesien zur Bewahrung seines deutschen Charakters wurde, so bedeutete er doch auch eine Schwächung des Deutschtums für die

Gebiete von Krakau bis Lemberg, in denen dann die Verbindung zum Reich allmählich lockerer wurde. Bei der Reform des polnischen Rechtswesens war ab 1356 für die polnischen Städte nicht mehr Magdeburg oder Breslau gerichtlicher Oberhof, sondern ein neu dafür eingerichteter in Krakau, das inzwischen polnische Krönungsstadt geworden war.
Obwohl Krakau noch 1430 der deutschen Hanse beigetreten war und seinen deutschen Charakter zäh verteidigte, machte schon im 15. Jahrhundert die Entdeutschung der Siedlungsgebiete im südlichen Polen starke Fortschritte. Um 1450 waren die Städte dieser Landschaft noch zu über 70 Prozent deutsch, Orte wie Krosen (Krosno) und Landshut (Lancut) fast rein deutsch. In Lemberg sollen um 1410 nur weniger als 5 Prozent Polen gelebt haben. Dann zog der polnische Kleinadel, die Schlachta, zunehmend in die Städte, in denen die Zünfte allmählich ihre vorher rein deutsche Art aufgaben. Während für Krakau um 1403 von 83 Zunftältesten nur 11 Polen auftraten, waren es um 1500 bereits 39 von 95. Im Jahre 1537 trafen deutsch-polnische Auseinandersetzungen die deutsche Einwohnerschaft Krakaus schwer. Die polnischen Bischöfe und der Reichstag erzwangen nun die Einführung der polnischen Predigt auch an der Krakauer Marienkirche, die bis dahin ausschließlich dem deutschen Gottesdienst vorbehalten geblieben war. Die Folgen dieser Maßnahmen trafen auch die Deutschen in ganz Südpolen. Verstärkt wurden die deutschen Namen nun polonisiert, und der Reformation wurde erfolgreich entgegengewirkt. In den folgenden Jahrhunderten ging in diesen Mischsiedlungen des südlichen Polens das Bewußtsein des Deutschtums allmählich verloren. Die großen Ströme deutscher Siedler, die in diese Gebiete und bis in die Ukraine geflossen waren, gingen in anderen Völkern unter. Für Polen und Rußland bildeten die Nachkommen der Kolonisten eine wertvolle Bereicherung.
Auf die große Siedlungsbewegung vom 12. bis ins 14. Jahrhundert folgte so eine Zeit erheblicher Verluste für das Deutschtum im Osten. Nach dem Ausfall des Ritterordens bildete sich in den einzelnen Landschaften Ostdeutschlands keine überörtliche politische Führungskraft oder Institution mit starkem Willen heraus, wie sie die Siebenbürger Sachsen im Süden Ungarns durch ihre Verfassung in vorbildlicher Weise geschaffen hatten. Auch die Fürsten von Brandenburg nahmen nach dem Aussterben der Askanier 1320 längere Zeit ihre Aufgabe im Osten kaum noch wahr. Durch mangelndes Interesse des Kaisers, durch Uneinigkeit der Deutschen, durch beginnende territoriale Zersplitterung, durch die Erschlaffung des Ritterordens und rein wirtschaftliches Denken der wohlhabenden Städte ging so wertvolles, in harter Arbeit kultiviertes Land dem deutschen Volk wieder verloren, wurden deutsche Mehrheiten erst zu Minderheiten und dann im Verlauf weiterer Generationen ganz aufgesogen. Über viele Jahrzehnte vollzog sich, kaum von den Zeitgenossen wahrgenommen, eine Tragödie im deutschen Osten, ein sich später wiederholendes schweres Schicksal. Um 1600 erfolgte dann noch einmal eine Masseneinwanderung Deutscher nach

Polen. Zigtausende deutscher Menschen zogen damals, auch aus Schlesien, nach Polen, insbesondere von den dortigen Adeligen mit verlockenden Versprechungen angeworben. Noch einmal wurde eine Reihe deutscher Städte gegründet. In Warschau, nun schon nach Krakau Polens Hauptstadt, stellten um 1650 die Deutschen noch die Mehrheit der Patrizier. Auch bis nach Lublin und Lemberg ergoß sich der neue Siedlerstrom. Im Danziger Werder und im Netzebruch kolonisierten Niederdeutsche und Schlesier, bis dann von Brandenburg-Preußen dort eine neue Siedlungspolitik eingeleitet wurde.

Die Hussitenkriege

Das 15. Jahrhundert brachte auch für die Deutschen in Böhmen und Teilen Mährens eine nationale Katastrophe. Bei seinem Beginn lagen Iglau und Brünn noch nicht als deutsche Sprachinseln in tschechischem Gebiet, sondern hatten Verbindung zum deutschen Siedlungsraum. In den meisten Städten Böhmens bildeten die Deutschen die überwiegende Mehrheit und stellten dort die führende Schicht dar. Es fehlte allerdings eine einheitliche weitsichtige Führung und ein politisch wirkendes Zusammengehörigkeitsgefühl. Der gewachsene Wohlstand hatte das Interesse für die nationalen Fragen gegenüber den wirtschaftlichen Belangen in den Hintergrund treten lassen.
Nach Vorläufern wandte sich der redegewandte tschechische Glaubenseiferer Johannes Hus (1369–1415) zunächst in der Nachfolge des Engländers John Wicliff (1330–1384) gegen Mißstände in der Kirche, dann auch gegen die Deutschen an der Prager Universität, welche diese Lehre ablehnten. An der in vier gleichberechtigte „Nationen" eingeteilten Universität hatten bisher die Deutschen mit der reindeutschen sächsischen und bairischen, der vorwiegend deutschen polnischen und der nur teilweise deutschen böhmischen Nation den Ausschlag gegeben, so daß die Universität seit ihrer Gründung deutsch ausgerichtet gewesen war. Am Gründonnerstag des Jahres 1409 erließ König Wenzel von Böhmen, der im Jahre 1400 als deutscher König abgesetzt worden war und seitdem gegen die Deutschen keine Freundschaft hegte, auf Drängen der Hussiten das „Kuttenberger Dekret", wonach in Zukunft in völliger Umkehrung der bisherigen Verhältnisse die böhmische Nation mit ihrer tschechischen Mehrheit drei der vier Stimmen an der Universität erhalten sollte. Dadurch konnten die Tschechen die Universität beherrschen und deren reiche Stiftungen ausnutzen. Viele deutsche Professoren und Studenten zogen daraufhin von Prag nach Leipzig und gründeten dort noch im selben Jahr eine Universität. Dem deutschen Geistesleben in Böhmen entstand dadurch ein nicht wieder zu ersetzender Verlust.
Als dann Kaiser Sigismund 1415 sein Hus gegebenes Versprechen auf freies Geleit zum Konstanzer Konzil brach, es zuließ, daß die katholische Kirche Hus als

Ketzer verbrannte, und auch die Prager Artikel der Anhänger von Hus ablehnte, wuchs der Deutschenhaß unter den immer fanatischer werdenden Hussiten. Es kam zu immer häufigeren Übergriffen gegen Deutsche, wobei der böhmische König nicht einschritt. Im Juni 1419 wurden die deutschen Ratsherren der Prager Altstadt durch Sturz aus dem Fenster von Hussiten ermordet. Damit begannen die sich bis 1436 hinziehenden blutigen Hussitenkriege, die das schon bodenständige Deutschtum in weiten Teilen Böhmens auslöschten, die Städte entdeutschten und den Wohlstand des Landes für lange Zeit zerstörten.
Immer wieder wurden in der Folgezeit kaiserliche Heere und auch europäische Kreuzfahrerheere der katholischen Kirche von den wild kämpfenden Hussiten unter ihrem grausamen Anführer Jan Zischka und nach dessen Tode unter Prokop geschlagen. Mit der ganz neuen Form der hussitischen Wagenburg zogen die kriegerischen Hussitenscharen von ihrem Schwerpunkt in der Feste Tabor mordend und plündernd durch Böhmen. Ab 1427 griffen sie auch andere deutsche Länder an, zogen durch Sachsen und Brandenburg, durch Pommern bis an die Ostsee kurz vor Danzig und fielen auch verheerend in Schlesien und in die Oberpfalz ein. Die Deutschen wurden auf ihrem Wege meist ermordet, insbesondere ganze deutsche Bürgerschaften in den böhmischen Städten. Städte wie Prachatitz und Komotau, Cöllen (Kolin) und Nuwenburg (Nymburg), vor allem aber Prag, verloren so ihre deutschen Bürger. Auch unter der bäuerlichen deutschen Bevölkerung auf dem Lande hausten die Hussiten schwer. Zischka erklärte: „Die Wagenburg wird rasseln, bis dem letzten Deutschen die Hirnschale eingeschlagen ist." Erst als der gemäßigtere Teil der Hussiten in ihren Glaubensforderungen durch päpstliches Einlenken befriedigt wurde und sich daraus eine Spaltung der Hussiten ergab, konnte ihr radikaler Teil, die Taboriten, in der Schlacht bei Böhmisch Brod und Lipan 1434 besiegt werden. Kaiser Sigismund konnte dann 1436 endlich die Anerkennung als König von Böhmen erlangen.
Nach Sigismunds und seines Nachfolgers Tode konnten die Hussiten 1458 den tschechischen Adeligen Georg Podiebrad (1458–1471) zum König von Böhmen ausrufen, der kaum Deutsch sprach. Mit Sprachverordnungen wurde ab etwa 1480 das Deutsche weiter zurückgedrängt. Die Landesordnung von 1500 erklärte das Tschechische für Böhmen zur herrschenden Sprache, und erst 1627 für Böhmen und ein Jahr später für Mähren erhielt die deutsche Sprache ihre Gleichberechtigung zurück.
Das Deutschtum in Böhmen, vor allem in den Städten, hatte in diesen Jahrzehnten der Hussitenstürme einen unerhörten Aderlaß erlitten, von dem es sich in einigen Gebieten gar nicht mehr, in anderen nur langsam erholte. Auch durch neue Einwanderungen in der folgenden und späteren habsburgischen Zeit wurde der frühere deutsche Einfluß in Zentralböhmen, vor allem in Prag, nicht wieder erreicht, ein bitterer Verlust für dieses Kernland Europas mitten im deutschen Siedlungsgebiet und eine schwere Hypothek für die Zukunft. Der

vorher sprichwörtliche Reichtum Böhmens wie seiner Hauptstadt Prag war für lange Zeit dahin. Bessere Zeiten für die Deutschen in Böhmen und auch im westlichen Ungarn begannen erst wieder, als nach dem Tode des Ungarnkönigs im Kampf gegen die vorrückenden Türken 1526 der Habsburger Ferdinand König von Böhmen und Mähren mit Schlesien und Ungarn wurde. Fortan blieb Böhmen nach Wien ausgerichtet und wurde 1627 ein wertvolles Erbland der Habsburger, bis 1918 auch diese Zeit zu Ende ging.

Das Schicksal der Westgrenze bis zu den Glaubenskriegen

Aus den Wirren und Teilungen unter den Nachfolgern Karls des Großen ging mit den Verträgen von Mersen 870 und Ribemont 880 eine Westgrenze des Ostfrankenreiches hervor, die ungefähr auf der Wasserscheide zwischen Seine und Rhein verlief und an der Nordgrenze von Burgund nördlich von Belfort an den Rhein stieß. Bis auf den flandrischen Zipfel westlich der Schelde lag die deutsche Sprach- und Volksgrenze östlich davon, so daß noch ein Streifen seit der Merowingerzeit schon wieder romanisierter Bevölkerung im Westen zum Reich gehörte. Den weiteren Romanisierungsbestrebungen schien damit zunächst ein Riegel vorgeschoben zu sein. Vorhaben lothringischer Fürsten von 911, sich dem Westfrankenreich anzuschließen, wurden durch die erfolgreiche Einigungspolitik und einen Heerzug König Heinrichs I. von Sachsen 925 vereitelt, so daß von nun an Lothringen als Herzogtum endgültig zum Deutschen Reich gehörte. Das Elsaß war bereits 921 durch die Bildung des „Herzogtums Schwaben und Elsaß" an die rechtsrheinischen Gebiete fest angeschlossen worden. Im nun aufblühenden deutschen Kaiserreich wurde der Rhein mit seinen linksrheinischen Kaiserpfalzen und den großen Domen in Speyer, Worms und Mainz, die um 1000 begonnen wurden, immer mehr zur Achse des Reiches. Das Elsaß mit der von Kaiser Friedrich I. Barbarossa erbauten Pfalz Hagenau, die längere Zeit die Reichskleinodien bewahrte, war für Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen „seiner Erblande liebstes". 1033 war noch Burgund von Kaiser Konrad II. für die nächsten Jahrhunderte dem Reich gewonnen worden, so daß auch die bedrohte Südwestecke des Reiches geschützt blieb und die Schweizer dort ihre Freiheit entwickeln konnten.
Während der ganzen Zeit des mittelalterlichen deutschen Kaisertums bis 1250 blieb die Westgrenze des Reiches im wesentlichen unangetastet. Die bei ihrer Landnahme von den Franken gewonnenen Räume im Westen erzeugten sogar als erste deutsche Landschaften nach Durchführung der inneren Rodung und Städtebildung ab 1000 einen Bevölkerungsüberschuß, der dann die deutsche Ostkolonisation in Gang setzte. Aus Flandern und vom Niederrhein, von der Maas und aus der Moselgegend zogen die ersten Siedler nach Mitteldeutschland und in die Donauländer bis nach Siebenbürgen.

Das Ringen der deutschen Kaiser gegen die Ansprüche des Papsttums seit dem Beginn des Investiturstreites von 1059 bis zur Enthauptung des letzten Staufers Konradin 1268 in Neapel durch den französischen Grafen Karl von Anjou war ein Kampf gegen meist französische Päpste und gegen die Gedanken, die aus dem französischen Kloster Cluny kamen. Der Untergang der Staufer bedeutete damit auch einen Sieg Frankreichs, wo parallel zum Niedergang der deutschen Kaisermacht eine Stärkung des Königtums und eine Zentralisierung erfolgt war. In der kaiserlosen Zeit (1250–1273) und unter den ersten deutschen Wahlkönigen versuchte Frankreich erfolgreich, an seiner Ost- und Nordgrenze einzelne Gebiete vom Reich abzutrennen. Die Kaiser Rudolf von Habsburg (1273–1291) und Adolf von Nassau (1292–1298) konnten diese Verluste an Reichsland an der Schelde, in Lothringen und im Maas-Saône-Gebiet nicht verhindern. Deutsche Fürsten und geistliche Landesherren im Westen kamen unter starken Einfluß und in Abhängigkeit von Paris. So waren um 1300 franzosenfreundliche Bischöfe in Basel, Konstanz, Mainz, Trier, Tull (Toul) und Köln vom Papst schon eingesetzt, die, wie auch die Fürsten von Jülich und Berg, Holland, Brabant und Luxemburg, vertraglich mit Frankreich verbunden waren. Ein weiteres Abbröckeln der westlichen Volksgrenze gegenüber Frankreich schien bevorzustehen.
Da stand in Flandern das Volk gegen den frankreichhörigen Adel und das Patriziat in einzelnen Städten auf, und in der „Sporenschlacht" von Kortrijk besiegten die flandrischen Zünfte 1302 das französische Ritterheer. Diese Schlacht wurde „das erste leuchtende Denkmal für den offenen Einbruch nationaler Leidenschaften in den politischen Kampf" genannt. In einem zeitgenössischen Liede hieß es dazu:

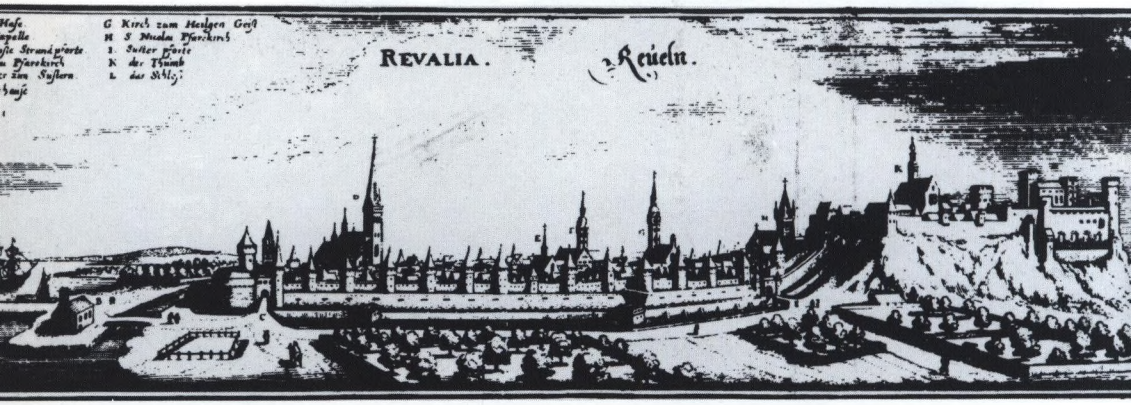
Staet op, o Vlanderens Mannen,
staet op! de Nacht was lange.
Slaet dod, was walsch en valsch is
met goeden dag en zange!
O vyande, gy valsche,
wy geven ü nu goeden dag!
o vyande, gy valsche
de vlaamsche Leuw ist opgewacht!

Dieses Aufbegehren der Grenzlande gegen die Französisierung griff weiter um sich und bewirkte dann auch, daß 1308 statt des nach der deutschen Königskrone greifenden Franzosenkönigs ein deutscher Fürst, Heinrich VII. von Luxemburg (1308–1313), zum deutschen König gewählt wurde. Dieser war ursprünglich auch für Frankreich gewonnen gewesen, versuchte dann aber doch als König und Kaiser die Einheit des Reiches und seine Grenzen zu wahren und zu schützen.
In der Folgezeit war Frankreich im 14. Jahrhundert durch den Hundertjährigen Krieg gegen England zunächst gebunden und konnte dadurch dem Reich nicht gefährlich werden. Erst danach in der langen Regierungszeit des untätigen Kaisers Friedrich III. von Habsburg (1440–1493), der im Osten dem Niedergang

des deutschen Ritterordens ebenso tatenlos zusah wie dem böhmischen Königtum eines deutschfeindlichen tschechischen Adeligen, wurde die Westgrenze wieder ernsthaft bedroht. Im Jahre 1444 zog ein französisches Heer gegen das Elsaß und die Stadt Basel, vom Kaiser ursprünglich gegen die auf ihre Freiheit gegenüber Habsburg bedachten Eidgenossen zu Hilfe gerufen. Doch der Opfermut der Schweizer in der Schlacht bei St. Jacob 1444 und ein Volksaufstand gegen die Eindringlinge im Elsaß vereitelten größere Gewinne der Franzosen, die im Lande wüst geplündert hatten. Als Metz vom französischen Heer zur Übergabe aufgefordert wurde, weigerte sich die Stadt, und ihre Antwort schloß mit den Worten: „Wir lassen euch wissen, für und im Namen der Stadt, daß wir lieber alle sterben würden, als daß uns vorgeworfen würde, auch nur einmal den großen Adler (des Reiches) verleugnet zu haben." Metz konnte sich gegen die Franzosen halten. Im Frieden von 1446 mußte der Kaiser den Schweizern so große Freiheiten und Sonderrechte zugestehen, daß sie schon damals praktisch einer Loslösung des eidgenössischen Bundes vom Reich gleichkamen.
Nach der allmählichen Entfernung Burgunds vom Reich in den Jahren bis 1378 war die Bildung eines burgundischen Staates seit Philipp dem Kühnen ab 1363 zu einer besonderen Gefahr für die deutsche Westgrenze geworden. Hundert Jahre später vereinte Philipps Nachfahre Karl der Kühne in seinem Reich schon neben Burgund auch Flandern, Holland, Seeland, Friesland, Hennegau, Brabant, Namur, Limburg und Luxemburg. 1469 erhielt er von Kaiser Friedrich III. den Breisgau und das Oberelsaß verpfändet und konnte dann noch Geldern gewinnen und Lothringen sich abhängig machen, so daß er fast das ganze frühere mittelfränkische Reich Kaiser Lothars beherrschte. Erst als er 1474 in Köln und in der Schweiz eingriff, fand er entschiedeneren Widerstand. Wieder erhob sich das Volk im Rheinland und in der Schweiz und stand gegen diese Bestrebungen auf. Ganz auf sich allein gestellt verteidigte sich die Stadt Neuß im Rheinland 1475 elf Monate lang gegen das burgundische Heer, bis das Reichsheer langsam zum Entsatz kam. Die Eidgenossen schlugen 1476 das Ritterheer Karls des Kühnen bei Murten entscheidend, und als er selbst bald darauf bei der Belagerung von Nanzig (Nancy) fiel, wurden mit ihm die weitgreifenden Pläne eines großburgundischen Reiches begraben.
Gegen die daraufhin erhobenen Ansprüche des französischen Königs auf das burgundische Erbe konnte sich Kaiser Maximilian (1493–1519) als Ehemann der burgundischen Erbtochter 1499 im wesentlichen durchsetzen, so daß das ganze westliche, seit Beginn schon zum Deutschen Reich gehörige Grenzland nun an das Haus Habsburg fiel und damit, zumindest für ein halbes Jahrhundert, wieder dem Reich zurückgewonnen war. Beim Friedensschluß von 1499 gelang den Schweizern allerdings ein weiterer Schritt zur Selbständigkeit: in Zukunft unterstanden sie nicht mehr der Gerichts-, Steuer- und Kriegshoheit des Reiches. Die freie Reichsstadt Basel schloß sich 1501 den Eidgenossen an, während der Abfall der Stadt Konstanz vom Reich gerade noch verhindert werden konnte.

Ruinen der vom Deutschen Ritterorden im Burzenland nördlich von Kronstadt errichteten ersten Marienburg.

Die Marienburg an der Nogat, Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ritterordens.



Ansicht von Reval mit seinen großen Kirchen und der Ordensburg am rechten Bildrand.

Die Ordensburg Narwa an dem gleichnamigen Grenzfluß gegen Rußland, nordöstlichster Vorposten des Deutschen Ritterordens und Europas.

Gut ein Menschenalter später unter Kaiser Karl V. (1519–1556) erfolgten weitere Einbrüche an der deutschen Westgrenze. Der Kaiser teilte die habsburgischen Lande, wobei er das burgundische Erbe von der Rhone bis zur Nordsee mit Spanien selbst behielt und die übrigen Gebiete in Deutschland seinem Bruder Ferdinand übertrug. Als 1548 Karl V. die damaligen Niederlande, das Land von Friesland, die Nordseeküste und dann die Reichsgrenze entlang bis Luxemburg, damit etwa das heutige Holland, Belgien und Luxemburg, noch dem Reichskammergericht und den Beschlüssen des Reiches entzog, war damit praktisch auch schon deren folgenschwere Loslösung vom Deutschen Reich vorgezeichnet. Seitdem ging dieses niederdeutsche Land immer entschiedener seinen eigenen Weg in die politische Selbständigkeit.

Bei Karls V. Rücktritt 1556 gingen die Niederlande an seinen Sohn Philipp II., den König von Spanien, über. Als fanatischer Katholik versuchte er, die Reformation in den von ihr voll erfaßten nördlichen Niederlanden wieder rückgängig zu machen, deren weitgehende Freiheiten abzubauen und sie wirtschaftlich für das spanische Königreich auszubeuten. Als spanischer Statthalter wütete sein Herzog Alba, der „Bluthund", jahrelang grausam von Brüssel aus. Allein in den beiden Provinzen Friesland und Seeland ließ er über 18 000 Menschen hinrichten.

Um 1566, besonders nach der öffentlichen Hinrichtung der im Volk beliebten Grafen Egmont und Hoorne im Jahre 1568, erhoben sich die Niederlande, um in einem dann 80 Jahre währenden Freiheitskampf ihre niederdeutsche Eigenart und ihren evangelischen Glauben gegen die spanischen Unterdrücker zu behaupten. Im Vertrag von Gent schlossen sich 1576 auch die noch größtenteils katholisch gebliebenen südlichen Provinzen, etwa das heutige Belgien, dem aufständischen nördlichen Teil gegen Spanien an. Nach Abberufung Albas und maßvollerem Vorgehen der Spanier unterwarfen sich allerdings schon 1579 die südlicheren Landesteile wieder dem spanischen König.

Fast ohne Hilfe aus dem Reich gelang es den freiheitlich gesinnten Niederländern, den „Geusen", unter Führung des deutschen Fürsten Wilhelm von Nassau-Oranien und später seines Sohnes Moritz, sich Jahrzehnt für Jahrzehnt gegen immer neue spanische Heere unter großen Opfern zu halten, auch als 1621 nach zwölfjähriger Waffenruhe der Kampf erneut einsetzte. Erst 1648 schloß Spanien Frieden mit dem heldenmütigen kleinen Volk, das nun seine volle Unabhängigkeit erreicht hatte. In der Zwischenzeit hatte es sich, in seinem Lebenskampf vom Reich im Stich gelassen, so weit von diesem entfernt und solch ein Selbstbewußtsein entwickelt, daß ein eigenes Staats- und Volksbewußtsein entstanden war und das Land kein Verlangen mehr verspürte, dem aus dem Dreißigjährigen Krieg ohnmächtig hervorgegangenen Deutschen Reich weiter als Glied anzugehören. Noch während des Krieges gegen Spanien hatte es schon nach Afrika und Asien ausgegriffen und sich die Anfänge eines großen Kolonialreiches geschaffen.

Die habsburgische Hausmachtpolitik mit ihrem Glaubensfanatismus hatte so ein wertvolles deutsches Land zur Selbständigkeit und aus dem Reichsverband getrieben. Die südlichen, die „spanischen" Niederlande mit Flandern, Brabant und Luxemburg blieben zunächst bei Habsburg-Spanien und damit in der Folgezeit weiterer Romanisierung ausgesetzt. Geschichtlich entwickelte sich aus ihnen später Belgien.

Im Jahre 1552 besetzten die Franzosen die Bischofsstädte Cambrai, Metz, Tull (Toul) und Vierten (Verdun), die ihnen von dem deutschen Fürsten Moritz von Sachsen als „Städte, die von alters her zum Reich gehört haben", vertraglich für Hilfe im Kampf der deutschen Protestanten gegen den katholischen Kaiser zugesagt worden waren. Vergeblich wandte sich Kaiser Karl V. gegen diesen Reichsverrat und belagerte 1553 Metz, um es den Franzosen wieder zu entreißen. Mit den drei Städten blieb auch das Gebiet dieser Bistümer zunächst in französischer Hand, wodurch hier die Reformation unterbrochen und eine Romanisierung eingeleitet wurde. Die Reformationswirren in Paris verhinderten zunächst weitere französische Vorstöße nach Osten, bis unter dem inzwischen erstarkten französischen Königtum im Dreißigjährigen Krieg sich günstige Gelegenheiten für weiteres Vordringen Frankreichs nach Osten boten.

Das Elsaß war bis auf wenige Täler im östlichen Vogesenabfall deutsch nach Sprache und Gesinnung, und auch in seine zahlreichen Klöster wurden keine Franzosen aufgenommen. Die elsässischen Landstände erklärten sich 1474 in ihrem Zusammenschluß als Deutschlands „Port und Schild, dem Reich zu Ehren, der deutschen Nation zu Hilfe und Förderung". Anläßlich eines französischen Einfalls von 1552 bezeichnete sich Straßburg als „stählerne Vormauer nicht allein dem ganzen Rheinstrom, sondern deutscher Nation überhaupt".

In der freien Reichsstadt Straßburg war wie im ganzen Elsaß die Reformation früh eingeführt worden. Sie leitete eine neue Blütezeit hohen Geisteslebens in der Stadt ein. Jacob Wimpfeling (1450–1528) aus Schlettstadt verfaßte hier pädagogische Schriften, setzte sich für die Stärkung der Reichsidee ein, schrieb mit der „Germania" einen Abriß der deutschen Geschichte, „um das nationale Gewissen seiner Landsleute energisch aufzurütteln und ihnen ins Gedächtnis zu rufen, wes Stammes sie denn eigentlich seien". Er verdiente sich den Namen eines „Praeceptors Germaniae" (Vorkämpfer Deutschlands). In Straßburg entstand durch Johannes Gutenberg die erste Druckerpresse, und hier erschien um 1600 die erste deutsche Zeitung. 1621 ging die deutsche Straßburger Universität aus einer früheren Akademie hervor, die schon ab 1567 eine philosophische Fakultät besessen hatte. Mit Nürnberg galt Straßburg lange als bedeutendste deutsche Stadt.

Die innere Zerrissenheit Deutschlands durch den Territorialismus und die Glaubensspaltung wirkte sich auch auf die Grenzlande als erhöhte Bedrohung aus. Unter den starken Kaisern des Mittelalters hatten sich die westlichen und südlichen Reichsgrenzen behauptet und die östlichen vorgeschoben werden können. Später waren die Grenzlande, meist auf sich allein gestellt und von den nur ihren Hausmachtinteressen verpflichteten Kaisern im Stich gelassen, angreifenden Nachbarn oder separatistischen Bestrebungen ausgesetzt. Der Dreißigjährige Krieg brachte den Höhepunkt deutscher Ohnmacht und Würdelosigkeit. Fremde Heere wurden von deutschen Parteien ins Reich geholt. Schweden, Franzosen, Spanier, Ungarn und Kroaten tummelten sich auf deutschem Boden, und die Anlieger trachteten danach, den Krieg möglichst lange hinauszuziehen, um das Reich zu schwächen und dann möglichst viel von ihm rauben zu können. Im Laufe des Krieges wurden das Elsaß und Lothringen von Frankreich, weite Teile Nord-, Mittel- und Süddeutschlands von den Schweden besetzt. Wie im Reich mußte auch das Grenzlanddeutschtum einen erheblichen Blutzoll zahlen. Ganze Gebiete wie die Pfalz und Teile Böhmens und Mährens wurden völlig verwüstet und fast ganz ihrer Bewohner beraubt. In Olmütz, der Krone Mährens, lebten von 30 000 vorwiegend deutschen Einwohnern nach langjähriger schwedischer Besatzung nicht mehr als 1700. Rund 75 000 Exulanten, meist Deutsche, hatten nach der Ermordung Wallensteins wegen ihres Glaubens Böhmen verlassen müssen, wo auch ein großer Teil des vorher evangelisch gewordenen Adels nach Enteignung des Landbesitzes gegen Spanier und Italiener vom Hause Habsburg ausgetauscht worden war.
Im Frieden von 1648 zu Münster mit den Franzosen und zu Osnabrück mit den Schweden konnten diese erhebliche Kriegsbeute einstreichen. Frankreich erhielt die habsburgischen Länder am Oberrhein, den Sundgau, die Landgrafschaft Unterelsaß, zehn bisher freie elsässische Reichsstädte, allerdings noch nicht Straßburg, dazu noch Breisach und Philippsburg und in Lothringen endgültig die Bistümer und Städte Metz, Toul und Verdun. Die Schweiz bekam die volle Staatshoheit und schied damit aus dem Reich aus. Nach der Loslösung der Niederlande im Nordwesten hatte das Deutsche Reich damit die beiden starken Eckpfeiler seiner Westgrenze verloren. Über Lothringen kam es erst 1659 beziehungsweise 1661 zum Friedensschluß, der Frankreich noch die Gebiete um Diedenhofen und eine Landverbindung von Verdun über Metz und Pfalzburg bis ins Elsaß einbrachte und alle deutschen Festungen des Elsaß zu schleifen gebot. Damit war die jahrhundertealte deutsche Westgrenze empfindlich aufgerissen und ihres Schutzes entblößt worden und hatte in Lothringen wie im Elsaß bereits gefährliche Einbruchstellen für die Franzosen bekommen, durch die sich in den nächsten 150 Jahren immer wieder französische Heere nach Osten ergossen, um noch weiteres deutsches Land zu rauben. Der furchtbare Glaubens-

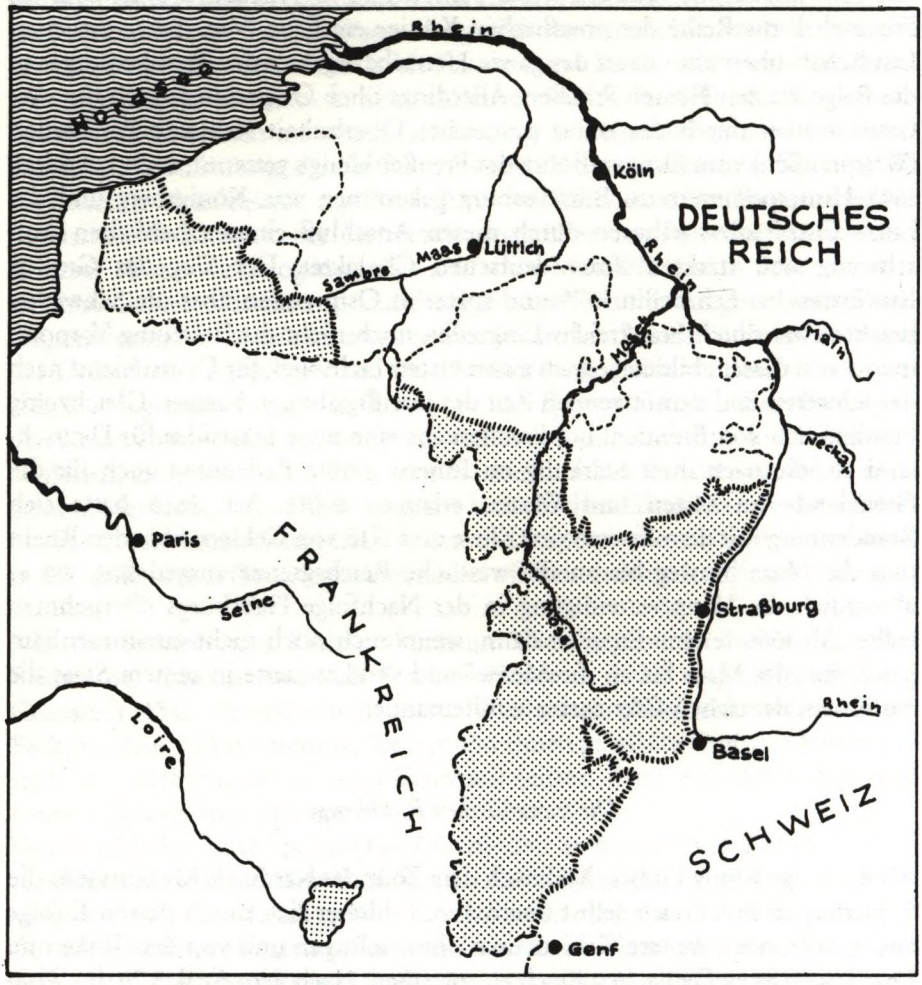
kampf des Dreißigjährigen Krieges hatte somit über die unmittelbaren Verluste an Land und Leuten hinaus in seinem Verlauf und im Friedensschluß weitere für das Reich gefährliche Entwicklungen im Westen eingeleitet, deren Folgen sich bis heute zum Nachteil für Deutschland ausgewirkt haben.
Auch im Südosten und im Osten hat das Deutschtum durch die Gegenreformation und im Zeitalter der Glaubenskriege Verluste erlitten. Wie der ganze deutsche Volks- und Sprachraum waren im 16. Jahrhundert auch die habsburgischen Länder von der Reformation ergriffen worden. Schlesien, Böhmen und die habsburgischen Stammlande bis Kärnten und Steiermark wurden größtenteils evangelisch, vor allem in den Städten und beim Adel. Für die Grenzlandbewohner bildete sich im neuen Glauben ein weiterer Unterschied zur nichtdeutschen Bevölkerung, die der Reformation als dem „deutschen Glauben" im allgemeinen nicht beitrat, mit Ausnahme des Baltikums. Der Protestantismus unterstrich in Zukunft das Trennende gegenüber den Fremdvölkischen und hemmte so das Aufgesogenwerden deutscher Minderheiten in dem von ihm erfaßten Gebiet. Mit der von Habsburg getragenen und energisch geförderten Gegenreformation wurde im zweiten Teil des 16. Jahrhunderts dieser Wesensart der Deutschen entgegengewirkt. Der Dreißigjährige Krieg verursachte mit dem Sieg der Gegenreformation in Österreich und Bayern unter der Bevölkerung in den Grenzlanden daher auch eine Schwächung des Deutschtums in der Zukunft. Schlesien, Böhmen und die übrigen österreichischen Länder wurden vorwiegend wieder katholisch. Die Einheit des katholischen Glaubens zwischen Polen, Slowenen und Deutschen wirkte sich in der Folgezeit meist zur Entdeutschung in den gefährdeten Grenzlagen aus, zumal oft fremdvölkische Priester eingesetzt wurden.
Nur die Siebenbürger Sachsen konnten Wien gegenüber ihr evangelisches Bekenntnis durchsetzen, das Bischof Honterus 1533 eingeführt und das Kronstadt 1542 übernommen hatte. Die ganze „Nationaluniversität" der Sachsen, ihre Volksvertretung, die der von ihnen gewählte Graf von Hermannstadt als „Sachsengraf" (Comes Saxorum) leitete, hatte sich dann 1550 dem neuen Glauben angeschlossen.
Das königliche (unter polnischer Oberhoheit stehende) und das freie (Ost-) Preußen hatten wegen ihrer Randlage im Dreißigjährigen Krieg nicht so schwer zu leiden wie andere Reichsgebiete. Die größeren Städte wie Thorn konnten sich der schwedischen Belagerung erfolgreich erwehren. Sie wurden eine Generation später im Nordischen Krieg stärker mitgenommen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren die Mündungen aller deutschen Ströme in fremder Hand. Der Rhein floß durch das nun selbständige Holland. An Weser, Elbe und Oder saßen die Schweden, die Weichselmündung war in polnischer Hand. Die schwedische Besatzung hatte allerdings keine entvolkenden Wirkungen zur Folge.
Im 17. Jahrhundert wurde die Verbindung Ostpreußens zum Reich wieder gestärkt. Seit 1569 war der Kurfürst von Brandenburg mit dem Herzogtum (Ost-)

Preußen von Polen belehnt. 1618 konnte Brandenburg Ostpreußen endgültig erwerben, und 1660 gelang es dem Großen Kurfürsten von Brandenburg im Frieden von Oliva, die letzten Rechte Polens an diesem Lande abzulösen, das zwar nicht zum Deutschen Reich gehörte, nun aber Ansehen und Macht der Brandenburger wesentlich vergrößerte. Dank dieser Entwicklung konnte sich dann am 18. Januar 1701 Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg mit Einwilligung des Kaisers selbst zum König in Preußen krönen und als Friedrich I. die Reihe der preußischen Könige eröffnen. Von dieser östlichen Landschaft übernahm dann das ganze Herrschaftsgebiet der Brandenburger in der Folgezeit den Namen Preußen. Allerdings blieb Ostpreußen noch für zwei Generationen durch das unter polnischer Oberhoheit stehende Pomerellen (Westpreußen) vom übrigen Besitz der Preußenkönige getrennt, auch nachdem 1648 Hinterpommern zu Brandenburg gekommen war. Königsberg und das ganze Ostpreußen nahmen durch diesen Anschluß einen erheblichen Aufschwung und stärkten ihren deutschen Charakter. Der Sieg des Großen Kurfürsten bei Fehrbellin 1675 und später in Ostpreußen über die Schweden brachte zwar durch Frankreichs Eingreifen noch nicht die Befreiung Vorpommerns von diesen, bildete jedoch einen ersten Lichtblick für Deutschland nach der schweren und demütigenden Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Gleichzeitig kündete sich von Brandenburg-Preußen aus eine neue Staatsidee für Deutschland an, die nach ihrer Stärkung im Innern größte Bedeutung auch für die Grenzlande im Osten und Westen erlangen sollte. Seit 1614 hatte sich Brandenburg mit dem Erwerb von Kleve und 1713 von Geldern über den Rhein und die Maas hinweg bis an die westliche Reichsgrenze ausgedehnt, wo es allmählich die Hauptverteidigung in der Nachfolge Habsburgs übernehmen sollte. Ab 1660 reichte Preußen dann, wenn auch noch nicht zusammenhängend, von der Maas bis an die Memel und verklammerte in seinem Staat die entfernten deutschen Grenzgebiete miteinander.

Die französischen Raubkriege

Als der junge König Ludwig XIV. nach dem Tode des Kardinals Mazarin 1661 die Regierung in Frankreich selbst übernahm, fühlte er sich durch dessen Erfolge angespornt, noch weitere Gebiete dem ohnmächtigen und von den Türken im Osten bedrohten Deutschen Reich zu entreißen. Nach dem Artikel 76 des Westfälischen Friedens stand ihm „der Durchzug durchs Reich zu Wasser und zu Lande zum Einmarsch von Truppen und der Einfuhr von Lebensmitteln und alles übrigen, so viel und so oft es nötig sein wird", zu. Der erste Rheinbund franzosenfreundlicher deutscher Fürsten von 1658 bis 1668 schien seine Pläne ebenfalls zu begünstigen. So begannen bald die Jahrzehnte der französischen Raubkriege. Sie entrissen dem Reich große Teile des westlichen Grenzlandes,

erzeugten durch die großflächigen Verwüstungen in West- und Süddeutschland furchtbares Elend, so daß viele Menschen zur Auswanderung gezwungen wurden, und prägten die Franzosen für Generationen als den „Erbfeind" in die Erinnerung der Deutschen ein.



Verlust deutschen Landes im Westen von 1648 bis 1766

Reichsgrenze 1648

Reichsgrenze 1766

von Frankreich zwischen 1648 und 1766 erobertes Gebiet

Ostgrenze weiterer mit Reunionen von Frankreich beanspruchter Gebiete

Im ersten Kriegszug eroberten französische Heere 1667 bis 1668 die spanischen Länder Flandern und Burgund, die als „burgundischer Kreis" noch zum Reich gehörten. Ein Bündnis der nördlichen Niederlande (Generalstaaten) mit England und Schweden zwang die Franzosen jedoch, im Frieden von Aachen 1668 Flandern bis auf 12 Grenzstädte, darunter das wichtige Lille, wieder herauszugeben. 1670 besetzte Frankreich dann Lothringen, von wo zahlreiche deutsche Protestanten ins Reich auswanderten. Ein Zeichen für die Unfähigkeit des Reiches zur eigenen Verteidigung war es, daß der junge patriotische Philosoph Leibniz 1671 den französischen König in einer Denkschrift „Epistola ad regem Franciae de expeditione Aegyptiaca" (Brief an den König Frankreichs zum ägyptischen Feldzug) von Deutschland abzulenken und zur Eroberung Ägyptens zu bewegen versuchte, „das von allen Ländern der Welt das best gelegene sei, um die Herrschaft über die Erde und das Meer zu gewinnen".

Mit starkem Heer fiel Ludwig XIV. 1672, verbündet mit dem Erzbischof von Köln und dem Bischof von Münster und bei Neutralität der meisten Reichsfürsten, erneut in die Niederlande ein, wo Wilhelm III. von Nassau-Oranien zur Seele des Widerstandes wurde. Wie beim früheren Kampf der Geusen gegen die Spanier wurden von den Holländern dabei die Deiche durchstochen und die Schleusen geöffnet, um dem Feind nicht das Land zu überlassen. Auch der deutsche Kaiser, Spanien und Brandenburg marschierten nun gegen Frankreich. Wechselvolle Kriegsjahre mit Kämpfen in Westfalen, im Rheinland und vor allem im Elsaß folgten. Viele Burgen und Schlösser, insbesondere im Elsaß, wurden dabei von den französischen Truppen unter Turenne zerstört, und die Bevölkerung erlebte eine Schreckenszeit. Im abschließenden Frieden von Nymwegen – im Volksmund „Friede von Nimm-weg" genannt – konnte Frankreich 1678 Lothringen und Burgund behaupten, erhielt 12 Grenzstädte in Flandern und bekam vom Kaiser die Stadt und Festung Freiburg im Breisgau. 1679 mußte auch der Große Kurfürst von Brandenburg, der mit 20 000 Mann im Westen gegen Frankreich gekämpft hatte und nach seinem glänzenden, vom ganzen Reich bejubelten Sieg über die Schweden bei Fehrbellin 1675 und ihrer Vertreibung aus ganz Nord- und Ostdeutschland gegen Frankreich und Schweden als die Reichsfeinde weiterkämpfen wollte, allein gelassen im Frieden von St. Germain nachgeben und auf Frankreichs Druck das von Schweden befreite Vorpommern diesen wieder ausliefern. Auf eine Gedenkmünze ließ er dann drucken: „Exoriare aliquis meis ex ossibus ultor!" (Aus meinen Knochen soll mir ein Rächer entstehen!)

Nachdem sich so die Niederlande mit Englands Schutz zweimal als ein zu harter Gegner erwiesen hatten, dem keine größeren Gebiete zu entreißen waren, versuchte Ludwig XIV. im Osten beim territorial zerstückelten und vom Dreißigjährigen Kriege noch geschwächten Deutschen Reich Beute zu gewinnen. Er setzte 1678 Reunionskammern (Wiedervereinigungskammern) in Metz,

Breisach und Bisanz (Besançon) ein, französische Gerichte, die angeblich historische Rechte Frankreichs auf westdeutsche Orte nachweisen sollten. Die „Urteile" dieser Scheingerichte, die bis 1681 völlig ohne jede Anhörung und dann ohne Beachtung deutscher Stellen oder der Reichsbehörden arbeiteten und nicht vor Fälschungen von Dokumenten zurückscheuten, wurden von französischen Truppen dann sofort vollstreckt. So besetzten in den nächsten Jahren mitten im Frieden die Franzosen über 600 deutsche Städte und Dörfer im Westen und beschlagnahmten dabei das ganze weltliche und geistliche Gut für ihren König. Alle bisherigen Landesherren des Elsaß wurden gezwungen, dem Sonnenkönig den Treueid zu leisten. Das schwerfällige Reich wehrte sich nicht, zumal der Kaiser gerade in seinen Stammlanden von den mit den Franzosen verbündeten Türken tödlich bedroht war. So drang Frankreich schon bis 1684 ungehindert die Maas hinab bis Dinant vor, eroberte die Ardennen, Luxemburg und die Eifel bis kurz vor Köln, besetzte von Metz aus die Nordpfalz über Trier, Idar-Oberstein und Kreuznach bis kurz vor Mainz und Bingen und nahm im Süden den größten Teil der Südpfalz mit Ausnahme des Gebietes um Kaiserslautern und das ganze Elsaß ein.

Besonders bitter war der Raub Straßburgs. Schon 1629 hatte Kardinal Richelieu seinem König empfohlen: „Wir müssen bis Straßburg vorrücken, wenn es möglich ist, um ein Eingangstor nach Deutschland zu gewinnen, was mit genügend Zeit, großer Diskretion und einem schmiegsamen und verschwiegenen Vorgehen geschehen muß." Nachdem die Franzosen vorher die Kehler Schanzen besetzt hatten und 1678 bereits mehrere Straßburger Ämter von Reunionskammern für französisch erklärt worden waren, wurde Straßburg gezwungen, seine Schweizer Söldner zu entlassen, und dann aufgefordert, dem Franzosenkönig zu huldigen. Am 28. September 1681 rückte überraschend ein Heer von 30 000 Franzosen unter Louvois vor die wehrlos gemachte Stadt, deren 24 000 Bürger, besonders die Zünfte, sich zunächst dennoch verteidigen wollten, dann aber angesichts ihrer hoffnungslosen Unterlegenheit, ohne irgendeine Aussicht auf baldige Hilfe vom Reich und unter der Drohung völliger Zerstörung der Stadt bei Widerstand kapitulierten. Nur der Resident des „allerchristlichsten Königs" und der katholische Bischof des rein evangelischen Straßburg hießen die Franzosen willkommen, als sie am 30. September 1681 die Stadt besetzten. Die deutschen Bewohner nahmen an der befohlenen Begrüßung des dann im Triumph einfahrenden Ludwigs XIV. mit abgewandten Gesichtern teil. Mitten im Frieden wurde so die mit Nürnberg wohl bedeutendste und geschichtsträchtigste alte, rein deutsche Stadt schmachvoll dem Reich geraubt, die Stadt, wo im Jahre 842 mit den berühmten Straßburger Eiden zwischen den west- und ostfränkischen Heeren und Königen der Keim zum selbständigen Ostfrankenreich und damit zum späteren deutschen Kaiserreich gelegt worden war. Die Abtrennung Straßburgs erwies die ganze Ohnmacht des Reiches und die Sonderinteressen seiner Fürsten.

Trotz großer Empörung in ganz Deutschland erhob sich kein Schwertstreich gegen diese weithin als ruchlos empfundene Tat. Die bei der Kapitulation von den Franzosen versprochene Glaubensfreiheit für die rein evangelische Stadt wurde bald sehr eingeschränkt, und es kam zu brutalen Katholisierungsmaßnahmen. Ihrer deutschen Art und ihres evangelischen Glaubens wegen verließen dann viele Bürger die Stadt und wandten sich vor allem nach Württemberg und Frankfurt. Die Franzosen machten sich sofort daran, Straßburg als Festung gegen das Reich und als Ausfallstor für weitere Angriffe auf Süddeutschland auszubauen. Der Reichstag erkannte die Reunionsbeschlüsse und den Raub Straßburgs zwar nicht an, doch seine papiernen Proteste hatten keinerlei Wirkung. 1684 schloß der Kaiser angesichts der immer noch dräuenden Türkengefahr einen zwanzigjährigen Waffenstillstand mit dem Franzosenkönig, wobei diesem vorläufig alle Erwerbungen belassen wurden. Noch 1981 protestierten viele Bewohner, Verbände und Zeitungen des Elsaß gegen die 300-Jahr-Feier des „Anschlusses Straßburgs" an Frankreich.

Trotz der vereinbarten Waffenruhe brachen 1688 schon wieder französische Heere in Westdeutschland ein und drangen bis Württemberg und Franken vor. Damit begannen die jahrelangen verheerenden Kämpfe des Pfälzischen Erbfolgekrieges, in dem Ludwig XIV. angebliche Erbrechte auf die Pfalz durchsetzen wollte. Diesmal traten Reichsheer und Freischaren dem Feind entgegen, wobei sich vor allem Markgraf Ludwig von Baden, der Türkenlouis, auszeichnete. Im Dezember 1688 erhielt die französische Armee den Befehl zum Rückzug aus Württemberg und dabei vom französischen Kriegsminister Louvois den Auftrag: „Seine Majestät befiehlt Ihnen, alle Orte, die Sie verlassen, gut zu zerstören, am oberen Neckar genauso wie am unteren, damit die Feinde dort keinerlei Vorräte oder etwas zu leben finden und sich nicht versucht fühlen, sich dort zu nähern." Westdeutschland sollte in eine Wüste verwandelt werden. Insbesondere befahl der Kriegsminister dann: „Verbrennt die Pfalz!"

Die französischen Generale Duras und Mélac, auf dessen Namen noch heute Hunde in der Pfalz gerufen werden, verwüsteten dann in schändlichster Weise das ganze Land von Köln bis Freiburg, vor allem die Pfalz, wo die ehrwürdigen Städte Speyer, Worms und Heidelberg neben vielen anderen angezündet, die großen romanischen Dome mit den Kaisergräbern geschändet und die Schlösser zerstört wurden. Ein Streifen verbrannter Erde sollte künftig Frankreich im Osten schützen, wenn dieses Land schon nicht zu gewinnen war. Rund 100 Städte und weit mehr als 1000 Dörfer wurden völlig eingeebnet. Das ganze Land zwischen Rastatt und Mainz brannte im Winter 1688 auf 1689, und die Menschen lagen auf den Straßen in großem Elend. Im Januar 1689 ordnete Louvois für Mannheim an: „Der König will, daß man den Einwohnern von Mannheim rate, sich ins Elsaß zurückzuziehen, und daß man alle Gebäude der Stadt dem Erdboden gleichmache, ohne auch nur ein Haus dort stehen zu lassen!" Im März 1689 wurde Heidelberg von Mélac völlig verbrannt, und der

Sonnenkönig ließ zur Erinnerung daran eine besondere Münze prägen, die neben dem brennenden Heidelberger Schloß die Inschrift trug: „Der König gebot, und es geschah." Und im Juni 1689 schrieb Duras an Louvois über dieses Werk in der Pfalz: „Oppenheim, Worms und Speyer sind völlig niedergebrannt. Ich war heute in Worms, es steht nicht ein Haus mehr. Man hat die Kathedralkirchen nicht schützen können, und man konnte nicht verhindern, daß der Wind Feuer in sie trug. Ich habe den Herren von Tilladet und Tesse befohlen, die beiden Kirchen von Worms und Speyer zu zerstören und sie zu sprengen und die Giebel, die noch stehen geblieben sind, so viel zu sprengen, wie es möglich ist!" Die Soldaten und Offiziere des „allerchristlichsten Königs" hausten so in Westdeutschland schlimmer als die Hunnen.
Im Frieden von Rijswijk – im Volke „Friede von Reiß-weg" genannt – mußte Ludwig XIV. 1697 zwar dann seine eroberten Gebiete, insbesondere das Elsaß und Lothringen, bis auf eine Reihe elsässischer Städte wieder herausgeben. Aber zur Schmach des Reiches wurde „die Stadt Straßburg für ewige Zeiten Frankreich angegliedert", das auch noch die Städte Pfalzburg, Metz, Diedenhofen, Saarlouis und Landau mit ihren dann weiter ausgebauten Festungen behalten durfte und somit eine neue Aufmarschlinie gegen Deutschland besaß.
Schon wenige Jahre nach diesem Frieden begann mit dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1715), in dem Habsburg mit Hilfe Englands Rechte gegenüber Frankreich auf den spanischen Thron und italienisches Land durchsetzen wollte, ein neuer Kampf zwischen Frankreich und dem Kaiser und damit eine weitere Leidenszeit für das schon schwer geprüfte westliche Grenzland. Nun wurde der Reichskrieg gegen die Franzosen erklärt, an den sich aber Bayern und der Erzbischof von Köln als Verbündete Frankreichs nicht hielten. Als im Jahre 1703 ein bayrisches Heer durch die Alpen nach Italien ziehen wollte, um dort die Franzosen gegen die Habsburger zu unterstützen, erhob sich das Volk von Tirol unter Martin Sterzinger gegen die Reichsverräter und schlug sie am Brenner erfolgreich zurück. Die Kriegskunst des vom Balkan nun in den Westen geeilten Prinzen Eugen, der von englischen Truppen unter dem Herzog von Marlborough unterstützt wurde, besiegte die Franzosen in mehreren großen Schlachten. Bei Höchstädt an der Donau wurde am 13. August 1704 zum ersten Male seit Kaiser Karls V. Zeiten ein starkes französisches Heer von Reichstruppen vernichtend geschlagen und sein General Tallard gefangengenommen.
Um 1709 war der Sonnenkönig wirtschaftlich und militärisch am Ende und sein Land völlig ausgepreßt, so daß er um Friedensverhandlungen nachsuchte. Er bot nun auch an, auf das Elsaß und Straßburg zu verzichten, wenn sein Enkel aus dem spanischen Erbe wenigstens Sizilien bekomme. Angesichts der augenblicklichen militärischen Überlegenheit verweigerte Kaiser Joseph I. das jedoch und forderte noch Metz, Toul, Verdun und weitere Zugeständnisse zur spanischen Erbschaft für Habsburg. Nach Josephs I. Tode schlug auch 1713 der neue Kaiser Karl VI. ein weiteres Angebot Ludwigs XIV., Straßburg gegen italienische

Gebiete herauszugeben, gegen den ausdrücklichen Rat des Prinzen Eugen aus. Nachdem dann die mit Habsburg Verbündeten doch 1713 schon Frieden mit Frankreich geschlossen hatten, mußte der Kaiser nach zufälligen militärischen Erfolgen Frankreichs im Frieden von Rastatt 1714 auf das ganze Elsaß mit Straßburg und Landau verzichten. Nur die spanischen Niederlande fielen wieder an Habsburg zurück. Eine günstige Gelegenheit, das alte Reichsland Elsaß mit seiner Krone Straßburg zurückzugewinnen, war damit von den Habsburgern zweimal wegen italienischer Erwerbungen ausgeschlagen worden. Die „spanische Krankheit" des Hauses Habsburg kostete so schließlich dem Reich nach allem Vorhergegangenen auch noch das Elsaß und Straßburg. Preußen erhielt im Frieden von Rastatt unter anderem weitere Gebiete um Geldern an der Maas und verstärkte damit seinen Einfluß an Deutschlands Westgrenze.
Nach der völligen Erschöpfung Frankreichs und insbesondere nach dem Tode Ludwigs XIV. im Jahre 1715 kehrten Jahre der Ruhe für die verbliebenen westdeutschen Grenzlande ein. Doch der Verlust deutschen Landes im Westen an Frankreich ging auch dann noch weiter. Zugunsten habsburgischer Hausmachtpläne wurde 1735 in der Abwicklung eines polnischen Thronfolgestreites das alte deutsche Herzogtum Lothringen von Kaiser Karl VI. dem erfolglosen Thronbewerber Stanislaus Lesczynski, dem Schwiegervater des französischen Königs Ludwig XV., als Entschädigung gegeben mit der Absprache, daß dieses Land nach dessen Ableben endgültig an Frankreich fallen solle. Der bisherige Herzog von Lothringen, Franz-Stephan, der Gemahl der späteren Kaiserin Maria Theresia, wurde mit der Toskana für seinen Verzicht abgefunden. Schon 1733 war Lothringen im Vorgriff darauf erneut von den Franzosen besetzt worden. Für die Abtretung Lothringens sagte Frankreich zu, später die Pragmatische Sanktion Kaiser Karls VI. anzuerkennen, wonach dessen Tochter Kaiserin werden sollte. Um die Thronfolge seiner Tochter zu sichern, wenn auch, wie sich später zeigte, ohne Erfolg, da sie deswegen erst lange Kriege führen mußte, verschenkte der deutsche Kaiser das deutsche Grenzland im Westen an den Erbfeind des Reiches: ein trauriges Beispiel dynastischer Hausmachtpolitik ohne Rücksicht auf Volk und Reich. Erneut wanderten danach viele Lothringer aus, um der drohenden Französisierung und Rekatholisierung zu entgehen, vor allem in die habsburgischen Donauländer und dort besonders in das Banat.

Die Türkenkriege

Schon bevor die Türken 1453 Konstantinopel eroberten, waren sie auf dem Balkan vorgedrungen, bereits 1415 in die Untersteiermark eingefallen und seit 1420 mehrfach in Siebenbürgen erschienen, wo die Sachsen sie zunächst meist zurückschlagen konnten. 1521 eroberten die Mohammedaner Belgrad, besetzten 1526 nach dem Sieg über die Ungarn bei Mohatsch die ungarische Tiefebene und

belagerten 1529 zum ersten Male vergeblich Wien. Wohin sie kamen, vernichteten sie fast alles Leben oder schleppten die Bewohner in die Sklaverei. Immer wieder fielen sie in der folgenden Zeit nach Österreich ein, wo die Grenzlanddeutschen darunter sehr zu leiden hatten. Insbesondere die deutsche Bevölkerung des Burgenlandes wurde nahezu völlig ausgelöscht, und das östliche Alpenvorland bis zum Plattensee wurde wieder ödes Niemandsland wie in der Zeit der ungarischen Einfälle. Um 1650 mußte Siebenbürgen einen weiteren Türkensturm erdulden, wobei fast nur die Städte sich halten konnten. Rund 150 Sachsendörfer wurden völlig zerstört und ihre zurückgebliebenen Einwohner getötet oder verschleppt. Da diese Dörfer dann meist mit Rumänen wiederbesiedelt wurden, ergab sich ein für die spätere Zeit folgenschwerer Einbruch in den bis dahin geschlossenen Sachsenboden. Durch die Türkenherrschaft und die gegen die Habsburger gerichtete ungarische Kuruzzen-Bewegung erlebte besonders das städtische Deutschtum in Ungarn, das durch den ungarischen Adel schon erheblich bedrängt worden war, neben der bäuerlichen Streusiedlung einen fürchterlichen Aderlaß. Selbst Kärnten und die Steiermark wurden mehrfach von den Türken und den Kuruzzen heimgesucht.

Verbündet mit ungarischen Adeligen und den von diesen geführten Kuruzzen erschienen die Türken 1663 wieder im habsburgischen Oberungarn und in Mähren mit mehreren Heersäulen, bis sie 1664 sowohl in Oberungarn und dann zum ersten Male entscheidend am 1. August des Jahres bei St. Gotthard mit französischer, schwedischer und brandenburgischer Hilfe von den Österreichern geschlagen wurden. Dabei hatte sich zum letzten Male eine christliche Koalition der verschiedenen Länder Europas gegen die Ungläubigen gebildet und in höchster Not trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit mit 25 000 Christen gegen 120 000 Türken den Sieg davongetragen und damit das Abendland gerettet. Im anschließenden Frieden von Eisenburg behielten die Türken jedoch ihren ungarischen Besitz und bekamen vom Kaiser noch erhebliche Gelder.

Nach kaiserlichen Strafmaßnahmen im österreichisch beherrschten Teil Ungarns brachen dort lang andauernde Aufstände aus, die dann von den Türken, nun auch auf Betreiben Frankreichs, dessen allerchristlichster König Ludwig XIV. sich nicht scheute, die Mohammedaner zum Angriff gegen Österreich zu bewegen, zu einem erneuten Vorstoß nach Westen genutzt wurden. Im Sommer 1683 wälzte sich ein türkisches Heer von mehr als 200 000 Mann gegen Wien, aus dem der Kaiserhof nach Passau entwich. Eine Massenflucht der Bevölkerung setzte aus der bedrohten Stadt ein, als die heranziehenden feindlichen Massen alle gegen sie aufgebotenen Truppen vor sich wegfegten. Vom 14. Juli 1683 an verteidigte Graf Rüdiger von Starhemberg mit nur 16 000 Mann die Stadt gegen die türkische Übermacht erfolgreich, bis das Reichsheer, verstärkt durch polnische Truppen, am 12. September erschien. Nachdem die Türken nach heftigen Angriffen an den vorangegangenen Tagen schon Teile der Wiener Burg erobert hatten, wurden die Belagerer dann in der Entscheidungsschlacht am Kahlenberg vor

Wien vernichtend geschlagen, daß ihre Reste flüchten mußten. Im ganzen Reich wurde Wien als der „Schild Germaniens" gefeiert, der wieder einmal als das letzte Bollwerk gegen Asien standgehalten hatte. Mit der Stadt war ganz Europa und seine Kultur zunächst für lange Zeit vor den Türken gerettet, die dann bis in unsere Tage nicht mehr so gefährlich das Abendland bedrohten.
Gleich im Anschluß an diesen Sieg ging Kaiser Leopold I. zum Gegenangriff über. Noch bei der Verfolgung der flüchtenden Türken wurde die alte Erzbischofsstadt Gran an der Donau zurückerobert. Unter Herzog Karl von Lothringen und Markgraf Ludwig von Baden, dem Türkenlouis, wurden die Türken in den folgenden Jahren immer weiter die Donau abwärts zurückgedrängt. 1685 wurde die Festung Neuhäusel gewonnen, 1686 eroberten die Kaiserlichen und Brandenburger Ofen (Budapest), die Hauptstadt Ungarns, 1688 wurde erstmalig wieder Belgrad erstürmt. Fast ganz Ungarn war damit zum ersten Male seit rund 160 Jahren von Türken befreit. Die kaiserlichen Truppen errangen lange nicht gekannte Siege über die Ungläubigen und befreiten weite Landstriche. Eine sich abzeichnende allgemeine Erhebung der Balkanslawen gegen ihre langjährigen türkischen Unterdrücker brach dann in sich zusammen, zumal auch die Türken bald unter neuer Führung wieder Erfolge aufweisen konnten. Belgrad fiel schon 1690 wieder in ihre Hand, ebenso Siebenbürgen, das jedoch der Türkenlouis schon 1691 erneut befreite. Im „Leopoldinischen Diplom" von 1691 sicherte der Kaiser Siebenbürgen volle Religionsfreiheit, eigene freie Verwaltung und Unveräußerlichkeit des Bodens zu. Siebenbürgen wurde habsburgisches Kronland und damit praktisch Teil des Deutschen Reiches.
Als nach Jahren kleinerer Auseinandersetzungen die Türken unter einem neuen Sultan das kaiserliche Heer bei Lugos im Banat völlig geschlagen hatten, ernannte der Kaiser 1697 in bedrohlicher Lage den wegen seiner zierlichen Gestalt vom französischen Sonnenkönig spöttisch abgewiesenen, nun 35jährigen Prinzen Eugen von Savoyen zum Oberbefehlshaber, der dann für ein Menschenalter zur beherrschenden Persönlichkeit im Kampf gegen die Türken wurde und sie endgültig zurückdrängte. Seit der Belagerung Wiens hatte er alle Kriegszüge gegen den Halbmond mitgemacht. Schon im September 1697 errang er einen glänzenden Sieg bei Zenta an der Theiß über die Mohammedaner, so daß die Türkengefahr zunächst gebannt war. Im Frieden von Karlowitz fiel 1699 ganz Ungarn und Siebenbürgen an Habsburg, nur das Banat blieb zunächst noch in türkischer Hand. Der widerspenstige ungarische Adel unterwarf sich daraufhin dem Kaiser, dessen Sohn Joseph I. schon 1687 die ungarische Königskrone übertragen worden war, die nun bis 1918 erblich beim Hause Habsburg bleiben sollte. Bis 1710 dauerten allerdings noch die grausamen Einfälle der aufständischen Kuruzzen nach Niederösterreich und in die Steiermark.
Damit war Österreich in wenigen Jahren aus tödlicher Bedrohung befreit und zur europäischen Großmacht geworden, hatte überwältigende militärische Erfolge errungen und weite Landschaften im Südosten dazugewonnen, die nun der

Kultivierung nach der verheerenden Türkenzeit harrten. Auch die ziemlich entvölkerten Gebiete des Burgenlandes mußten neu besiedelt werden. Durch die Abwendung der Gefahr hatten Kaiser und Reich nun wieder freie Hand bekommen, um sich stärker als bisher im Westen gegen Frankreich wenden zu können, wo kurz darauf der Spanische Erbfolgekrieg ausbrechen sollte und Prinz Eugens Feldherrntalent verlangte.

Nach seinen ersten großen Erfolgen über die Türken und der Befreiung Ungarns vom Halbmond setzte Prinz Eugen auf seinen vom Kaiser erhaltenen Gütern in Ungarn deutsche Bauern an und versuchte, den Wiener Hof für die große Aufgabe zu gewinnen, das ganze Donaugebiet von den Türken zu befreien und die weithin entvölkerten Landschaften mit Deutschen zu besiedeln und somit für Österreich und Europa zu gewinnen: eine großartige völkische Aufgabe für Österreich und das Reich, die bei entschiedener Durchführung gleichwertig der deutschen Ostkolonisation an die Seite hätte gestellt werden können. Doch Kaiser Karl VI. ging darauf nicht ein und bevorzugte den Frieden.

Im Jahre 1715 zogen die Türken gegen die Besitzungen von Österreichs Verbündetem Venedig in Griechenland zu Felde, so daß der Kaiser doch wieder kämpfen mußte. Prinz Eugen erhielt erneut den Oberbefehl auf dem Balkan, errang bei Peterwardein 1716 einen weiteren vollkommenen Sieg und nahm Temeschburg daraufhin ein. Im nächsten Jahr zog er vor Belgrad, dessen türkische Besatzung am 22. August kapitulierte, nachdem Prinz Eugen vor dieser Stadt aus fast aussichtsloser Lage heraus am 16. August 1717 das herangeeilte weit überlegene türkische Entsatzheer durch einen verwegenen Angriff in wenigen Stunden vernichtet hatte. Von einem preußischen Wachtmeister soll damals im Lager vor Belgrad die bald als Volkslied berühmte Weise entstanden sein: „Prinz Eugenius, der edle Ritter, wollt' dem Kaiser wiedrum kriegen Stadt und Festung Belgerad."

Im Frieden von Passarowitz, einem der erfolgreichsten Friedensschlüsse Österreichs, traten die Türken im Juli 1718 das Banat, die kleine Walachei, Nordserbien mit Belgrad und Teile Bosniens an Österreich ab. Darauf rief Prinz Eugen weitere deutsche Siedler ins Land und begann mit ihnen in wehrhaften Dörfern die Grenze gegenüber den türkisch gebliebenen Bereichen zu sichern.

Doch schon zwei Jahrzehnte später wendete sich wieder das Blatt. Nach dem Tode Prinz Eugens wurde der unglücklich taktierende Kaiser durch ein bestehendes Bündnis mit Rußland in einen neuen Türkenkrieg von 1737 bis 1739 hineingezogen, in dem die österreichischen Truppen unter unfähiger Führung dauernd Niederlagen erlitten. Im Frieden von Belgrad blieb von den letzten Eroberungen des Prinzen Eugen nur noch das Banat bei Österreich, während Serbien mit Belgrad und Bosnien für mehr als ein Jahrhundert wieder an die Türken zurückfielen, vor deren Herrschaft viele inzwischen angesiedelte Bewohner, vor allem aus den Städten, in die österreichischen Länder zurückflohen. Entlang der Sau und der Donau wurde in der Folgezeit die österreichische

Militärgrenze gegen die Türken mit einer tiefgestaffelten Zone von Wehrdörfern angelegt.
Die Donaumonarchie hat in den Jahrhunderten der Türkenabwehr Entscheidendes für ganz Europa geleistet. Ihre deutschen Bewohner haben mit einem hohen Blutzoll Mitteleuropa gegen diese nach den Hunnen, Awaren, Ungarn und Mongolen tödlichste Gefahr für das Abendland verteidigt, nachdem die östlicheren Völker bereits überrannt waren, und haben einen neuen, dieses Mal sehr lange andauernden Vorstoß Asiens ins Herz unseres Erdteils abgeschlagen. An dem immer wieder bestürmten klassischen Einfallstor der östlichen Steppenvölker, an der Wiener Pforte, zerschellte auch dieser fast drei Jahrhunderte lang in immer neuen Wellen anbrandende Ansturm und konnte schließlich erfolgreich zurückgeschlagen werden. Für mehr als zwei Jahrhunderte blieben nun Deutschland und Europa verschont, bis in unseren Tagen nach einer neuen Welle aus dem Osten genau wieder an derselben Stelle wie zu den Zeiten der Ungarn- und Türkenbedrohung ein „Eiserner Vorhang" im Vorfeld des Wiener Beckens das Abendland vom Herrschaftsgebiet Asiens trennt.

Der Nordische Krieg

Wesentlich stärker als der Dreißigjährige Krieg verheerte der Nordische Krieg die deutschen Ostprovinzen und die baltischen Länder von 1700 bis 1720. Polen und Dänemark, später auch Rußland, machten dem jungen Schwedenkönig Karl XII. seine Länder um die Ostsee, besonders seine baltischen Besitzungen, streitig. Nach glänzenden Siegen über die Dänen und Russen zog der geniale Karl XII. mit seinem Heer, das größtenteils von deutsch-baltischen Offizieren geführt wurde, von Estland her durch Polen, nahm Warschau ein und verfolgte den deutschstämmigen Polenkönig bis in dessen Stammland Sachsen. Das deutsche Ostland und das Baltikum hatten unter diesen Kriegszügen und besonders in den folgenden Jahren unter den gegen die Schweden und ihre Ostseeprovinzen vorgehenden russischen und polnischen Heeren schwer zu leiden. Nach seiner „Befriedung" des Baltikums berichtete der russische Heerführer dem Zaren: „Alle Schlösser sind niedergelegt. Nichts steht aufrecht außer Pernau und Reval und hin und wieder ein Hof am Meer; sonst ist von Reval bis Riga alles mit Stumpf und Stiel ausgerottet; die Orte stehen nur noch auf der Karte verzeichnet."
Die Universität von Dorpat, in den letzten Jahren nach Pernau verlegt, wurde 1710 geschlossen. Das reiche Thorn wurde fast völlig zerstört, Danzig konnte sich von den verschiedenen vorbeiziehenden Heeren nur durch große Zahlungen freikaufen, die seinen Wohlstand beendeten. In Ostdeutschland brach zudem, durch die Kriegswirren begünstigt, eine furchtbare Pest aus, die viele Opfer forderte, in Estland mehr als 70 Prozent der Landbevölkerung.

Nach Karls XII. Niederlage bei Poltawa in der Ukraine 1709 wurden die seit dem Dreißigjährigen Krieg den Schweden noch verbliebenen Besitzungen in Norddeutschland angegriffen, wozu auch ein polnisch-russisches Heer durch Ostdeutschland bis Pommern zog. Der Kurfürst von Hannover eroberte Verden, die Dänen nahmen sich das Herzogtum Bremen. Preußen eroberte Vorpommern und Holstein, 1715 auch die starke Festung Stralsund, die Karl XII. nach seinem verwegenen Ritt von der Türkei quer durch Südosteuropa lange selbst verteidigt hatte.
Nach dem Tode des Schwedenkönigs kamen im Frieden von Stockholm 1720 Bremen und Verden gegen Geldentschädigung an Hannover, Preußen erhielt den größten Teil Vorpommerns mit Stettin und die Inseln Usedom und Wollin. Nur Rügen, Stralsund und Wismar verblieben noch ein knappes Jahrhundert in schwedischem Besitz. Die Mündungen der Weser, Elbe und Oder kamen so zwei Menschenalter nach dem Westfälischen Frieden wieder in deutsche Hand.
Die Machterweiterung Rußlands im Nordischen Krieg durch den Frieden von Nystadt 1721 mit dem Erwerb Estlands und Livlands und dem Zugang zur Ostsee im Baltikum zeitigte für die Zukunft bedeutende Folgen. Nachdem der deutsche Adel und die deutschen Städte dieses Gebiet christianisiert und bis dahin jahrhundertelang erfolgreich gegen den russischen Osten verteidigt hatten, mußten sie sich 1710 nach der schwedischen Niederlage dem Zaren unterwerfen. Von nun an richtete sich das Baltendeutschtum auch stark nach Petersburg aus und wurde von den Zaren zur Bewältigung der großen zivilisatorischen Aufgaben im weiten russischen Raum eingesetzt, wohin es westliche Lebensart und Kultur brachte. In den folgenden beiden Jahrhunderten bis zum Ersten Weltkrieg stellte der deutsch-baltische Adel einen großen Teil der russischen Minister, Heerführer und Wissenschaftler. In den baltischen Ländern blieben wie bisher das Deutsche als Landessprache, das deutsche Recht, der ständische Aufbau und die evangelische Landeskirche unangetastet, und die 1802 wieder gegründete deutsche Universität von Dorpat, die einzige evangelische Hochschule des Zarenreiches, strahlte wirkungsvoll nach Petersburg und in den ganzen Osten aus, „zum allgemeinen Besten des Russischen Reiches, besonders aber für die Provinzen Liv-, Est- und Kurland".

OST- UND SÜDOSTSIEDLUNG IM 18. JAHRHUNDERT

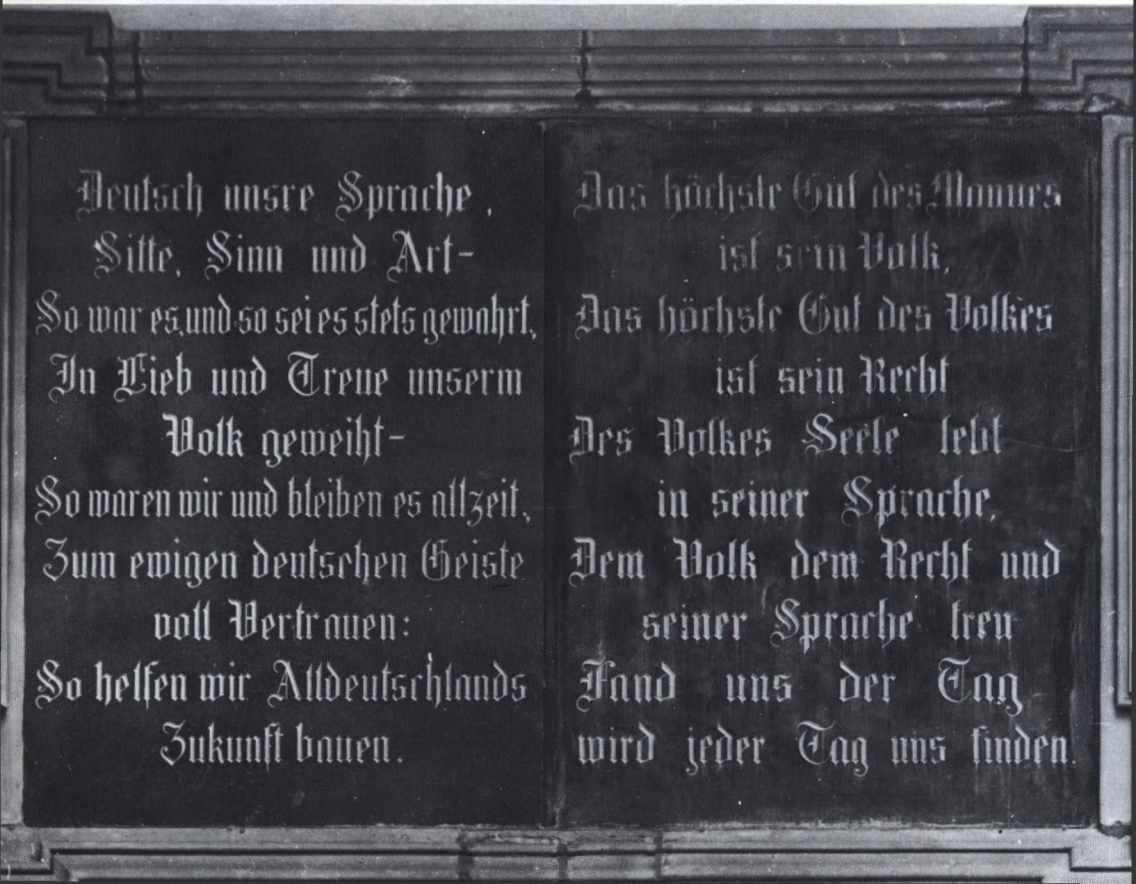
Nach der mächtigen Ost- und Südostbewegung des deutschen Volkes bis zum 14. Jahrhundert waren Jahrhunderte des Stillstandes und in manchen Gegenden des Aufgehens der deutschen Minderheiten in den fremden Völkern gefolgt. Erst im 18. Jahrhundert entstand noch einmal eine bedeutende Siedlungswelle, die in den Donauländern an die für Österreich siegreichen Türkenkriege anschloß und

Burg Karlstein südwestlich Prags, im 14. Jahrhundert zur Aufbewahrung der Reichskleinodien ausgebaut.

Blick über die Moldau auf die Prager Burg und den gewaltigen Veitsdom.

Das berühmte Rathaus im deutschen Reichenberg im nördlichen Böhmen.

Gedenktafel im Stadthaus, dem „Wallensteinhaus", von Eger im nordwestlichen Böhmen, angebracht zum Egerer Volkstag von 1897.



im Osten in der neuerlichen Kultivierung der preußischen Gebiete sowie weiter russischer Landschaften bestand. Hunderttausende von Menschen aus dem Reich, vor allem aus dem von Frankreich verwüsteten und teilweise besetzten West- und Süddeutschland, sowie wegen ihres Glaubens Vertriebene fanden dadurch eine neue Heimat. Ein Teil ihrer Nachkommen hat bis in die Gegenwart die Wirren auch unseres Jahrhunderts im Osten und Südosten unter großen Opfern überstanden und ihr Volkstum zäh verteidigt. Vor allem Kaiserin Maria Theresia von Österreich und Friedrich der Große von Preußen schufen sich große Verdienste in diesen ausgedehnten Kolonisationswerken, die auch den Völkern Ost- und Südosteuropas in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung bis heute erheblich zugute kamen.

Die Kolonisation in den Donauländern

Schon vor den Awarenzügen Karls des Großen war Westungarn, seit den Zeiten der Römer dauernd von Germanen besetzt, von Bayern allmählich besiedelt worden. Im Mittelalter wiesen die Städte wie Ödenburg, Steinamanger, St. Gotthard und auch die Donaustädte Gran und Ofen (Budapest), meist auf dem Boden römischer Siedlungen gegründet, einen überwiegenden deutschen Anteil unter den Bewohnern auf. Im 15. Jahrhundert, vor Beginn der Türkeneinfälle, stellten die Deutschen rund ein Sechstel der ungarischen Gesamtbevölkerung. Der deutsche Einfluß vermehrte sich noch, als 1438 die ungarische Stephanskrone für kurze Zeit zum erstenmal an das Haus Habsburg kam. Dann begannen fast 200 Jahre der Türkenherrschaft. 1547 mußte der größte Teil Ungarns mit Ausnahme des Westens und Siebenbürgens als türkische Besitzung anerkannt werden. In den späteren Türkenkriegen Österreichs seit der Belagerung Wiens 1683 bis zum Frieden von Belgrad 1739 wurden die Donauländer noch einmal weitgehend von den Türken verheert und des Großteils ihrer Bewohner beraubt. Nach der Befreiung Ungarns fielen große, fruchtbare, nur noch dünn oder fast gar nicht mehr besiedelte Landschaften an Österreich. Besonders das Banat hatten die Türken weitgehend entvölkert und während ihrer Herrschaft zur Wüstenei gemacht. Nach dem Frieden von 1718 ging Prinz Eugen daran, die neue Grenze gegen die Türken im Banat durch Anlage von Wehrdörfern mit vorwiegend deutschen Einwanderern zu sichern. Diese erste Welle der Siedler kam in den Jahren 1723 bis 1725 aus dem Reich nach Südungarn in das fast menschenleere Land, nachdem der ungarische Landtag 1723 in einem Gesetz der Wiener Regierung die Wiederbesiedlung erlaubt hatte. Der aus Lothringen stammende Reitergeneral Claudius Florismund Graf von Mercy unterstützte als österreichischer Statthalter im Banat die deutschen Einwanderer sehr und holte sich ab 1717 Bauern vor allem aus Schwaben, Franken und der Pfalz. Dank seiner Fürsorge und Hilfe entstand bald aus dem

Wald und Sumpf ein fruchtbares Land um schmucke Dörfer, wenn auch die Siedler zunächst noch unter Pest, Cholera, Sumpffieber und anderen Krankheiten sehr zu leiden hatten.
In die Stadt und Festung Belgrad nahm Prinz Eugen nach 1718 nur Deutsche auf, um diesen Ort als geistigen Mittelpunkt des Deutschtums einzurichten. Die Auswirkungen dieses Vorhabens wurden aber zunichte gemacht, als 1739 den Türken erneut die Stadt überlassen werden mußte und die meisten deutschen Bewohner davor flohen. Später wurde dieser Plan nicht wieder aufgegriffen, ein schwerer Verlust für die Deutschen im südlichen Ungarn. Der neuerliche Türkeneinfall von 1738 vernichtete im Banat zunächst wieder große Teile dieser ersten Ansiedlungen, die anschließend jedoch nach Abzug der Feinde gleich wieder aufgebaut wurden. Um 1712 entstanden auch die Dörfer der Sathmar-Schwaben in Nordwestrumänien. Graf Karoly holte einige tausend oberschwäbische Bauern ins Land, die dann die auf etwa 40000 Seelen anwachsende deutsche Sprachinsel schufen.
Ein zweiter, größerer Aussiedlerstrom zog auf die vielversprechende Werbung der Kaiserin Maria Theresia von 1763 bis etwa 1776 die Donau abwärts, teilweise auf den breiten Donaukähnen, den „Ulmer Schachteln" oder „Schwabenzellen" bis Wien, von wo der staatliche Weitertransport in die ehemals türkischen Gebiete Ungarns oder nun auch in das neuerworbene Galizien erfolgte. Ein dritter Höhepunkt der Auswanderung Deutscher in den Südosten ergab sich unter dem „deutschen" Kaiser Joseph II. in den Jahren von 1781 bis 1787 mit langsamem Ausklingen in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts. Die Hauptmasse der Neusiedler kam aus dem süddeutschen Raum, vor allem Schwaben, die der Schwäbischen Türkei westlich von Fünfkirchen den Namen gaben und dann auch von den Banater Schwaben reden ließen, wenn auch allgemein die Deutschen im Südosten als Schwaben bezeichnet wurden. Mit ihren bald blühenden, sauberen Dörfern prägten sie die Landschaft und verkörperten bis in die Gegenwart deutsche Kultur und deutsche Art in einer fremdvölkischen Umgebung. Noch heute kann man in Südungarn auf den ersten Blick ein deutsches Dorf von einem nichtdeutschen in der gleichen Landschaft unterscheiden. Später vergrößerten die Nachkommen der ursprünglichen Siedler durch eigenen Landausbau den erschlossenen Boden weiter, so daß allein im Banat rund 300000 Hektar Boden von Deutschen bestellt wurde. Teile des neuen Bevölkerungsüberschusses aus den sehr kinderreichen Siedlungen wanderten auch nach Bessarabien, Galizien und Rußland weiter.
Im 18. Jahrhundert handelte es sich bei den Neusiedlern im Südosten um bäuerliche Familien, die sich in den Donauländern in den geschlossenen, schachbrettartig angelegten deutschen Dörfern neben denen der einheimischen Völker niederließen. Im Gegensatz zur früheren Ostkolonisation gingen die Neuankömmlinge weniger in die Städte. Deren deutscher Anteil aus den Resten früherer Zeit wurde nun durch die österreichische Verwaltung und Militärs

ergänzt und erst allmählich von der umwohnenden Landbevölkerung aufgefüllt. Die mehr der Reformation zugeneigten deutschen Bürger der ungarischen Städte entfremdeten sich in der Folgezeit dem streng katholischen Habsburgerhaus und näherten sich mehr dem ebenfalls protestantischen ungarischen Adel, so daß die religiöse Intoleranz Österreichs auch hier zur Entvolkung beitrug.
Gegen die türkischen Einfälle, die noch mehrere Jahrzehnte andauerten, wurde so die österreichische Militärgrenze durch einen lebendigen Wall deutscher Bauern in Wehrdörfern geschützt, die eine militärische Verfassung und Selbstverwaltung besaßen. Oft genug mußten die Bauern im 18. Jahrhundert noch den Pflug mit den Waffen zur Abwehr der Feinde vertauschen, um Leben und Land gegen einfallende Türken zu verteidigen, insbesondere noch einmal in den Jahren 1788/89. Aus dieser bäuerlichen Bevölkerung an der Grenze gewann die Donaumonarchie in der Folgezeit bis zu ihrer Auflösung 1918 einen hohen Prozentsatz ihrer fähigen Soldaten und Offiziere wie tüchtiger Verwaltungsbeamten. Ein vorbildliches Schulwesen wurde hier wie bei den Siebenbürger Sachsen schon sehr früh und teilweise eher als in den habsburgischen Stammlanden eingeführt.
Die Siebenbürger Sachsen erhielten im 18. Jahrhundert noch Zuzug aus anderen österreichischen Gebieten, aus denen ein unduldsamer Katholizismus die Protestanten vertrieb. Diese „Landler" kamen von 1734 bis 1762 vor allem aus dem Salzburgischen, aus Kärnten und aus der Steiermark und wurden in einigen Dörfern geschlossen angesiedelt, wo sie ihre Eigenart bis heute erhielten. Auch preußische Gefangene des Siebenjährigen Krieges wurden nach Siebenbürgen gebracht und hier gern aufgenommen. Aus dem Badischen kamen ebenfalls noch Auswanderer auf den Sachsenboden, allein aus Durlach so viel, daß 1749 hier die Auswanderung verboten werden mußte.
In Samuel von Brukenthal (1721–1803) erstand den Siebenbürgern, die ihn zum Sachsengraf gewählt hatten, ein bedeutender Vertreter in der Wiener Staatskanzlei und von 1774 bis 1787 ein umsichtiger Gouverneur Siebenbürgens, der sich auch eine Zeitlang erfolgreich gegen die auf Abschaffung der sächsischen Sonderrechte gerichtete Wiener Politik unter Joseph II. durchsetzen konnte. Sein Plan einer siebenbürgischen Universität scheiterte an Kaiserin Maria Theresias starrem Katholizismus. Nicht zu Unrecht wurde er der größte und glücklichste Staatsmann der sächsischen Nation Siebenbürgens genannt. Sein mit wertvollen Sammlungen gefüllter Palast in Hermannstadt wurde von ihm der sächsischen „Nationaluniversität", der Volksvertretung der Siebenbürger, vermacht, und dieses Brukenthalmuseum bildete bis in die Gegenwart einen Schwerpunkt des geistigen Lebens dieser deutschen Volksgruppe. Die aufgeklärte Politik Kaiser Josephs II. hatte zwar den Vorteil, daß den Sachsen durch die Religionstoleranz ihr Glauben nun gleichberechtigt anerkannt wurde, dafür wirkte sich nachteilig aus, daß auf die völkischen Eigenarten keine Rücksicht genommen wurde. Der für diese eintretende Brukenthal wurde abgesetzt, und

die Sachsen mußten erleben, wie von Wien aus ihre seit dem Mittelalter zäh verteidigten Rechte Ende des 18. Jahrhunderts teilweise aufgehoben wurden und es zur „ersten Zertrümmerung des Sachsenbodens" kam, daß auch anderen „Nationen" Grunderwerb und Mitbürgerschaft in den sächsischen Gemeinden gegen den heftigen Widerstand der Sachsen zuerkannt wurde. Damals schrieb ein siebenbürgischer Historiker: „Auf keine andere Art und unter keinen anderen Umständen hätten sich je diese Fremdlinge (die deutschen Siedler) in den Wüsteneien am Ende des ungarischen Staates zu einem blühenden Volke hervorbilden und unter den Stürmen ungünstiger Schicksale erhalten können als durch die Freiheit, selbständige Gemeinschaften aus sich selbst zu machen. Schmutzige Erdhütten und Strohdächer, das traurige Denkmal der Leibeigenschaft, stünden auf dem platten Land statt der gemauerten Häuser, wenn die Sachsen so viel wie möglich nicht ein eigenes, freies Volk geblieben wären." Eigene Verwaltung und eigene Gerichtsbarkeit in geschlossener Siedlung wurden hier zu Recht als die Voraussetzungen dauerhaften Lebens einer völkischen Minderheit erkannt, und die Zukunft lehrte, daß mit deren Abbau stets eine große Gefährdung, wenn nicht gar die Zerstörung der Volksgruppe einherging.
Hatte Deutschland schon in den Türkenkriegen „Hekatomben seiner Jugend" für die Befreiung Ungarns vom Islam geopfert, so war auch in der anschließenden Zeit der Anteil der Deutschen neben der Besiedelung an der gewerblichen und industriellen Entwicklung des Landes bedeutend und oft ausschlaggebend. Mit ihrer scharfen Madjarisierung, insbesondere seit dem Ungarischen Ausgleich von 1867, dankten die Ungarn später ihren Volksdeutschen diese Leistung sehr schlecht.

Die Kolonisation im östlichen Preußen

Die Krönung des Kurfürsten August des Starken von Sachsen (1697–1733) zum König von Polen hätte 1697 eine neue Belebung des dortigen Deutschtums einleiten können. Doch seine Herrschaft und die seines Sohnes August III. (1734–1763) auf dem polnischen Thron blieben ohne entscheidende Folgen, da der bald beginnende Nordische Krieg Polen in größere Wirren trieb, die dann bis zu seiner Teilung nicht mehr aufhörten. Zwar verstärkte sich vorübergehend der deutsche Einfluß, doch er kam gegen die Polonisierungsbestrebungen nicht an. Dafür begann eine zielstrebigere Ostpolitik unter den Preußenkönigen. Zunächst wurde in das durch den Nordischen Krieg und durch Seuchen teilweise entvölkerte Ostpreußen neues Leben gebracht. König Friedrich Wilhelm I. von Preußen (1713–1740), der Soldatenkönig, warb im ganzen Reich, und ab 1722 kamen Tausende vor allem nassauischer und süddeutscher Siedler ins Land. Viele neue Dörfer wurden angelegt oder alte neu belebt. Im Jahre 1732 gelangten rund

15000 wegen ihres Glaubens aus ihrer salzburgischen Heimat vertriebenen Protestanten nach Preußen. Der König begrüßte sie persönlich und ließ sie in Ostpreußen ansiedeln, vor allem um Gumbinnen. So erhielt das Land einen weiteren Zustrom wertvollen Blutes, das viel zu seiner Entwicklung beitrug, so daß das alte Herzogtum, das der Ritterorden aus der pruzzischen Wildnis geschaffen hatte, bald unter der vorbildlichen Verwaltung der Hohenzollern in eine blühende Provinz verwandelt war. Die Masuren und die noch in der Ordenszeit ins Land geholten Litauer nahmen an dem Aufschwung teil und konnten unter der toleranten Regierung ihre Eigenart bewahren.

Gegenüber dieser Aufwärtsentwicklung hoben sich die zunehmende Verarmung und der Verfall des Polen unterstehenden Weichsellandes, auch ehemaliges Ordensland, um so stärker ab. Unter den schon lange währenden polnischen Thronwirren hatte Pomerellen sehr zu leiden. Die ehemals reichen und fast unabhängigen Städte, vor allem Danzig und Thorn, hatten im Laufe der Zeit einen großen Teil ihrer früheren Freiheiten, ihres Wohlstandes und ihres Besitzes verloren. Seitdem in der Lubliner Union Pomerellen unter Bruch früherer Zusagen vom polnischen König seinem Land voll eingegliedert worden war, hatten nur noch Danzig, Thorn und Elbing gewisse Sonderrechte genossen, die aber, wie das Stimmrecht im polnischen Reichstag, bei den chaotischen politischen Verhältnissen im Lande kaum noch einen Wert hatten. Die polnische Sprache war, auch im Zuge der von den polnischen Königen und dem Klerus betriebenen Gegenreformation, in den ehemals vorwiegend deutsch besiedelten ländlichen Gebieten wieder vorgedrungen und wurde auch im Landtag benutzt. Die früher rein deutschen Städte hatten für ihren amtlichen Verkehr die lateinische Sprache beibehalten. Der größte Teil des ehemals deutschen Adels hatte seine Namen polonisiert und beteiligte sich an der anarchischen und korrupten Magnatenwirtschaft sowie an der harten Unterdrückung der Bauern. In Kulm und Elbing setzten die Polenkönige vorwiegend polnische Bischöfe ein, und die Klöster waren inzwischen meist polnisch ausgerichtet. Besonders das deutsche Bauerntum in Mischsiedlung mit Polen wie im Kulmerland war der Polonisierung der vergangenen 200 Jahre teilweise zum Opfer gefallen. Auch in den früher rein deutschen Städten hatte sich der polnische Anteil erhöht.

Zum Entsetzen ganz Europas wurden am 7. Dezember 1724 in Thorn beim „Thorner Blutgericht" nach einem Warschauer Urteil und nach Besetzung der Stadt durch polnische Truppen der Thorner Bürgermeister Rösner und neun weitere führende deutsche Bürger, und damit die Spitze der städtischen Selbstverwaltung, öffentlich auf dem Marktplatz hingerichtet, weil der Rat angeblich bei vorangegangenen, von Jesuitenschülern provozierten Übergriffen der vorwiegend deutschen Protestanten auf die vorwiegend polnischen Jesuiten nicht scharf genug gegen die Protestanten vorgegangen wäre. Die Marienkirche wurde als letzte der großen Thorner Kirchen dann den Protestanten genommen, obwohl die Katholiken, gleichbedeutend mit Polen, nur eine Minderheit

ausmachten. Die deutsche protestantische Mehrheit mußte sich fortan mit dem kleineren Artushof begnügen. Alle drei „Ordnungen" der Selbstverwaltung mußten in Zukunft zur Hälfte aus Katholiken, und damit aus Polen, bestehen. Im polnischen Thronfolgekrieg 1733/34 hatte Thorn eine polnische, im späteren Siebenjährigen Krieg von 1758 bis 1762 eine russische Besatzung zu erdulden, wodurch die Stadt weiter verfiel.

Danzig konnte seine Freiheit etwas besser schützen, mußte sie jedoch oft genug durch große Zahlungen an belagernde Heere oder an die polnischen Könige erkaufen. Sein Handel ging im 17. und 18. Jahrhundert erheblich zurück. Seine Einwohnerzahl sank von 77000 im Jahre 1650 auf unter 50000 um 1730 und betrug beim Anschluß an Preußen 1793 nur noch knapp 37000 Seelen und damit weniger als die Hälfte derjenigen nur ein Jahrhundert vorher.

Im Jahre 1772 kam es zur ersten der für den deutschen Osten bedeutsamen polnischen Teilungen. Nachdem Rußland in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Schweden das Baltikum erhalten hatte, drängte es weiter nach Westen. Praktisch standen zaristische Truppen seit dem russischen Sieg von Poltawa im Jahre 1709 über König Karl XII. von Schweden und einen Teil der mit ihm verbündeten Polen dauernd in Polen. Im Siebenjährigen Kriege war eine russische Armee gegen Preußen durch Polen marschiert, ohne daß Warschau überhaupt deswegen gefragt worden war. Nach neuen polnischen Thronwirren ab 1764, während denen russische Truppen in Polen einmarschiert waren, sahen sich Preußen und Österreich nach langem Zögern gezwungen, auf die russischen Bestrebungen einzugehen, um der Gefahr zu begegnen, daß Rußland ganz Polen an sich zog, in dem es schon die beherrschende Rolle spielte, und damit seine Grenzen bis kurz vor Berlin und Wien vorschob. Als die Zarin im Januar 1771 auf die Teilung Polens drängte, erklärte Friedrich der Große von Preußen: „Ich würde einen unverzeihlichen politischen Fehler machen, wenn ich bei der Vergrößerung einer Macht mitwirken würde, die ein furchtbarer und schrecklicher Nachbar für ganz Europa werden würde." Die Verhandlungen zwischen Petersburg, Wien und Berlin ergaben dann die erste Teilung des seit langem von inneren Unruhen geschüttelten, an seiner anarchischen Verfassung leidenden und ohne jede Aussicht auf Besserung durch seinen egoistischen Adel heruntergewirtschafteten Landes, das noch größer war als das spätere Deutsche Reich und doppelt soviel Einwohner zählte wie das damalige Preußen.

An Preußen fiel bei dieser Teilung 1772 das spätere Westpreußen und das Ermland, allerdings ohne Thorn und Danzig. Damit kam ein trotz der rund 300 Jahre ausgeübten Polonisierung noch zu über 60 Prozent deutschsprachiges Gebiet mit rund 700000 Menschen an Preußen. Über den erbarmungswürdigen Zustand des Weichsellandes bei seinem Erwerb schrieb Friedrich der Große in seinen Werken: „Aber als das Land unter preußische Botmäßigkeit kam, herrschte dort noch Gesetzlosigkeit, Verwirrung und Unordnung, wie es bei einem barbarischen, in Unwissenheit und Dummheit schmachtenden Volk

nicht anders sein kann ... Die Städte befanden sich in elendem Zustand. Culm hatte gute Mauern, große Kirchen, aber statt Straßen sah man nur Keller von ehemaligen Häusern. Unter 40 Häusern, die den großen Platz bildeten, waren 28 ohne Türen, Dach und Fenster und hatten keine Eigentümer. Bromberg war in demselben Zustand. Ihr Verfall rührte schon von 1709 her, als die Pest das Land verheerte." Und in einem anderen Bericht an den König hieß es: „Das Land ist wüst und leer, die Viehrassen sind schlecht und entartet, die Ackergeräte höchst unvollkommen, bis auf die Pflugschar ohne alles Eisen, die Äcker ausgesogen, voller Unkraut und Steine, die Wiesen versumpft ... Die alten festen Städte, Schlösser genannt, liegen in Schutt und Trümmern, ebenso die meisten kleinen Städte und Dörfer ... Der Bauernstand ist ganz verkommen, ein Bürgerstand existiert gar nicht." Die preußische Landesaufnahme ergab viele wüste Stellen in den Städten, so lagen allein in Kulm 212 früher mit Häusern bestandene Grundstücke nun wüst da.

Sofort begann der große Preußenkönig diesem Lande seine besondere Aufmerksamkeit und seine Sorge zuzuwenden. Noch im Jahre 1772 besuchte er Marienwerder. Schon im September 1772 ordnete er an: „Wir ... halten, dafür zu sorgen, daß nunmehro Recht und Gerechtigkeit in diesem Lande einem Jeden ohne Ansehen der Person widerfahre." Die unter dem polnischen Adel bisher in harter Leibeigenschaft geknechteten Bauern erfreuten sich nach Beginn der Aufhebung der Leibeigenschaft im Patent vom 28. September 1772 fortan der viel größeren preußischen Freiheit. Die Wirtschaft wurde angekurbelt. Jährlich erhielten die westpreußischen Städte 100000 Taler aus Berlin für den Aufbau der „wüsten Örter". Der für 740000 Taler gebaute Netze-Brahe-Kanal, 1773 begonnen und schon im folgenden Jahre eröffnet, schaffte eine günstige Verbindung zwischen den Stromgebieten der Oder und der Weichsel und erleichterte den Verkehr. Besonders im Netzebruch ließ der Preußenkönig weite Gebiete sumpfigen Landes urbar machen, gründete etwa 50 Dörfer und siedelte dort 15000 Deutsche an, die etwa zu gleichen Teilen aus Süddeutschland, aus dem übrigen Reich und Preußen und aus dem verbliebenen Polen kamen, auch aus Danzig und Thorn, die noch nicht preußisch wurden. Zu dieser „Peuplierung" schrieb Friedrich der Große: „Die Hauptabsicht gehet dahin, daß das lauter freie Leute und keine Sklaven sein sollen." Bürgerliche durften im Lande die Güter der verschuldeten oder im ausländischen Dienst bleibenden Adeligen kaufen, was den deutschen Anteil am Boden vergrößerte. Überall wurden Schulen errichtet, die es bisher fast nur in den Städten gegeben hatte. In den ersten fünf Jahren wurden mehr als 230 Lehrer auf Staatskosten neu für den Bromberger Kreis eingesetzt. Schon nach vierzehn Jahren, beim Tode des großen Preußenkönigs, waren Wohlstand und Sauberkeit im ganzen Weichselland eingezogen, das jetzt die Provinz Westpreußen bildete. Das vorhandene polnische Volkstum konnte sich ungehindert entfalten, es galt allgemeine religiöse Duldsamkeit.

Weitere Unruhen und Aufstände im Restpolen, bei denen ein Teil des polnischen Adels die Russen nach Polen hereinholte, mit denen sich dann auch der machtlose König verband, führten zur zweiten polnischen Teilung von 1793. Dabei erhielt Preußen die Städte Danzig und Thorn und damit die volle Landverbindung nach Ostpreußen. In der vorangegangenen Zeit hatte es schon einen rund 20 Jahre währenden Wirtschafts- und Zollkrieg Preußens gegen Danzig gegeben, auch eine Blockade der Stadt im Jahre 1783, den Danzig auf die Dauer nicht durchhalten konnte. Am 4. April 1793 zogen dann preußische Truppen in Danzig ein, nachdem es an den Vortagen geringe Schießereien gegeben hatte. Die Stadt stimmte schließlich dem Einmarsch zu, nachdem ihr Sonderrechte, wie die Befreiung vom Wehrdienst, gewährt worden waren. Von Königsberg aus wurden fortan die Provinzen Ost- und Westpreußen mit Danzig von einem Oberpräsidenten verwaltet; in Marienwerder befand sich die „westpreußische Regierung". Nach dem Anschluß an Preußen erholte sich Danzig schnell und erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die hohen Schulden der einst reichen Hafenstadt waren vom preußischen Staat übernommen worden.

Neben Danzig und Thorn erhielt Preußen in der zweiten polnischen Teilung auch noch das Posener Land, das im Westen überwiegend deutsch, im übrigen Teil von einer starken deutschen Minderheit bewohnt war. Die übrigen Erwerbungen, später Südpreußen genannt, mit den Städten Kalisch und Lodz, und das bei der dritten Teilung 1795 an Preußen fallende Zentralpolen mit Warschau und Bialystok waren vorwiegend fremdvölkische Gebiete, in denen nur teilweise bis zu 30 Prozent Deutsche lebten. Angesichts dieser Verhältnisse muß es als günstiges Geschehen angesehen werden, daß diese letztgenannten Gebiete 1807 und endgültig 1815 wieder von Preußen abgetrennt wurden. Statt dieser vorwiegend fremdvölkischen Gegenden wäre der Erwerb des nördlich an Ostpreußen angrenzenden Kurland zur Stärkung des Deutschtums im Baltikum zukunftsträchtiger gewesen. In den wenigen Jahren der preußischen Herrschaft kamen jedoch diese kernpolnischen Gebiete auch in den Genuß der größeren Freiheiten des preußischen Allgemeinen Landrechtes und einer sauberen Verwaltung. Die preußische Beamtenschaft versuchte das Land zu entwickeln, wirtschaftlich zu heben und enthielt sich der Bestrebungen, das Polentum zu unterdrücken oder zu benachteiligen. Anschließend nach 1815, wieder unter russischer Knute, lernten die Polen den Unterschied zu preußicher Herrschaft kennen. In dieses Kongreßpolen floß im 19. Jahrhundert noch einmal ein beträchtlicher deutscher Einwanderungsstrom, vor allem nach Lodz und Umgebung, wo die Deutschen wesentlich am Aufbau der dortigen Großindustrie beteiligt waren. Als die ersten deutschen Tuchmacher 1823 nach Lodz kamen, lebten hier weniger als 1000 Menschen, 1914 mehr als 500000. Die ersten beiden Bürgermeister von 1826 bis 1862 waren Deutsche.

Der Erwerb Westpreußens und des Ermlandes mit Thorn und Danzig sowie

großer Teile der Provinz Posen war somit für einen deutschen Staat durchaus gerechtfertigt, auch nach modernen Gesichtspunkten des Selbstbestimmungsrechtes und der Volkszugehörigkeit. Es handelte sich bei diesen Gebieten um ein von Deutschen kultiviertes, seit Jahrhunderten vorwiegend von ihnen besiedeltes und von deutscher Kultur ehemals geprägtes, wenn auch in der letzten Zeit unter anarchischer Adelsherrschaft ziemlich heruntergekommenes Land, das zudem im Zeitalter der nationalen Kriege als ein Schutz nach Osten vor den deutschen Kernlanden unverzichtbar war.
Entgegen manchen heutigen Darstellungen muß noch einmal betont werden, daß die polnischen Teilungen nicht von Preußen oder Österreich ausgingen, die sich zunächst sogar dagegen sträubten, sondern daß Rußland dazu trieb, das dabei auch rund 65 Prozent des früheren Polens sich aneignete, während Preußen 20 Prozent und Österreich 15 Prozent bekamen. Nach der Neuregelung auf dem Wiener Kongreß erhielt Rußland sogar 82 Prozent, Österreich 10 Prozent und Preußen 8 Prozent des früheren Polens.

Die Entstehung weiterer Sprachinseln im Osten

Bei der ersten polnischen Teilung erhielt Österreich 1772 den südlichen Teil Polens mit Galizien und Lodomerien sowie die früher von Ungarn an Polen abgetretenen Zipser Städte. Die Jahrhunderte früher von Schlesien und Krakau aus weiter in den Osten und Südosten gezogenen deutschen Siedler waren in diesen Gebieten am Nordhang der Karpaten weitgehend in Polen und Ukrainern aufgegangen, so daß es ein bodenständiges Deutschtum in den nun von Wien erworbenen Landschaften Südpolens kaum noch gab. Mit der kaiserlichen Verwaltung kamen deutsche Beamte und Militärs in diese Landschaft. Auf Kaiser Josephs II. Aufruf und Ansiedlungspatent vom 17. November 1781 erschienen rund 13000 vorwiegend südwestdeutsche Auswanderer in Galizien. Sie wurden meist in geschlossenen Siedlungen im Weichsel-San-Dreieck östlich von Krakau sowie östlich des Sans zwischen Lemberg und Premissel angesiedelt. 1784 wurde in Lemberg eine deutsche Universität gegründet, die auch den von den Polen ziemlich zurückgedrängten und unterdrückten Ukrainern Vorlesungen in ihrer Sprache anbot, allerdings um 1870 polonisiert wurde.
Nördlich davon in den Landschaften um Lublin und Cholm, die von 1795 bis 1815 zu Österreich gehört hatten, dann an Rußland gekommen waren, sowie im noch weiter östlichen russischen Wolhynien siedelten nach 1831 und zwischen 1864 und 1885 einige Zigtausend Deutsche, die größtenteils aus Kongreßpolen ausgewandert waren und dann durch Zuwanderer aus Pommern und Schlesien verstärkt wurden. Sie leisteten hier eine große Rodungsarbeit durch Kultivierung von Wäldern und Mooren, in Wolhynien allein auf einer Fläche von rund 120000 Hektar in 400 deutschen Gemeinden, und legten viele stattliche Dörfer an.

In den Jahren 1774 bis 1776 erwarb die Donaumonarchie auf Betreiben des späteren Kaisers Joseph II. die Bukowina, das Buchenland, zwischen dem Oberlauf des Pruth und den Karpaten von den Türken, die es seit 1514 besetzt hatten. Nun war es ein ziemlich heruntergekommenes Land, dessen Bewohner sich sofort für Österreich erklärten. Nur Teile der früheren Bevölkerung hatten die lange Türkenherrschaft überstanden, und lediglich geringe Reste des ehemaligen, schon auf das 13. Jahrhundert zurückgehenden bodenständig gewordenen Deutschtums waren noch vorhanden. Als Kaiser Joseph II. 1783 selbst das Land durchreiste, urteilte er darüber: „Die Population dieses Landes, dessen Hauptnahrungszweig in Waiden sowohl für Hornvieh als Pferde bestehet und welche den Ackerbau sehr wenig treibet, obschon der Boden außer den Gebürgsgegenden allerdings fruchtbar zu seyn scheinet, ist bei weitem seiner Größe nicht angemessen." Die Einwohnerschaft der ganzen, mehr als 10000 Quadratkilometer großen Bukowina betrug 1775 nur 11600 Familien und stieg in der österreichischen Zeit bis 1918 auf mehr als 800000 Menschen. Tschernowitz hatte als unbedeutender Marktflecken 1775 nicht einmal 1400 Bewohner, besaß dagegen 1918, als Österreich das Land an Rumänien abtreten mußte, als wichtige Stadt fast 80000 Einwohner, darunter knapp die Hälfte Deutsche.

Die 1782 einsetzende deutsche bäuerliche Einwanderung erfolgte meist aus Süd- und Südwestdeutschland, so daß vom „Schwabenzug" in die Bukowina gesprochen wurde. Viele Bergleute kamen bald darauf aus der Zips und dann Waldarbeiter und Glasbläser aus Böhmen, die schließlich den größten Anteil stellten. Die deutschen Bauern wurden hier weniger in geschlossenen Dörfern, sondern bewußt zur Schulung der Einheimischen in schon bestehende Gemeinden eingesetzt. Später lagen die landwirtschaftlichen Erträge der Bukowina mit an der Spitze in der Donaumonarchie. Die deutsche Einwanderung ging auch in die nun schnell aufblühenden Städte Tschernowitz, Radautz, Sutschawa und Sereth, wo schon um 1400 eine starke deutsche Gemeinde mit deutschem Stadtrecht bestanden hatte. Im ganzen Land wurde Deutsch Amts- und Umgangssprache im Gegensatz zu Galizien, wo das Polnische blieb. Während es beim Übergang an Österreich in der ganzen Bukowina nur zwei Schulen in Radautz und im Kloster Putna gegeben hatte, sollen es 1790 schon 30 gewesen sein, die zweisprachig oder, wo Rumänen und Ukrainer gemischt wohnten, auch dreisprachig geführt wurden, wobei Deutsch Pflichtfach war. Im Dezember 1808 wurde in Tschernowitz das erste Gymnasium eröffnet. Einer Bevölkerung von fast nur Analphabeten beim Beginn der österreichischen Verwaltung stand eine solche mit fast durchgängiger Schulbildung 1918 gegenüber.

Bewußt als Ersatz für die kurz vorher polonisierte, bis dahin deutsche Universität Lemberg wurde 1875 die Franz-Joseph-Universität in Tschernowitz zum 100. Jahrestag des Erwerbs des Buchenlandes als fünfte deutschsprachige Universität der k.u.k. Monarchie gegründet und am 4. Oktober desselben Jahres feierlich eröffnet. Sie wurde nach der Polonisierung der Lemberger Hochschule

auch für die Ukrainer und ihr in Rußland wie in Polen unterdrücktes Geistesleben durch ihre griechisch-orthodoxe Fakultät und die Lehrstühle für ruthenische (ukrainische) und rumänische Sprache und Literatur wichtig. Bereits 1849 war die Bukowina selbständiges Kronland innerhalb der österreichischen Monarchie geworden und konnte sich dadurch der früheren Bevormundung durch die Polen als Teil Galiziens entziehen.

Deutsche Siedlungsgebiete im Osten und Südosten vor dem Zweiten Weltkrieg

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden auch die deutschen Sprachinseln in der Karpato-Ukraine nördlich des Oberlaufes der Theiß und am Ende ihres Tales. Die Grafen von Schönborn hatten im Jahre 1711 das Gebiet um Munkatsch in Besitz genommen und siedelten in der Folgezeit dort Deutsche aus dem Schwarzwald, aus Franken sowie aus Oberösterreich an, die in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch durch deutsche Zuwanderer aus Böhmen verstärkt wurden. Schließlich gab es hier fünfzehn deutsche, darunter acht rein deutsche Gemeinden. Im Jahre 1775 ließen sich Gruppen von Oberösterreichern östlich davon im Tereschvatal nieder, wo um das von ihnen zunächst gegründete Deutsch-Mokra bald weitere geschlossene deutsche Siedlungen entstanden. Mit den zahlreichen deutschen Streusiedlungen wurden 1910 in der Karpato-Ukraine insgesamt etwas mehr als 62000 Deutsche gezählt, die um diese Zeit schon voll der Madjarisierung ausgesetzt waren.

Auch noch weiter in den Osten waren im 18. Jahrhundert viele deutsche Siedler gezogen. Nachdem schon seit den Zeiten der Hanse deutsche Kaufleute in Nowgorod gewirkt und die Zaren, vor allem Peter der Große (1689–1725), dann viele deutsche Fachleute an ihren Hof und in ihre Städte geholt hatten, begann die planmäßige Besiedlung großer Gebiete Südrußlands mit deutschen Bauern kurz nach der Mitte des 18. Jahrhunderts. Die weiten Landschaften nördlich des Schwarzen Meeres bis hin zur Wolga waren von den Russen in siegreichen Kriegen kurz vorher den Türken und Tataren entrissen worden und harrten nun mit ihrem fruchtbaren Boden tatkräftiger Menschen zum Kultivieren. Zudem lag den Zaren an einem Wall zuverlässiger Bewohner und Verteidiger gegen die auch weiterhin gefährlichen Feinde im Osten und auf dem Balkan. Die Zarin Katharina II. (1762–1796), die als deutsche Prinzessin Sophie Auguste von Anhalt-Zerbst 1745 Gemahlin des Zaren Peter III. und nach dessen Ermordung Herrscherin von Rußland geworden war, verkündete ab 1762 feierliche Aufrufe, so das kaiserliche Manifest vom 22. Juli 1763, in denen Siedler für die südrussischen Steppengebiete an der mittleren Wolga in den Gouvernements Saratow und Samara und später nördlich des Schwarzen Meeres gesucht wurden. Mit Sonderrechten wie Religionsfreiheit, Freiheit vom Militärdienst, Recht auf Selbstverwaltung und freie Gerichtsbarkeit für ihre Kolonien, Befreiung auf Jahrzehnte von Steuern und, im Gegensatz zur russischen Bevölkerung, auch von der Leibeigenschaft, wurden die Siedler in Deutschland angeworben, wobei ihnen der Grundbesitz „zum ewigen und unantastbaren Besitz" versprochen wurde. Zu den letzten Zusagen solcher Vorrechte zählten die Privilegien des Zaren Alexander um 1804.

Aus Deutschland, wo der Siebenjährige Krieg gerade gewütet hatte, kamen von 1763 bis 1768 rund 30000 Menschen als erste Welle ins Land und nahmen die fruchtbare russische Erde an der mittleren Wolga in rund 130 Kolonien unter den Pflug. Weitere Einwanderungszüge folgten bis zum Ende des Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des neuen, wobei dann auch die ertragreichen

Schwarzerdeböden der südlichen Ukraine zwischen Dnjestr und Dnjepr und die Halbinsel Krim von rund 55000 Deutschen besiedelt wurden. Viele deutsche Handwerker zogen gleichzeitig in den Schwarzmeerhafen Odessa. Zwischen 1808 und 1834 flossen insbesondere Siedlerströme vorwiegend aus Württemberg nach Bessarabien in das Land zwischen Pruth und Dnjestr. Von den Bessarabiendeutschen wurden ab 1842 auch Tochtersiedlungen südlich der Donau in der damals noch türkischen Dobrudscha angelegt, wo mit rund 30 Dörfern eine neue deutsche Sprachinsel aufblühte. Ab 1817 entstanden auch deutsche Kolonien im Südkaukasus, wo zu Beginn des Weltkrieges rund 20000 Volksdeutsche lebten. Größere Gruppen von Mennoniten zogen sogar bis an den Amur und siedelten dort im fernen Asien.

Die Neusiedler mußten sich zunächst gegen das ungewohnte Klima und auch gegen die Überfälle der Kosaken, Kirgisen und Tataren durchsetzen. Doch bald brachten ihre bäuerlichen Fähigkeiten und ihr Fleiß die deutschen Dörfer zu großer Blüte und erheblichem Wohlstand. Sie hoben sich deutlich von ihrer russischen Umgebung ab, was einerseits ihren Zusammenhalt und die Bewahrung der deutschen Eigenart förderte, andererseits aber auch den Neid und die Mißgunst der Russen erzeugte. Ein ukrainisches Sprichwort lautet: „Setzt den Deutschen auf einen Stumpfen oder Stein, er wird wachsen und Brot haben."

Unter ihrer Selbstverwaltung wuchsen die deutschen Kolonien bei großem Kindersegen in sprichwörtlicher Fruchtbarkeit schnell und legten umfangreiche Tochtersiedlungen an. Der Bereich der deutschen Dörfer vergrößerte sich somit allmählich erheblich. Allein die Wolgadeutschen schufen aus den Mutterkolonien durch Aussiedlung weitere 100 neue Dörfer und 270 Kleinsiedlungen. Im Gebiet am Schwarzen Meer gab es um 1910 über 1000 deutsche Dörfer, in Wolhynien rund 400 deutsche Gemeinden. Bis um Ersten Weltkrieg hatten sich die rund 100000 ursprünglichen Siedler auf über 1,7 Millionen Volksdeutsche in ganz Rußland vermehrt, denen etwa 14 Millionen Hektar Land in ihren bäuerlichen Dorfgemeinschaften gehörte. Vereinzelt war bis dahin auch schon in anderen Teilen Rußlands, auch in Sibirien, von diesen südrussischen Gebieten aus kolonisiert worden.

Doch schon knapp ein Jahrhundert nach den Versprechungen der Zarin wurden die für „ewige Zeiten" zugesagten Sonderrechte schrittweise ab 1866 den Deutschen entzogen, und 1874 wurde auch die Wehrpflicht für die deutschen Kolonisten eingeführt. Verbunden damit war eine zunehmende Russifizierung über die bis dahin rein deutschen und allein von den Siedlern getragenen und geleiteten Schulen. Der Neid der noch leibeigenen russischen Bauern auf die Sonderrechte und der der Grundbesitzer auf den Reichtum der Deutschen trug wesentlich zum Abbau von deren Rechten und zu gespannteren Verhältnissen bei. Empört über diesen Bruch der verbürgten Rechte wanderten ab 1874 mehrere Hunderttausend Rußlanddeutscher aus, vor allem nach Nord- und Südamerika, wo sie sich teilweise wieder in deutschen Kolonistendörfern

ansiedelten, teilweise auch bald in der neuen Umgebung aufgingen. Der Erste Weltkrieg und noch stärker der Zweite brachten dann bittere Zeiten für das verbliebene Rußlanddeutschtum.
Bis weit in den russischen Raum sind somit noch in den letzten zwei Jahrhunderten wahre Ströme deutscher Menschen in den Osten geflossen. In der bäuerlichen Siedlung unter eigener Verwaltung blieb das deutsche Volkstum in den Dörfern lange erhalten, das in den Städten viel eher aufgesaugt wurde. Eigene Lehrer und Geistliche, teilweise an den deutschen Hochschulen im Baltikum ausgebildet, waren Träger des geistigen Lebens in den geschlossenen Dorfgemeinschaften, wo in vielen Familien Bibel und Katechismus oft die einzigen deutschen Bücher waren. Besonders für die Rußlanddeutschen gilt das Wort von W. H. Riehl: „Seine Ausdauer und Zähigkeit machten den deutschen Bauern zum geborenen Kolonisten, sie haben ihn zu dem großartigen weltgeschichtlichen Beruf geweiht, der Bannerträger deutschen Geistes und deutscher Gesittung an allen Weltenden zu werden."

DEUTSCHE IN ÜBERSEE

Frühe deutsche Kolonien

Als in der Zeit vom 15. bis 18. Jahrhundert die anderen europäischen Mächte die Welt eroberten und sich die großen Kolonialreiche schufen, nahmen zwar häufig auch Deutsche als Soldaten oder militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Fachleute daran teil, doch das Deutsche Reich war wegen seiner Glaubenskriege und seiner territorialen Zerrissenheit nicht in der Lage, als solches in anderen Erdteilen tätig zu werden. Nur vereinzelt wurden auf besonderes Betreiben weitsichtiger Persönlichkeiten in dieser Frühzeit schon deutsche Kolonien gegründet, die jedoch sämtlich bald wieder eingingen und den anderen Mächten zufielen.
Die ersten deutschen Kolonien in Übersee besaß das Kaufhaus Welser, das neben den Fuggern reichste deutsche Handelshaus des ausgehenden Mittelalters in Augsburg. Bevollmächtigte von Bartholomäus Welser, dem wichtigen Finanzier Kaiser Karls V., schlossen am 27. März 1528 in San Domingo mit Spanien einen Vertrag ab, der den Welsern im Norden Südamerikas alles Land zwischen dem Kap de la Vela und dem Kap von Maracapana mit allem Hinterland „von Meer zu Meer" im heutigen Venezuela überließ. Am 24. Februar 1529 landeten drei Schiffe mit Deutschen an der venezuelanischen Küste beim Dorf Coro unter Ambrosius Ehinger. Dieser und seine Nachfolger Hohermut und Federmann

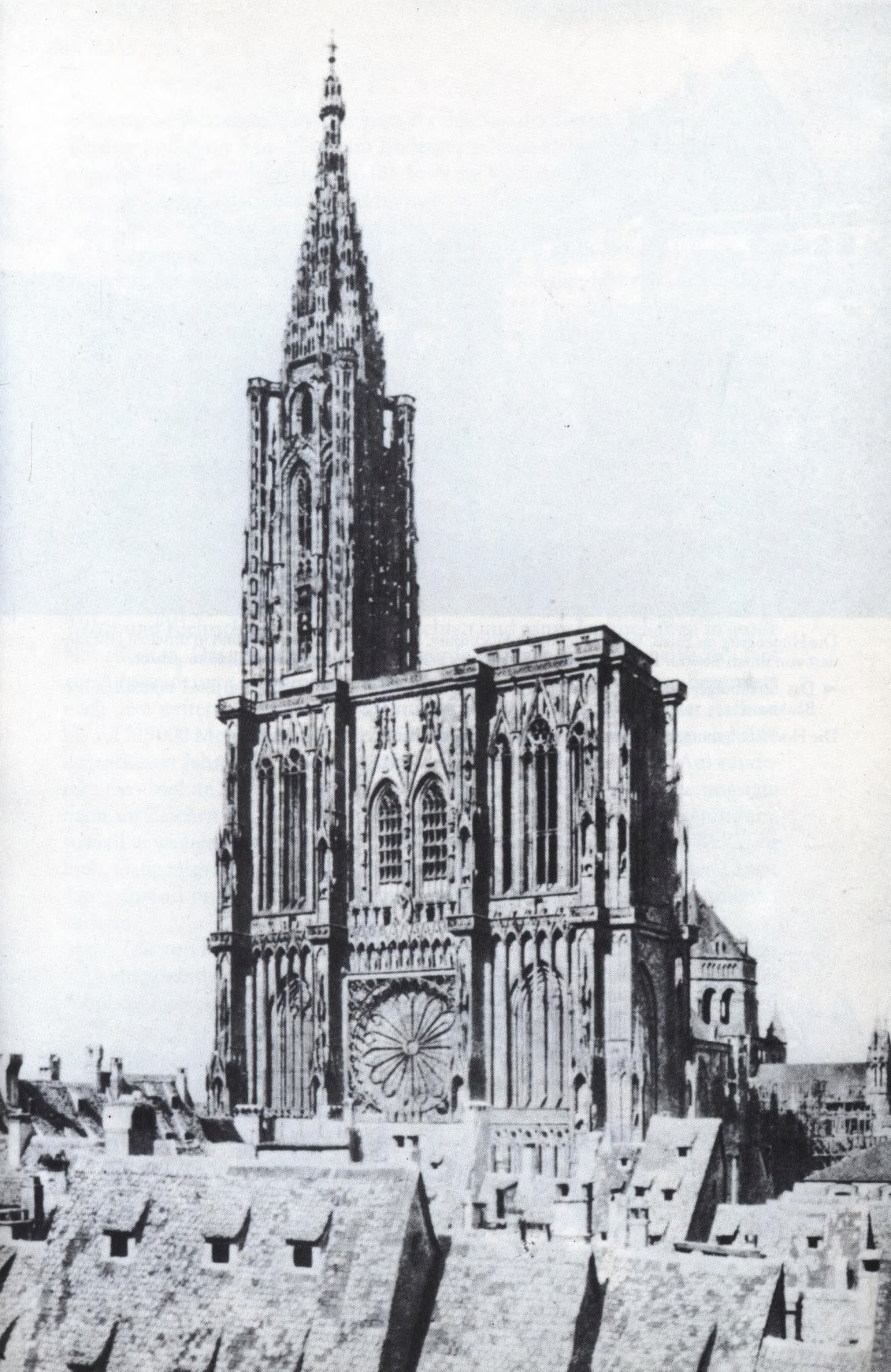
unternahmen als Gouverneure der „provincia Venezuela y Cabo de la vela" von der Küste aus in den folgenden Jahren ausgedehnte Erkundungszüge in das noch völlig unbekannte Hinterland bis an den Magdalenenstrom, in das Stromgebiet des Amazonas und in die Anden bis zum heutigen Bogota, wo es 1539 zu einer geschichtlichen Begegnung mit zwei anderen spanischen Konquistatoren kam, die auch das sagenhafte Goldland Eldorado suchten. Schon Ehinger wandte sich gegen den Sklavenhandel der Spanier, wies spanische Sklavenhändler aus dem Land und beschwerte sich bei den Spaniern über diese Unmenschlichkeiten. Als der Leiter der Welserbesitzungen in Amerika, Philipp von Hutten, 1546 nach einem weiteren Zug mit dem jungen Erben des Handelshauses von Spaniern ermordet wurde, verloren die Welser das Interesse an dem Land, bevor sie große Vorteile daraus gezogen hatten, und es fiel nach einem Prozeß an Spanien, das am 13. April 1556 erklärte, die Welser hätten keine Rechte mehr auf Venezuela. Die Augsburger Fugger konnten die ihnen 1520 von Kaiser Karl V. gegebenen Lehen Südchile und Patagonien nie wirklich nutzen.

Mehr als 100 Jahre später versuchte der weitblickende Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1640–1688), den deutschen Kaiser für Kolonien des Reiches in den neuentdeckten Erdteilen zu gewinnen, allerdings vergeblich. Daraufhin versuchte er, auf sich allein gestellt, Kolonialpolitik von Brandenburg aus zu treiben. Nach längeren Vorbereitungen entsandte er 1680 zwei Schiffe zur Erkundung nach Westafrika aus. Eines der beiden, das „Wappen von Kurbrandenburg", wurde bald von den Holländern aufgebracht, die eine neue Konkurrenz ausschalten wollten. Das andere hatte Erfolg und kehrte nach Verhandlungen mit einheimischen Häuptlingen mit der Erlaubnis zurück, einen befestigten Handelsplatz an der Nordküste des Golfes von Guinea am Kap der drei Spitzen anzulegen. Der Große Kurfürst gründete daraufhin die brandenburgisch-afrikanische Kompanie und sandte 1682 den Major von der Groeben mit zwei Schiffen an die afrikanische Goldküste. Dort wurde südlich des heutigen Axim die Feste Groß-Friedrichsburg auf dem Berge Mamfort errichtet, wo am 1. Januar 1683 feierlich der brandenburgische Adler gehißt wurde. Trotz furchtbarer Fieberepidemien, Angriffe von Eingeborenen und Anfeindungen durch die Holländer konnte sich die kleine Kolonie unter großen Opfern halten. Weitere koloniale Versuche des Großen Kurfürsten, so 1685 durch Übereinkommen mit Dänemark auf der Antilleninsel St. Thomas eine Station zu errichten, schlugen nach einiger Zeit fehl. Nur 1686 konnte auf den Inseln von Arguin am Kap Blanco vor Westafrika noch eine brandenburgische Niederlassung gegründet werden, die sich 1721 einer französichen Übermacht ergeben mußte. Des Großen Kurfürsten Enkel, der sparsame Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. von Preußen, beschränkte sich dann wieder ganz auf den deutschen Besitz seines Hauses und verkaufte am 18. Dezember 1717 die Kolonie Groß-Friedrichsburg und ihr Umland für „17200 Dukaten und zwölf Mohren, von denen sechs güldene Ketten tragen sollten", an die Holländer.

Der mit der ältesten Schwester des Großen Kurfürsten vermählte Herzog von Kurland, Jacob Kettler, war seinem Schwager in der Kolonialpolitik schon vorangegangen. Nach seinem Regierungsantritt im Jahre 1642 führte er eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik, begann im eigenen Land Schiffsbau in großem Stil und trieb lebhaften Außenhandel durch Verträge mit vielen seefahrenden Mächten. Nach vergeblichen Verhandlungen mit Spanien um den Erwerb der mittelamerikanischen Insel Trinidad errichtete er 1651 eine eigene Kolonie in Gambia in Mittelafrika und kaufte die Antilleninsel Tobago. Seine weitreichenden Pläne, die kurländische Stadt Mitau zum Umschlagplatz bei der Einfuhr von Kolonialwaren für den ganzen Ostraum zu machen, scheiterten, als er 1658 von den Schweden gefangengenommen und bis zum Frieden von Oliva 1660 festgehalten wurde. Während dieser Zeit besetzten die Holländer seine Kolonie in Gambia und stürmten die kurländische Festung auf Tobago. Nach seiner Befreiung gelang es dem Herzog nicht mehr, seine Kolonie zurückzugewinnen oder andere Pläne in Übersee zu verwirklichen.
Beim Kaiserhofe in Wien gewann erst mit dem Erwerb der südlichen, bisher spanischen Niederlande im Rastatter Frieden von 1714 der koloniale Gedanke an Boden, der im benachbarten Holland schon zu einem großen Kolonialreich geführt hatte. In kaiserlichem Auftrag segelte 1718 ein Schiff von Ostende nach Indien, und seine Besatzung nahm an der indischen Coromandelküste einen Landstrich in Besitz, wo sie am 23. August 1719 erstmals in Übersee die kaiserlich-österreichische Flagge feierlich aufzog. Bald entwickelte sich im Schutze einer schnell errichteten Festung eine ansehnliche Handelsstadt. Auch in Kanton wurde eine österreichische Niederlassung eingerichtet und am Ganges ein Landstrich für das Haus Habsburg erworben. Die dann 1722 von Österreich für diese Kolonien gegründete Ostender Kompanie wurde nach rund zehn Jahren aus außenpolitischer Rücksichtnahme auf die anderen Seemächte allerdings wieder aufgegeben. Als auf einer Erkundungsreise von Wilhelm Bolt 1776 die klimatisch ungesunde Delagoa-Bai (Lorenzo Marques) an der Südküste Ostafrikas für Österreich erworben war sowie weiterer Besitz auf den Nikobaren vor Hinterindien, konnten sich diese Erwerbungen auf die Dauer nicht halten und bildeten somit nur kurze und ziemlich folgenlose Episoden in der frühen deutschen Kolonialgeschichte. Erst mehr als ein Jahrhundert später konnte das inzwischen gegründete Zweite Deutsche Reich wieder Kolonialpolitik treiben.

Deutsche Auswanderung nach Übersee

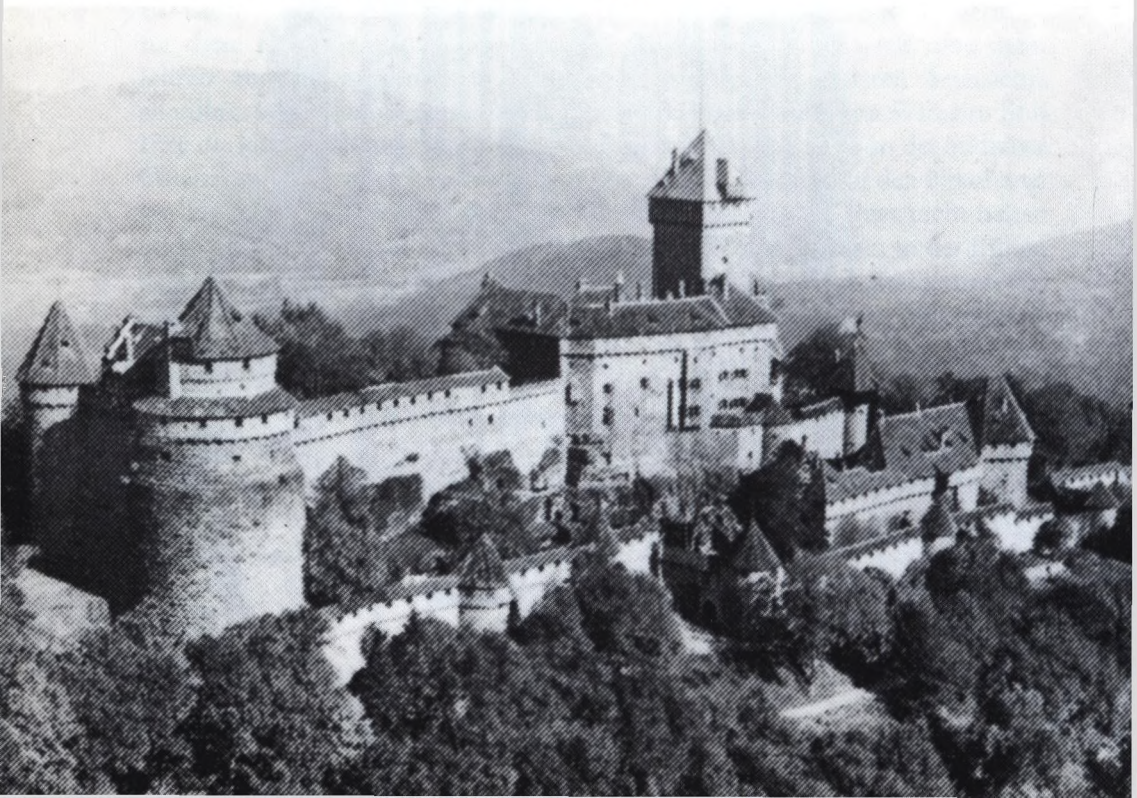
Vereinzelte Deutsche und kleinere Gruppen deutscher Auswanderer traten seit Beginn der Entdeckungsreisen und der Kolonialzeit überall auf. Der Nürnberger Martin Behaim, der später den ersten Globus herstellte, begleitete den Portugiesen Diego Cao auf dessen Erkundungsfahrt von 1482 bis 1486 die



Die Hünenburg im Elsaß. Vorgeschichtliche Fluchtburg, Römerfeste, Stauferburg und in unserem Jahrhundert von ihrem Besitzer Dr. Spieser bis 1944 zu einer Stätte der Begegnung der Völker ausgebaut.

◀ Das Straßburger Münster, Wahrzeichen der alten deutschen Reichsstadt und Juwel mittelalterlicher Baukunst.

Die Hochkönigsburg, eine weitere der vielen Perlen des Elsaß.



afrikanische Westküste hinab bis kurz vor das Kap der Guten Hoffnung. Martin Waldseemüller aus Radolfszell am Bodensee schrieb 1507 den Namen America auf seine Weltkarte, der sich dann für die Neue Welt einbürgerte. Schon als 1607 die erste englische Kolonie in Jamestown in Virginia gegründet wurde, waren auch Deutsche daran beteiligt. Seitdem riß der Strom deutscher Auswanderer nach Übersee nicht mehr ab. Viele Millionen deutscher Menschen verließen aus wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Gründen ihre Heimat und verloren meist nach wenigen Generationen ihr Volkstum: ein ungeheurer Verlust für das deutsche Volk und damit ein bleibender Vorwurf an die damaligen Verantwortlichen.

Nach ersten Höhepunkten deutscher Auswanderung um 1710 als Folge der Verheerungen West- und Süddeutschlands in den französischen Raubkriegen setzte nach dem Hungerjahr 1816 eine neue und größere Welle während der Zeit der Demagogenverfolgungen in der Metternich-Ära ein und erreichte 1847 bereits 75000 Auswanderer in einem Jahr. Für viele freiheitlich gesonnene und aufrechte deutsche Männer hieß es damals: „ubi libertas, ibi patria" (Wo Freiheit ist, da ist das Vaterland). Zu den politischen Gründen kam der Beginn der industriellen Entwicklung in Deutschland mit ihren Schattenseiten, die mit der Einführung von Maschinen in kurzer Zeit bestimmte Berufsgruppen wie die Weber und Kleinschmiede arbeitslos machten und ganze Landschaften in große Not stürzten. Das „überflüssige Volk" wurde dadurch aus wirtschaftlicher Not zur Auswanderung gezwungen. Nach 1848 stieg die Auswanderung, besonders nach dem weiteren Hungerjahr 1851 mit schlechter Ernte, noch weiter stark an bis auf 215000 Menschen im Jahre 1854, um dann zunächst abzufallen, ab Mitte der sechziger Jahre aber wieder anzuschwellen und 1882 mit 250000 Auswanderern die absolute Spitze zu erreichen, von der die jährliche Auswanderungsrate dann im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Reichsgründung schnell in wenigen Jahren auf rund 20000 fiel, die sich bis zum Ersten Weltkrieg hielt. Ganze Familien mit vielen Kindern wanderten dabei häufig in den Osten aus, während junge ledige Männer und Frauen meist ihr Glück in Amerika suchten.

In der Zeit von 1820 bis 1912 sind allein rund fünf Millionen Deutsche nach den USA ausgewandert, zunächst vor allem aus West- und Süddeutschland, nach der Mitte des Jahrhunderts auch aus dem Norden und dem Osten. In der Mehrzahl waren es, insbesondere unter den „Politischen", den „Achtundvierzigern", strebsame, charaktervolle, fähige Menschen, eine positive Auslese, die dann erheblich zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und zur geistigen Bildung ihrer neuen Heimatländer beitrug.

Während im 18. Jahrhundert die einzelnen deutschen Staaten meist noch gegen die Auswanderung eingestellt waren und den Verlust an Landeskindern zu verhindern suchten, wurde nach 1803 von den meisten Fürsten die Auswanderungsfreiheit gewährt, allerdings ohne jede Unterstützung. Vorherrschende

Meinung wurde, was der Staatsrechtler von Mohl 1847 mit den Worten ausdrückte: „Wir sind überzeugt, daß in vielen Teilen Deutschlands die Bevölkerung zu groß, die Möglichkeit eines genügenden Unterhaltes dagegen namentlich für das künftige, noch zahlreichere Geschlecht jedenfalls so beschränkt ist, daß eine regelmäßige Zurückführung der überschüssigen Bevölkerung auf ein den jeweiligen Umständen entsprechendes Maß sowohl für die Bleibenden als auch für die Wegziehenden ein Bedürfnis und ein Glück ist." Die ganze Tragik des Schicksals der Deutschen als damals schon eines Volkes ohne Raum kommt darin zum Ausdruck, aber auch das Unverständnis der Regierenden für den Wert der zur Auswanderung gezwungenen Menschen für das ganze Volk. Auf der Höhe der Auswanderungswelle wurden dann um die Mitte des vorigen Jahrhunderts von einzelnen deutschen Staaten wieder Bestimmungen zur Beschränkung der Auswanderung erlassen.

Da die einzelnen deutschen Regierungen sich der Not der Auswanderer bei der Ausreise wie im Ausland nicht annahmen, wo diese schutzlos und in Unkenntnis der fremden Umgebung oft der Ausbeutung ausgeliefert waren, bildeten sich private Vereine zu ihrer Unterstützung, wie etwa der 1847 gegründete „Nationalverein für deutsche Auswanderung" in Darmstadt. Eine Versammlung aller deutschen Auswanderungsvereine forderte im Oktober 1848 in Frankfurt vom Deutschen Bund fördernde Maßnahmen und eine einheitliche Lenkung der deutschen Auswanderung. Das schlug sich in der von der Paulskirche angenommenen Reichsverfassung nieder, die den Satz enthielt: „Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutz und der Fürsorge des Reiches." Auf dringende Anregungen von Persönlichkeiten wie Hans von Gagern, dem Vater des Präsidenten des Paulskirchenparlamentes, und Friedrich List schlug die österreichische Regierung dem Deutschen Bund vor, den Auswanderungsstrom von Übersee weg nach Südosteuropa in die Donauländer zu lenken, um dort das Deutschtum in unmittelbarer Verbindung mit seinem Kernland zu stärken. Bedauerlicherweise wurde aus diesen weitsichtigen Plänen nichts. Im März 1849 wurde auch in Frankfurt ein Reichsauswanderungsgesetz verabschiedet, das aber wie die sonstigen Bestrebungen der Paulskirche nach ihrem Scheitern nicht wirksam wurde. So blieb die deutsche Auswanderung nach wie vor ungelenkt, und Millionen Deutsche versickerten insbesondere im Angelsachsentum Nordamerikas, so daß man von Amerika als dem „Grab des deutschen Volkes" sprechen konnte. Erst spät entstanden die deutschen Kolonien und nahmen einen kleinen Teil der Auswanderer auf, die dann in besserer Verbindung zu ihrem Heimatland blieben. Bei dem auch für das Auslandsdeutschtum furchtbaren Einschnitt des Ersten Weltkrieges lebten in anderen Erdteilen rund 15 Millionen Deutsche, die sich als solche noch fühlten. Die weitaus größten Anteile darunter stellten die USA mit 12 Millionen, Brasilien mit 450000 und Kanada mit 400000, während in Südafrika rund 750000 Deutschstämmige einschließlich der Nachkommen der holländischen Siedler lebten.

Naturgemäß übte das in viele Duodezstaaten zerrissene deutsche Kaiserreich bis zu seiner Auflösung 1806 keine festigende und erhaltende Wirkung auf das Deutschtum im Ausland aus, und auch die Entwicklung nach 1815 zur reaktionären Fürstenherrschaft stieß in den freiheitlicheren überseeischen Ländern eher ab, als daß sie ein stärkeres Verbundenheitsgefühl zur alten Heimat entwickelt hätte, an die viele der Auswanderer nur als an die Zeit von Not und Elend zurückdachten. Dafür bildete sich unter den Ausgewanderten aus den verschiedenen deutschen Stämmen und Kleinstaaten angesichts der fremden Umgebung eher als im Reich das Gefühl, gemeinsam Deutsche zu sein und einem Volk anzugehören. Die Einigung nach 1871 hätte einen deutlichen Umschwung bringen können und bewirkte ihn auch nach einigen Jahren insoweit, als durch den wirtschaftlichen Aufschwung und größere politische Freiheiten die Auswanderung stark zurückging. Doch eine ungünstige Gesetzgebung aus der ersten Zeit nach der Reichsgründung wirkte sich verheerend aus, wonach bei mehr als zehnjährigem ununterbrochenem Aufenthalt im Ausland die deutsche Reichsangehörigkeit automatisch erlosch, wenn sich der im Ausland Lebende bis dahin nicht in entsprechende Listen des nächsten deutschen Konsulates eingetragen hatte. Erst nach langen Bemühungen Weitsichtiger, vor allem des Alldeutschen Verbandes, wurde 1913 diese Regelung aufgehoben, die bis dahin Millionen Auswanderern die Reichsangehörigkeit und damit eine wesentliche Bindung an ihr altes Vaterland genommen hatte. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Reichsbürgerschaft erst durch ausdrückliche Willensäußerung des Betroffenen beendet. Bevor noch viele Deutsche im Ausland diese für sie nun günstigere Lage nutzen konnten, brach dann der Erste Weltkrieg aus, und es trat damit eine Unterbrechung aller Beziehungen über die Weltmeere ein. Aus der Fülle der deutschen Auswandererschicksale seien im folgenden einige Angaben zu den Ländern gemacht, die zahlenmäßig die meisten Deutschen aufnahmen und ihnen fern ihres ursprünglichen Volksbodens eine neue Heimat boten.

Die Deutschen in Nordamerika

Wie schon erwähnt, siedelten einzelne Gruppen Deutscher schon Anfang des 17. Jahrhunderts in Nordamerika, und sie waren auch bereits bei der Errichtung der ersten britischen Kolonien ab 1607 beteiligt. Der Deutsche Peter Minnewit aus Wesel am Niederrhein war von 1625 bis 1631 Gouverneur der kurz vorher gegründeten holländischen Kolonie Neu-Niederlande an der Hudsonmündung. Als solcher kaufte er 1626 die Halbinsel Manhattan von einheimischen Indianern für Waren im Werte von etwa 50 Mark und legte dort ein Fort mit einer dadurch geschützten Siedlung an, die als Neu-Amsterdam die Keimzelle für das spätere New York wurde. Er rief weitere deutsche Siedler in diese Kolonie, in der

bald insbesondere der Pelzhandel blühte. Als er sich dann mit den Holländern überworfen hatte, wurde er die treibende Kraft eines Kolonisationsplanes des schwedischen Königs, des Herzogs von Kurland und norddeutscher Städte wie Emden, Stralsund, Stettin und Danzig. 1637 gründete er an der Mündung des Delaware an der Ostküste Nordamerikas die schwedische Kolonie Neu-Schweden und die Stadt Christinia südlich des heutigen Philadelphia, in die er viele deutsche Auswanderer nachzog. Auch in der Zukunft blieb das Land von New York bis zur Delaware-Bucht bevorzugtes Siedlungs- oder Durchgangsgebiet der Deutschen, die in die Neue Welt kamen. Im Jahre 1664 wurden diese holländischen oder vorher schwedischen Gebiete britische Kolonien.

Nachdem der englische Quäker William Penn auf Reisen durch Deutschland 1671 und 1676 ziemlich vergeblich versucht hatte, Gruppen für seine neuen Siedlungen westlich des Delaware in Nordamerika zu finden, erreichte der Frankfurter Rechtsgelehrte Daniel Pastorius ab 1683, daß Auswandererscharen auf dieses Angebot eingingen. Am 6. Oktober 1683 landete die erste Gruppe von Mennoniten aus Krefeld unter seiner Führung am Delaware. Im späteren Pennsylvanien gründeten sie und die ihnen folgenden größeren Gruppen Dörfer und die Stadt Germanopolis, die später Germantown genannt wurde und schließlich in Philadelphia aufging. Seitdem wird der 6. Oktober als „Deutscher Tag" zur Erinnerung an den Beginn der deutschen Einwanderung nach Nordamerika gefeiert.

Nach der Verheerung der Pfalz durch die Franzosen kamen in den Jahren 1708 bis 1710 über 10000 Pfälzer nach Pennsylvanien und an den Hudson und vergrößerten den deutschen Anteil in diesen Landschaften. Das Pennsylvanian Dutch hielt sich als Umgangssprache dort bis in unser Jahrhundert. In Germantown wurde 1743 von dem Westfalen Christoph Saur die erste deutsche und zugleich die erste Bibel überhaupt in Amerika gedruckt. Beinahe wäre die deutsche Sprache auch die Amts- und Umgangssprache der USA geworden. Da mit den Pfälzern sich auch viele Katholiken in Pennsylvanien niederließen, entwickelte sich hier von Anfang an eine große Toleranz im Gegensatz zu den gelegentlich unduldsameren englischen Puritanern, die dann wesentlich mit zur späteren amerikanischen Freiheitsvorstellung beitrug. Um 1760 wurden allein in Pennsylvanien bereits 100000 Deutschstämmige geschätzt, die damit etwa ein Drittel der dortigen Bevölkerung ausmachten. Im Gegensatz zu den englischen Siedlern hatten sie keine Bestrebungen nach eigener politischer Ordnung, sondern wollten nur nach den Worten von Pastorius „ein still und christlich Leben führen".

Von 1717 bis 1720 wanderten weitere rund 10000 Pfälzer in das damals noch französische Louisiana ein, und ein Teil der wegen ihres Glaubens vertriebenen Salzburger Protestanten ließ sich um 1734 im englischen Georgia nieder. Rund 30000 Deutsche kamen im Laufe des 18. Jahrhunderts auch unfreiwillig als von ihren Fürsten verkaufte Soldaten aus Hessen und Württemberg nach Nordame-

rika, wo diejenigen von ihnen, die die Kriege überstanden hatten, dann auch in der Regel blieben.
Die meisten Siedler der frühen Zeit erwartete ein hartes Schicksal. Schon etwa zehn Prozent der Auswanderer starben auf der beschwerlichen, mehrere Monate dauernden Überfahrt auf den langsamen Segelschiffen, die meist ungenügend ausgerüstet waren. Viele der Auswandernden hatten sich auch, da sie das Geld für die Überfahrt nicht vorlegen konnten, zu jahrelanger Arbeit in der Neuen Welt verpflichtet und mußten oft genug dort zunächst beinahe ein Sklavendasein führen, bevor sie frei wurden. In den jungen Kolonien waren sie vielfachen Schikanen der englischen Behörden ausgesetzt, denen sie meist nur durch einen weiteren Zug in westliche, noch unerschlossene Landschaften ausweichen konnten. Auch siedelten die Engländer die Deutschen gern an der jeweils vordersten Front ihrer Forts gegen die Indianer an, wo die Deutschen in der Regel die Hälfte der weißen Bewohner ausmachten, während ihr Blutsanteil in den schon erschlossenen, ungefährlicheren östlichen Kolonien, mit Ausnahme Pennsylvaniens, erheblich geringer war.
Am amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) nahmen die deutschen Einwanderer erheblichen und vielleicht ausschlaggebenden Anteil. „Die amerikanische Revolution wurde von neuenglischen Händlern ins Rollen gebracht. Sie wurde von einem Aristokraten im Süden geführt, aber durchgekämpft wurde sie zu einem erheblichen Teil von deutschen Soldaten." Und tragischerweise standen Deutsche auf beiden Seiten. In den pfälzischen Siedlungen im Mohawktal erschien die erste Unabhängigkeitserklärung. Ein evangelischer Pfarrer zog von dort mit einem Regiment Deutscher in den Krieg, aus dem er als General heimkehrte. Einer der entscheidensten Erfolge über die Engländer und die mit ihnen verbündeten Indianer, der nach Meinung von George Washington, dem Führer der freiheitlichen Amerikaner, „den Umschwung zum Siege brachte", errang Nikolas Herchheimer mit seinen pfälzischen Bauern. Washingtons Leibgarde bestand fast ausschließlich aus Deutschen. Die Verdienste des preußischen Generals Friedrich Wilhelm von Steuben, der als früherer Flügeladjutant Friedrichs des Großen die amerikanische Armee erst einmal durchbildete und mit Taktik und Strategie des preußischen Generalstabes bekannt machte, und des aus Franken stammenden Generals Kalb bei der Führung der für die Freiheit von englischer Herrschaft kämpfenden Truppen der Amerikaner sind unbestritten und wirkten sich kriegsentscheidend aus. In der New Yorker Steubenparade wird jährlich noch daran erinnert.
Bei der letzten und entscheidenden Schlacht um die Stadt Yorktown in Virginia wurden 1781 auf der verteidigenden englischen Seite für die Tausende der deutschen von ihren Landesherren verkauften Soldaten die Befehle ebenso auf Deutsch gegeben wie auf der amerikanischen unter den vorwiegend deutschen Truppen des die Stadt dann zur Kapitulation zwingenden Prinzen Wilhelm von Zweibrücken. Deutsche erkämpften in dieser Schlacht wie in vielen vorher die

amerikanische Unabhängigkeit, und auf der anderen Seite verteidigten gezwungene Deutsche die Rechte der alten Kolonialherren. Nicht zum ersten und letzten Male erstachen und erschossen sich Deutsche gegenseitig für die Interessen anderer.
Nachdem schon kurz nach der ersten Niederlassung Deutscher in Pennsylvanien diese 1688 eine feierliche Erklärung gegen den Kauf und das Halten von Sklaven abgegeben hatten, unterstützten die Deutschen, vor allem Persönlichkeiten wie Schurz, Lieber und Follen, den Kampf gegen die Sklaverei. Die Deutschen standen daher beim amerikanischen Bürgerkrieg (Sezessionskrieg 1860–1865) fast geschlossen und wieder in oft rein deutschen Regimentern in der Front der Nordstaaten. Hunderttausende Deutscher kämpften und viele starben damals für die Einheit der Vereinigten Staaten von Amerika.
Der junge amerikanische Staat verdankte den deutschen Einwanderern viel. Ihre Eigenart, Gründlichkeit und Sauberkeit, ihr Fleiß und ihre Ordnungsliebe flossen in den neuen Staat ein und trugen erheblich zu dessen schneller Entwicklung bei. Besonders unter den aus politischen Gründen im 19. Jahrhundert Ausgewanderten befanden sich zahlreiche hervorragende und fähige Männer, die ihrer neuen Heimat viel gaben. Stellvertretend für viele zu einflußreichen Stellungen gelangte Deutsche sei nur Carl Schurz aus Liblar bei Köln genannt, der Innenminister der USA wurde, in New York die Republikanische Partei gründete und durch sein Ansehen und seine Redegewandtheit wesentlich mit dazu beitrug, daß Abraham Lincoln zum Präsidenten gewählt wurde.
Bis auf regionale Vereinigungen schufen die Deutschen in den USA sich zunächst keine gemeinsame Vertretung. Die um 1910 in den Vereinigten Staaten erscheinenden rund 700 Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache wirkten sich fast alle auch nur regional aus. Das trug mit dazu bei, daß viele Deutschstämmige bald im verwandten Angelsachsentum aufgingen. Erst spät gegen Ende des vorigen Jahrhunderts und nach den großen Masseneinwanderungen nahmen Bestrebungen zur Erhaltung und Vereinigung des deutschen Volkstums in Nordamerika zu. Doch für viele kam es wieder zu spät, so daß von den rund 30 Millionen Nachfahren deutscher Einwanderer in den USA bei Beginn des Ersten Weltkrieges nur noch 12 Millionen die deutsche Sprache pflegten und sich als Deutsche fühlten.
Nach der geschichtlichen Entwicklung hatten sich die meisten Deutschen im nördlichen Mittelwesten der USA niedergelassen. Um 1900 betrug der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung der einzelnen US-Bundesstaaten in Wisconsin 34 Prozent, in Illinois und Minnesota je 20 Prozent, in Nebraska 18 Prozent und in Iowa 17 Prozent. In Süddakota, New York, Michigan, Ohio, Missouri und Pennsylvanien stellten sie jeweils noch mehr als 10 Prozent. In der Stadt Milwaukee waren 70 Prozent der Einwohner Deutsche, in Chicago und Cincinnati machten sie jeweils ein Drittel der Bewohner aus. Bei der Volkszäh-

lung von 1979 stellte es sich heraus, daß die Deutschen mit 29 Prozent den größten Anteil aller Vorfahren der heutigen US-Bürger bilden vor den Iren mit 24 Prozent und den Engländern mit 22 Prozent.
Trotz ihrer großen Zahl und ihres wirtschaftlichen Einflusses konnten die Deutschamerikaner wegen ihres fehlenden politischen Gewichtes nicht verhindern, daß die USA in diesem Jahrhundert zweimal, ohne angegriffen zu sein oder irgendwie von Deutschland bedroht zu werden, Krieg gegen das Deutsche Reich führten und beide Weltkriege durch ihre Militär- und Wirtschaftshilfe zuungunsten Deutschlands entschieden.
Ein allgemeingültiges Urteil über die Deutschen in Nordamerika sandte der ehemalige US-Präsident Hoover dem Reichspräsidenten von Hindenburg zum Steubentag 1933 in einer Botschaft, in der es hieß: „General von Steubens unschätzbare Verdienste um die Unabhängigkeit werden in jeder amerikanischen Schule gelehrt und leben in der dankbaren Erinnerung jedes amerikanischen Bürgers. Das Volk der Vereinigten Staaten hat niemals alle sonstige wertvolle Hilfe vergessen, die Männer deutscher Geburt oder deutschen Blutes für das nationale Sein unseres Volkes geleistet haben. Sie haben darüber hinaus die Grundsätze unserer Erziehungsmethoden, unserer Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst beeinflußt, sie haben dem Lande ihrer Wahl wertvolle Dienste geleistet und haben für das Land ihrer Herkunft Ehre eingelegt."

Die Deutschen in Brasilien

Die ersten Deutschen der nachkolumbianischen Zeit betraten bereits bei der Entdeckung des Landes durch den Portugiesen Pedro Alvares Cabral am 22. April 1500 den brasilianischen Boden, andere waren unter den ersten Siedlern von 1532 und auch bei der Gründung von Rio de Janeiro beteiligt. Der Landsknecht Hans Staden aus dem hessischen Homburg an der Efze, Kommandant einer portugiesischen Festung an der Grenze gegen die Wildnis, fiel den Indianern in die Hände und gab nach seiner Befreiung 1557 ein viel gelesenes Buch über die „Wahrhaftige Historia und Beschreibung einer Landschaft der wilden, nackten und grimmigen Menschenfresserleute" heraus. Das Buch war die erste und lange Zeit die einzige wirklichkeitsnahe und bis zur Gegenwart immer wieder aufgelegte Beschreibung des Landes und mancher heute ausgestorbener Indianerstämme.
Zahlreiche Deutsche kamen zwischen 1630 und 1648 nach Nordostbrasilien, wo die Holländer vorübergehend eine Kolonie besaßen. Als einer ihrer Statthalter wirkte der in Dillenburg in Hessen geborene Graf und spätere Reichsfürst Moritz von Nassau-Siegen, der das vorher unbedeutende Recife (Pernambuco) zu einer bedeutenden Stadt ausbaute. Nachdem schon ab 1750 eine größere Zahl deutscher Offiziere in portugiesisch-brasilianischem Dienst gestanden hatte,

wurde 1767 der Bremer Johann Heinrich Böhm (1708-1783), Absolvent der Kriegsschule des Grafen von Schaumburg-Lippe, als Generalleutnant des portugiesischen Königs nach Südbrasilien gesandt, wo er als „Generalinspekteur aller Truppen in Amerika" die brasilianische Armee nach preußischer Art aufbaute und zur „bestdisziplinierten Truppe Südamerikas" machte. Im siegreichen Kampf gegen die von Süden angreifenden Spanier erbrachte er die „vielleicht glänzendsten (Waffentaten) in der Geschichte Brasiliens". Später war der geborene Preuße Gustav Heinrich von Braun aus Arneburg nördlich von Tangermünde an der Elbe (1775–1859) lange Zeit Brasiliens Generalstabschef.
Im Jahre 1817 heiratete der portugiesische Thronerbe und spätere Kaiser von Brasilien, Pedro I., die Erzherzogin Leopoldine von Österreich. Daraufhin kamen viele deutsche Fachleute, Gelehrte und Offiziere nach Brasilien. Ein Aufruf des portugiesischen Königs vom 16. März 1820 an die „verschiedensten Völker Deutschlands und anderer Staaten" warb mit dem Angebot großer Vergünstigungen für die Einwanderung nach Brasilien. Daß als einzige dabei die Deutschen namentlich genannt wurden, beweist deren großen Anteil an den damaligen Auswanderern wie auch deren Wertschätzung.
Eine erste deutsche Siedlung von 1818 in Bahia, die zu Ehren der deutschen Erzherzogin Leopoldina genannt wurde, hatte keine glückliche Entwicklung und löste sich teilweise bald wieder auf. Kurz darauf wurde 1821 in Rio de Janeiro der Verein „Germania" von deutschen Kaufleuten gegründet. Die eigentliche deutsche Einwanderung begann 1824, als der deutsche Arzt und brasilianische Major Dr. Georg Anton von Schäffer, der deutsche Soldaten anwerben sollte, eine Gruppe deutscher Kolonisten ins Land holte und sie bei Sao Leopoldo in der südlichen Provinz Rio Grande do Sul ansiedelte. Der Jahrestag ihrer Ankunft am 25. Juli 1824 wird als Beginn der Einwanderung Deutscher nach Brasilien noch festlich begangen. Bis 1830 wurden von Schäffer rund 5000 Deutsche bei Sao Leopoldo als Bauern angesetzt. Er hatte in seinem früheren Dienst am Zarenhof die südrussischen Siedlungen kennengelernt und übertrug dieses Kleinbauerntum auf Brasilien. Die Dörfer sollten zugleich zum Schutz der Grenze im Süden gegen die Spanier wie auch als Mustersiedlungen im Lande dienen, in dem bisher für Weiße die Arbeit als unwürdig gegolten hatte und allein den Sklaven und den Indios vorbehalten geblieben war.
In wenigen Jahrzehnten vergrößerte sich das Gebiet der fast geschlossenen deutschen Siedlungen durch weiteren Zuzug und eigene Vermehrung zu einem Siedlungsbereich von rund 25 Kilometer Breite und 200 Kilometer Länge. Vor allem Bauern aus Pommern, Württemberg und aus dem Hunsrück ließen sich hier nieder, teilweise noch stammesmäßig gesondert. Auch in den anderen südlichen Provinzen Brasiliens, besonders in Santa Catarina, in Parana und in Sao Paulo, entstanden ausgedehnte deutsche Niederlassungen.
1850 gründete der Apotheker Dr. Hermann Blumenau aus Hasselfelde am Harz mit gerade aus Deutschland gekommenen Siedlern die nach ihm genannte Stadt

Blumenau in der Provinz Santa Catarina. Bald wurde diese Stadt unter seiner Leitung zum Mittelpunkt der geistigen Betreuung der Deutschen in Brasilien. Eigene Zeitungen und Schulgründungen bewahrten das deutsche Volkstum und die Sprache, wobei hier fördernd hinzu kam, daß der Unterschied sowohl zur romanischen portugiesischen wie zur indianischen Umgebung viel größer war als etwa zu den Angelsachsen Nordamerikas. In den Jahren nach 1877 kamen rund 20000 Rußlanddeutsche in die Provinz Parana, die wegen der Aufhebung der Sonderrechte der Deutschen in Rußland, vor allem wegen der Einführung der Militärpflicht, ihre südrussische Heimat verlassen hatten. Da der brasilianische Boden nicht so fruchtbar wie der in ihrer früheren Heimat war, zogen viele von ihnen später nach Argentinien weiter. Eine deutsch-schweizerische Kolonie entstand unter anderem in Helvetia in der Provinz Sao Paulo, wo 1885 katholische Auswanderer aus dem Kanton Obwalden eine neue Heimat fanden.

Schon um 1850 hatten die deutschen Siedler in den Südprovinzen Brasiliens allgemein das Verbot der Sklaverei durchgesetzt. Als bei dem dann auftretenden Arbeitskräftemangel unerfahrene deutsche Einwanderer von brasilianischen Kaffeeplantagenbesitzern ziemlich ausgebeutet wurden, kam es 1859 zu einem Verbot der Werbung für die Auswanderung nach Brasilien in Preußen und in der Schweiz, später im ganzen Deutschen Reich. Diese Maßnahme, die bis 1896 in Kraft blieb, hemmte die weitere Einwanderung nach Brasilien. Die an sich wohlgemeinte Anordnung hatte den zweifelhaften Erfolg, die weitere Vergrößerung der ihre deutsche Eigenart bewahrenden Kolonien in Brasilien stark zu drosseln und die deutschen Auswanderer nach Nordamerika umzulenken, wo viele Einwanderer sich schnell den Angelsachsen anpaßten.

Die Brasiliendeutschen bildeten bald eine sozial gut gegliederte Gemeinschaft aus Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. Die Kolonisten erhielten in der ersten Zeit 75, später 25 Hektar jungfräulichen Bodens zum Roden und Bebauen, in den ersten Jahrzehnten sogar kostenlos. In dem früher nur in großen Plantagen mit Monokulturen genutzten Land führten die Deutschen eine neue Landwirtschaft und eine völlig neue soziale Ordnung mit breiter Mittelschicht ein. Sie brachten europäische Getreidesorten ins Land, bauten Gemüse an und widmeten sich der hier vorher kaum gekannten Zucht von Kleinvieh, vor allem Schweinen und Hühnern. Ihre in kurzer Zeit entstandenen stattlichen Dörfer und kleinen Städte konnten bald die großen Metropolen des Landes mit Nahrungsmitteln versorgen. Ihr Handwerk und Kleingewerbe befruchteten die industrielle Entwicklung des Landes nachhaltig. Die Fruchtbarkeit der Brasiliendeutschen wurde wie die der Rußlanddeutschen sprichwörtlich: Eine Statistik ergab für die erste Generation der Siedler je Elternpaar im Durchschnitt 10,1, für die zweite sogar 11,3 Kinder, und keine Seltenheit waren ältere Deutsche mit über 100 Enkeln. So konnten sich die Siedlungen auch aus eigener Kraft selbst weiter ausbreiten, als der Nachzug aus der alten Heimat geringer wurde.

Die Verbindung unter den Deutschen wie nach Deutschland wurde stets gepflegt. So wurde die evangelische Kirche von Rio Grande do Sul 1928 als erste deutsche Kirche in Übersee dem Deutschen Evangelischen Kirchentag angeschlossen. Weitere Schwerpunkte deutscher Ansiedlungen in Südamerika bildeten sich in Argentinien, Paraguay und Chile.

Die Deutschen in Südafrika

Am 6. April 1652 landete der Holländer Jan van Riebeeck an der bis dahin von Europäern nicht besiedelten Küste der Tafelbai an der Südspitze Afrikas und gründete die niederländische Kapkolonie. Unter seiner kleinen Mannschaft befanden sich schon mindestens acht Deutsche. Johann Wintervogel stieß 1655 auf einer Erkundungsfahrt ins Innere zum ersten Mal auf Buschleute. In den folgenden Jahrzehnten kamen weitere Deutsche in Scharen aus dem sich erst allmählich vom Elend des Dreißigjährigen Krieges erholenden Reich auf den Schiffen der Niederländisch-Ostindischen Gesellschaft ins Kapland und ließen sich nach einigen Jahren Dienst in der Gesellschaft dort nieder. Bald überflügelten die Deutschen zahlenmäßig sogar die Holländer. Obwohl es im Grunde müßig ist, zumal für die damalige Zeit, zu der sich die Niederländer noch nicht lange aus dem Reichsverband gelöst hatten, zwischen Holländern und Deutschen zu unterscheiden, ist es doch feststellenswert, daß um etwa 1800 der Anteil der Reichsdeutschen in Südafrika den der Holländer noch übertraf und der Kern des Burentums somit mehrheitlich aus deutschem Blut bestand. Eine Schätzung für das Jahr 1820 ergab für die rund 20000 Weißen in Südafrika etwa 10000 Niederländisch-Niederdeutsche, über 6000 Hochdeutsche und knapp 4000 Hugenotten, die, wegen ihres evangelischen Glaubens aus Frankreich verjagt, auch eine vorwiegend germanische Auslese darstellten. Im Burentum vereinigten sich dann alle diese Elemente zu einem neuen Volkstum, für das die persönliche Freiheit und die Unabhängigkeit ebenso kennzeichnend wurden wie tiefe reformierte Frömmigkeit. In der Landessprache des Afrikaans entwickelte sich eine neue niederdeutsche Sprache.
Im geistigen Leben der dann entstehenden Burenrepubliken traten die Deutschstämmigen stark hervor. Der Apotheker und Botaniker Claudius aus Breslau erforschte die Flora des Landes, der deutsche Wrede schuf ein niederländisch-hottentottisches Wörterbuch. Die erste allgemeine Landesbeschreibung liegt von dem Deutschen Peter Kolb vor, die erste wissenschaftliche Bibliothek geht auf den Deutschen Dessin zurück. Der deutsche Buchdrucker Ritter begründete die Presse im Kapland. Unter den Führern der zahlreichen Erkundungszüge ins Landesinnere fanden sich ebenfalls vorwiegend Deutsche. Der schwäbische Carl Mauch entdeckte die Ruinen von Simbabwe und die ersten Goldfelder, die später den Neid der Engländer auf das Land der Buren erregten. Von der

Regierung ins Land gerufene deutsche Bergleute bauten Kupfer in Klein-Namaland ab. Mehrfach treckten die Buren im 19. Jahrhundert weiter ins Innere des Landes nach Norden, um der britischen Herrschaft zu entgehen: zunächst vom Süden in den Oranje-Freistaat und von dort, als die Engländer nachkamen, später nach Transvaal.
Neben vereinzelten deutschen Einwanderern, die bald im Burentum aufgingen, entstanden im 19. Jahrhundert auch einige geschlossene deutsche Siedlungen, etwa die der Hermannsburger Mission um Hermannsburg in Mittel-Natal oder um Lüneburg an der Grenze von Natal nach Transvaal, wo mehrere Tausend deutscher Kolonisten sich niedergelassen hatten. Nach dem Krimkrieg (1853–1856) wurden die von England für diesen geworbenen deutschen Soldaten, rund 2700 Mann, in Kaffraria im Osten des Kaplandes angesiedelt, von wo ein Teil dann später in die neuen Burenrepubliken weiterzog. Daraufhin holten die Engländer weitere deutsche Siedler ins Land, vor allem aus Pommern und der Uckermark, die Ortschaften wie Berlin, Potsdam und Braunschweig gründeten. Bis Ende des Jahrhunderts waren auf diese Weise noch einmal rund 35000 Deutsche in den Süden Afrikas eingewandert. Ein britischer Geschichtsschreiber urteilte über sie: „Keine besseren Ansiedler hätten ins Land gebracht werden können. Durch ihren Fleiß gelangten sie im Laufe weniger Jahre zu beträchtlichem Viehbestand und brachten ihre kleinen Farmen auf einen hohen Stand der Kultur. Als Gemüsebauern für den Markt waren sie unerreicht in Südafrika. Mäßig, nüchtern, fleißig und fromm haben sie in hohem Maße zum Gedeihen der Provinz Kaffraria beigetragen."
Im Burenkrieg (1899–1902) versuchten die Südafrikaner vergeblich, ihre alte Unabhängigkeit gegen die nachrückenden Engländer, die vor allem nach den neuentdeckten Goldminen des Landes strebten, zu verteidigen. Nachdem der deutsche Kaiser Wilhelm II. den Buren zu ersten Erfolgen gegen die Briten in seiner „Krüger-Depesche" 1896 gratuliert hatte, blieb das Reich im eigentlichen Burenkrieg neutral, um keine weiteren Spannungen zu England zu erzeugen. Das Mitgefühl der Deutschen gehörte den Buren. Ihr Anführer „Ohm" Paul Krüger hatte deutsche Vorfahren aus der Mark Brandenburg wie mehrere Präsidenten der früheren burischen Freistaaten. In den berüchtigten englischen Konzentrationslagern kamen über 26000 burische Frauen und Kinder ums Leben. Doch die Lebenskraft dieses gerade auch durch den Krieg weiter zusammengeschweißten Volkes war größer: schon 1907 ergaben sich wieder burische Mehrheiten in den Parlamenten der ehemaligen burischen Freistaaten, und 1910 stand bei der Gründung der Südafrikanischen Union mit Louis Botha ein Bure an der Spitze der vereinigten Kolonie, die später den Weg in die Unabhängigkeit unter burischer Leitung fand. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg mußten viele deutschfreundliche Buren ihre Stellungnahme für Deutschland mit erheblichen Repressalien und teilweise langer Festsetzung und Haft bezahlen.

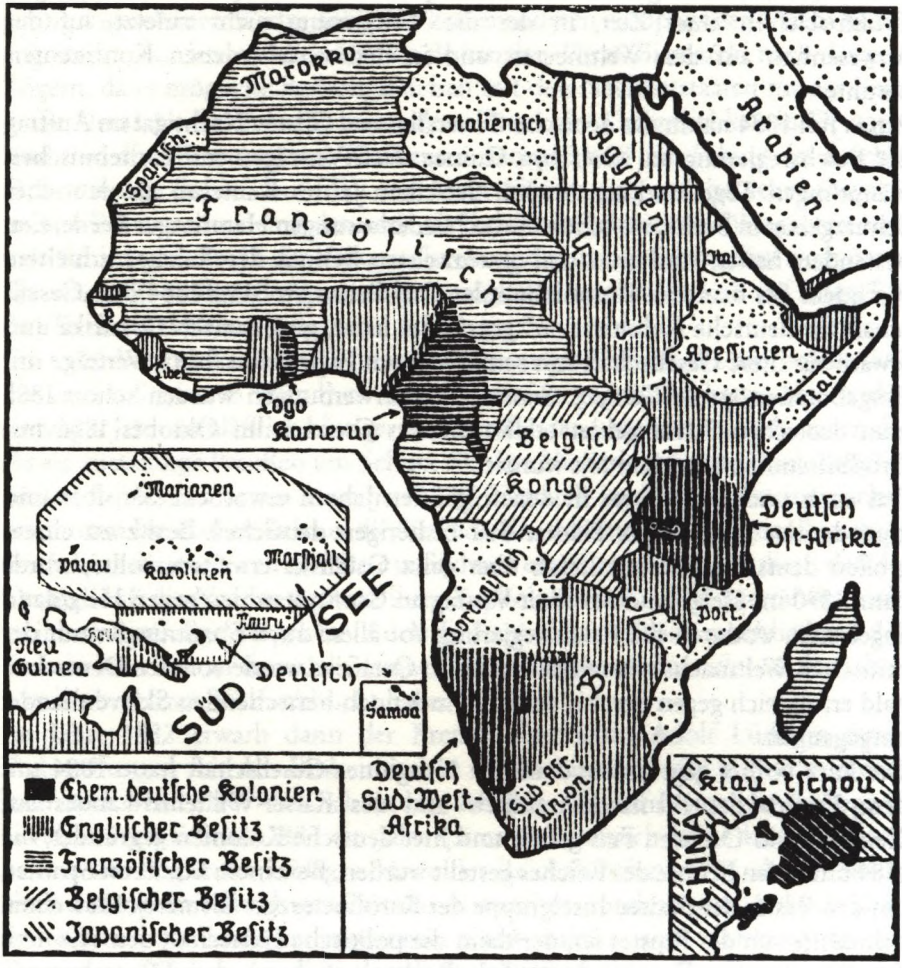
Erst lange nach den anderen europäischen Großmächten und mehr als ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung begann auch Deutschland, Kolonien zu erwerben. Deutsche Auswanderer, Missionare, Entdeckungsreisende und Kaufleute gab es bereits überall in der Welt, auch in solchen Gebieten, die wegen ihres gering angesehenen Wertes noch von keiner anderen europäischen Macht bisher angestrebt worden waren. Als Reichskanzler Fürst Bismarck nach langem Zögern, da er mögliche Reibungsflächen mit den Nachbarstaaten für das noch junge Deutsche Reich befürchtete, dem Druck der Öffentlichkeit in Deutschland und dem Ersuchen von Kaufleuten nachgab und den Schutz des Reiches für bestimmte Gebiete in Afrika und Asien erklärte, ging er dabei sehr behutsam und im Einvernehmen mit den anderen Kolonialmächten vor, führte internationale Schiedsgerichte in das Völkerrecht ein und unterwarf sich selbst auch deren Sprüchen. Er wollte alle Spannungen möglichst vermeiden und auf jeden Fall den Frieden erhalten.

Die in Südwestafrika tätige Rheinische Missionsgesellschaft, die hier bereits 1842 die ersten Stationen Windhuk und Bethanien gegründet hatte, bat in den sechziger Jahren anläßlich blutiger Stammesfehden unter den Eingeborenen das für sie zuständige Preußen um Schutz für ihre Niederlassungen. Doch Preußen lehnte ab. Als bei neuen Unruhen 1879 Bismarck im Namen des inzwischen errichteten Deutschen Reiches die für Südafrika zuständige Londoner Regierung um Schutz für die deutschen Orte in Südwest ersuchte, antwortete diese, daß der Oranje-Fluß die Nordwestgrenze ihrer Kapkolonie sei und Südwestafrika nicht zu ihrem Einflußgebiet gehöre. Auch die Kapkolonie erklärte anschließend, daß sie kein Interesse an dem damals noch öden Südwestafrika außer an der schon von ihr besetzten Walfischbucht habe.

Im Jahre 1882 erwarb dann der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz durch Verhandlungen mit den Einheimischen das heutige Lüderitz und sein Hinterland und erbat dafür den Schutz des Reiches. Als auf Bismarcks Anfrage in London vom Februar 1883 ein Jahr später immer noch keine klare Stellungnahme der Engländer vorlag, erklärte der Reichskanzler am 24. April 1884 in einer außenpolitisch ruhigen Zeit das inzwischen durch weitere Ankäufe längs der Küste von Lüderitz erworbene Südwestafrika zum Schutzgebiet des Deutschen Reiches. Im Juni desselben Jahres erkannte Großbritannien den deutschen Erwerb offiziell an und begrüßte im September in einer besonderen Note Deutschland als Nachbarn an den Küsten Südwestafrikas. Vom 7. August 1884 an wurde die Flagge des Deutschen Reiches von deutschen Schiffen an mehreren Punkten der ganzen Küste Südwests gehißt und damit das Land offiziell in Besitz genommen. Stämme und bereits bestehende Stationen des Hinterlandes stellten sich daraufhin unter den deutschen Schutz. Der im Mai 1885 eintreffende erste Reichskommissar Dr. Heinrich Göring schloß bald

darauf auch mit den Hereros und den Hottentotten im Binnenland Schutzverträge ab.
Kurz nach dem Erwerb Südwestafrikas wurden vom Reich weitere Schutzgebiete übernommen, die allerdings als Siedlungsland für Deutsche in der Zukunft bei weitem nicht die Bedeutung wie Südwest erreichen sollten. Sie waren eher wirtschaftliche, strategische und machtpolitische Stützpunkte der jungen Großmacht in einer Zeit, in der die Weltgeltung nicht zuletzt auf der Anwesenheit auf den Weltmeeren und in den verschiedenen Kontinenten beruhte.
Am 6. Juli 1884 nahm der deutsche Generalkonsul Gustav Nachtigal im Auftrag der Reichsregierung am Golf von Guinea nach Verträgen mit einheimischen Häuptlingen Togo und am 14. Juli desselben Jahres Kamerun als deutsches Schutzgebiet in Besitz, wo schon einige Niederlassungen Hamburger Reedereien bestanden hatten und nun den gewünschten Schutz des Reiches erhielten. Nachdem der deutsche Kolonialpionier Carl Peters im März 1884 die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" gegründet hatte, ging er nach Ostafrika und erwarb für diese Gesellschaft mit seiner kleinen Expedition durch Verträge mit Eingeborenen große Gebiete. Seine ersten Erwerbungen wurden schon 1885 zum deutschen Schutzgebiet erklärt, dessen Grenzen im Oktober 1886 mit Großbritannien ausgehandelt wurden.
Das auch noch von Peters in den folgenden Jahren erworbene Sansibar und Uganda, das nach Peters Plänen den bisherigen deutschen Besitz zu einem großen deutschen Kolonialreich über ganz Ostafrika erweitern sollte, wurde dann 1890 im Helgoland-Sansibar-Vertrag an Großbritannien gegen Helgoland abgetreten, wodurch die Reichsregierung vor allem auch Spannungen mit der britischen Weltmacht vermeiden wollte. In Ostafrika wurde von den Deutschen bald erfolgreich gegen den bis dahin immer noch herrschenden Sklavenhandel vorgegangen.
Die kurz vorher gegründete deutsche Neuguinea-Gesellschaft hatte 1884 mit dem Erwerb des Bismarck-Archipels und des Kaiser-Wilhelms-Landes auf Neuguinea in Ostasien Fuß gefaßt und hier deutsche Kolonien gegründet, die 1884 unter den Schutz des Reiches gestellt wurden. Bei einem Streit mit Spanien um den Besitz der Südsee-Inselgruppe der Karolinen regte Bismarck 1885 einen Schiedsspruch des Papstes an, der dann die politische Herrschaft den Spaniern für diese Inseln, die wirtschaftlichen Rechte auf ihnen den Deutschen zusprach.
Diese Bereitschaft Bismarcks wie auch schon sein vermittelndes Vorgehen auf der von ihm geleiteten Kongo-Konferenz der Kolonialmächte im Herbst 1884 in Berlin bewiesen den ausgleichenden und ausschließlich friedlichen Willen des Reiches bei seiner Kolonialpolitik und widerlegten schon alle von den späteren Alliierten des Weltkrieges erhobenen Vorwürfe eines angeblichen deutschen Strebens nach der Weltherrschaft. Im Fernen Osten wurde dann 1898 durch

Pachtvertrag auf 99 Jahre mit China die Stadt Tsingtau mit ihrer Umgebung Kiautschou für Deutschland erworben, und anschließend kamen 1899 noch einige Südsee-Inselgruppen zum Kolonialbesitz des Reiches, der sich gegenüber dem der anderen Kolonialmächte immer noch sehr bescheiden ausnahm.



Deutschlands ehemalige Kolonien

Von diesen in wenigen Jahren erworbenen Kolonien erwies sich insbesondere Südwestafrika wegen seines günstigen Klimas in dem hochgelegenen Landesinneren als Einwanderungsland für Deutsche geeignet. Allerdings mußten erst alle Voraussetzungen in diesem bisher fast unbewohnten und weithin öden Land

geschaffen werden, eine echte Kolonisationsaufgabe, die hohe Anforderungen an die ersten Siedler stellte. In Berlin wurde eine Südwestafrikanische Siedlungsgemeinschaft gegründet, deren erste Siedler am 5. August 1892 in Swakopmund an Land gingen. Im Jahre 1903 gab es in dem weiten Land schon rund 3700 Weiße. Von Unruhen in den Jahren 1894 und vom großen Herero- und Hottentottenaufstand 1904 etwas unterbrochen, ging die Entwicklung Deutsch-Südwests schnell voran. In dem vorher völlig unerschlossenen Lande wurden Farmen angelegt, Wasserbohrungen vorgenommen, Staudämme errichtet und Städte gegründet. Die Viehzucht brachte bald gute Ergebnisse, besonders nachdem ab 1907 die ersten Karakul-Schafe eingeführt worden waren. Um diese Zeit begann auch der Kupferabbau, und in der Sandwüste Namib wurde erfolgreich nach wertvollen Diamanten gesucht, so daß die Kolonie sich dann wirtschaftlich selbst tragen konnte. 1891 wurde Windhuk Hauptstadt des Landes und wuchs dann schnell auch zum kulturellen Mittelpunkt der Deutschen von Südwest heran. Schon 1902 wurde die Eisenbahn von Windhuk zur Küste eröffnet und damit die Verbindung ins Landesinnere wesentlich verbessert. Deutsche Schulen entstanden an den größeren Orten, und die allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt, was für die Kinder von den weit im Land verstreuten Farmen meist das Internatsleben bedeutete. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges lebten rund 9000 Deutsche in Deutsch-Südwest, das von dem 1911 in Windhuk erbauten „Tintenpalast" verwaltet wurde. Das Denkmal des „Reiters von Südwest" in Windhuk erinnert noch heute an die ersten harten Jahre der kleinen deutschen Schutztruppe und an die großen Leistungen der frühen Pioniere, die die Grundlagen für diese mustergültige Kolonie legten.

Die rasche Entwicklung und der wirtschaftliche Aufschwung nach den Kupfer- und Diamantenfunden in Südwestafrika erregten das Interesse Englands. 1912 wurde in seiner Kapkolonie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und dabei vorausschauend neu festgesetzt, daß die Streitkräfte des Landes auch außerhalb seiner Grenzen eingesetzt werden könnten. Während die Deutschen noch den Vereinbarungen der Kongo-Konferenz vertrauten, wonach bei europäischen Auseinandersetzungen in Zukunft die Kolonien nicht davon berührt werden sollten, und keinerlei Vorkehrungen zur Verteidigung ihrer Schutzgebiete trafen, bereiteten England und Südafrika den Einfall nach Südwest bereits vor. Schon Anfang August 1914, kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, legte die Londoner Regierung dem Kapland einen Einmarsch der südafrikanischen Truppen in die deutsche Kolonie nahe, der auch am 12. September 1914 völkerrechtswidrig erfolgte. Die überraschten rund 2000 deutschen Schutztruppler und dann schnell aus der Bevölkerung ausgehobenen 3000 Reservisten konnten sich bis zum Sommer 1915, langsam zurückweichend, gegen die 60000 Angreifer halten; ihr Rest mußte sich am 9. Juli 1915 bei Otawi ergeben. Für viele deutsche Siedler begann damit eine schwere Zeit unter fremder Herrschaft.

Auch die anderen deutschen Kolonien in Afrika und Ostasien wurden von

jeweils viel stärkeren feindlichen Truppen angegriffen und nach verschieden langem Widerstand zur Aufgabe gezwungen. Nur in Deutsch-Ostafrika konnte sich die Schutztruppe unter General Paul von Lettow-Vorbeck, durch schwarze Askaris verstärkt, bis zum Kriegsende gegen eine erhebliche Übermacht behaupten und nach dem Waffenstillstand unbesiegt in die Heimat zurückkehren. Das Friedensdiktat von Versailles raubte dann 1919 dem Deutschen Reich alle seine Kolonien und setzte die Lüge von der deutschen Unfähigkeit zum Kolonisieren in die Welt. Die Tatsachen bewiesen dagegen, daß die Deutschen ihre Kolonien im Gegensatz zu manchen Praktiken der anderen Kolonialmächte nicht ausbeuteten, sondern sie in erster Linie wirtschaftlich entwickelten, und sich auch hier nicht als Imperialisten, sondern als echte Kolonisten am Boden und als Kulturträger bewährt hatten. Durch seine bereits bodenständig gewordenen Siedler blieb Südwestafrika als einzige der deutschen Kolonien auch weiterhin bis in die Gegenwart hinein ein deutsch geprägtes Land, von dem seine Bewohner stolz singen:

„Hart wie Kameldornholz ist unser Land,
und trocken sind seine Reviere.
Die Klippen, sie sind von der Sonne verbrannt,
und scheu sind im Busche die Tiere.
Und sollte man uns fragen:
Was hält euch denn hier fest?
Wir könnten nur sagen:
Wir lieben Südwest."

VOLKSDEUTSCHES SCHICKSAL IM ZEITALTER DES NATIONALISMUS

Deutsche erwecken das slawische Volkstum

Im Osten und Südosten Europas siedelten Deutsche auf Grund des jahrhundertealten Kolonisationswerkes teils in geschlossenen Siedlungsgebieten im Anschluß an den deutschen Volksraum wie in Böhmen und Westungarn, teils auf dem ihnen ehemals übertragenen Boden inmitten des Gastvolkes wie in der Zips oder in Siebenbürgen oder auch in stärker gemischter Siedlung wie etwa im südlichen Polen. Von Ausnahmen abgesehen, die in Beispielen schon geschildert wurden, war das Zusammenleben der verschiedenen Völker in der Regel in allen Jahrhunderten friedlich verlaufen, obwohl immer wieder auch völkische Spannungen und Auseinandersetzungen auf örtlicher Ebene, etwa um die

Die Schwarze Kirche in Kronstadt, einem der Hauptorte der Siebenbürger Sachsen.

Hermannstadt, Hauptort des Siebenbürger Königsbodens. Brukenthalschule mit Denkmal des Sachsenbischofs Teutsch.

Die Kirchenburg in Heltau, südlich von Hermann-
stadt in Siebenbürgen.

Der mehrfach geschützte Eingang der gewaltigen
Kirchenburg Tartlau nordöstlich von Kronstadt
die niemals eingenommen wurde.

Vorrechte der Deutschen auf Grund ihrer Freibriefe oder bei den Ratsversammlungen und Zünften, aufgetreten waren. Wo die Deutschen protestantisch geworden waren, verstärkte auch der Unterschied des Glaubens die Verschiedenheit und wurde ein Grund für Spannungen.
Das Ende des 18. Jahrhunderts brachte demgegenüber mit der Aufklärung und der Romantik und dem dadurch geförderten Nationalismus etwas ganz Neues, das sich in seinem Ergebnis als eine neue Katastrophe für das Deutschtum im ganzen Osten und Südosten, zum Teil auch im Westen, erweisen sollte. Von besonderer Tragik ist dabei einmal, daß im wesentlichen Deutsche die geistigen Grundlagen dazu legten. Zum anderen traten ungünstige politische Umstände hinzu. Während die anderen Völker erwachten und mit den vornehmlich von Deutschen begründeten Ideen der Romantik ihr Selbstbewußtsein fanden, ihre Sprache entwickelten und auf die Volkseinheit hinstrebten, zerbrach das deutsche Kaisertum 1806 zunächst unter Rückfall in die Kleinstaaterei, folgte dann der Bruderkampf Österreichs und Preußens um die Vorherrschaft in Deutschland und geschah schließlich der Ausschluß Österreichs 1866 aus dem Reich. Alles dieses bedeutete eine erhebliche Schwächung des Grenzland- und Volksdeutschtums, und so waren im 19. Jahrhundert enorme Verluste an deutschem Volksboden und in den Sprachinseln zu verzeichnen.
Mehr aus den von ihm vertretenen Ideen der Aufklärung als aus nationalen Gründen hatte Kaiser Joseph II. von Österreich in allen Ländern seines Reiches das Deutsche als Amtssprache eingeführt. Der Einheit der Staatsverwaltung und der Zweckmäßigkeit der Behördenarbeit im großen Habsburgerreich mit seinen vielen Völkern schien eine einzige Amtssprache von Nutzen zu sein. Das führte zwar zunächst kurzzeitig zu einer stärkeren Ausstrahlung und Bedeutung des Deutschen in den fremdvölkischen Gebieten der Donaumonarchie, erwies sich aber, als der Kaiser kurz vor seinem Tode unter dem Eindruck außen- und innenpolitischer Mißerfolge einen Teil seiner Reformen zurücknehmen mußte, durch den dabei herausgeforderten und nun obsiegenden Widerstand als Schwächung, vor allem in Ungarn. Hinzu kam, daß gleichzeitig durch die französische Revolution demokratisch-republikanische Gedanken sich verbreiteten und die Ideen der Romantik, vor allem die Werke Herders über den Wert der Sprache und des Volkstums und seine Vorliebe für das Slawische, zu einem nationalen Erwachen der kleinen östlichen Völker führten. Vorher sprach in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die gesamte gehobene Schicht der Tschechen und Ungarn deutsch, und das Tschechische war zu einer Sprache des niederen Volkes herabgesunken, der man das baldige Aussterben voraussagte. Kaiserin Maria Theresia hatte 1762 über den Rückgang der tschechischen Sprache geklagt und den Auftrag gegeben, „diese so weit verfallene Sprache wiederum emporzubringen" – ein Beispiel für die völkische Toleranz der Habsburger und deren Förderung der ihnen untergebenen fremden Völker. Doch noch im Jahre 1791 fürchtete Professor Pelzel in seiner Antrittsrede auf dem nach dem Wunsch der

böhmischen Stände neu errichteten Lehrstuhl für die tschechische Sprache an der Prager Universität, daß man bald in Prag wie in ganz Böhmen nur noch deutsch sprechen werde.
Aber innerhalb weniger Jahrzehnte veränderte sich die geistige Landschaft völlig. Von deutschen Gelehrten und Dichtern waren die slawischen Sprachen erforscht und systematisiert worden, wurde nun das einfache Leben dieser Völker romantisch verklärt und das noch schwache Flämmchen ihres Volksbewußtseins genährt. In deutscher Sprache erschienen zunächst die betreffenden Sprachlehren, Geschichtsbücher und Volkstumswerke, und noch beim ersten Panslawistischen Kongreß 1848 in Prag bedienten sich die Slawen der deutschen Sprache als des ihnen allen vertrauten Verständigungsmittels. Schon fast vergessene oder kaum literaturfähige Sprachen der kleinen Völker der Donaumonarchie wurden von Deutschen zu echten Schriftsprachen entwickelt und bewirkten dann eine bedeutende Stärkung des jeweiligen Nationalbewußtseins, das dann auch auf die größeren Völker ausstrahlte.
Das hatte zur Folge, daß in diesen Völkern die Adels- und die Intelligenzschicht, die vorher schon ziemlich eingedeutscht waren, sich wieder ihres Volkstums entsannen und ihre eigene Art pflegten. Für die größeren Völker, vor allem die Ungarn, kam hinzu, daß mit den liberalen und demokratischen Ideen seit der französischen Revolution der Gegensatz zu der als reaktionär angesehenen Habsburger Monarchie noch größer wurde. Dadurch wurden nicht nur die gehobenen Schichten dieser Völker dem Deutschtum wieder entfremdet, sondern auch die geistig führenden Kreise der Volksdeutschen, vor allem der bürgerliche deutsche Mittelstand in den Städten Ungarns, von keinem geistig ausstrahlenden Reich mehr gestärkt, wandten sich verstärkt den neuen Gesellschaftsgedanken zu. Die Deutschen wurden daher für den sich bildenden jugendlich-schwunghaften Nationalismus der einzelnen Völker anfällig und dadurch ihrer Volksgruppe und dem unter der Fürstenreaktion geistig gebundenen Deutschland entfremdet. Insbesondere die Intelligenz der Deutschen in den ungarischen Sprachinseln, mit Ausnahme der Siebenbürger Sachsen, verfiel dem „ungarischen Patriotismus", der dann durch staatliche Maßnahmen kräftig nachhalf. Die deutschen Ideen der Romantik und die von den meist noch deutsch geprägten Städten ausgehenden Gedanken des Liberalismus und der Demokratie wirkten somit auslösend und verstärkend auf den Panslawismus und das nationale Madjarentum, denen dann im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart ein großer Teil der früheren, schon jahrhundertealten deutschen Siedlungen im Südosten zum Opfer fiel. Von den Zeitgenossen kaum beachtet und durch keine großen auffallenden Ereignisse gekennzeichnet, spielte sich so über Jahrzehnte hinweg im 19. Jahrhundert mitten im Frieden der nach außen noch stabilen Habsburger Monarchie eine Tragödie größten Ausmaßes für die Volksdeutschen ab, die nur von kleinen Kreisen Weitsichtiger, vor allem von Georg Ritter von Schönerer, leidenschaftlich angeprangert wurde.

Das deutsch geführte Österreich-Ungarn, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrere fremdvölkische Ministerpräsidenten aufwies, germanisierte nicht nur nicht in seinen fremdvölkischen Gebieten, sondern ließ es zu, daß beträchtliche Teile seiner deutschen Sprachinseln von anderen Völkern aufgesogen wurden und der Einfluß des Deutschen erheblich zurückging. Das vollzog sich vor allem unter der Regierung Taaffe in Wien von 1879 bis 1893, die, gestützt auf Polen und Tschechen, insbesondere den Slawen zuungunsten der Deutschen große Zugeständnisse machte, so daß das bisherige Staatsvolk der Deutschen beim Staat keinen Rückhalt mehr fand. Die die Slawen sehr begünstigenden Sprachverordnungen des Ministerpräsidenten Badeni (1895–1897) schwächten die Stellung des Deutschtums erneut erheblich. Nur private Organisationen, wie die ab 1867 gegründeten Schulvereine, vor allem der 1880 entstandene „Deutsche Schulverein" in Österreich und der 1881 gegründete „Allgemeine Deutsche Schulverein" im ganzen deutschen Sprachraum, versuchten, den bedrohten Deutschen in ihrer fremdvölkischen Umgebung gegen die staatlichen Entvolkungsabsichten der jeweiligen Mehrheitsvölker Hilfe zu bieten. Von einzelnen in ganz Deutschland unterstützt, entstanden so auch in den betreffenden Gebieten Vereinigungen zur Verteidigung der bisherigen kulturellen Rechte der Volksdeutschen. Hervorragende Persönlichkeiten wie der Siebenbürger Bischof Georg Daniel Teutsch, der Temeschburger Generalvikar Franz Blaskovics, der Pfarrer Zöckler in Galizien oder Professor Raimund Kaindl aus Tschernowitz wurden zu Vorkämpfern ihrer Volksgruppen in diesem zähen Verteidigungskampf. Auf den Karpatendeutschen Tagungen, die 1911 in Tschernowitz in der Bukowina, 1912 in Ruma in Slawonien, 1913 in Wien stattfanden, bildete sich eine deutsche Abwehrfront, deren Auswirkungen jedoch durch den dann ausbrechenden Weltkrieg teilweise zunichte gemacht wurden.

Die Madjarisierung in Ungarn

Bis 1919 haben die Madjaren im großen ungarischen Staat nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung gestellt. Stets war Ungarn seit den Zeiten Stephans des Heiligen um 1000 ein Vielvölkerstaat gewesen, in dem die Madjaren nur den größten Bevölkerungsanteil neben Deutschen, Slowenen, Rumänen und anderen gestellt hatten. Sie hatten meist eine annehmbare Toleranz gegenüber den anderen Minderheiten geübt. Das wurde im 19. Jahrhundert ganz anders, als die gegenüber der Gesamteinwohnerschaft nur eine Minderheit bildenden Madjaren es schließlich mit Erfolg durchsetzten, daß ihr Volkstum und ihre Sprache allein verbindlich wurden und sich ein verpflichtender Staatsnationalismus daraus entwickelte, der unduldsam alle anderen Volksgruppen unterdrückte. Durch die scharfe Madjarisierung glaubten die Ungarn, sich gegenüber den anderen Völkern besser behaupten zu können.

Schon Josephs II. Einführung des Deutschen als Amtssprache, nachdem vorher das Latein benutzt worden war, hatte in Ungarn heftigen Widerstand gefunden, und die Abschaffung dieser josephinischen Reformen wenige Jahre darauf hatte bereits zu Ausschreitungen gegen Deutsche und zu scharfen Stellungnahmen gegen die deutsche Sprache geführt. Zwar wurde zunächst das Latein als Amtssprache in Ungarn wieder eingeführt, doch schon nach wenigen Jahrzehnten beschloß der ungarische Reichstag die Einführung der ungarischen Sprache. In der reaktionären Zeit Metternichs bis 1848 verstanden es die Madjaren, die aufkommenden Ideen des Liberalismus und der Demokratie auch unter den gebildeten Schichten der Deutschen für ihre ungarische Staatsidee und gegen Wien nutzbar zu machen, wobei sie besonders bei den Banater Schwaben Erfolg hatten, denen erwünschte Sonderrechte vom Kaiser vorenthalten worden waren. So hatten 13 deutsche Gemeinden des Banats 1849 in der „Petition von Bogarosch" vergeblich eine völkisch-kulturelle Selbständigkeit wie die der Siebenbürger Sachsen von Wien gefordert. Die Entwicklung ging schließlich so weit, daß um 1900 dem ehemals deutschen Bürgertum in den Städten Ungarns das Madjarentum mehr galt als ihr Deutschtum, daß ihm die ungarische Staatsidee wichtiger war als der Zusammenhalt der Deutschen und ihre Sprache.

In Ludwig von Kossuth erstand den Ungarn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein hochgebildeter, leidenschaftlicher und radikaler Vorkämpfer gegen die habsburgische Vorherrschaft, der auch die Losung ausgab: „Eilen wir, eilen wir, die Volksgruppen zu madjarisieren, sonst gehen wir zugrunde!" 1848/49 kam es zu Revolution und Aufstand in Ungarn gegen Wien, bis am 13. August 1849 bei Világos die Ungarn sich ergeben mußten und der Traum eines unabhängigen Staates zunächst für sie vorüber war. Bei den Revolutionswirren war es zu erheblichen deutschfeindlichen Ausschreitungen und zur Ermordung einer Reihe von Deutschen in Ungarn gekommen. Auch der bekannte politische Schriftsteller Stephan Ludwig Roth, einer der führenden Männer Siebenbürgens, wurde als „Staatsfeind" von Ungarn erschossen.

Nach der Niederschlagung der Aufstände konnte der österreichische Kaiser ab 1849 die zentrale Regierungsform noch einmal durchsetzen und in der Verfassungsreform vom Februar 1861 unter dem Ministerpräsidenten Anton Ritter von Schmerling festschreiben, wodurch den Deutschen die Mehrheit im Parlament gesichert wurde und gleichzeitig die kleinen Völker, wie die Rumänen in Ungarn oder die Ruthenen in Galizien, gefördert wurden. Als von Schmerlin dann 1865 entlassen und seine Verfassung „sistiert" wurde, verstärkte sich die Madjarisierung. Nach der Schwächung Österreichs durch die Niederlage gegen Preußen 1866 konnten die Madjaren 1867 im „Ungarischen Ausgleich" weitere Rechte und Zugeständnisse gewinnen, und der Begriff der ungarischen Nation wurde nun gesetzlich festgelegt. Sie wurden praktisch innenpolitisch selbständig, was sie sofort zu noch schärferer Madjarisierung der in ihrem Lande

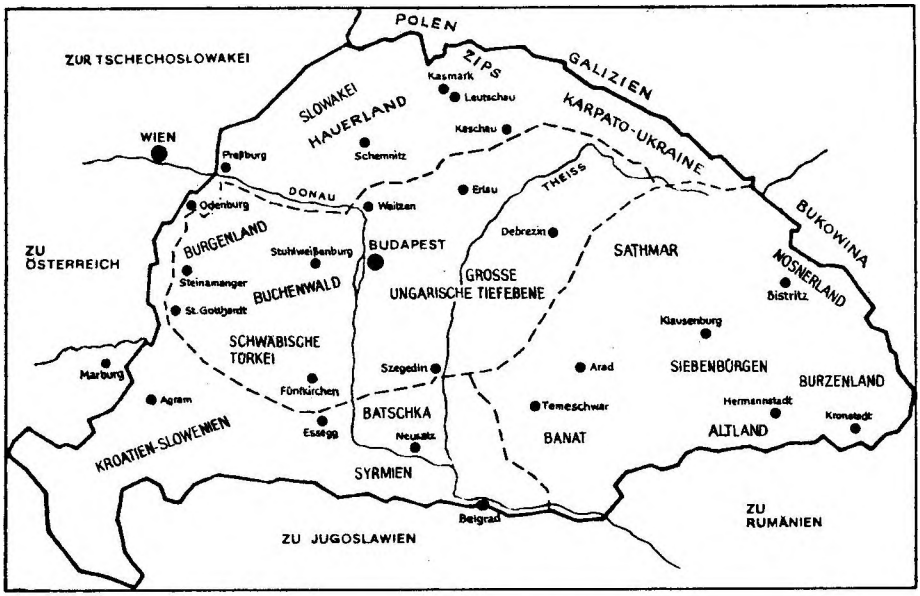
lebenden Minderheiten ausnutzten. Alle Bewohner des Staates sollten ungarisch sprechen und denken und sich dem „ungarischen Geist" verpflichtet fühlen. In kurzer Zeit wurden, vor allem im Banat, über 1000 vorher deutsche Schulen in ungarische umgewandelt. Beamter konnte nur noch werden, wer seinen Namen madjarisierte, die ungarische Sprache benutzte und seine Kinder in ihr erzog. Wer am Deutschtum festhielt, war von allem beruflichen Weiterkommen, vom Staatsdienst und von höheren Ämtern ausgeschlossen und zur sozial niederen Schicht verurteilt.

Das tat in wenigen Jahrzehnten dem vorher blühenden Deutschtum in Ungarn, zunächst in den Städten, dann von dort auf das Land übergreifend, einen ungeheuren Abbruch, auch in den großen Sprachinseln wie in der Zips oder im Banat. Mit der zunehmenden Hinwendung zur ungarischen Staatsidee gaben viele Volksdeutsche ihr Volkstum auf. So bekannten sich in Preßburg 1880 noch 63 Prozent der Bewohner als Deutsche, 1910 nur noch 25 Prozent. Für Käsmark sind die entsprechenden Zahlen 72 und 51 Prozent, für Zipser Bela 73 und 43 Prozent. Nur das ärmlichere bäuerliche Hauerland in der Mittelslowakei und das innerlich gefestigte Siebenbürgen hielten an ihrem Deutschtum stärker fest.

Am deutlichsten ist dieser Vorgang an der Entwicklung des Schulwesens abzulesen, bei dem zur kulturellen Aushöhlung des Deutschtums ab etwa 1840 verstärkt von ungarischen Stellen aus angesetzt wurde. Durch alle Jahrhunderte war in den Dorf- und zweiklassigen Stadtschulen, die die Deutschen erst ins Land gebracht hatten, in den deutschen Sprachinseln Ungarns Deutsch die selbstverständliche Unterrichtssprache gewesen, wie sie auch in den üblichen Lateinschulen große Bedeutung hatte. Die Schulordnungen, etwa die von Käsmark aus dem Jahre 1596, waren in deutscher Sprache abgefaßt, und die den Deutschen verbriefte Kulturautonomie war nie ernsthaft bestritten worden. Mitte des 18. Jahrhunderts war auch in den Stadtschulen das bis dahin dort vorherrschende Latein, zunächst in den modernen Fächern, vom Deutschen abgelöst worden. Der große Wandel trat ein, als 1843/44 durch Gesetz bestimmt wurde, daß in ganz Ungarn, auch in den deutschen Gebieten, in allen Schulen Madjarisch die allgemeine Unterrichtssprache sein sollte. Nach der Revolution 1849 wurde zwar an den höheren Schulen zunächst die deutsche Unterrichtssprache wieder eingeführt, aber ab 1867 erneut zurückgedrängt, indem erst in den Oberklassen, dann auch in den Unterklassen das Ungarische als Unterrichtssprache eingeführt wurde, bis um 1900 allgemein Ungarisch als Schulsprache galt. 1867 wurde die 1763 unter Kaiserin Maria Theresia gegründete, mit deutscher Unterrichtssprache arbeitende Bergakademie in Schemnitz madjarisiert, nachdem ihre Studenten noch kurz vorher 1861 Spenden für das Denkmal Ernst Moritz Arndts in Bonn gesammelt hatten.

In den Volksschulen auf dem Lande, die länger die deutsche Sprache halten konnten, wurde ab 1879 die ungarische Sprache verpflichtend, und mit dem

Sprachgesetz von 1907 wurden sie völlig madjarisiert. Schließlich durfte nur noch der Religionsunterricht in Deutsch gegeben werden. Lehrer wurden staatlich gemaßregelt, wenn sie sich nicht voll in den Dienst dieser vom Staat gewünschten Entwicklung stellten. Die Kinder wurden so ihren Eltern entfremdet, die Begabten der Volksgruppe durch Erziehung in fremder Sprache und Kultur entrissen und später als voll Madjarisierte und „Moderne" zur weiteren Entvolkung ihrer Volksgruppe eingesetzt.



Ungarn vor (—) und nach (---) 1920

Im Zuge ihrer teilweise freiwilligen Madjarisierung protestierte die Mehrheit der deutschen Bürger in den Städten nicht gegen diese Entwicklung, sondern vertrat sie sogar gegen Warner. So wurden in den achtziger Jahren Vertreter des Allgemeinen Deutschen Schulvereins aus Berlin, die sich für die deutsche Sprache in Ungarn einsetzen wollten, von Zipser Deutschen als „pangermanische Agitatoren" verspottet.

Das vorher reiche deutsche Zeitungswesen in Ungarn wurde allmählich so weit unterdrückt, daß viele Blätter eingingen. Das „Deutsche Tagblatt in Ungarn" beschrieb die verzweifelte Lage mit den Worten: „Die Hauptmitarbeiter des Blattes wurden planmäßig aus dem Lande gedrängt, die Abnehmer wurden ebenso rücksichtslos eingeschüchtert und mit jeder möglichen Schädigung bedroht wie die Tollkühnen, die es wagten, in diesem Blatt zu inserieren . . .

Geistige Waffen hatten unsere Widersacher nicht, womit sie uns etwas anhaben hätten können, und so griff man zur Vergewaltigung." Im deutsch geführten Habsburgerreich vollzog sich so unter den Augen der Wiener Beamten eine Entvolkung größten Ausmaßes, ohne daß die österreichische oder die deutsche Regierung eingriff.

Der „Allgemeine Deutsche Schulverein" wandte sich bereits im November 1881 von Berlin aus an die Öffentlichkeit und klagte in einem Aufruf an: „Vor allem sind es jetzt die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen, welche unserer Hilfe bedürfen. Trotz der gesetzlichen Zusicherung der Gleichberechtigung der Sprachen hat die herrschende magyarische Minderheit seit einer Reihe von Jahren konsequent dahin gearbeitet, die deutsche Bildung in den ungarischen Kronländern zugrunde zu richten. Die Zahl der deutschen Volksschulen wird von Jahr zu Jahr vermindert, die deutschen Gymnasien sind mit Ausnahme der siebenbürgisch-sächsischen magyarisiert, eine deutsche Universität ist nicht mehr vorhanden."

Am besten hielten sich die Siebenbürger Sachsen. Sie verloren zwar nach dem Ausgleich von 1867 gegen ihren erheblichen Protest einen weiteren Teil ihrer bisherigen, seit Jahrhunderten verteidigten Sonderrechte. Ihr Königsboden, die „Universitas Saxonum Transsylvanorum", wurde zugunsten einheitlicher ungarischer Komitate aufgelöst. Die Zerschlagung des siebenbürgendeutschen Schulwesens gelang den Ungarn jedoch trotz erheblicher Anstrengungen nicht, da die siebenbürgische Kirche als Schulträger die Nachfolge des aufgelösten sächsischen Staatswesens antrat und nun die volks- und kulturpolitischen Aufgaben mit einer Reihe weiterer neu errichteter Organisationen übernahm. Statt des Sachsengrafen wurde jetzt der evangelische Sachsenbischof der Vertreter dieses zähen Volksstammes. Als nach 1879 der Druck auf Siebenbürgen immer stärker wurde, kam es zu zahlreichen Protestversammlungen in den deutschen Städten und Dörfern, auf denen die Sachsen sich zu ihrem Deutschtum bekannten und die Erhaltung ihrer Eigenart und Selbstverwaltung forderten. So erklärte der Abgeordnete Adolph Zay im Schützenhaus in Kronstadt vor einer großen Versammlung Deutscher: „Dank der Berührung mit Deutschland, dank unserer deutschen Schulen sind wir Sachsen deutsch geblieben. Uns umzuschmelzen wird nicht gelingen; das mögen sich alle merken, die uns madjarisieren wollen. Bei gesitteten Völkern spricht der Sohn seine Muttersprache, und nur Bastarde führen einen anderen Namen, als den des ehrlichen Vaters. Darum rufen wir es laut in die Welt und ins Mutterland und dem Schulverein zu – wir hier an der Grenze des Orients, wir wollen Deutsche bleiben!" Selbst in der Beamtenschaft konnten die Sachsen in Siebenbürgen ihre Stellung bis 1918 halten, und Deutsch blieb Amtssprache, wenn auch jeder Angehörige eines anderen Volksstammes in seiner Sprache vor Behörden und Gericht reden konnte.

Um 1900 lebten rund 1,8 Millionen Deutsche im damaligen Ungarn und stellten

damit rund zehn Prozent seiner Bevölkerung dar. Die größeren Gruppen im Banat um Temeschburg mit 410000, in der Schwäbischen Türkei westlich der Donau mit 250000 und in der Batschka zwischen Donau und Theiß mit 180000 Seelen stammten überwiegend aus den Einwanderungen im 18. Jahrhundert, während die Nachkommen der sehr viel älteren deutschen Siedlungen in Siebenbürgen mit 200000, im Burgenland mit 320000, in der Zips mit 60000, am Plattensee mit 65000 Menschen lebten und in Budapest rund 100000 Deutsche wohnten. Eine Reihe ungarischer Städte besaß noch eine deutsche Mehrheit wie Ödenburg, Kremnitz (65 Prozent), Dobschau (55 Prozent), Käsmark (61 Prozent), Göllnitz (65 Prozent), Zipser Bela (53 Prozent), Werschetz (53 Prozent), Temeschburg (53 Prozent), Weißkirchen (58 Prozent), Hermannstadt (65 Prozent), Mediasch und Schäßburg. Jahrzehnte der Madjarisierung hatten diese Zahlen gegenüber den früheren Verhältnissen allerdings schon erheblich verringert.

Das Erwachen des tschechischen Nationalismus

Nach den Hussitenkriegen und unter der über zweihundertjährigen völkisch toleranten Herrschaft der Habsburger in Böhmen und Mähren war bei wachsendem Wohlstand der tschechische Nationalismus eingeschlafen. Der Adel, der im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges aus religiösen Gründen ausgewandert oder teilweise ausgetauscht worden war, hatte sich nach Wien ausgerichtet und sprach deutsch. Auch die ganze tschechische Intelligenz- und Führungsschicht bediente sich um 1800 der deutschen Sprache. Einen völkischen Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen gab es kaum, nachdem Anfang des 17. Jahrhunderts die das Deutsche einschränkenden tschechischen Sprachverordnungen gefallen waren.

Das änderte sich dann in wenigen Jahrzehnten unter dem Einfluß der Ideen der deutschen Romantik. Im Jahre 1775 entstand an der Wiener Universität die erste Dozentur für Tschechisch. In Prag wurde 1784 die königlich-böhmische Akademie der Wissenschaften gegründet, 1791 ein Lehrstuhl für die tschechische Sprache an der Universität errichtet. Deutsche Geschichtsforscher und Germanisten setzten sich besonders für das Tschechische und seine Volkskultur ein, und der Göttinger Historiker Schlözer wurde später gar „Slawenpatron" genannt. Vor allem Herder pries die Friedfertigkeit und Mildtätigkeit der Slawen, die „ihr Land nur in Ruhe bewohnen" wollten und wirkte als sehr einflußreiche Persönlichkeit darauf hin, daß die „immer mehr verschwindenden Reste der slawischen Gebräuche, Lieder und Sagen gesammelt und endlich die Geschichte dieses Völkerstammes im ganzen gegeben wurde". Die blutigen und grausamen Geschehnisse der Hussitenzeit wurden dagegen verdrängt. Als der junge tschechische Historiker Hanka Anfang des 19. Jahrhunderts später klar als Fälschungen

erkannte Schriften „entdeckte", die den Vorzug der Tschechen aus alter Zeit verkündeten und ihr Recht auf Böhmen untermauern sollten, entzündeten sich an dem Streit um ihre Echtheit die nationalen Leidenschaften der plötzlich aus ihrer Geschichtslosigkeit erwachenden Tschechen. In dem böhmischen Geschichtsschreiber Palacky, dessen „Geschichte Böhmens" 1836 im ersten Band zunächst nur in Deutsch erschien, während dann die späteren Bände in deutscher und tschechischer Sprache herauskamen, erstand den Tschechen ein nationaler Wortführer, der den Habsburgerstaat in ein slawisches Reich umwandeln wollte. Mit der allslawischen Idee wuchs die Feindschaft gegen alles Deutsche und verstärkten sich die Gegensätze, so daß schließlich ein offener Haß gegen alle Deutschen daraus wurde. Die Verblendung ging so weit, daß der großen Einfluß in der kleinen tschechischen Führungsschicht ausübende Havlicek um 1848 als Wortführer der radikalen tschechischen Nationalisten erklärte: „Tausendmal lieber die russische Knute als die deutsche Freiheit!" Und als Ziel der tschechischen Politik verkündete er mit Blick auf die Frankfurter Paulskirche im April 1848: „Rhein und Donau sind Hauptschlagadern Großdeutschlands, das ihre (der Paulskirchenabgeordneten) Phantasie erfüllt hat – eine Ader hat ihnen Frankreich abgeschnürt, und die andere müssen die Slawen abschnüren. Die Donau ist ein slawischer Strom, die Donau ist unser, und das ist eigentlich der erste und letzte Akt des ganzen Schauspiels. Uns Tschechen wies das Schicksal den ehrenvollen und gefährlichen Platz der ersten slawischen Bastion im Westen zu. Wir verteidigten unseren Bergwall ehrenvoll durch die Jahrhunderte, wir werden ihn so lange verteidigen, bis die Donau ein slawischer Strom ist." An dieser politischen Linie richteten sich die tschechischen Nationalisten in der Folgezeit aus. In ihrer Slawenmanie und allgemeinen Menschenfreundlichkeit trugen viele Deutsche der damaligen Zeit sowohl in Böhmen wie im ganzen Deutschen Bund zur Förderung des tschechischen Nationalismus bei. An der Wiener Universität wurden 1849 zwei weitere Lehrstühle für slawische Sprachen und slawische Geschichte errichtet. In der Folgezeit wurde das seit Jahrhunderten geübte Zusammenleben beider Völker durch den tschechischen Radikalismus sehr vergiftet. Auch der bislang nach Wien ausgerichtete Adel wandte sich sowohl aus teilstaatlichen Bestrebungen dem Tschechischen wieder stärker zu als auch aus Protest gegen die von Wien aus 1849 veranlaßte Bauernbefreiung.

In der alle Deutschen umfassenden Frankfurter Nationalversammlung von 1848 waren auch die „Deutschböhmen" vertreten. Die Paulskirche hatte ebenso Parlamentssitze für die Tschechen vorgesehen. Doch für diese lehnte Palacky öffentlich eine Teilnahme ab, da nach seiner Meinung Böhmen nicht zum Deutschen Bund gehöre, sondern sich nach Wien wende, und er ließ sich auch nicht durch eine Sondergesandtschaft der Paulskirche zur Teilnahme bewegen, so daß die Sitze der Tschechen unbesetzt blieben.

Dafür tagte um Pfingsten des Jahres 1848, bewußt als Gegensatz zur Deutschen Nationalversammlung gedacht, in Prag unter der Leitung Palackys der erste

Allslawische Kongreß, der die Forderung nach einer staatlichen Vereinigung aller Slawen Ost- und Südosteuropas mit einer Westgrenze von Stettin bis Triest erhob. Rußland wurde als die große Schutzmacht der Slawen angesehen. Der russische Revolutionär Bakunin ergriff das Wort auf dem Prager Kongreß, der dann einen Aufstand in der Stadt auslöste, welcher sich auf das ganze Land ausbreitete. Die Unruhen erreichten bald solch ein Ausmaß, daß die Frankfurter Paulskirche am 1. Juli 1848 einen „höchstdringlichen Antrag der Abg. Berger und Schilling aus Wien" behandelte, in dem es hieß: „In der Erwägung des zwischen der tschechischen Partei und den Deutschen in Böhmen ausgebrochenen blutigen Kampfes; in Erwägung der großen Gefahr eines allgemeinen Blutbades eines nationalen Vertilgungskampfes, zu welchem der slawische Fanatismus in Böhmen führen kann, wenn ihm nicht mit Kraft entgegengetreten wird, wolle die Hohe Deutsche Nationalversammlung zum Schutz der Deutschen in Böhmen den Beschluß fassen: ‚Es sei die Hohe Bundesversammlung sogleich aufzufordern, zum Schutze der deutschen Bewohner Böhmens den Einmarsch bairischer und sächsischer Bundestruppen nach Böhmen zu verfügen!'" Im Auftrag des aus Wien geflohenen Kaisers schlug dann Fürst Windischgrätz, dessen Gattin bei den Prager Unruhen erschossen worden war, den Aufstand in wochenlangen blutigen Kämpfen nieder.

Von deutschböhmischer Seite erging als Antwort auf die in der Revolution zutage getretenen völkischen Spannungen schon 1848 der Vorschlag an die Wiener Regierung, die Grenzen der habsburgischen Länder nach völkischen Gesichtspunkten neu zu ordnen und dabei die rein deutschen Gebiete Böhmens und Mährens unmittelbar an Österreich zu einem Deutsch-Österreich anzuschließen und von den tschechischen zu trennen. Angesichts des sich zunächst dann wieder durchsetzenden Wiener Zentralismus wurden diese Pläne bedauerlicherweise nicht verwirklicht.

Auf Grund der militärischen Erfolge des Kaisers hielten sich die Tschechen nach 1849 zunächst zurück und mäßigten ihre Forderungen, arbeiteten jedoch weiter mit Erfolg daran, allmählich den deutschen Verwaltungscharakter Böhmens und Mährens zu beseitigen. Die durch den Kremsier Reichstag von 1849 bewirkte Bauernbefreiung kam ihnen sehr zugute und verstärkte den tschechischen Einfluß in der Selbstverwaltung der Gemeinden. Wie die Ungarn blieben auch die Tschechen dem deutsch-liberalen Reichsrat, dem Parlament, zur Zeit des zentralistisch regierenden Ministerpräsidenten von Schmerlin eine Zeitlang fern.

Neue Spannungen ergaben sich nach dem Ungarischen Ausgleich von 1867, als die Tschechen die den Ungarn gewährten Rechte und die in Budapest vollzogene Königskrönung Kaiser Franz Josephs in Prag nicht auch bewilligt bekamen. Auf weiteren Allslawischen Kongressen, auch in Petersburg, knüpften die führenden tschechischen Kreise engere Verbindungen zu Rußland als dem Vorkämpfer der Slawen und auch schon zu Frankreich, dem das Tschechentum als natürlicher

Gegner der Deutschen dargestellt wurde. Die Lage beschrieb eine Denkschrift des russischen Diplomaten Fürst Gortschakow von 1864 mit den Worten: „Die Slawenstämme Österreichs haben Ruhe zu halten, bis sie die Fähigkeit zur Sprengung des österreichischen Staatsverbandes erlangt haben, was auch für die Stammverwandten in der Türkei gilt. Von der Gefahr einer Germanisierung der österreichischen Slawen ist keine Rede mehr." In der Tat wurde von Wien kaum mehr als hinhaltender Widerstand gegen die immer weiter gehenden Forderungen der slawischen Völker geleistet, als deren geistige Führer sich die Tschechen betrachteten.

Die den Slawen auf Kosten der Deutschen sehr entgegenkommende Politik Wiens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts unter den Ministerpräsidenten Taafe und Badeni wurde von den Tschechen geschickt genutzt. Als im Jahre 1880 das Deutsche als Staatssprache in Böhmen aufgehoben wurde, bedeutete dies einen wesentlichen Schlag gegen die Grundlagen der Donaumonarchie, die nur noch in immer größeren Zugeständnissen an die einzelnen Völker bei Schwächung des Deutschtums den Bestand des Staates retten zu können glaubte, ohne zu erkennen, daß dadurch gerade die staatszerstörenden Kräfte erheblich gestärkt wurden. Am 11. November 1881 beschloß der Prager Gemeinderat mit seiner tschechischen Mehrheit, daß alle deutschen Straßenschilder und Firmenbezeichnungen in der Stadt zu entfernen seien, damit man den „tschechischen Charakter der Landeshauptstadt und des Landes Böhmen" deutlicher erkenne. Andere Gemeindeverwaltungen schlossen sich dem an. Die Prager Universität, vor mehr als fünfhundert Jahren als erste deutsche Universität überhaupt gegründet, wurde 1881 in eine deutsche und eine tschechische geteilt. Im Jahre 1884 ging die bis dahin durch die Stimmen des Großgrundbesitzes noch bei den Deutschen liegende Mehrheit im böhmischen Landtag für diese verloren, während sie in Mähren noch bis 1906 gehalten werden konnte.

Unter der gemeinsamen Bedrohung durch die immer anspruchsvolleren Tschechen, denen der katholische Klerus auch teilweise zuarbeitete, rückten die Deutschen Böhmens, Mährens und des österreichischen Schlesiens näher zusammen und bekamen ein vorher nicht so vorhandenes Gefühl für ihre Gemeinsamkeit, die nicht auf gleicher Abstammung beruhte, da sie verschiedenen deutschen Stämmen entstammten, sondern mehr der gleichen Schicksalsgemeinschaft entsprang. Um 1902 wurde von dem Abgeordneten Dr. Franz Jesser in seinen Bemühungen um die politische Einheit der Deutschen in Böhmen und Mähren der Begriff „Sudetendeutsche" eingeführt, der dann zum einigenden Band des von den Tschechen bedrohten Deutschtums in seinem alten Siedlungsgebiet zwischen Böhmerwald und Karpaten wurde.

Der „Bund der Deutschen in Böhmen" und der „Böhmerwaldbund" versuchten, die Rechte der Deutschen zu bewahren und auch den geschlossenen deutschen Volksboden gegen die tschechische Einwanderung zu verteidigen, die seit dem Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Gefolge der Industrialisierung

die Mehrheit in manchen Städten, so in Budweis, Pilsen, Staab, Brüx und Teplitz, beendete oder starke tschechische Minderheiten in den vorher fast rein deutschen Gebieten, wie um Znaim und Brünn, erzeugte. In den bedrohten Bereichen wurde nach 1880 von Wien aus der maßgeblich von Georg Ritter von Schönerer begründete private „Deutsche Schulverein" sehr erfolgreich tätig, der als seine Aufgabe ansah, „in den Ländern mit gemischter Bevölkerung an unseren Sprachgrenzen und auf unseren Sprachinseln, besonders dort, wo die Errichtung einer deutschen Schule auf öffentliche Kosten nicht erreicht werden kann, die Bestrebungen der Bevölkerung zur Errichtung deutscher Schulen zu fördern und zur Erhaltung der bereits bestehenden durch Zuschüsse zu den Lehrerbesoldungen und Lehrmittelkosten beizutragen". In einem deutsch geführten Staat mußten so die Deutschen auf privater Ebene ihr Volkstum schützen und gegen die Bestrebungen aggressiver tschechischer Organisationen, wie den nationalistischen Turnerbund „Sokol", verteidigen. Unter Habsburgs Toleranz entwickelte sich die Intoleranz der slawischen Völker und konnte zum Sprengstoff für den Staat heranwachsen.
Im „Mährischen Ausgleich" von 1905 wurden manche Prinzipien des fortschrittlichen Kremsier Reichstages von 1849 in Reformen mit einer stärkeren Berücksichtigung der völkischen Autonomie beispielhaft verwirklicht. Ähnliche Bestrebungen Wiens für einen „Böhmischen Ausgleich" scheiterten in der Folgezeit an den übertriebenen Ansprüchen und an der Unnachgiebigkeit der Tschechen. Auf einem weiteren Allslawisten-Kongreß von 1908 in Prag wurde der Drang nach der tschechischen vollen Selbständigkeit noch deutlicher, der dann bald darauf mit zum Untergang der Donaumonarchie führte und das Habsburgerreich als jahrhundertelangen Ordnungsträger und völkisch tolerantes Staatsgebilde zugunsten intoleranter, nationalistischer Kleinstaaten zerstörte.

Die Wiederangliederung Elsaß-Lothringens

Das Elsaß war größtenteils in den französischen Raubkriegen des 17. und 18. Jahrhunderts, Lothringen nach dem Tode des früheren polnischen Thronbewerbers 1766 an Frankreich gefallen. Beide Landschaften blieben weiterhin der Bevölkerung nach überwiegend deutsch; nur der protestantische Glaube wurde ziemlich zurückgedrängt. Das Straßburger Münster in der um 1680 fast rein evangelischen Stadt und andere große Kirchen hatten den Katholiken wieder zurückgegeben werden müssen. Besonders im Elsaß rissen die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zum rechtsrheinischen Gebiet nicht ab. Der junge Goethe studierte um 1770 in Straßburg in einer deutschen Stadt und an einer deutschen protestantischen Universität.
Erst die Ideen der Aufklärung und die französische Revolution von 1789 bewirkten im politischen und geistigen Leben der von Frankreich verwalteten

deutschen Grenzlande einen merkbaren Wandel. Nach einem Beschluß der französischen Nationalversammlung vom August 1789 wurden 1793 die noch nicht zu Frankreich gehörenden Herrschaften des Elsaß besetzt. Dabei gingen die letzten noch vorhandenen Rechte der deutschen Reichsstände hier verloren, und das Land wurde nun voll mit Frankreich verschmolzen. Die Straßburger Universität wurde bis auf die protestantisch-theologische und die medizinische Fakultät geschlossen. Ende März 1798 wurde die deutsche Sprache im amtlichen Verkehr durch die französische ersetzt.Im Frieden von Lunéville wurden 1801 Frankreichs Forderungen von dem geschwächten Reich auch anerkannt. Bis zu dieser Zeit hatten die Großen des Elsaß und Lothringens Sitz und Stimme auf den deutschen Reichs- und Kreistagen besessen.

Die von Frankreich ausgehenden liberalen und demokratischen Ideen fanden beim gehobenen Bürgertum, den „Notabeln", im westlichen Grenzland großen Anklang, und das französische Geistesleben und die französische Sprache beeinflußten fortan die deutsche Ober- und Mittelschicht stark. Die Neuordnung des höheren Schulwesens im Jahre 1808 vergrößerte das Gewicht des Französischen. Zwar flüchteten nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der neuen französischen Republik Tausende junger Elsässer und Lothringer ins Reich, doch in den Heeren Napoleons kämpften dann viele Bürgersöhne des westlichen Grenzlandes und brachten es dort zu hohen Stellungen, wie die Marschälle Coehorn, Kellermann, Kleber, Ney, Rapp und Schramm. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung anläßlich der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongreß 1815 die Rückkehr des Elsaß und Lothringens an Deutschland forderte und besonders sich Preußen stark dafür einsetzte, scheiterte das am Widerspruch Englands und Rußlands, die keine Stärkung des deutschen Bundes wollten, so daß der geschickte Herzog von Talleyrand die erst vor wenigen Generationen geraubten deutschen Länder Elsaß und Lothringen für seinen Staat retten konnte. Nur das Saarland und die Stadt Landau mit ihrer Umgebung wurden im zweiten Pariser Frieden von 1815 wieder Teile deutscher Staaten.

In der Folgezeit bis 1870 vergrößerte sich weiter der französische geistige Einfluß auf die gehobenen Bevölkerungsschichten, die, von der Reaktion und der Fürstenherrschaft im Deutschen Bund abgestoßen, sich trotz Festhaltens an ihrer deutschen Sprache in ihrem politischen Denken mehr nach Frankreich ausrichteten. Die bäuerliche Bevölkerung blieb davon unberührt. Der katholische Klerus erwies sich in seiner Ablehnung der liberalen und freidenkerischen Ideen aus Paris als ein Element zur Erhaltung des deutschen Volkstums. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts drang die französische Sprache auch in die Volksschulen ein, was erheblichen Widerstand auslöste. Im April 1860 reichte der alte Pfarrer Weber von Wolfisheim seine Entlassung mit der Begründung ein: „Das Ziel (der Schulverwaltung) ist die allmähliche Ausrottung des deutschen Unterrichtes in den elsässischen Volksschulen." Und dabei mitzutun, weigerte er sich entschieden.

In Deutschland war der Raub Straßburgs und des Elsaß nicht vergessen, und immer wieder, auch im Zuge der Romantik, traten Stimmen hervor, welche die Rückkehr der alten Reichslande im Westen forderten. So schrieb 1843 Jakob Grimm: „Die Heiligkeit der Äcker und des Ackergerätes ist dem festen Glauben unseres Volkes auf das tiefste eingeprägt; hätte es doch auch niemals den Frevel erfahren müssen, daß der Grenze des Vaterlandes große Stücke von übermütigen Nachbarn abgepflügt und abgerissen wurden." Bald nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges wurde 1870 dieser geschichtliche und bevölkerungsmäßig begründete deutsche Anspruch ganz allgemein in Deutschland erhoben. Schon am 14. August 1870 errichtete König Wilhelm von Preußen nach den ersten deutschen Siegen und Eroberungen ein Generalgouvernement Elsaß und eines in Lothringen. Im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 kam dann das Elsaß, allerdings ohne die Festung Belfort und deren Umgebung, und das östliche, im wesentlichen deutschsprachige Lothringen als vereinigtes Reichsland Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reich, mit dem es durch Gesetz vom 9. Juni 1871 vereinigt wurde. Das westliche, vorwiegend französisch sprechende Lothringen, früher auch jahrhundertelang Reichsgebiet, wurde Frankreich belassen. Bismarck kam also dem unterlegenen Feind in der Grenzziehung sehr entgegen. Bis zum 1. Oktober 1872 konnten dann alle Bewohner des Landes erklären, ob sie in Zukunft zum Deutschen Reich oder zu Frankreich gehören wollten. Dem Entscheid für Frankreich sollte zu seiner Erfüllung der Wohnungswechsel nach Frankreich folgen. Von den rund 1,6 Millionen Elsaß-Lothringern stimmten 160000 Personen für Frankreich, von denen dann allerdings nur 50000 nach Frankreich abwanderten. Den verbleibenden französisch sprechenden Bewohnern, die vor allem im westlichen Lothringen lebten, wurde ihre Muttersprache anerkannt und ihren Kindern in der Volksschule gewährt. In 50 Gemeinden des Elsaß und in 370 Gemeinden Lothringens wurde der Mitgebrauch des Französischen als Amtssprache zugelassen, während Deutsch als Landessprache galt. In Metz lösten 1872 zweisprachige Straßenschilder die bisherigen ausschließlich französischen ab. Im Gegensatz zur späteren französischen Praxis gegenüber der deutschen Mehrheit mit Unterdrückung des Deutschen übten hier die Deutschen echte Minderheitenpolitik gegenüber der französischen Minderheit.

Hauptstadt des neuen Reichslandes wurde Straßburg, das, als starke Festung gegen Deutschland ausgebaut, bei der mehrwöchigen Belagerung und Beschießung durch deutsche Truppen im August und September 1870 sehr gelitten hatte, bevor seine französische Besatzung von 18000 Mann kapitulierte. Das Bistum Straßburg, seit dem Mittelalter zum Erzbistum Mainz gehörend, war in französischer Zeit Teil des früher deutschen Erzstiftes Besançon (Bisanz) gewesen und wurde nun dem Papst unmittelbar unterstellt. Am 1. Mai 1872 nahm die in Straßburg neu gegründete Kaiser-Wilhelm-Universität, „litteris et patriae (den Wissenschaften und dem Vaterland)" bestimmt, ihren Lehrbetrieb

mit hervorragenden Wissenschaftlern auf, nachdem bereits am 20. Mai 1871 der noch junge Reichstag auf Heinrich von Treitschkes Antrag die Gründung beschlossen hatte. Im ganzen Lande wurde nun die vorher nicht bestehende Schulpflicht eingeführt.
Obwohl bald erhebliche Reichsgelder in die Grenzlande flossen, die Wirtschaft schnell aufblühte, die Industrie hohe Zuwachsraten verzeichnete und Kaiser Wilhelm selbst durch persönliche Besuche, unter anderem 1876, 1877 und 1879, sich bemühte, gute Beziehungen des Reiches zum neuerworbenen Land herzustellen, standen große Teile des Bürgertums zunächst der preußisch-deutschen Verwaltung und dem Militär ablehnend gegenüber: sie wollten nicht „unter die preußische Fuchtel". Die in der französischen Zeit einflußreich gewordene katholische Kirche, der nun rund 75 Prozent der Landeskinder angehörten, war gegen die Reichsregierung eingestellt, da diese ihr mit der Einführung der staatlichen Schulaufsicht den Einfluß auf das Erziehungswesen genommen hatte und wie im übrigen Reich das Wirken der Jesuiten stark einschränkte. Der Kulturkampf vergrößerte dann noch die Spannungen. Das reichsfeindliche Zentrum als politische Vertretung der Kirche blieb bis zum Weltkrieg die stärkste Partei des Landes. Bei den ersten Wahlen nach 1871 wurden vornehmlich Klerikale und „Protestler" gewählt, die in Opposition zum Reich und zu Preußen standen und eher eine Autonomie anstrebten. Wegen dauernden Widerstandes gegen die Landesverwaltung wurde sogar 1873 in Straßburg der Bürgermeister abgesetzt und der Gemeinderat aufgelöst. Erst 1886 ergab sich hier eine reichsfreundliche Mehrheit. Zum 1. Januar 1874 wurde in Elsaß-Lothringen die Reichsverfassung mit der Verwaltung durch einen Oberpräsidenten eingeführt. Nach seiner Bevölkerungszahl war das Reichsland nun im Reichstag und Reichsrat vertreten. Im Jahre 1879 erhielt das Land eine eigene Landesregierung mit einem kaiserlichen Statthalter an der Spitze, der die Stellung eines Landesfürsten besaß. Einen eigenen Landtag bekam Elsaß-Lothringen erst 1911, wobei die mehrheitlich dem Zentrum angehörenden Abgeordneten des Landes gegen das betreffende Gesetz stimmten, da sie eine stärkere Berücksichtigung der Eigenart Elsaß-Lothringens wünschten.
In den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts änderte sich allmählich die zunächst ablehnende Haltung vieler bürgerlicher Elsaß-Lothringer zum Reich. Der Anschluß zeitigte nun auch einen starken kulturellen Aufschwung neben dem wirtschaftlichen. Der Revanche-Gedanke, der in Frankreich damals weite Kreise erfaßte, fand im Reichsland keinen Boden, wenn auch ungeschickte Verwaltungsmaßnahmen und das den Elsässern ungewohnte preußische Militär das Hineinwachsen Elsaß-Lothringens in das übrige Deutschland verlangsamten und den klerikalen und franzosenfreundlichen Gegenströmungen immer wieder Anknüpfungspunkte lieferten. Eine Befragung um 1910 hätte allerdings im Gegensatz zu 1871 eine weit überwiegende Mehrheit für Deutschland ergeben. Bei Ausbruch des Weltkrieges bekannte sich Elsaß-

Lothringen geschlossen zum Deutschen Reich und zu seiner Verteidigung. Überdurchschnittlich viele Elsässer meldeten sich 1914 freiwillig zum deutschen Heer, und es kam während des Krieges kaum zu Überläufen zum Gegner.
Im November 1918 besetzte Frankreich bereits nach dem Waffenstillstand hinter den abziehenden deutschen Truppen das Land, dessen Abtretung es im Versailler Frieden ohne die von weiten Kreisen Elsaß-Lothringens geforderte Abstimmung durchsetzte, obwohl mehr als 85 Prozent von dessen Einwohnern Deutsche waren und deutsch sprachen. Nicht zum letzten Male mußten die Elsaß-Lothringer, ohne gefragt zu werden, ihre Staatsangehörigkeit wechseln: bitteres Schicksal des Grenzlandes zwischen zwei Völkern.

DIE FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGES

Grenzkämpfe von Reval bis zum Burgenland

Beim Waffenstillstand im November 1918 stand noch kein Feind auf deutschem Boden. Als sich vereinbarungsgemäß die deutschen Truppen ins Reich und nach Österreich zurückzogen und dann auflösten, fielen bald im Osten, Südosten, Süden und Westen gegnerisches Militär und Freischärler in die Grenzlande ein, um deutsches Land zu rauben und vor den Friedensverhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen. In einigen Landschaften erhoben sich die einheimischen Deutschen gegen die Eindringlinge und konnten erfolgreich die Angriffe abschlagen. Wo die Bevölkerung nur friedlich demonstrierte und ihrem Selbstbestimmungsrecht vertraute, ging die Gewalt der Sieger darüber hinweg und schuf neue Besitzverhältnisse, die die Versailler Friedenskonferenz dann nur zu gern anerkannte.
In den baltischen Ländern begannen die Unruhen schon, als mit der russischen Oktoberrevolution im Herbst 1917 estnische und lettische Bolschewiken örtlich die Macht in dem noch zu Rußland gehörigen Baltikum übernahmen. Daraufhin erklärte am 28. Januar 1918 die Livländische Ritterschaft die Unabhängigkeit Livlands und Estlands gegenüber Rußland, und die deutsche Reichsregierung wurde um den Schutz des Landes gebeten. Vermehrte Verschleppungen und Verhaftungen Deutscher durch die Russen in den von diesen beherrschten Gebieten setzten dann ein, insbesondere wurde der baltische Adel von den Kommunisten für vogelfrei erklärt. Der Vormarsch der deutschen Truppen nach dem vorläufigen Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland in Brest-Litowsk am 10. Februar 1918 befreite die baltischen Völker zunächst wieder vom Terror der Bolschewisten. Am

Das Rathaus von Windhuk mit dem Denkmal von Kurt von François, der Windhuk zur Landeshauptstadt machte.

◀ Der „Reiter von Südwest" in Windhuk, das Denkmal für die deutschen Schutztruppler.

Der 1912 erbaute „Tintenpalast", das Regierungsgebäude in Windhuk.

16. Februar 1918 erklärte sich Litauen, am 24. Februar offiziell Estland und am 18. November auch Lettland unter dem deutschen Schutz für selbständig. In Dorpat wurde eine deutsche Landesuniversität wieder eröffnet, die aber im November 1918 bereits erneut geschlossen werden mußte.
Mit dem Rückzug der deutschen Truppen bei Kriegsende im November 1918 flohen zunächst rund 20000 Baltendeutsche vor den nun von neuem einfallenden Russen ins Reich. Viele kämpften auch mit den schnell aufgestellten estnischen und lettischen Verbänden, von deutschen Freikorps wesentlich unterstützt, gegen die russischen Eindringlinge. Am 22. Mai 1919 erstürmten deutsche Freikorpsverbände Riga und entrissen es den Russen, wobei viele verhaftete Deutschbalten in letzter Stunde vor dem sicheren Tode gerettet werden konnten. Seitdem wird der 22. Mai als Deutschbaltischer Gedenktag begangen. Dank des heldenhaften Freiheitskampfes konnte Estland im Frieden von Dorpat am 2. Februar 1920 seine Unabhängigkeit gegenüber Rußland durchsetzen, die dann auch Lettland und Litauen für zwei Jahrzehnte erreichten. Die den deutschen Freikorpskämpfern vorher gegebene Zusage auf Siedlungsboden wurde von den neuen baltischen Regierungen allerdings nicht eingelöst, sondern sie drängten auf Abzug der Freiwilligen, denen sie ihre Freiheit verdankten.
In Königsberg herrschte seit den ersten Revolutionstagen im November 1918 die bewaffnete rote Volksmarinedivision mit über 1500 Mann. Die Soldatenräte der ganzen Provinz hatten sich dem Siebenerausschuß der Revolutionäre unterstellt, die auf eine Vereinigung mit den von Osten heranrückenden Sowjettruppen hofften. In dieser für ganz Ostpreußen bedrohlichen Lage wurde der bisherige Reichskommissar für das Baltikum, August Winnig, zum Reichskommissar für Ost- und Westpreußen ernannt. Mit Freiwilligen und Reichstruppen beendete er am 3. März 1919 die rote Terrorherrschaft in Königsberg mit Waffengewalt und unterband dann das Wühlen der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Lande. Da die Polen in Versailles das ganze südliche Ostpreußen forderten und den Rest verselbständigen wollten, baute er eine Widerstandsbewegung in Ostpreußen auf. Am 15. Juni 1919 veröffentlichte er in allen Zeitungen der Provinz einen Aufruf, in dem er darauf hinwies, daß die Reichsregierung das unannehmbare Versailler Diktat ablehnen werde und dann die Heimat im Osten wieder mit Waffen verteidigt werden müsse. Mit dem Oberkommando Nord unter Oberst von Seeckt und Truppenverbänden in Westpreußen bereitete er die Verteidigung und eine Volkserhebung vor. Da dann Reichsregierung und Nationalversammlung, in der August Winnig als einziger Sozialdemokrat gegen die Annahme stimmte, doch die Unterzeichnung der Versailler Bedingungen beschlossen, kam es nicht zur nationalen Erhebung im Osten. Durch Winnigs energisches Vorgehen konnten die Polen jedoch in Ostpreußen und Westpreußen nicht Fuß fassen, und die marxistischen Revolutionäre konnten diese Ostprovinzen nicht weiter gefährden.

Als im mehr als zu 80 Prozent deutschen Bromberg der dortige Soldatenrat die Stadt an die Polen übergeben wollte, verhinderte das ein schnell aufgestelltes Bataillon freiwilliger Eisenbahner. Der Bromberger „Deutsche Volksrat" erklärte anschließend: „Die Tatenlosigkeit der Berliner Regierung, insbesondere die kindliche Ahnungslosigkeit des Ministerialdirektors von Gerlach gegenüber den Lebensnotwendigkeiten des Deutschtums, hat die Deutschen . . . unter Vorantritt der Eisenbahner gezwungen, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen."

Im südlich angrenzenden Posener Land versagten die deutschen Stellen dagegen völlig gegenüber den in der Umbruchslage geschickt vorgehenden nationalen polnischen Gruppen. Am 5. November 1916 hatten das Deutsche Reich und Österreich in dem durch sie von den Russen befreiten Polen einen neuen polnischen Staat gleichzeitig in Warschau und Lublin feierlich proklamiert, den es seit der dritten polnischen Teilung von 1795 nicht mehr gegeben hatte. Als die noch weit in Rußland stehende deutsche Ostfront im November 1918 zurückgenommen wurde und sich bei der Auflösung der Truppen auch revolutionäre Elemente zeigten, wandte sich der neu erwachte polnische Nationalismus, durch Exilausschüsse vorbereitet, auch gegen die Deutschen. In der Provinz Posen setzten sich, von der provisorischen Regierung unterstützt, nationale Polen in den gebildeten Soldaten- und Arbeiterräten durch, drangen unter Duldung durch die preußischen Behörden in die deutsche Verwaltung ein und bildeten überall polnische Bürgerwehren, während die Deutschen ohne einheitliche Führung den revolutionären und anarchistischen Strömungen ausgesetzt waren. Deutsche Landräte und Bürgermeister wurden abgesetzt. Am 12. Dezember veranstalteten die Deutschen in Posen noch einen Deutschen Tag, an dem unter dem Jubel der Bevölkerung 6000 deutsche Soldaten durch die Straßen marschierten. Die deutsche Revolutionsregierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten in Berlin untersagte, behinderte und verhinderte jeden frühzeitigen deutschen Widerstand und den Einsatz gebildeter Grenzschutzgruppen und unterband später auch das Vorhaben der im Februar 1919 extra nach Kolberg verlegten Obersten Deutschen Heeresleitung unter Hindenburg, militärisch gegen die aufständischen Polen vorzugehen. Sie zog sogar Ende 1918 die noch reichstreuen deutschen Truppen aus Posen ab, was das Schicksal dieser Stadt und ihres Umlandes besiegelte. So kam bei dem dann ausbrechenden Polenaufstand Ende 1918 das in den Städten und in seinem Westteil überwiegend deutsche Posener Land bis zum 8. Januar in polnische Hand. Eine geplante deutsche Rückeroberung wurde im Februar durch die Alliierten strengstens untersagt, und die Reichsregierung hielt sich daran. Unter den polnischen Nationalisten machte das polnische Kampflied von 1848 wieder die Runde:

„Brüder, Sensen in die Hände! Auf zum Kampfe laßt uns eilen!
Polens Knechtschaft hat ein Ende. Länger wollen wir nicht weilen.
Sammelt Scharen um Euch alle! Unser Feind, der Deutsche, falle!

Plündert! Raubet! Senget! Brennet! Laßt die Feinde qualvoll sterben!
Wer die deutschen Hunde hänget, wird sich Gottes Lohn erwerben.
Ich, der Probst, verpreche Euch fest dafür das Himmelreich.
Jede Sünd' wird Euch vergeben, selbst der vorbedachte Mord,
den der Polens freies Leben unterstützt von Ort zu Ort.
Aber Fluch dem Bösewicht, der vor uns für Deutschland spricht!
Polen soll und muß besteh'n! Papst und Gott verspricht es mir.
Rußland, Preußen muß vergeh'n. Heil dem polnischen Panier!
Darum jauchzet froh darein: ‚Polska zyje', groß und klein!"

Ähnliche Versuche der Polen in Schlesien, insbesondere in Oberschlesien, wohin erst um die Jahrhundertwende etwa 70000 Polen als Arbeitskräfte aus Kongreßpolen und Galizien geholt worden waren, trafen auf den entschiedeneren Widerstand des Generals Hoefer und seines Stabes in Breslau, der sich über die Berliner Regierung hinwegsetzte, öffentlich in den Zeitungen Freiwillige zur Verteidigung Schlesiens anwarb und sie zum Kampf ausrüstete. Anfang 1919 konnten so in Schlesien die Angriffe polnischer Freischärler zurückgewiesen werden. Zu weiteren schweren Kämpfen gegen polnische Aufständische und Eindringlinge (Insurgenten) kam es dann im Sommer 1920 in Oberschlesien bei der Vorbereitung der Volksabstimmung sowie im Anschluß an diese im Mai 1921.

Als im November 1918 die Donaumonarchie als Ordnungsmacht für den ganzen Südostraum zusammenbrach, beteiligten sich die einzelnen nichtdeutschen Völker, die Jahrhunderte unter dem Dach des Habsburger Staates ihre Eigenarten hatten pflegen und ihr Selbstbewußtsein überhaupt erst hatten entwickeln können, kurzsichtig in Verkennung der verwickelten Wirklichkeit dieses Raumes an der Zerstörung dieser Völkergemeinschaft. Zum Teil durch Exilregierungen im Westen vorbereitet und vom Ausland unterstützt, erhoben sich die einzelnen Völker gegen die Deutschen und bereiteten ihnen dann ein teilweise hartes Schicksal.

Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag eine selbständige Tschechoslowakei ausgerufen. Daraufhin beschlossen am 30. Oktober die deutschböhmischen Abgeordneten die Gründung eines Landes „Deutschböhmen", die deutschen Vertreter Ostböhmens, Nordmährens und des österreichischen Schlesiens die des Landes „Sudetenland" und erklärten beider Zugehörigkeit zu Deutschösterreich. Die Deutschen Südmährens beschlossen in Znaim am 3. November 1918 den Anschluß des Kreises „Deutsch-Südmähren" an Niederösterreich, während das deutsche Südböhmen an Oberösterreich kommen sollte. Die insgesamt rund drei Millionen Deutschen in geschlossener Siedlung in Böhmen und Mähren hatten sich so eindeutig und demokratisch ausgewiesen für das neugebildete Deutschösterreich und gegen die junge Tschechoslowakei entschieden.

Dennoch besetzten die Tschechen bis zum Dezember 1918 auch die rein deutschen Gebiete Böhmens und Mährens, wo die deutsche Bevölkerung

sowohl im Glauben an ihr gutes Recht wie teilweise auch unter dem Eindruck der sozialistischen Antikriegspropaganda keinen bewaffneten Widerstand dagegen leistete und die bisherige deutsche Verwaltung in die Hände der Tschechen übergehen ließ. Vertreter Deutschböhmens unter Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Seliger wurden am 4. November 1918 in Prag bei ihrem Wunsch zu Gesprächen von der tschechischen Regierung mit den Worten „Mit Hochverrätern verhandeln wir nicht!" abgewiesen und gar nicht zu Verhandlungen zugelassen. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung Deutschösterreichs am 16. Februar 1919 wurden die Deutschen Böhmens und Mährens von den Tschechen an der Beteiligung gehindert. In ihre friedlichen Massenaufzüge gegen diese Behinderung am 4. März 1919 in den deutschen Städten schoß tschechisches Militär an mehreren Orten, wobei 54 Zivilisten getötet und Hunderte verletzt wurden. Zu spät erkannten die Sudetendeutschen, daß ihr friedlicher Protest nichts nützte und daß sie zu langmütig den Tschechen ihre Gebiete und ihre Verwaltung überlassen hatten.

Im Burgenland kam es bis 1922 immer wieder zu Übergriffen und Terror einfallender ungarischer Freischärler. Die vorläufige deutschösterreichische Nationalversammlung hatte bereits am 22. November 1918 in ihrer Staatserklärung festgestellt: „Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der (ungarischen) Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich und stehen mit ihm seit Jahrhunderten in innigster wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft." Damit wurden 399 deutsche Gemeinden mit rund 5800 Quadratkilometer Fläche gefordert. Als im März 1919 Béla Kun in Ungarn ein kommunistisches Regime errichtete, marschierten die Tschechen in das bis dahin zu Ungarn gehörende, bis 1900 überwiegend deutsch besiedelte Preßburg ein und forderten außer der Stadt einen Teil des deutschsprachigen Burgenlandes für ihren neuen Staat. Im Frieden kam dann ein Restburgenland mit 4300 Quadratkilometern zu Österreich, das neben Preßburg auch auf die deutschen Städte Wieselburg, Güns, Steinamanger und Eisenburg, allerdings noch nicht auf Ödenburg, verzichten mußte. Doch Ungarn weigerte sich, das Österreich zugesprochene Burgenland herauszugeben, auch als die Alliierten im Mai 1920 darauf drängten, und stellte Freischaren im Burgenland gegen Österreich auf. Rund 10000 bewaffnete Ungarn hielten so das Land neben regulären Truppen besetzt und drangsalierten die deutsche Bevölkerung. Als Österreich Ende August 1921 endlich seine Zoll- und Polizeibeamten in das ihm zugesprochene Gebiet entsandte, wurden diese bald mit Waffengewalt von den Freischärlern an ihrer Tätigkeit gehindert. Es kam zu Gefechten, und die Ungarn vertrieben die österreichischen militärisch nicht geschulten Beamten in wenigen Tagen aus dem ganzen Burgenland. Nach diesen Erfolgen fielen die Freischärler auch in steirisches Gebiet und nach Niederösterreich ein, wo allerdings das österreichische Bundesheer, dem die Wiener Regierung ein Eingreifen im Burgenland

untersagt hatte, die Grenze erfolgreich schützte. Als Ungarn dann auf ein Ultimatum der Alliierten vom 22. September 1921 seine Truppen zurückzog, blieben die Freischärler im Burgenland, riefen den Freistaat „Leitha-Banat" aus und terrorisierten die deutschen Bewohner. In Verhandlungen erklärte sich Ungarn schließlich am 13. Oktober 1921 bereit, das Burgenland endlich zu räumen und zu übergeben, wofür Österreich in eine Volksabstimmung in Ödenburg und acht umliegenden Gemeinden einwilligte. Bis Ende November besetzten dann Einheiten des österreichischen Bundesheeres das Österreich zugesprochene Gebiet, jedoch nicht das Ödenburger Land. Die aus dem übrigen westlichen Burgenland vertriebenen Freischärler konzentrierten nun ihr Wüten gegen Deutsche auf das Ödenburger Gebiet, wo eine alliierte Abstimmungskommission sie gewähren ließ. Durch diesen Wahlterror wurde die dortige Abstimmung am 14. Dezember 1921 zur Farce, bei der 65 Prozent der Stimmen für Ungarn, 35 Prozent für Österreich abgegeben wurden. Die überwiegend deutsche Stadt Ödenburg kam mit ihrem Umland so zu Ungarn. Erst langsam klangen danach die Unruhen im Burgenland ab. Noch im Juli 1922 kam es zu Auseinandersetzungen, als größere Scharen ungarischer Freischärler noch einmal ins österreichische Grenzland einfielen und zurückgeworfen werden mußten.

Der Kärntner Freiheitskampf

Der Freiheitskampf der Kärntner vom November 1918 bis Juni 1919 verdient aus mehreren Anlässen, besonders hervorgehoben zu werden. Das Volk in diesem südlichen Alpenland erhob sich spontan gegen die nach dem Waffenstillstand Österreichs eindringenden Südslawen, und wenige beherzte Männer setzten in der Landesleitung auch gegen die Absichten und Anordnungen der Wiener Regierung den Verteidigungswillen durch. Ihr Erfolg ist ein Beispiel dafür, was auch in anderen Gebieten hätte erreicht werden können, wenn die führenden Persönlichkeiten dort nicht Friedensaposteln gefolgt wären und den Versprechungen der Sieger getraut hätten. Das ganze Geschehen ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte des freiheitsliebenden Alpenstammes.
Mitte November 1918 zeigten sich im Gailtal am Südrand Kärntens die ersten slowenischen bewaffneten Truppenposten. Wo sie auftauchten, wurden sie sofort von den erbosten Gailtalern mit den Fäusten und ohne alle Waffen kurzerhand überwältigt und entwaffnet, zunächst nach Süden wieder über die Berge gejagt, später als Gefangene nach Villach abgeführt. Besonders in Maria Gail und St. Stefan kam es zu derartigen handfesten und erfolgreichen Handlungen des Volkszorns, an denen sich die „Windischen" an der Seite der Deutschen kräftig beteiligten.
Angesichts der wachsenden Bedrohung von Süden beschloß der neue Kärntner

Landtag dann doch die Aufstellung eines Landwehrbataillons, in dem der junge Kärntner Leutnant Hans Steinacher eine Kompanie erhielt. Dieser war gerade mit hohen Auszeichnungen, darunter der Goldenen Tapferkeitsmedaille, mit seinem wegen hervorragender Leistungen bekannten Regiment von der Italienfront heimgekehrt. Durch mutiges Auftreten beseitigte er nun zunächst den anarchistischen, verteidigungsunwilligen und disziplinlosen Soldatenrat in Klagenfurt und sorgte dafür, daß tapfere, fronterfahrene Männer an die entscheidenden Posten kamen und sich die Disziplin der Truppe wieder hob. Als noch im November 1918 Völkermarkt als das Einfallstor für ganz Südkärnten von Slowenen überraschend besetzt wurde, versuchte der Landesausschuß zunächst, durch Verhandlungen die Slowenen zum Abzug zu bewegen, die darüber nur höhnisch lachten. Nachdem Steinacher, der mit seinen Leuten zum Schutz der Unterhändler bis vor Völkermarkt marschiert war, von dort beschossen worden war, wollte er die Stadt im Sturmangriff nehmen, wurde aber durch strenge Anweisung des Befehlshabers zurückbefohlen, der er schweren Herzens folgte. Nur mit Mühe konnte er seine Frontkämpfer davon abhalten, nach Klagenfurt zu ziehen und den Landtag wegen dieses Rückzugsbefehls auszuheben.

Am 5. Dezember 1918 beschloß die Kärntner Landesversammlung dann doch auf Grund weiteren Vorrückens der Südslawen, den Eindringlingen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Als am Abend des 14. Dezembers mehrere Hundert slowenischer Soldaten in Grafenstein eindrangen, setzte Steinacher, der nur wenige Leute schnell zusammenraffen konnte, auf eigene Entscheidung hin die einzige vorhandene kleine Kanone gegen die feindlichen Truppen ein und zersprengte damit den Gegner. Mit Verstärkung wurde am folgenden Tage Grafenstein zurückerobert. Durch die stundenlange Kanonade aufgerüttelt und durch den Erfolg ermutigt, erhob sich daraufhin die Bevölkerung an weiteren besetzten Orten, von den wenigen freiwilligen Soldatenverbänden unter Oberstleutnant Hülgerth unterstützt. Das Lavanttal wurde in den Tagen nach Weihnachten von Slowenen gesäubert, das Gailtal am 4. Januar 1919, so daß das Land bis zum Wurzenpaß wieder frei war. Anschließend wurden weitere Orte wie Ferlach, Ruden und Tainach erobert. Dem entscheidenden und schon vorbereiteten Angriff der Kärntner Freiwilligen auf Völkermarkt kamen die Slowenen durch einen Waffenstillstand vom 13. Januar 1919 zuvor, der die beiderseitigen Truppen in ihren Stellungen hielt.

Der inzwischen in die Weltöffentlichkeit gedrungene Freiheitskampf der Kärntner hatte bewirkt, daß nun von der Friedenskonferenz in Paris eine amerikanische Abordnung entsandt wurde, die in Kärnten und Steiermark die völkischen Verhältnisse prüfen sollte. Auch in den Orten mit slowenischer Besatzung bekannte sich die Bevölkerung bei den überraschenden und unangemeldeten Besuchen der Gesandtschaft so eindeutig zum Deutschtum, daß die Kommission entgegen den Wünschen der Slowenen die Karawanken, die alte

historische Landesgrenze im Süden, als die natürliche Grenze Kärntens erkannte. Als die Abordnung am 27. Januar 1919 nach Marburg an der Drau in der Südsteiermark kommen sollte und die dortigen rund 35000 deutschen Einwohner, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung stellten, dabei in einer friedlichen Demonstration den deutschen Charakter ihrer Stadt aufzeigen wollten, schossen jugoslawische Truppen in die Menge und zerstreuten sie mit Gewalt, bevor die Amerikaner kamen. Dieser Tag kostete den Deutschen in Marburg 13 Tote und mehr als 60 Verletzte.
Am 29. April 1919 griffen die Slowenen, denen in Paris insgeheim geraten worden war, für sie möglichst vorteilhafte vollendete Tatsachen vor Ende der Friedenskonferenz zu schaffen, unter Bruch des Waffenstillstandes überraschend mit starken Kräften wieder über die Demarkationslinie an. Vor der erdrückenden Übermacht mußten sich Steinachers Truppen zunächst etwas zurückziehen und teilweise über die Drau zurückgehen. Mit Verstärkung aus Klagenfurt wurde am folgenden Tage schon ein Gegenangriff geführt. Nachdem nun wieder viele Freiwillige aus dem ganzen Lande zu den deutschen Verbänden geeilt waren, wurde die vorherige Demarkationslinie zurückerobert und, obwohl Wien scharfen Einspruch erhob, auf Steinachers Drängen auch überschritten. Am 2. Mai wurde Völkermarkt gestürmt, wo die Bevölkerung die Befreier freudig begrüßte, nachdem zahlreiche Geiseln von den Slowenen verschleppt worden waren. Bei einem Artillerieüberfall des Gegners auf Völkermarkt am folgenden Tage wurden mehrere Zivilisten getötet und viele verwundet.
An den nächsten Tagen wurden die Slowenen trotz heftigster Gegenwehr ihrer meist aus alten k.u.k. Truppen bestehenden Verbände aus Bleiburg vertrieben und bis an den Karawankentunnel zurückgedrängt. Als am 6. Mai auch das Mießtal befreit worden war, wobei Steinacher selbst schwer verwundet wurde, hatten die tapferen Freiwilligen ganz Kärnten von den Eindringlingen gesäubert. An den historischen Grenzen ihrer Heimat blieben die Verteidiger stehen. Die Wiener Regierung forderte zwar sofort den Rückzug der Kärntner Freiheitskämpfer auf die frühere Demarkationslinie, doch die Landesleitung verweigerte diesmal die Durchführung, so daß Kärnten frei blieb.
Während in Paris über die Friedensbedingungen verhandelt wurde, brachen die Südslawen am 28. Mai 1919 erneut in Kärnten ein. Jetzt waren die bisherigen slowenischen Einheiten durch vierzehn reguläre serbische Bataillone verstärkt worden, so daß nun den rund 1200 Kärntner Verteidigern eine mehr als zwölffache Übermacht gegenüberstand, die mit schwerer Artillerie und Kavallerie ausgerüstet war. Der noch schwer verwundete Steinacher stahl sich trotz Verbots seiner Ärzte aus dem Klagenfurter Krankenhaus und eilte an die Front, wo er bei Tainach seine Kompanie wieder übernahm. Bis zum 4. Juni verteidigten die Freiwilligen, langsam zurückweichend, zäh ihre Heimat. Dann beendete ein Waffenstillstand den ungleichen Kampf. Anschließend zogen die Serben am 6. Juni 1919 in Klagenfurt ein. In den besetzten Landgemeinden Südkärntens

wütete nun der südslawische Terror, dem zahlreiche Deutsche zum Opfer fielen. In dem dort verkündeten serbischen Standrecht hieß es: „1. Jene Dörfer, welche sich dem gegenwärtigen Zustand widersetzen, werden mit der gesamten Bevölkerung vollständig niedergemacht. 2. Für jeden getöteten oder verwundeten südslawischen Soldaten im Gemeinderayon werden 25 Deutsche oder Renegaten erschossen." Alle Männer, die am Freiheitskampf teilgenommen hatten, sollten von den Gemeinden gemeldet werden. Die deutschen Beamten und Lehrer wurden abgesetzt und durch Jugoslawen ersetzt. In Ämtern und Schulen durfte nur noch slowenisch gesprochen werden. Viele Deutsche flüchteten ins unbesetzte Gebiet.
Doch die 273 Gefallenen und die rund 800 Verwundeten auf Kärntner Seite waren kein vergebliches Opfer. Am 31. Juli 1919 mußten die Serben auf dringende und wiederholte Aufforderung durch den Obersten Rat der Alliierten in Paris Klagenfurt räumen. Während im ersten Entwurf des Friedensdiktates für Österreich vom 2. Juni 1919 nach den Forderungen der Südslawen große Teile Kärntens mit Klagenfurt und das steirische Radkersburg dem neugeschaffenen Jugoslawien zugeschlagen worden waren, enthielt die endgültige Fassung zwei Abstimmungszonen für Kärnten und beließ Radkersburg bei Österreich. Allein der entschlossenen Abwehr der Kärntner Freiwilligen war es zu verdanken, daß wenigstens dieses deutsche Land nicht verlorenging und sich bei der dann folgenden Abstimmung für Österreich erklären konnte. Auf dem über 2000 Meter hohen Gipfel des Hochobirs haben die dankbaren Kärntner ein gewaltiges Kreuz aufgerichtet und darauf in großen goldenen Buchstaben den Namen ihres bedeutenden Freiheitskämpfers verewigt: Dr. Hans Steinacher.

Abtretungen in Versailles

In einem vom ganzen deutschen Volk als gerechten Verteidigungskrieg angesehenen vierjährigen Ringen hatte sich Deutschland mit seinen Verbündeten der Übermacht der Gegner erfolgreich erwehrt, bis die Menschen- und Materialmengen der Amerikaner ab Herbst 1917 den Ausschlag zugunsten der Alliierten gaben. Außer in den ersten Kriegsmonaten in Ostpreußen hatte kein Feind deutschen Boden bis zum Kriegsende betreten. Im Vertrauen auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 suchte die Reichsregierung über die USA ab Anfang Oktober 1918 um einen Waffenstillstand mit den Alliierten nach, der nach längerer Verzögerung durch die Vereinigten Staaten und wegen immer neuer Vorleistungsforderungen seitens der USA in bezug auf die Umbildung der Reichsregierung erst am 11. November 1918 im Walde von Compiègne geschlossen wurde. Anschließend wurden die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß aus Nordfrankreich und Belgien wie auch aus Rußland und der Ukraine zurückgezogen und in der Heimat größtenteils aufgelöst, wo

inzwischen das Kaiserhaus und die Fürsten gestürzt waren und sich Revolutionswirren ausbreiteten.
Nachdem Wilson am 13. Dezember 1918 nach Europa gekommen war und sich insbesondere in mehreren Städten Frankreichs und Italiens als Friedensbringer hatte feiern lassen, begannen am 18. Januar 1919 im historischen Schloß zu Versailles, wo am 18. Januar 1871 das Zweite Deutsche Kaiserreich ausgerufen worden war, die Friedensverhandlungen der Sieger. Die betroffenen Deutschen und Österreicher wurden nicht zugelassen. Unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zogen sich die Beratungen über mehrere Monate hin, mehrfach von heftigen Krisen zwischen den Alliierten wegen der überzogenen Forderungen Frankreichs und Italiens unterbrochen. Von Wilsons 14 Punkten für einen gerechten Frieden und vom versprochenen Selbstbestimmungsrecht der Völker war bald keine Rede mehr. Statt dessen setzten sich der Haß gegen Deutschland und der Wunsch der Siegermächte wie auch der neugegründeten Staaten durch, möglichst viel an Kriegsbeute von dem nunmehr wehrlosen Deutschland und seinen unglücklichen Verbündeten zu erlangen. Geschichtsfälschungen und unzutreffende Angaben über die Bevölkerungszusammensetzung wurden besonders von Polen, Tschechen, Slowenen und Italienern zur Begründung ihrer Gebietsforderungen vorgebracht und konnten zunächst kaum abgewehrt werden, da weder Vertreter aus Berlin und Wien zugelassen, noch deutsche Stellungnahmen beachtet wurden. Als erste Einzelheiten der maßlosen Forderungen der Sieger durchsickerten, legte sich die Weimarer Nationalversammlung im April 1919 durch Annahme eines entsprechenden Antrages fest, einen Gewaltfrieden abzulehnen.
Am 18. April 1919 wurden dann deutsche Bevollmächtigte nach Versailles geladen, die dort längere Zeit unter entwürdigenden Umständen, scharf bewacht und von der Außenwelt abgeschlossen, festgehalten wurden, bis man ihnen am 7. Mai die Bedingungen übergab. Einleitend erklärte dabei der Konferenzpräsident Clemenceau unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit: „Die Stunde schwerer Abrechnung ist nun gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen – wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann."
In seiner Entgegnung wies der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau den Vorwurf der deutschen Alleinschuld am Kriege entschieden zurück und klagte die Schuld der Sieger an dem Tod der Hunderttausenden von Deutschen an, welche durch die noch immer andauernde Hungerblockade seit Ende des Krieges zugrunde gegangen waren. In Deutschland lehnten Nationalversammlung, Reichsregierung, alle Parteien und Gruppen wie die gesamte Öffentlichkeit dieses Friedensdiktat empört als unannehmbar, unerfüllbar und unehrenhaft ab, wandten sich gegen die Abtretung von alters her deutsch besiedelten Landes, wiesen die Behauptung der Kriegsschuld Deutschlands entrüstet zurück und verwahrten sich gegen die Zumutung der Artikel 227 und 228, den Kaiser und Hunderte deutscher Truppenführer als Kriegsverbrecher an alliierte Gerichte zur

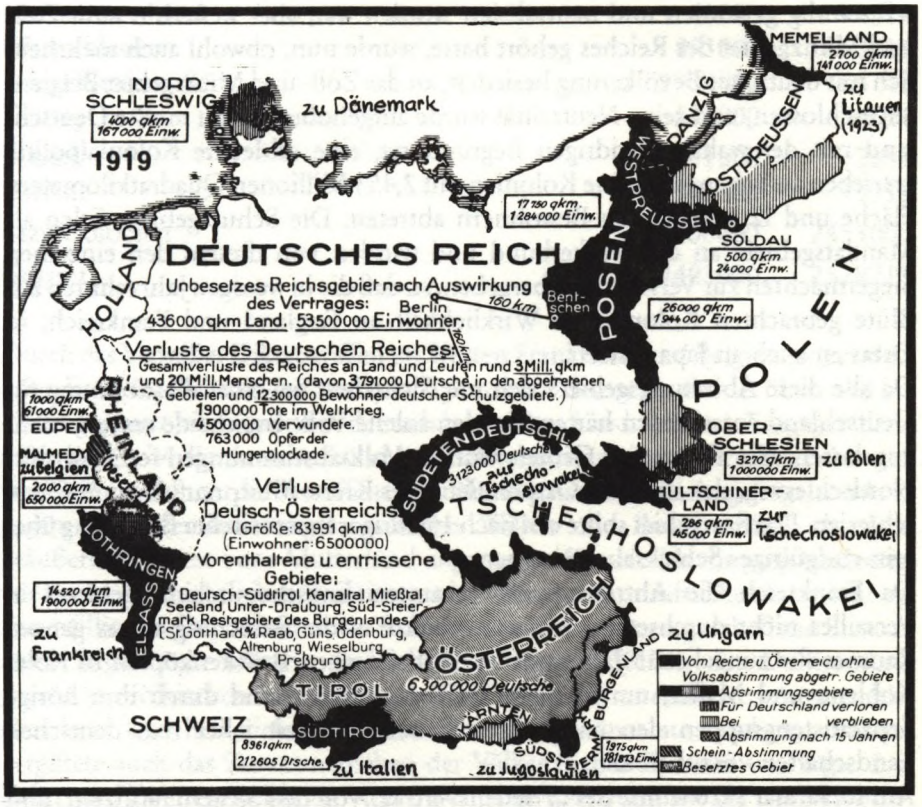
Aburteilung auszuliefern. Doch in ihrer Mantelnote vom 16. Juni 1919 machten die Sieger keinerlei Zugeständnisse, sondern forderten ultimativ die Unterzeichnung binnen weniger Tage, wenn nicht der Krieg gegen das inzwischen von allen Truppen entblößte Deutschland fortgesetzt werden sollte. Nach Rücktritt der Reichsregierung versuchte ein neues Kabinett, zumindest die Forderung nach Anerkennung der Kriegsschuldlüge und nach Auslieferung der deutschen Heerführer aufzuheben, doch ohne Erfolg. Unter der Drohung eines unmittelbar bevorstehenden Einmarsches der Siegertruppen beschloß dann die deutsche Nationalversammlung am 23. Juni 1919 mit 237 gegen 138 Stimmen unter Protest die Unterzeichnung, die am 28. Juni im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles vollzogen wurde.

In den 440 Artikel des „Versailler Vertrages" hatten die Sieger nach den einleitenden Bestimmungen über den Völkerbund ihre Ansprüche an das Reich aufgelistet. Grundlage war der berüchtigte und wahrheitswidrige Artikel 231 mit der Kriegsschuldlüge: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Deutschland mußte mit rund 75000 Quadratkilometern ungefähr ein Siebtel seines Reichsgebietes an Nachbarstaaten abtreten, wobei mehr als 7,1 Millionen Menschen unter fremde Herrschaft kamen. Dazu wurde in Artikel 80 dem Deutschen Reich die Vereinigung mit Österreich verboten, obwohl die österreichische Nationalversammlung und die Wiener Regierung den Anschluß schon beschlossen hatten, wie auch die deutsche Nationalversammlung in Weimar am 21. Februar 1919 den Beschluß zur Vereinigung mit Österreich gefaßt hatte. Artikel 61 der deutschen Reichsverfassung von Weimar lautete bereits: „Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich die Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme." Wien war bereits als zweite Hauptstadt des Deutschen Reiches von Berlin und Wien aus vorgesehen. Am 22. September 1919 mußte dieser Artikel der Reichsverfassung auf Verlangen der Sieger in Versailles außer Kraft gesetzt werden.

Im einzelnen erzwangen die Sieger folgende Abtretungen. Das alte Reichsland Elsaß-Lothringen kam an Frankreich, das diese Gebiete erstmalig in den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg geraubt hatte und sie 1871 wieder hatte herausgeben müssen. Bei der Volkszählung von 1910 hatten von den 1,870 Millionen Bewohnern 1,634 Millionen, und damit 87,4 Prozent, das Deutsche und nur 204000 oder 10,9 Prozent das Französische als ihre Muttersprache angegeben, so daß mit Recht vom deutschen Elsaß und

Lothringen gesprochen werden konnte. Das Gebiet von Montzen und die Kreise Eupen und Malmedy, die im Vertrag von Mersen 870 zum ostfränkischen Reich gekommen waren und seitdem immer deutsch geblieben waren, fielen an Belgien. Von den 60000 Einwohnern waren 50000 Deutsche, und nur im westlichen Teil lebten 10000 französisch sprechende Wallonen. Die Farce einer „Volksabstimmung" durch nur in den Städten Eupen und Malmedy ausgelegte Listen, in denen man sich für Deutschland eintragen konnte, sollte das Unrecht verdecken. Fast die ganze Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens mit in weiten Teilen vorwiegend deutscher Bevölkerung und von Ostpreußen das Soldauer Land mußten ohne Volksabstimmung, die eine sichere deutsche Mehrheit ergeben hätte, an Polen abgetreten werden, wodurch Ostpreußen wie vor 1793 vom übrigen Reichsgebiet durch den polnischen Korridor abgeschnitten wurde. Im Südwesten Oberschlesiens fiel das Hultschiner Ländchen, Teile der Kreise Ratibor und Leobschütz, deren Bewohner sich bei der Volkszählung von 1921 zu 97 Prozent zum Deutschtum bekannten, an die neugegründete Tschechoslowakei.



Deutschlands Verstümmelung 1919 in Versailles und St. Germain

Die alte deutsche Stadt Danzig mit 97 Prozent deutscher Bevölkerung, die am 25. April 1919 machtvoll gegen die Abtretung protestiert hatte, wurde „Freie Stadt", ihr weites Umland Freistaat unter dem Schutz des Völkerbundes. Sie wurde dem polnischen Zollgebiet angeschlossen. Die außenpolitische Vertretung und weitere Rechte erhielt Polen, das auch einen Freihafen in Danzig bekam. Das Saarland mit praktisch rein deutscher Bevölkerung mußte zunächst an den Völkerbund abgetreten werden. Frankreich erhielt das Recht der ausschließlichen Ausbeutung der Kohlegruben an der Saar, wobei ihm ausdrücklich zugebilligt wurde, daß unbeschränkt fremde Arbeiter ins Saargebiet geholt werden dürften und Frankreich für diese Schulen mit französischer Unterrichtssprache und französischen Lehrern gründen und unterhalten könnte. Das Memelgebiet wurde der Verwaltung der Alliierten unterstellt, obwohl die Mehrheit der Bewohner Deutsche waren und auch die meisten übrigen sich wie die Masuren in Ostpreußen zu Deutschland bekannten. Das wurde eindrucksvoll bei den Wahlen zum memelländischen Landtag im Jahre 1925 unterstrichen, bei der die deutschen Parteien mehr als 90 Prozent der Stimmen erhielten. Das Großherzogtum Luxemburg, das 1866 bei der Auflösung des Deutschen Bundes selbständig geworden und neutralisiert worden war, aber weiterhin zum Zoll- und Münzgebiet des Reiches gehört hatte, wurde nun, obwohl auch mehrheitlich mit deutscher Bevölkerung besiedelt, an das Zoll- und Münzgebiet Belgiens angeschlossen, und seine Neutralität wurde aufgehoben. Dazu mußte Deutschland mit der wahrheitswidrigen Begründung, eine schlechte Kolonialpolitik getrieben zu haben, alle seine Kolonien mit 2,453 Millionen Quadratkilometern Fläche und 12,3 Millionen Bewohnern abtreten. Die Schutzgebiete fielen als Mandatsgebiete an den Völkerbund und wurden von diesem den einzelnen Siegermächten zur Verwaltung übergeben, so daß die in wenigen Jahrzehnten zur Blüte gebrachten Kolonien in Wirklichkeit an England und Frankreich, in Ostasien auch an Japan fielen.

Da alle diese Abtretungsgebiete sich mit Sicherheit bei einer Abstimmung für Deutschland entschieden hätten, wurden solche Volksentscheide erst gar nicht zugelassen. Nur für wenige Gebiete wurden Volksabstimmungen festgelegt: für Nordschleswig, das südliche Ostpreußen, vier Kreise Westpreußens und Oberschlesien. Das Saargebiet sollte erst nach 15jähriger französischer Besatzung über sein endgültiges Schicksal abstimmen.

Da Frankreich die Abtretung des gesamten linksrheinischen Gebietes in Versailles nicht durchsetzen konnte, erwirkte es die Besetzung dieses ganzen Raumes für zunächst 15 Jahre mit rechtsrheinischen Brückenköpfen in Köln, Koblenz und Mainz, um in dieser Zeit wie im Saarland durch ihm hörige Separatistengruppen den endgültigen Erwerb der seit jeher rein deutschen Landschaften vorzubereiten.

Am 10. Januar 1920 wurde der „Friedensvertrag" von den Siegern ratifiziert, und er trat damit in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt wurden die Abtretungen wirksam,

und Millionen Deutscher, wenn sie nicht ausgewandert waren, wurden Bürger eines fremden Staates. Die USA ratifizierten das Versailler Diktat nicht, da es zu offensichtlich jedem Völkerrecht und Selbstbestimmungsrecht Hohn sprach, und schlossen später einen besonderen Friedensvertrag mit Deutschland. Da die Vereinigten Staaten durch ihr Kriegsmaterial den Krieg entschieden wie auch durch Wilsons 14 Punkte die Grundlage zum Waffenstillstand gelegt hatten, die später völlig von den Siegern verlassen worden waren, können sie vor der Geschichte nicht von der Schuld an den Folgen dieses Haßfriedens entlastet werden.

Deutschland im Versailler Diktat geraubte Gebiete

	Bewohner	qkm
Nordschleswig	166000	3993
Eupen-Malmedy	60000	1036
Saargebiet	652000	1925
Elsaß-Lothringen	1874000	14522
Hultschiner Land	48000	316
Oberschlesien	893000	3213
Posen-Westpreußen	2938000	46142
Danzig	331000	1914
Memel	141000	2657
Gesamt	7103000	75718
dazu Kolonien	12300000	2453000
Gesamt	19403000	2528718

Durch das Versailler Diktat griffen im Westen Frankreich und Belgien erneut weit über die viele Jahrhunderte alte Sprachgrenze auf deutsches Gebiet über, und im Osten ging seit Jahrhunderten deutsch besiedeltes Land verloren. Entgegen dem auch in den 14 Punkten verkündeten Selbstbestimmungsrecht wurde, bis auf wenige Ausnahmen, die betroffene Bevölkerung nicht nur nicht gefragt, sondern gegen ihren deutlich ausgesprochenen Willen und ihren vielfach deutlich geäußerten Protest vom Mutterland abgetrennt. Brutale Macht ging eindeutig vor Recht, geschichtlicher Tradition und politischer Vernunft. Die Unterstellung von Millionen Deutschen unter fremde, zum Teil erst neu geschaffene Staaten ohne Regierungserfahrung und ohne den guten Willen zur Duldsamkeit gegenüber völkischen Minderheiten schuf nicht nur unendlich viel menschliches Leid und ließ viele Menschen aus ihrer Heimat auswandern, sondern vergiftete auch das Zusammenleben der Völker für die Zukunft und legte den Keim zum Zweiten Weltkrieg. Keine Weimarer Regierung hat die Gebietsabtretungen im Westen und Osten anerkannt, sondern stets das Recht Deutschlands

auf diese deutschen Landschaften betont und sich für die Revision des Versailler Diktates ausgesprochen.
Durch das Versailler Diktat nahm die Zahl der außerhalb der beiden großen deutschen Staaten – Deutsches Reich und Österreich – zu leben gezwungenen Deutschen um mehr als 10 Millionen zu, so daß nun rund 30 Millionen, fast ein Drittel aller deutschsprachigen Menschen, außerhalb Deutschlands lebten. Der deutsche Volksboden ging jetzt weit über den Bereich dieser beiden Staaten hinaus. Grenzlandnot und Grenzlandkampf bestimmten in weit größerem Maße als vorher nun sowohl die Politik der deutschen Regierungen als auch das Denken des einzelnen diesseits und jenseits der Grenzen. Das große Unrecht dieser Abtretungen war aller Öffentlichkeit im Zeitalter der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht völlig klar und offenkundig. Die Verkrüppelung des Reiches und das Anschlußverbot für Österreich von 1919 gehören sicher zu den schändlichsten und folgenschwersten Taten unseres Jahrhunderts.

Österreichs Verluste in St. Germain

Am Ende des Ersten Weltkrieges versuchte Kaiser Karl I. von Österreich, die Einheit des Habsburgerstaates zu retten, und erklärte in seinem Manifest vom 16. Oktober 1918 die Umwandlung der Donaumonarchie in einen Bundesstaat. Doch US-Präsident Wilson forderte die völlige Unabhängigkeit der einzelnen Völker der Monarchie, von denen die Exilregierung der Tschechoslowakei schon am 29. Juni 1918 durch Frankreich, am 9. August durch England und am 3. September durch die USA anerkannt worden war. Daraufhin konstituierte sich am 21. Oktober die vorläufige Nationalversammlung für Deutschösterreich und teilte am 30. Oktober Wilson die Bildung eines selbständigen Deutschösterreichs mit, dem sich am selben Tage die neugebildeten Länder Deutschböhmen und Sudetenland sowie am 3. November der Kreis Deutsch-Südmähren um Znaim anschlossen. Am 3. November 1918 beendete der Waffenstillstand von Padua auf der Grundlage von Wilsons 14 Punkten den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten, ohne daß ein Italiener einen Fußbreit Tiroler Bodens betreten hatte. In Wien wurde am 12. November offiziell Deutschösterreich als demokratische Republik und als ein Bestandteil des Deutschen Reiches ausgerufen. Die Grenzen Deutschösterreichs einschließlich Deutschböhmens, des Sudetenlandes, des Burgenlandes und ganz Tirols wurden im Gesetz vom 22. November 1918 in Wien festgelegt. Die inzwischen gewählte reichsdeutsche Weimarer Nationalversammlung nahm am 21. Februar 1919 einstimmig den Antrag auf Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich an und die Weimarer Verfassung dann den entsprechenden Artikel auf. Ein Abkommen vom 2. März 1919 zwischen dem Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau und dem deutschösterreichischen Außenstaatssekretär Dr.

Bauer regelte die Einzelheiten des Zusammenschlusses, bei dem Wien die zweite Hauptstadt des Reiches neben Berlin werden sollte und der somit von beiden Volksteilen einstimmig und demokratisch vollzogen war.
Während im Herbst 1918 die Weltöffentlichkeit wie die Regierungen der USA, Englands und Italiens von der Selbstverständlichkeit des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich ausgingen, arbeitete Frankreich ab Dezember 1918 immer stärker dagegen und setzte im April 1919 zur Schwächung des Reiches das Anschlußverbot durch, das auch schon in das Versailler Diktat für das Deutsche Reich Aufnahme fand. Zum 12. Mai 1919 wurden Wiener Vertreter nach St. Germain-en-Laye bei Paris zum Empfang der Friedensbedingungen bestellt, an denen sie überhaupt nicht hatten mitwirken dürfen. Die Abordnung unter dem deutschösterreichischen Staatskanzler Dr. Renner mit vielen Sachverständigen wurde zunächst genauso wie die deutsche Gruppe schon vorher wochenlang unter entwürdigenden Umständen hinter Mauern und Gittern bei scharfer Polizeibewachung festgesetzt, bis ihr am 2. Juni der erste Teil der Friedensbedingungen übergeben wurde. Als Präsident der Friedenskonferenz erklärte der französische Ministerpräsident Clemenceau dabei den Deutschösterreichern: „Eine mündliche Erörterung findet nicht statt, und Ihre Bemerkungen sind schriftlich in Vorlage zu bringen." Eine Frist von 14 Tagen wurde gesetzt. Am 20. Juli wurden die vollständigen Bedingungen ausgehändigt mit zehntägiger Frist für Änderungswünsche. Doch die eingereichten ausführlichen und sachlich begründeten Darlegungen der Deutschösterreicher brachten fast keine Änderung der harten Bedingungen, die am 2. September in endgültiger Form mit einer Frist von wenigen Tagen übergeben wurden. Bei Nichtunterzeichnung wurde die Fortsetzung des Krieges angedroht.
Am 6. September, als die Hungerblockade für Österreich noch andauerte, sprach sich die Wiener Nationalversammlung, von der die Vertreter Tirols und Kärntens sich an der Abstimmung nicht beteiligten, mit 97 gegen 23 Stimmen trotz größter Bedenken für die Unterzeichnung aus, da sonst der Krieg weitergeführt worden wäre. Sie stellte jedoch in einer Erklärung an die Pariser Friedenskonferenz mit feierlichem Protest fest, „daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß . . . der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern werde . . . Die Nationalversammlung erwartet, daß der Völkerbund das unfaßbare Unrecht, das an den Sudetendeutschen, an Deutschsüdtirol sowie an wichtigen Teilen Kärntens, Steiermarks und Niederösterreichs verübt werden soll, ehebaldigst wieder gutmachen wird . . . So innig, wie die

natürliche Gemeinschaft des Blutes und der Sprache, welche den Wechsel der Staatsform überdauert, wird uns mit ihnen jene tiefe Sympathie dauernd verbinden, die aus den Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte und gleicher Schicksale erwachsen ist."

Leidenschaftlich hatte sich Dr. Reut-Nicolussi als Vertreter Südtirols noch einmal vor der Nationalversammlung gegen die Abtrennung seiner Heimat vom übrigen Tirol gewandt und dann vorausgesagt: „Es wird jetzt in Südtirol ein Verzweiflungskampf beginnen, um jeden Bauernhof und um jedes Stadthaus, um jeden Wald und um jeden Weinberg! Es wird ein Kampf sein mit allen Waffen des Geistes und mit allen Mitteln der Politik, ein Verzweiflungskampf deswegen, weil wir eine Viertelmillion Deutscher sind gegen vierzig Millionen Italiener, ein wahrhaft ungleicher Kampf!"

Der Präsident der Wiener Nationalversammlung, Karl Seitz, sprach sich in seinem Schlußwort an diesem 6. September 1919 noch einmal gegen das „Friedensdiktat" aus und gab der Hoffnung Ausdruck: „Und dann soll uns im Frieden neuerstehen ein Reich, das keine Gewalt über andere ausüben will, aber auch keine Gewalt fürchtet: das Reich der deutschen Nation. Wenn wir diese Hoffnung nicht hätten, könnten wir den heutigen Tag nicht überwinden." Am 10. September 1919 wurde dann das Friedensdiktat im historischen Schloß von St. Germain-en-Laye von Staatskanzler Dr. Renner und den Alliierten unterzeichnet.

Der von dem neuen Staat selbstgewählte und bislang benutzt Name „Deutschösterreich" wurde von den Alliierten verboten. Schon am 29. Mai war anläßlich der Anerkennung der Vollmachten Dr. Renner mitgeteilt worden: „ Die alliierten und assoziierten Mächte haben entschieden, die neue Republik unter der Bezeichnung ‚Republik Österreich' anzuerkennen." In Artikel 88 war das Anschlußverbot ähnlich wie im Artikel 80 des Versailler Diktates in plumper Scheinheiligkeit und heuchlerischer Fürsorge für die Unabhängigkeit Österreichs festgelegt: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt."

Im Friedensdiktat wurden mehr als vier Millionen Deutsche von den rund zehn Millionen Deutschösterreichern fremden Völkern angegliedert und damit zwei Fünftel der Österreicher gegen ihren ausdrücklich ausgesprochenen Willen unter fremde Herrschaft gezwungen. Die größtenteils geschlossenen Siedlungen der 3,5 Millionen Deutschen in Deutschböhmen, dem Sudetenland und in Deutsch-Südmähren kamen an die neugegründete Tschechoslowakei. Den rein deutschen Charakter dieser Gebiete ergab allein schon die Volkszählung von 1910, die in den 93 deutschen Gerichtsbezirken Böhmens neben 2,4 Millionen Deutschen nur 80000 Tschechen ausgewiesen hatte. Ursprünglich hatten die Tschechen mit gefälschten historischen Dokumenten in St. Germain sogar noch weitere Teile Niederösterreichs und des Burgenlandes beansprucht.

Das seit dem sechsten Jahrhundert bayrisch-deutsche Südtirol mit im Jahre 1918

Die Zipser Burg in der Hohen Tatra.

Dorfstraße in Deutsch-Mokra in der Karpato-Ukraine.

Wehrkirche im Banat.

Dorfstraße in Siebenbürgen (Heltau).

rund 230000 Deutschen und 40000 Ladinern, die stets zu den Deutschen gestanden hatten, bei nur weniger als 7000 Italienern, und damit weniger als 3 Prozent „Welscher", kam als schon im Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 von den Alliierten den Italienern für den Kriegseintritt versprochen an Italien. Das war ein besonders offener Bruch von Wilsons 14 Punkten, der Grundlage des Waffenstillstandes, in deren Punkt neun es heißt: „Die Berichtigung der italienischen Grenzen soll vorgenommen werden nach den klar erkennbaren Scheidelinien, welche die Nationalitäten umgrenzen." Mit zu Wilsons Umfall trugen geschichtsfälschende Karten des Italieners Ettore Tolomei bei, der den deutschen Orten Südtirols frei erfundene italienische Namen gegeben hatte. Vergeblich hatte Wien angeboten, ganz Tirol militärisch zu neutralisieren und sogar italienische Truppen in Tirol zu dulden. Auch eine von allen deutschen und ladinischen Gemeinden des am 3. und 4. November 1918 erst nach dem Waffenstillstand kampflos von den Italienern besetzten Südtirols unterzeichnete Protesterklärung an die Friedenskonferenz hatte keine Wirkung. In ihr hieß es: „So war Südtirol bis über Salurn hinaus seit mehr als einem Jahrtausend deutsches Sprachgebiet geworden, deutsch in seiner Sprache, deutsch in seinen Lebensgewohnheiten, deutsch in seiner Rechtsentwicklung, deutsch in seiner Kultur und Geistesrichtung . . . Das tausendjährige deutsche Land soll zerrissen werden, der Südtiroler soll sein angestammtes Volkstum verlieren, ja selbst der ruhmvolle Name unseres Landes soll für immer gelöscht werden, denn ohne Deutschsüdtirol gibt es kein Tirol mehr. Wie verblendet sind die, die zu solcher Zerreißung geraten, wie schlecht kennen sie Tiroler Art! Nie würden sie sonst auch nur die Hoffnung hegen können, daß wir oder unsere Enkel es je verlernen würden, uns als Deutsche, als Tiroler zu fühlen! . . . Zu jedem Opfer sind wir bereit – wenn es sein muß –, nur unser heiliges Selbstbestimmungsrecht darf nicht verletzt werden, deutsche Tiroler müssen wir bleiben."

Die Ladiner, die in allen Jahrhunderten nicht „germanisiert" worden waren und gar nicht „befreit" werden wollten, erklärten, bevor ihr Wohngebiet dann auf die drei Provinzen Trient, Bozen und Belluno zerstückelt wurde: „Mit Bangen sehen wir Ladiner der Zukunft entgegen . . . Wir sind keine Italiener, wollen von jeher nicht zu ihnen gezählt werden und wollen auch in Zukunft keine Italiener sein . . . Das Schicksal der Deutschtiroler ist auch unser Schicksal, ihre Zukunft ist auch unsere Zukunft. Mit ihnen haben wir, so wie unsere Väter, von jeher in engstem Zusammenschluß und in bestem Einvernehmen gelebt. So soll es auch bleiben. Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben!" Doch die Alliierten in Paris gingen auch über diesen Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts hinweg.

Die Südsteiermark, fast ein Jahrtausend mit dem Nordteil in einem deutschen Herzogtum vereint, kam mit der von 35000 Deutschen und knapp 6000 vorwiegend Windischen, nicht Slowenen, bewohnten und in ihrer Art rein deutschen Stadt Marburg an Jugoslawien; die deutschösterreichische Forderung

nach einem Volksentscheid im Marburger Becken an der Drau wurde abgelehnt. Für Klagenfurt und das südliche Kärnten war im endgültigen Friedensdiktat eine Abstimmung in zwei Zonen vorgesehen, nachdem zunächst ihr Anschluß an Jugoslawien beschlossen gewesen war. Ohne Abstimmung wurden dagegen im Süden Kärntens das ganz überwiegend deutsche Kanaltal mit Tarvis, obwohl hier gar keine Italiener lebten, an Italien und das ebenso deutsche Mießtal an Jugoslawien abgetrennt.

Aufteilung Österreich-Ungarns 1918 in St. Germain und Trianon

Bei der Behandlung des Burgenlandes rächte es sich, daß die uralte, bevölkerungsmäßig schon viele Jahrhunderte nicht mehr zutreffende Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Kaiserreich, da unter den Habsburgern keine Notwendigkeit dazu erschien, nie der Besiedlung angepaßt worden war. Zunächst forderte Ungarn die alte Grenze mit dem ganzen deutschen Burgenland. Nach hartem Ringen erhielt Deutschösterreich, das zu Recht den Anspruch auf das ganze deutsch besiedelte Burgenland erhoben hatte, rund drei Viertel dieses Landes; dessen östlicher, auch deutscher Teil blieb bei Ungarn, und

die Stadt Ödenburg, in St. Germain zunächst Österreich zugesprochen, kam auf Grund der anschließenden Entwicklung mit ihrer Umgebung nach der Wahlfälschung vom 14. Dezember 1921 auch noch an Ungarn.
Zu diesen Abtretungen deutschen Landes belasteten die in St. Germain festgesetzten hohen wirtschaftlichen, finanziellen und materiellen Abgaben, Verpflichtungen und Verschuldungen das lebensunfähige Österreich und seine verbliebenen Deutschen sehr und verbauten jede Zukunft. Begründung aller dieser Maßnahmen war die Kriegsschuldlüge, die Österreich ähnlich wie das Deutsche Reich in Artikel 177 seines Diktates unterschreiben mußte: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Österreich erkennt an, daß Österreich und seine Verbündeten als Urheber für die Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Wie dem Deutschen Reich war auch den Österreichern als Anlage zum Diktat ein Schreiben übergeben worden, worin eine Liste mit den Namen der den Alliierten zur Aburteilung auszuliefernden „Kriegsverbrecher" angekündigt wurde. Zu dieser Auslieferung kam es schließlich ebensowenig wie zur Abgabe der zahlreichen im Diktat geforderten wertvollen Kunstwerke der alten Kaiserstadt Wien.
Am 24. September 1919 verabschiedeten sich dann die sudetendeutschen Vertreter im Wiener Parlament, und ihr Sprecher Dr. Rudolf Lodgman von Auen erklärte dabei: „ . . . unlösbar sind das nationale Bewußtsein und die in Jahrhunderten erwachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpendeutschen und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. Die ideale Hoffnung, daß die Zukunft auch dem deutschen Volke in Europa sein volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bringen werde, lebt unzerstörbar in unseren Herzen."
Wie in Versailles hatte in St. Germain blinder Haß und nationalistischer Chauvinismus gesiegt. Hellsichtig hatte am 7. Juni 1919 der deutschösterreichische Außenminister Dr. Otto Bauer, der dann am 26. Juli noch vor der Unterzeichnung des Diktates aus Protest gegen die Abtretung deutschen Landes zurücktrat, vor der Wiener Nationalversammlung erklärt: „Wird Deutschböhmen, wird das Sudetenland der tschechischen Republik ausgeliefert, dann werden nicht nur dreieinhalb Millionen Deutsche ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt, . . . dann wird zugleich mitten in Europa ein Staat geschaffen, der eine Stätte des wildesten Nationalitätenkampfes, ein Herd des deutschen, des ungarischen, des polnischen Irredentismus (Anschlußbewegung), eine Quelle dauernder Feindschaft zwischen Nachbarvölkern, dauernder Gefahr für den Frieden sein wird. Wir sind machtlos, das zu verhindern; aber noch einmal, in letzter Stunde warnen wir." Wie recht sollte er behalten: In Versailles und St. Germain wurde der Frieden für Europa verspielt und neues ungeheures Elend und Unglück für ganz Europa und die Welt heraufbeschworen.

nach einem Volksentscheid im Marburger Becken an der Drau wurde abgelehnt. Für Klagenfurt und das südliche Kärnten war im endgültigen Friedensdiktat eine Abstimmung in zwei Zonen vorgesehen, nachdem zunächst ihr Anschluß an Jugoslawien beschlossen gewesen war. Ohne Abstimmung wurden dagegen im Süden Kärntens das ganz überwiegend deutsche Kanaltal mit Tarvis, obwohl hier gar keine Italiener lebten, an Italien und das ebenso deutsche Mießtal an Jugoslawien abgetrennt.

Aufteilung Österreich-Ungarns 1918 in St. Germain und Trianon

Bei der Behandlung des Burgenlandes rächte es sich, daß die uralte, bevölkerungsmäßig schon viele Jahrhunderte nicht mehr zutreffende Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Kaiserreich, da unter den Habsburgern keine Notwendigkeit dazu erschien, nie der Besiedlung angepaßt worden war. Zunächst forderte Ungarn die alte Grenze mit dem ganzen deutschen Burgenland. Nach hartem Ringen erhielt Deutschösterreich, das zu Recht den Anspruch auf das ganze deutsch besiedelte Burgenland erhoben hatte, rund drei Viertel dieses Landes; dessen östlicher, auch deutscher Teil blieb bei Ungarn, und

die Stadt Ödenburg, in St. Germain zunächst Österreich zugesprochen, kam auf Grund der anschließenden Entwicklung mit ihrer Umgebung nach der Wahlfälschung vom 14. Dezember 1921 auch noch an Ungarn.
Zu diesen Abtretungen deutschen Landes belasteten die in St. Germain festgesetzten hohen wirtschaftlichen, finanziellen und materiellen Abgaben, Verpflichtungen und Verschuldungen das lebensunfähige Österreich und seine verbliebenen Deutschen sehr und verbauten jede Zukunft. Begründung aller dieser Maßnahmen war die Kriegsschuldlüge, die Österreich ähnlich wie das Deutsche Reich in Artikel 177 seines Diktates unterschreiben mußte: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Österreich erkennt an, daß Österreich und seine Verbündeten als Urheber für die Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Wie dem Deutschen Reich war auch den Österreichern als Anlage zum Diktat ein Schreiben übergeben worden, worin eine Liste mit den Namen der den Alliierten zur Aburteilung auszuliefernden „Kriegsverbrecher" angekündigt wurde. Zu dieser Auslieferung kam es schließlich ebensowenig wie zur Abgabe der zahlreichen im Diktat geforderten wertvollen Kunstwerke der alten Kaiserstadt Wien.
Am 24. September 1919 verabschiedeten sich dann die sudetendeutschen Vertreter im Wiener Parlament, und ihr Sprecher Dr. Rudolf Lodgman von Auen erklärte dabei: „ . . . unlösbar sind das nationale Bewußtsein und die in Jahrhunderten erwachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpendeutschen und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. Die ideale Hoffnung, daß die Zukunft auch dem deutschen Volke in Europa sein volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bringen werde, lebt unzerstörbar in unseren Herzen."
Wie in Versailles hatte in St. Germain blinder Haß und nationalistischer Chauvinismus gesiegt. Hellsichtig hatte am 7. Juni 1919 der deutschösterreichische Außenminister Dr. Otto Bauer, der dann am 26. Juli noch vor der Unterzeichnung des Diktates aus Protest gegen die Abtretung deutschen Landes zurücktrat, vor der Wiener Nationalversammlung erklärt: „Wird Deutschböhmen, wird das Sudetenland der tschechischen Republik ausgeliefert, dann werden nicht nur dreieinhalb Millionen Deutsche ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt, . . . dann wird zugleich mitten in Europa ein Staat geschaffen, der eine Stätte des wildesten Nationalitätenkampfes, ein Herd des deutschen, des ungarischen, des polnischen Irredentismus (Anschlußbewegung), eine Quelle dauernder Feindschaft zwischen Nachbarvölkern, dauernder Gefahr für den Frieden sein wird. Wir sind machtlos, das zu verhindern; aber noch einmal, in letzter Stunde warnen wir." Wie recht sollte er behalten: In Versailles und St. Germain wurde der Frieden für Europa verspielt und neues ungeheures Elend und Unglück für ganz Europa und die Welt heraufbeschworen.

In Wilsons 14 Punkten war eine Neuordnung der Grenzen Europas auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes versprochen worden. In schroffem Gegensatz dazu wurden nur in wenigen der von den Nachbarn Deutschlands als Kriegsbeute geforderten Gebieten Abstimmungen zugelassen, die meist mit großer Mehrheit für Deutschland ausgingen. Das ist besonders hoch zu bewerten, da die Volksentscheide in einer Zeit stattfanden, in dem das Reich in höchster Not war und sich kein Hoffnungsschimmer für die Zukunft zeigte.

Nordschleswig.
Das alte Herzogtum Schleswig, im Norden mehrheitlich von Dänen, im Süden überwiegend von Deutschen bewohnt, galt seit dem 15. Jahrhundert als mit dem zum Deutschen Reich gehörenden Holstein „up ewig tosamende ungedeelt" und war 1864 zum Deutschen Bund gekommen. Erst seit dem 19. Jahrhundert hatte es wachsende Spannungen zwischen Deutschen und Dänen in diesem Lande unter der zunächst dänischen, später preußischen Herrschaft gegeben. Da bei einer Gesamtabstimmung in ganz Nordschleswig eine deutsche Mehrheit sicher war, wurde in Versailles auf Drängen der Dänen eine Abstimmung in zwei Zonen festgesetzt, wobei die nördlichere neben der deutschen Enklave Apenrade noch einen breiten Saum im Süden mit deutscher Mehrheit besaß, vor allem in der Stadt Tondern und größeren Orten wie Hoyer. Von den Dänen war ferner zum Nachteil Deutschlands durchgesetzt worden, daß die Abstimmung in der Nordzone als ein einziges Ergebnis (en-bloc) gewertet werden sollte, während in der vorwiegend deutschen Südzone jede Gemeinde einzeln über ihren Verbleib zu befinden hatte. Zahlreiche Proteste erhoben sich gegen diese Regelung. So erklärten die nordschleswigschen Sozialdemokraten in ihrer „Apenrader Erklärung" vom 26. Oktober 1919: „Hier liegt eine Brutalität und eine Vergewaltigung eines Teils unserer Volksgenossen vor, die uns als Partei zum schärfsten Protest und zu der Erklärung zwingt, daß das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung nicht als eine Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkannt werden kann und anerkannt werden wird." Am 10. Februar 1920 sprachen sich bei der Abstimmung in der Nordzone 75133 für Dänemark und 25329 für Deutschland aus, so daß damit der ganze nördliche Teil mit seinem deutschen Südgebiet an Dänemark fiel, 41 Gemeinden mit deutscher Mehrheit und die Stadt Tondern, in der 76 Prozent für Deutschland gestimmt hatten. Seine über 25 Prozent Deutschen strebten in der Folgezeit in eigenen Verbänden eine Aufhebung dieser Regelung für das deutsche Gebiet im Süden an. Die am 14. März 1920 in der südlichen Zone um Flensburg vorgenommene Abstimmung erbrachte 51303 Stimmen für Deutschland und 12859 für Dänemark und in jeder Gemeinde eine deutsche Mehrheit, so daß dieses ganze Gebiet beim Reich blieb und die heute noch gültige Staatsgrenze gegen Dänemark gezogen wurde.

Eupen-Malmedy.
Auf die preußischen Kreise Eupen und Malmedy mit rund 80 Prozent deutschsprechender Bevölkerung hatte Belgien keinerlei historische oder anderweitig begründete Rechte. Um dem Raub dieser Landschaft den Schein einer Berechtigung zu geben, hieß es im Artikel 34 des Versailler Diktates: „Während der sechs Monate nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden von den belgischen Behörden in Eupen und in Malmedy Registrierungsstellen eröffnet werden, und die Bewohner dieser erwähnten Gebiete werden die Möglichkeit haben, dort schriftlich ihren Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder zum Teil unter deutscher Souveränität bleiben sollen. Es wird Sache der belgischen Regierung sein, das Ergebnis dieser Volksbefragung, deren Entscheidung sich Belgien anzunehmen verpflichtet, dem Völkerbund zur Kenntnis zu bringen." Eine alliierte Note vom 16. Juni 1919 legte dazu fest, daß man „volle Freiheit der Stimmabgabe gewährleisten" müsse und die Abtretung an Belgien nur wirksam werden solle, „wenn diese Vereinigung von der Bevölkerung unterstützt würde".
Doch die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Eine geheime, von Neutralen überwachte freie Abstimmung gab es nicht im entferntesten. In Eupen-Malmedy herrschte nach Aufhebung der deutschen Zivilverwaltung der belgische Militärdiktator Baltia mit Kriegsrecht. Ab 10. Januar 1920 lagen in Eupen und Malmedy, und nur in diesen beiden Städten, zwar Listen aus, doch jeweils nur an bestimmten Tagen und nur für wenige Stunden. Die Belgier wandten alle erdenklichen Möglichkeiten an, um die Bevölkerung von der Eintragung abzuhalten, auch mit dem systematisch von ihnen ausgestreuten Gerücht, daß die Einschreibung zugleich eine Option für Deutschland bedeute und dann die Ausweisung zur Folge habe. So wagten von den 50000 Deutschen, die vier Fünftel der Bevölkerung stellten, nur 209 Personen in Eupen und 62 in Malmedy sich in diese Listen einzutragen. Der Völkerbund erkannte anschließend diese Groteske dennoch an, bestätigte den offenkundigen Wahlbetrug und erklärte am 20. September 1920 die Kreise Eupen und Malmedy sowie kleine Teile des Kreises Monschau für endgültig belgisches Gebiet.

Ost- und Westpreußen.
Als die Polen Anfang 1919 den größten Teil der Provinz Posen besetzt hatten, wurden deutsche Gegenmaßnahmen, für deren Erfolg sich die deutsche Heeresleitung verbürgte, durch die Berliner Regierung und die Alliierten verhindert. Thorn und Bromberg konnten durch entschiedenes Handeln der deutschen Einwohner gehalten werden, ganz Westpreußen blieb mit seiner deutschen Mehrheit auch in den Gebieten mit starkem polnischem Anteil ruhig. Obwohl die Polen zur Nichtteilnahme an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 aufgefordert hatten, lag die Wahlbeteiligung dann in Westpreußen über 58 Prozent und damit nur um 28 Prozent niedriger als bei

der Reichstagswahl von 1910, was einem Anteil von ungefähr 30 Prozent polnisch Gesinnter entsprach. Das allein bewies schon den Willen der überwiegenden Mehrheit der westpreußischen Bevölkerung, bei Deutschland zu bleiben. Die polnische Besetzung Posens verhinderte dort die Wahlteilnahme zur deutschen Nationalversammlung. Im noch rechtlich deutschen Posen wurde gleichzeitig die Wahl zur polnischen Nationalversammlung ausgeschrieben.
Dieses Bekenntnis Westpreußens hinderte die Siegermächte nicht an ihren Abtretungsabsichten. Die USA fielen auf die mit Geschichtsfälschungen arbeitenden Polen herein, die mit zwei offiziellen Vertretern in Versailles zur Stelle waren, und Frankreich wollte sowieso eine größtmögliche Schwächung des Reiches und die Stärkung Polens. Nur England widersetzte sich weiteren polnischen Wünschen. Als die Abtretungspläne bekannt wurden, wandte sich die betroffene Bevölkerung Ostdeutschlands leidenschaftlich dagegen. Die Deutschen hatten sich wirksam im Bromberger „Deutschen Volksrat" und im „Ostpreußischen Heimatdienst" zusammengeschlossen und in West- und Ostpreußen einen Grenzschutz gegründet, der den Übergriffen der Polen Widerstand entgegensetzte. Der „Aktionsausschuß Nord" protestierte am 27. Mai 1919 feierlich in Marienburg gegen die Abtretungen deutschen Landes an Polen.
Bei den Versailler Verhandlungen hatte Polen außer der Provinz Posen und Westpreußen auch elf Kreise des südlichen Ostpreußens, die Landschaft Masuren und den südlichen Teil des Ermlandes, als „Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung" für sich gefordert, obwohl die dortige polnische Minderheit erst nach den Deutschen ins Land gekommen war. Die Friedenskonferenz setzte für diesen Landstrich Ostpreußens und die vier östlich der Weichsel gelegenen westpreußischen Kreise Rosenberg, Stuhm, Marienwerder und Marienburg eine Volksabstimmung an, die am 11. Juli 1920 stattfand, nachdem im Februar 1920 eine alliierte Abstimmungskommission, vor allem Italiener, ins Land gekommen war. Dank der Vorarbeit des kurz vorher wegen seiner Anerkennung des Kapp-Putsches abgesetzten Oberpräsidenten August Winnig kam es trotz der polnischen Sperrung des Korridors, so daß die Deutschen nur auf dem Seeweg über Pillau Ostpreußen erreichen konnten, zu einem von niemandem in solcher Höhe erwarteten überwältigenden Abstimmungssieg für Deutschland. Im südlichen Ostpreußen stimmten 97,8 Prozent der Bewohner für Deutschland und in den westpreußischen Kreisen 92,4 Prozent. Im östlichsten ostpreußischen Kreis Oletzko, wo die Polen gute Ergebnisse für sich erwartet hatten, entschieden sich von 28627 Abstimmenden nur zwei für Polen. Damit war vor aller Welt die ganze Haltlosigkeit der polnischen Forderungen offengelegt. Trotz dieses eindeutigen Bekenntnisses für Deutschland und der so offenbar gewordenen Unwahrheit der polnischen Begründungen in Versailles blieb das genauso deutsch gesinnte ostpreußische Soldauer Land, das nicht mit abstimmen durfte, an Polen verloren, und die Alliierten setzten sogar noch

weitere Abtretungen aus dem Abstimmungsgebiet fest: Im Allensteiner Bereich wurden noch drei Ortschaften an Polen abgetrennt, und das westpreußische Abstimmungsgebiet verlor noch fünf Dörfer und den Weichselhafen Kurzebrack und wurde damit ganz von der Weichsel, der wichtigsten Verkehrsader, abgedrängt. Rund 1,5 Millionen Deutsche kamen in den Ostprovinzen ohne Volksabstimmung unter polnische Herrschaft, vor der ungefähr eine Million in den nächsten Jahren ins Reich flüchtete.

Kärnten.
In Versailles war für Kärnten, nachdem es zunächst größtenteils Jugoslawien zugeschlagen werden sollte, nach den Abwehrkämpfen von 1919 eine Volksabstimmung in zwei Zonen festgelegt worden. Die südliche Zone A, in der zuerst abgestimmt werden sollte, blieb von Slowenen besetzt, die nördlichere Zone B mit Klagenfurt hatte von ihnen wieder geräumt werden müssen. Ab Mitte 1919 arbeitete die deutsche Landesagitationsleitung, ab März 1920 „Kärntner Heimatdienst" genannt, von Klagenfurt aus mit ihrem Geschäftsführer Hans Steinacher gegen den südslawischen Terror in Zone A an, wo die deutsche Sprache, jede deutsche Schrift und deutsche Äußerungen von den Slowenen brutal verfolgt wurden. Hermetisch wurde diese Zone gegen jede Verbindung zum übrigen Kärnten abgesperrt. Dennoch gelang es Steinacher und seinen Heimattreuen, die Verbindung zu den Bewohnern Südkärntens zu erhalten, sie mit Schriften und Werbematerial zu versorgen, ihnen die Bedeutung der Abstimmung klarzumachen und den Unterdrückten den Rücken zu stärken. Gegen den scharfen Widerspruch der Slowenen setzte es die in Klagenfurt eingezogene Interalliierte Abstimmungskommission doch durch, daß ab August 1920 der Zugang zur Zone A wieder ermöglicht wurde und der Kärntner Heimatdienst auch im südlichen Landesteil Versammlungen durchführen konnte. Oft wurden diese allerdings von regelrechten Prügelgarden der aus dem Süden herangezogenen slowenischen Sokoln gestört oder gesprengt, wobei es vielfach zu Mißhandlungen Deutscher und der zu ihnen haltenden Windischen kam. Als wenige Tage vor der Abstimmung von den Alliierten wieder eine Einreisesperre über die Zone A verhängt wurde, nahm der antideutsche Terror noch einmal bedrohlich zu, konnte jedoch durch Steinachers „Aktion Fähnlein" mit kleinen Gruppen junger Burschen aus dem freien Kärnten im wesentlichen unwirksam gemacht werden. Am Abstimmungstag, dem 10. Oktober 1920, sorgte die Interalliierte Kommission für einen ungestörten Wahlablauf. Obwohl die Slowenen die Südkärntner Deutschen vor dem Wahlgang gewarnt hatten, erreichte die Wahlbeteiligung den hohen Wert von 94,4 Prozent. Als das Wahlergebnis am 13. Oktober auf dem Neuen Platz in Klagenfurt einer großen Menschenmenge verkündet wurde, erhob sich ungeheurer Jubel: 22025 Südkärntner, und damit 59 Prozent, hatten für Österreich gestimmt, und für den Anschluß an Jugoslawien waren nur 15279 Stimmen oder knapp 41 Prozent

abgegeben worden. Hans Steinacher als die Seele des deutschen Abstimmungskampfes wurde von der begeisterten Volksmenge gefeiert. Unmittelbar nach ihrer Abstimmungsniederlage fielen slowenische Truppen noch einmal in Südkärnten ein und versuchten, das Ergebnis des Volksentscheides aufzuheben. Doch die Alliierten bestanden nun auf sofortiger Räumung des Landes, und bis zum 17. Oktober 1920 war ganz Kärnten wieder frei. Durch diesen Abstimmungssieg im südlichen Teil Kärntens wurde die für die nördlichere Zone B vorgesehene Volksbefragung nun unnötig und brauchte nicht mehr vorgenommen zu werden. Kärnten blieb – bis auf das Mießtal, das an Jugoslawien fiel, und das Kanaltal mit Tarvis, das an Italien kam – bei Österreich.

Oberschlesien.
Für das mehrheitlich deutsche Oberschlesien war zunächst in Versailles die Abtretung an Polen vorgesehen gewesen. Als diese Pläne bekannt wurden, erhob sich eine große Empörung im Lande, und in machtvollen Kundgebungen mit Zehntausenden von Teilnehmern, so am 9. Mai 1919 in Oppeln und am 25. Mai in vielen anderen Städten, sprach sich die Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland aus. Eine „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens" wurde neben anderen Schutzgruppen gegründet, die im „Schlesischen Ausschuß" ihren Dachverband fanden. Im „Schwarzen Adler" erstand eine wirksame Zeitschrift der Deutschen. Das mag mit den erfolgreichen Abwehrkämpfen gegen eindringende Polen dazu beigetragen haben, daß in der endgültigen Fassung der Versailler Bestimmungen für Oberschlesien eine Volksabstimmung aller über 21 Jahre alten in Oberschlesien Geborenen festgesetzt wurde. Vorher waren jedoch schon das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei und das Gebiet von Reichtal in Mittelschlesien an Polen ohne Volksbefragung abgetrennt worden. Für die anberaumte Abstimmung wurde ferner zu Deutschlands Ungunsten festgelegt, daß die nördlicheren Kreise Neiße, Grottkau und Falkenberg sowie die Hälfte des Kreises Neustadt wegen ihrer sicheren deutschen Mehrheit sich nicht beteiligen durften.
Schon 1919 hatte Polen versucht, Oberschlesien mit Gewalt wie das Posener Land zu besetzen und für die Friedensverhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese ersten Einfälle im Winter 1918/19, der Aufstand vom 22. Juni 1919 und der auch von Artillerie unterstützte Angriff vom 17. August 1919 konnten von deutschen Truppenverbänden und schnell aufgestelltem Grenzschutz zurückgeschlagen werden. Am 11. Februar 1920 kam die Interalliierte Militärkommission unter Leitung des französischen Generals Le Rond, der als „Polens großer Freund" galt, nach Oberschlesien, um, wie sie in Anschlägen verkündete, dem Lande eine „neue Ära der Freiheit und Gerechtigkeit" zu bringen. Die deutschen Verwaltungsbehörden wurden aufgelöst und die deutschen Truppen des Landes verwiesen; die Verbindung zum Reich wurde weitgehend gelöst; das Abstimmungsgebiet bildete nun einen eigenen Staat mit

Paßzwang gegenüber Deutschland. Selbst der für Oberschlesien zuständige Fürstbischof Kardinal Bertram aus Breslau erhielt keine Einreiseerlaubnis.
Doch statt Frieden zu bringen oder zu gewährleisten, duldeten und förderten die 15000 Franzosen, weniger die Briten und Italiener, den zunehmenden polnischen Terror unter der Leitung Korfantys gegen die Deutschen, die nun noch stärker durch Überfälle, Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde unter den polnischen Banden, den Insurgenten, zu leiden hatten. Noch in Paris hatte General Le Rond zu polnischen Abgesandten gesagt: „Sie brauchen keine Angst zu haben, wir sind da, um Ihnen zu helfen." Insbesondere im August 1920 häuften sich die Übergriffe, und es kam zu einem regelrechten Aufstand der Polen nach dem 20. August um Kattowitz mit blutigen Auseinandersetzungen, bei denen Hunderte von Toten zu beklagen waren. Deutsche Dörfer, wie der Ort Anhalt im Kreise Pleß, wurden von den Insurgenten völlig niedergebrannt. Eine Massenflucht der Deutschen setzte ein. Alle deutschen Vereine wurden aufgelöst, während die polnischen Sokolnvereine jede Förderung erfuhren. Deutsche Richter wurden vielfach ausgewiesen, wenn sie keine Rechtsbeugung zugunsten der Polen vollziehen wollten, so daß die deutschen Juristen in einen Proteststreik vom 14. April bis zum 9. Juni traten. Die preußische Polizei wurde abgeschafft und größtenteils durch Polen ersetzt. Polnische Bürgerwehren wurden anerkannt, so daß die deutsche Bevölkerung keinen Schutz mehr hatte. Proteste der Reichsregierung bei den Siegermächten über die unhaltbaren Zustände wurden nicht beachtet und blieben wirkungslos. Von den Deutschen gebildete kleine Einsatzgruppen unter der Führung ehemaliger Freikorpskämpfer konnten schließlich den polnischen Aufständischen genügenden Widerstand entgegensetzen, so daß auch dieser zweite größere polnische Versuch der Eroberung des Landes mit dem Beuthener Abkommen vom 2. September 1920 erfolglos endete. Eine am 12. November 1920 von der Internationalen Kommission erlassene Amnestie verhinderte die Ahndung der vielen polnischen Greueltaten, denen laufend neue folgten.
Nach seinem Abstimmungssieg in Kärnten wurde Hans Steinacher von der Reichsregierung aufgefordert, auch die Abstimmung in Oberschlesien mit vorzubereiten. Er wurde der unermüdliche Helfer und Berater des sehr rührigen Leiters des deutschen Ausschusses für die Volksabstimmung, Dr. Hans Lukascheck, und des deutschen Plebiszitkommissars, Dr. Kurt Urbanek. Mit ganzer Tatkraft gingen diese Männer ans Werk und bereiteten den deutschen Abstimmungskampf vor. In seinem Aufruf vom 25. Februar 1921 erklärte Dr. Urbanek: „Der Tag der Prüfung ist gekommen. Verschließe Dich auf eine Stunde der Hetze und besinne Dich! Aus deutschen Landen kam Dein Glaube. Solange unsere Heimat christlich ist, ist sie deutsch. Im polnischen Lager ist ein falscher Prophet aufgestanden, der Prophet des wildesten Nationalismus. Auf den Leibern von Hunderten erschlagener oberschlesischer Brüder predigt er Feuer und Schwert... Wollt Ihr vernichten, was sieben Jahrhunderte geschaffen haben? Oberschle-

sien ist unsere Mutter! Deutschland bleibt unser Vaterland! Einst wirst Du stolz sein, daß Du dabei sein durftest in den Tagen der Herzerhebung und des Triumphes. Pfui über die Geschäftstüchtigen, die sich drücken! Jetzt muß es heißen: schließt die Reihen, Farbe bekennen, alle Mann auf Posten! Es geht um Sein oder Nichtsein. Die oberschlesische Heimat ruft: Stimme für Deutschland!"

Zur Abstimmung am 20. März 1921 kamen rund 170000 gebürtige Oberschlesier aus dem Reich und aller Welt in ihre Heimat geeilt, obwohl von den Polen Gewaltmaßnahmen gegen diese „verräterischen Emigranten" angedroht worden waren und die Interalliierte Kommission alle offiziellen Begrüßungen verboten hatte. In blumen- und transparentgeschmückten Zügen, die an der Grenze Oberschlesiens allen Schmuck ablegen mußten, fuhren sie aus Deutschland heran, um für den deutschen Charakter ihrer Heimat zu zeugen. Obwohl sich bei der mangelhaften Sicherung der Wahlorte auf dem Lande durch die Abstimmungskommission mancher im Süden und Osten aus Sorge um sein Leben davon abhalten ließ, die schützenden und wegen der großen deutschen Mehrheit ruhigen Städte zu verlassen, um an dem dörflichen Geburtsort zu wählen, war auch hier das Ergebnis meist klar für Deutschland und gegen Polen. Als nach Tagen der Auswertung das amtliche Ergebnis bekannt gegeben wurde, jubelte ganz Deutschland, das in banger Erwartung dieser Stunde entgegengesehen hatte. Trotz des polnischen Wahlterrors, der materiellen Versprechungen Korfantys und der polenfreundlichen, alles andere als unparteiischen Alliierten hatten sich 709000 Oberschlesier für Deutschland und nur 479000 für den Anschluß an Polen ausgesprochen, so daß sich 60 Prozent der Bevölkerung im Abstimmungsgebiet unter schwersten Bedingungen für den Verbleib des Landes beim Reich entschieden hatten. Insbesondere alle Städte Oberschlesiens, mit der einzigen Ausnahme der kleinen Stadt Alt-Berun mit 3500 Einwohnern, wiesen deutliche deutsche Mehrheiten auf; Kattowitz ergab 85 Prozent, Oppeln sogar 90 Prozent für Deutschland. Nur die Kreise Pleß, Rybnik, Tarnowitz und Groß-Strehlitz hatten eine teilweise sehr geringe polnische Mehrheit, was größtenteils auf den blutigen polnischen Terror und die Massenflucht der Deutschen zurückzuführen war. Damit lag ein eindeutiges Ergebnis vor, wonach gemäß den Versailler Bestimmungen nun ganz Oberschlesien beim Reich bleiben sollte.

Doch dann wurde Deutschland wieder betrogen. Trotz der Abstimmung beanspruchte Korfanty nun einen Teil Oberschlesiens für Polen. Während die Alliierten entgegen dem klaren Ergebnis und den vorher festgelegten Bedingungen neu über das Schicksal des Landes berieten, sich nicht einigen konnten und dann den Völkerbund einschalteten, fielen die durch die Abstimmung enttäuschten Polen erneut mit über 10000 Bewaffneten am 3. Mai 1921 in Oberschlesien ein. Wieder duldeten die Franzosen als Hauptmacht der Alliierten Kommission diesen Bruch der Vertragsbedingungen und unterstütz-

ten offen die Polen durch Lieferung von Waffen und jede andere Begünstigung. Weitere reguläre polnische Truppen mit Panzerzügen und Artillerie drangen über die Grenze und verstärkten die Freischärler. Gleichzeitig wurden viele Deutsche von den Alliierten verhaftet oder des Landes verwiesen. Wieder wurden Hunderte von Deutschen erschlagen und bestialisch zugerichtet, Tausende wurden verschleppt, Frauen und Mädchen vergewaltigt und deutsches Eigentum geplündert. Nach kurzer Zeit waren nur noch die größeren Städte deutsche Inseln in dem ganz offen von Polen terrorisierten Lande, das einem Hexenkessel glich. Die Italiener zogen sich nach dem Verlust von 40 Toten im Kampf gegen die Polen zurück, und die Franzosen erklärten sich als zum Widerstand zu schwach. Da der deutschen Reichswehr ein Eingreifen von den Alliierten untersagt war, traten nach kurzer Zeit deutsche Selbstschutzgruppen, aus dem ganzen Reich zusammenströmende Freiwillige, vor allem Studenten, und die schon im Baltikum erfolgreichen Freikorps wie „Oberland" und „Roßbach" unter der Gesamtführung des schon in den Vorjahren bewährten Generals Hoefer gegen die polnischen Truppen an. Auch Steinacher wurde aus Tirol zurückgerufen und trug dann mit zur Ausbildung der deutschen Freiwilligenverbände bei. Von Niederschlesien aus wurden Mitte Mai die Polen zurückgedrängt, bis die Franzosen den weiteren deutschen Vormarsch verhinderten. Als die Polen dann erneut vorrückten, erstürmten die deutschen Freiwilligen, besonders das kriegserfahrene Freikorps „Oberland", am 21. Mai 1921 gegen das ausdrückliche Verbot der Reichsregierung den Oberschlesien beherrschenden und strategisch wichtigen Annaberg und trieben, nun auch gegen den Einspruch der Franzosen, zahlenmäßig mehrfach überlegene polnische Kräfte weiter zurück. Daraufhin protestierte Paris heftig gegen weiteres deutsches Vorrücken, und die Reichsregierung stellte sich auch gegen die deutschen Verbände. Britische Truppen verlegten dann den Deutschen den Weg, die sonst ganz Oberschlesien wohl in kurzer Zeit befreit hätten, wo Steinacher inzwischen von Kattowitz aus den Deutschen Ausschuß für Oberschlesien neu belebt hatte. Während die deutschen Verbände dann aufgelöst werden mußten, wurde den Polen gestattet, den östlichen Teil Oberschlesiens mit ihren Truppen bis zur endgültigen Regelung besetzt zu halten. Am 1. Juli 1921 verkündete die Internationale Kommission das Ende der Kämpfe und erließ sofort eine neue Amnestie für alle begangenen Gewalttaten.

Ein Gutachten des Völkerbundes empfahl dann, daß entgegen den früheren Versailler Beschlüssen zur Abstimmung Oberschlesien geteilt werden und Ostoberschlesien an Polen fallen sollte. Ein Chinese als Vorsitzender dieser „Sachverständigen" des Völkerbundes gab mit seiner Stimme den Ausschlag für diese Entscheidung, und der Völkerbund schloß sich am 12. Oktober 1921 dem an. Die Pariser Botschafterkonferenz stimmte dem Vorschlag zu, und der deutsche Botschafter erhielt ihn am 20. Oktober 1921. Die Reichsregierung legte schärfsten Protest dagegen ein, den die Alliierten als „nicht begründet"

zurückwiesen: Deutschland mußte bedingungslos annehmen. Auch der Völkerbund ging über den deutschen Einspruch hinweg und befürwortete am 15. Mai 1922 die Abtretung Ostoberschlesiens an Polen.
Damit wurde das mehr als 700 Jahre deutsche Land, dessen Ostgrenze zu Polen eine der ältesten in ganz Europa war, unsinnig zerrissen. Rund vier Fünftel seiner verschiedenen Bodenschätze und von den Deutschen aufgebauten Industrieanlagen fielen an Polen nach dem Motto: „Dem Polen die Kohlen, den Deutschen die Rüben!" Obwohl in den Versailler Bestimmungen vorher ganz Oberschlesien zu Recht als untrennbare wirtschaftliche Einheit bezeichnet worden war, wurde das Land jetzt geteilt und eine widersinnige blutende Grenze geschaffen. Um den Deutschen zu schaden, scheuten sich die Alliierten nicht, sich selbst zum Widerspruch zu führen und offensichtliche Lügen anzuerkennen. Während nach Wilsons 14 Punkten nur „unbestritten polnisches Gebiet" an Polen fallen sollte, wurde hier dem Reich eine Landschaft geraubt, die sich vor aller Welt unter schwersten Umständen mehrheitlich für Deutschland entschieden hatte. Von Wilsons Grundsatz, „Völker und Provinzen dürfen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären", den er am 11. Februar 1918 vor dem Kongreß verkündet hatte, war keine Rede mehr: das Gegenteil wurde verwirklicht. Das Selbstbestimmungsrecht, das mit dem Abstimmungszettel vertreten worden war, wurde, als es sich für Deutschland aussprach, mit Füßen getreten. Mehr als 100000 der fast eine Million Ostoberschlesier verließen in den folgenden Jahren ihre Polen zugeschlagene Heimat und wanderten ins Reich aus. Die Wirtschaft des Landes, Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft litten sehr unter dieser unsinnigen Regelung und verfielen zu erheblichen Teilen. Die mehr als 300 deutschen Gefallenen und 1500 Verwundeten der Kämpfe in diesem letzten Polenaufstand hatten neben den vielen Blutzeugen unter den Zivilisten das neue Unrecht nicht verhindern können. Oberschlesien wurde „das Land unterm Kreuz". Der Deutsche Reichstag stellte fest: „Diese Entscheidung über Oberschlesien ist juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit und wirtschaftlich ein Verbrechen!" Wieder einmal hatten die Alliierten bewiesen, daß ihr Gerede von Freiheit und Gerechtigkeit, von Selbstbestimmung und Demokratie nur hohler Schein war und ihre brutale Machtpolitik bemänteln sollte.

Burgenland.
Die Volksabstimmung in Ödenburg und seinem Umland ist bereits im Zusammenhang mit dem Grenzlandkampf im Burgenland geschildert worden.

Tirol und Salzburg.
Nicht um eine Erfüllung aus den Friedensbedingungen und um den Entscheid über eine Abtretung ging es bei den Volksabstimmungen, die 1921 in Österreich stattfanden, sondern um Äußerungen des Volkswillens zum Anschluß der dem

Reich benachbarten Bundesländer an dieses. Die Bewegung ging von Tirol aus, das durch den Verlust Südtirols schwer getroffen war, sich von Wien verraten fühlte und sich enttäuscht von ihm entfernte. Die Tiroler Landesregierung setzte deshalb für den 24. April 1921 für die Bevölkerung Nordtirols, des bei Österreich verbliebenen Teiles von Tirol, eine Abstimmung über die Frage an, ob Tirol an das Deutsche Reich angeschlossen werden solle. Wieder wurde der gerade aus dem Abstimmungskampf in Oberschlesien erfolgreich hervorgegangene Hans Steinacher gebeten, die Vorbereitung von Innsbruck aus zu übernehmen. Er gab die Losung aus „Heim ins Reich!", und es gelang ihm, damit ganz Tirol in kürzester Zeit aufzuwecken, daß selbst Nonnenklöster geschlossen zur Abstimmung gingen.
Mit 98,6 Prozent der Stimmen sprach sich die weitaus überwiegende Mehrheit der Tiroler bei 90 Prozent Wahlbeteiligung für den Anschluß an das Deutsche Reich aus. Als sich am 29. Mai 1921 bei der gleichen Frage im Lande Salzburg sogar über 99 Prozent für den Anschluß aussprachen, griffen die Alliierten ein und untersagten weitere Abstimmungen, etwa in der Steiermark, über diese Frage. Bei Zuwiderhandlung wurde mit scharfen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen bis hin zur erneuten Hungerblockade gedroht. Der von Humanität erfüllte Völkerbund wandte sich nicht gegen diese Erpressung und ließ es zu, daß die öffentliche Darlegung des Volkswillens brutal unterdrückt wurde. Das schwache und wirtschaftlich völlig vom Ausland abhängige Österreich mußte sich fügen. Auch diese eindeutigen Ergebnisse von 1921 beweisen, daß nicht erst Hitler der Vater des Anschlußgedankens war.
Obwohl das Deutsche Reich und auch Österreich zu der Zeit der Abstimmungen in den Abtretungsgebieten von schweren innerpolitischen Krisen geschüttelt, von kommunistischen Rätediktaturen zeitweise bedrängt, von wirtschaftlichem Elend bedroht waren und sich auch keinerlei Hoffnungsschimmer für die Zukunft zeigte, stimmten die Deutschen in den Grenzgebieten für ihr Volk, folgten sie nicht den lockenden Versprechungen der Nachbarstaaten und verzichteten darauf, zu den Siegernationen zu gehören. In der großen Not bewies sich die Heimattreue und das Volksbewußtsein, auch als die Regierungen in Berlin und Wien sich in der trügerischen Hoffnung auf Erleichterungen in den harten Friedensbedingungen nicht mit der notwendigen Entschlossenheit hinter die bedrohten Landschaften und ihre Bewohner stellten. Das gemeinsame Schicksal förderte das Zusammengehörigkeitsgefühl und weckte das nationale Bewußtsein besonders in den Grenzlanden. Zugleich stellten die Ergebnisse dieser Abstimmungen vor aller Welt das unbestreitbare deutsche Recht auf Ostdeutschland für die Zukunft fest, und sie bezeugten ebenso das große Unrecht bei den ohne Abstimmungen erzwungenen Abtretungen. Daß auch die überwältigende Mehrheit der ursprünglich nichtdeutschen Bevölkerungsanteile, etwa die Masuren in Ostpreußen, die Wasserpolen in Oberschlesien oder die Windischen in Kärnten, sich in schwerer Zeit zu Deutschland bekannten, ist ein

Beweis dafür, wie gut es diesen Volksteilen in der Vergangenheit unter deutscher Verwaltung gegangen war und daß sie kein Verlangen nach der „Befreiung" durch ihre „Brüder" verspürten. Als Rechtfertigung für weitere Abtretungen gedacht, erwiesen sich die in Versailles verordneten Volksabstimmungen als ein Bumerang für die Sieger, woran selbst massivste antideutsche Beeinflussung, Gewaltmaßnahmen und offener Terror nichts Entscheidendes ändern konnten. Wäre in den anderen Abtretungsgebieten, etwa in Elsaß-Lothringen, Südtirol, Posen-Westpreußen oder Danzig abgestimmt worden, so hätten sich auch dort zweifellos deutsche Mehrheiten ergeben. Neben den Grenzlandkämpfen stellten die Volksabstimmungen nach 1919 dem Grenzlanddeutschtum das beste Zeugnis unter harten Bedingungen gelebter Volkstreue aus.

Deutsches Schicksal in besetztem Land

Durch das Diktat von Versailles wurden etwa sieben Millionen Reichsdeutsche, durch das Diktat von St. Germain rund vier Millionen Österreicher in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten in unmittelbarer Verbindung mit ihrem Mutterland von ihrem Volke abgetrennt und fremden Staaten einverleibt, die zum Teil vorher noch gar nicht bestanden hatten und völlig unerfahren in der Behandlung völkischer Minderheiten waren. In den meisten Fällen stellten sich bald unhaltbare Zustände unter nationalistischen Regierungen ein, die offen das Ziel vertraten, die Minderheiten umzuvolken oder, wenn diese dagegen Widerstand leisteten, sie wirtschaftlich, kulturell und politisch abzuwürgen. Auch das Schicksal der Volksdeutschen, die vorher schon als völkische Minderheiten in einem anderen Staat gelebt hatten, wurde im allgemeinen durch den Ersten Weltkrieg und seine Folgen schwerer. Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit seien dazu nachfolgend besondere Fälle herausgegriffen.

Südtirol.
In dem von Italien seit November 1918 besetzten Südtirol begann schon vor dem eigentlichen Annexionsdatum vom 10. Oktober 1920 die rücksichtslose Italienisierung. Anläßlich der seit alters üblichen Sonnwendfeuer auf den Bergen nahmen Italiener am 22. Juni 1920 zahlreiche Verhaftungen vor, wobei die jungen Tiroler Burschen gefesselt und zu mehreren an Ketten angeschlossen nach Trient abgeführt wurden. Bald wurde die Wehrpflicht im Lande eingeführt und ein deutschfeindliches Schulgesetz erlassen. Rund 50 Tiroler Volksschulen wurden gleich geschlossen, und für die Ladiner wurde Italienisch einzige Unterrichtssprache. Am 24. April 1921 überfielen mehrere hundert angereiste bewaffnete Faschisten einen genehmigten Trachtenzug zur Bozener Frühjahrsmesse, schossen und warfen Handgranaten, wobei es einen Toten und 50 Verletzte gab. Damals noch vor seinem Marsch auf Rom erklärte Mussolini dazu:

„Die Bombe von Bozen war nur die erste feierliche Warnung. Dolche und Petroleum liegen für die Deutschen in Südtirol immer bereit." Im Oktober 1922 vertrieben die Faschisten den Bozener Oberbürgermeister und die noch deutsche Ortspolizei.
Nach der Machtübernahme der Faschisten in Rom begann 1923 eine noch brutalere Unterdrückung der Deutschen und Ladiner mit dem Ziel, die deutsche Sprache zum Verlöschen zu bringen. In den Schulen und Ämtern wurde das Deutsche verboten; alle deutschen Bezeichnungen bei Ortsnamen, Straßenschildern, Schaufensterauslagen, selbst die deutschen Familiennamen mußten verschwinden, und auch auf Grabsteinen durften nur italienisierte eingemeißelt werden. Der Landesname „Tirol" oder „Südtirol" wurde durch Erlaß vom 8. August 1923 bei Strafe verboten und dafür „Alto Adige" (Oberetsch) befohlen. Die Bilder der Tiroler Volkshelden wie Andreas Hofer oder Speckbacher mußten entfernt werden, und die geschichtsträchtigen Denkmäler, etwa das der Tiroler Kaiserjäger oder das Walthers von der Vogelweide, wurden beseitigt oder an wenig besuchte Orte gebracht. Dafür wurde 1926 bis 1928 auch aus Steinen des zerstörten Denkmals für die Tiroler Kaiserjäger das faschistische „Siegesdenkmal" in Bozen errichtet, das in Latein die überhebliche und völlig unzutreffende Inschrift noch heute trägt: „Hier an den Grenzen des Vaterlandes stehe und zeuge – von hier aus brachten wir den anderen Sprache, Gesetze und die schönen Künste."
Als die Südtiroler in ihrer völkischen Not geheime Schulen, die „Katakombenschulen", in den Dörfern einrichteten, wurden diese rücksichtslos verfolgt, und mancher ihrer Lehrer wurde zu hohen Freiheitsstrafen und Zwangsverbannung nach Süditalien verurteilt. Einheimische Lehrer wurden nach Altitalien versetzt und durch Italiener ersetzt, die sich mit den Kindern nicht verständigen konnten. Als der Religionsunterricht in deutscher Sprache verboten wurde, empörten sich die Geistlichen auch gegen die eigenen Bischöfe, so daß der Staat auf diesem Gebiet 1928 nachgeben mußte. Alle geselligen, sportlichen und politischen Vereinigungen der Deutschen wurden aufgelöst. Die Südtiroler Zeitungen wurden größenteils verboten wie auch der Verlag „Tyrolia" des Kanonikus Michael Gamper, der zu einem der geistigen Führer des deutschen Volkstumskampfes wurde. Im Jahre 1923 erklärte Ettore Tolomei, der schärfste Drahtzieher der Italienisierung, in Bozen siegesgewiß: „In wenigen Jahren wird die fleißige Arbeit der Regierung und der Nation die Dinge in Oberetsch (Südtirol) so geändert haben, daß die Zukunft sicher ist. Die Deutschen können ihren transalpinen Vorposten vergessen."
Doch er irrte sich sehr: die Südtiroler erwiesen sich als härter und hielten alle Schikanen aus. Auch als Rom planmäßig eine starke Einwanderung von Italienern durch Anlage und Förderung an sich völlig unwirtschaftlicher Industrieunternehmen in Südtirol begann und die Ansiedlung von Südländern durch Wohnbau- und Finanzpolitik kräftig unterstützte, wuchs zwar der Anteil

der Italiener bedrohlich schnell, doch nur in den Städten, wo sie in Meran und Bozen sogar die Mehrheit erreichten, doch der Kern der Südtiroler Volksgruppe in den Dörfern blieb ungeschwächt und weiter zur Verteidigung ihres Volkstums bereit. Ab 1929 sollten deswegen besonders die deutschbewußten Bergbauern durch Beseitigung des alten Tiroler Höferechtes getroffen werden, das bisher eine Teilung des Hofes unter die Erben verhindert hatte. Doch diese Maßnahme erwies sich ebenso erfolglos, da die Erben ihren Anteil nicht verlangten, wie der bald abgebrochene Versuch, Italiener auf den durch eine gewissenlose Kreditpolitik zur Versteigerung getriebenen Höfen anzusetzen: Die Italiener versagten völlig auf den Berghöfen.
Von Österreich und der Weimarer Republik bekamen die Südtiroler außer moralischer Unterstützung nur wenig Hilfe. Als ihre Hoffnungen nach der Saarabstimmung 1935 und dem Österreich-Anschluß 1938 wuchsen, war die Enttäuschung um so größer, als Hitler sich weiterhin für die Beibehaltung der Brennergrenze aussprach, da er meinte, auf Italien als Bundesgenossen nicht verzichten zu können und dafür ihm das deutsche Südtirol opfern zu müssen. Als Rom feststellen mußte, daß seine Entdeutschungspolitik an der Volkstreue der Südtiroler abprallte und nichts fruchtete, drang Italien ab März 1938 auf die Umsiedlung eines Teiles der Südtiroler ins Deutsche Reich. Von Deutschland nur schleppend geführt, kamen die Verhandlungen darüber 1939 in Gang. Bei Gesprächen in Berlin am 23. Juni 1939 wollten die Italiener nur rund 60000 Südtiroler, vorwiegend Städter, Talbauern und Unbeugsame, abgeben, damit das Land nicht veröde. Bei der dann vereinbarten Option bis Ende 1939, der bis 1942 die Aussiedlungen folgen sollten, stimmten jedoch 213000 der 247000 optionsberechtigten deutschen und ladinischen Südtiroler, darunter auch der Fürstbischof von Brixen, für das deutsche Volkstum, so daß die italienische Regierung über diesen „Volksentscheid" erschrak. Bis Kriegsende wurden dann sehr hinhaltend rund 70000 Südtiroler, darunter fast keine Bauern, umgesiedelt, die meisten davon nach Nordtirol und Vorarlberg, von wo ein Teil wieder in die Heimat zurückkehrte, als nach dem Frontwechsel Italiens am 9. September 1943 Südtirol unter deutsche Verwaltung bis Kriegsende kam. Deutsche Schulen wurden wieder eingerichtet, und die Schützen- und Trachtenvereine konnten wieder erstehen. So konnte auch dieser gefährliche Anschlag auf das Deutschtum in Südtirol überwunden werden.

Krain.
Ein hartes Schicksal traf auch die Deutschen, deren Heimat an das neuentstandene Jugoslawien fiel. Im früheren Herzogtum Krain, südlich von Kärnten, bildeten die Deutschen auch vor dem Ersten Weltkrieg nur eine Minderheit. Sie lebten vor allem in den Städten wie Laibach und Krainburg und siedelten geschlossen im Süden in der jahrhundertealten Sprachinsel Gottschee. Mit dem Beginn des Umsturzes am 29. Oktober 1918 wurden alle deutschen

Der 1854 errichtete klassizistische Bau des Theaters in Memel. Vom Balkon des Theaters verkündete Adolf Hitler am 23. März 1939 die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich.

Die malerisch am Frischen Haff gelegene Stadt Frauenburg mit ihrem Dom, an dem Nikolaus Kopernikus wirkte.

Das Tannenbergdenkmal zur Erinnerung an den Sieg über mehrere nach Ostpreußen eingefallene russische Armeen im Jahre 1914/1915. Darin bis 1944 das Grabmal des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Der Annaberg, der „Heilige Berg" Oberschlesiens, der am 21. Mai 1921 von deutschen Freiwilligen erstürmt wurde.

Aufschriften, auch in Laibach, beseitigt. Am 31. Oktober erklärte die neugebildete slowenische Regierung das Slowenisch, das vor wenigen Generationen unter österreichisch-deutscher Hilfe überhaupt erst zur Schriftsprache geworden war, zur alleinigen Amtssprache des Landes und verbot die deutschen Ortsnamen. Bis zum 1. Januar 1919 wurden alle deutschstämmigen Beamten entlassen und „der deutschösterreichischen Regierung zur Verfügung gestellt". Mit allen Mitteln und auf allen Ebenen wurde nun slowenisiert und versucht, das Deutsche auszumerzen. In den Schulen wurde Slowenisch alleinige Unterrichtssprache, nur bei wenigstens 40 „echtdeutschen" Kindern in jeder Klasse konnte eine deutsche Abteilung zugelassen werden. In Laibach, wo 1918 nicht weniger als 46 deutsche Schulklassen bestanden hatten, wurde 1936 die letzte geschlossen. Die vorher sehr rührigen deutschen Vereine wurden aufgelöst, ihr Vermögen eingezogen. Viele Wirtschaftsunternehmen mit deutschstämmigen Besitzern wurden „nationalisiert", die deutschen Grundbesitzer durch eine Bodenreform schwer getroffen und deutsche Wohnungen häufig zwangsenteignet. Diese Maßnahmen zur Vernichtung des Deutschtums hatten zur Folge, daß von den rund 28000 Deutschen in Krain vor dem Ersten Weltkrieg schon bis 1921 bereits 12000 ausgewandert waren, meist nach Österreich. In Laibach waren von vorher 6700 bis 1921 nur noch 1700 Deutsche geblieben. Nur die bäuerlichen Siedlungen des Gottscheer Gebietes hielten sich noch weitgehend bis zum Zweiten Weltkrieg unter schweren Bedingungen.

Karpatendeutsche Sprachinseln.
Nach der weitgehenden Madjarisierung bis zum Ersten Weltkrieg brachten der Untergang des Habsburgerreiches und die neuen Entwicklungen für das übriggebliebene Karpatendeutschtum von Preßburg bis zur Karpato-Ukraine eine verstärkte Rückbesinnung auf sein Volkstum und eine nationale Selbstbesinnung mit sich. Im mittelslowakischen Hauerland und in der Zips wurden Erklärungen abgegeben, daß man deutsch sei und bleiben wolle und bei Ungarn zu bleiben gedenke. Diese Pläne und auch Anschlußgedanken etwa der Preßburger an Deutschösterreich wurden hinfällig, als der Slowakische Nationalrat sich am 30. Oktober 1918 für den neuen Staat der Tschechoslowakei entschied und Anfang November tschechische Truppen die ganze Slowakei besetzten, am 1. Januar 1919 auch Preßburg, die frühere Hauptstadt Ungarns, einnahmen. Zunächst konnten die Deutschen in der Slowakei daraus Nutzen ziehen, daß die Tschechen in der ersten Zeit, ganz im Gegensatz zu ihrer Praxis in Böhmen und Mähren, zur Verringerung des madjarischen Einflusses das deutsche Erziehungswesen als das einer viel kleineren Minderheit unterstützten und die Einrichtung deutscher Schulen billigten. Nach Festigung der tschechischen Verwaltung auch in der Slowakei wurde das schon in den frühen zwanziger Jahren zum Leidwesen der Deutschen wieder anders, und von nun an wurde mit allen Mitteln die Erweiterung des deutschen Schulwesens hintertrie-

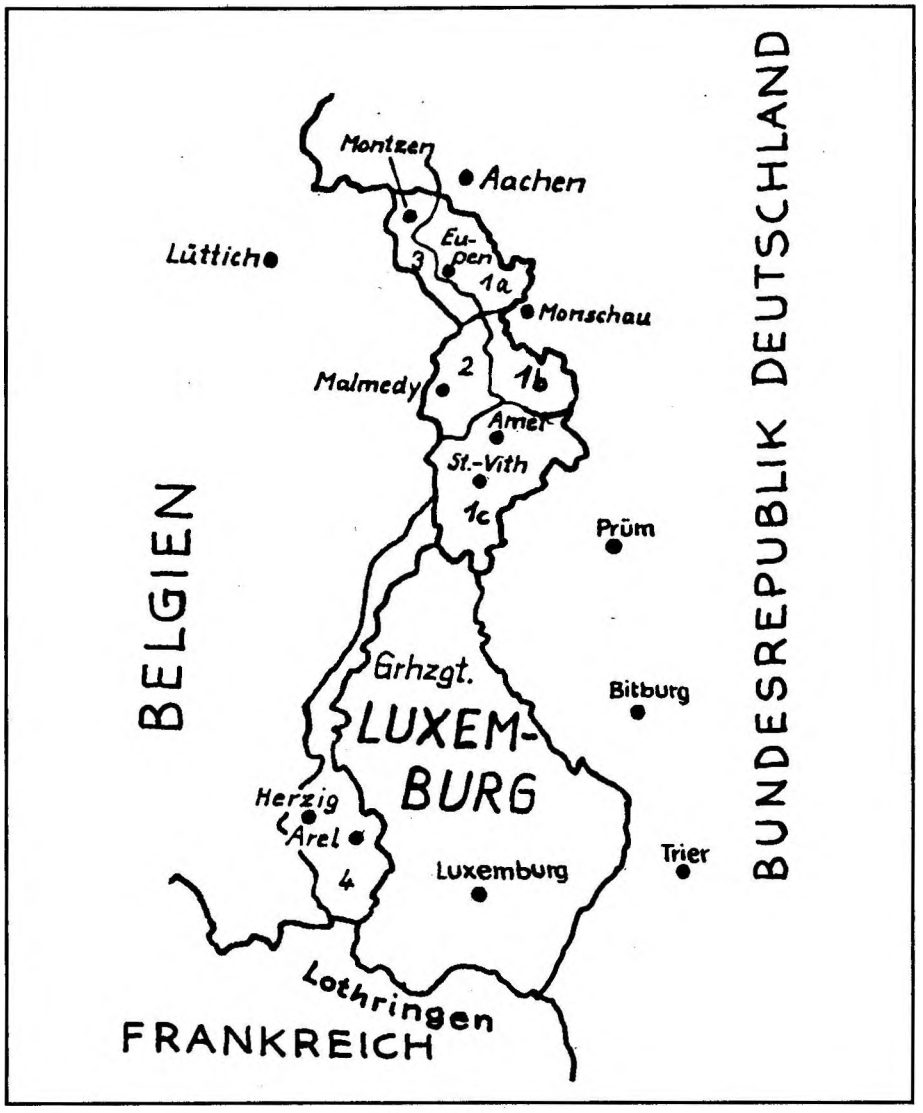
ben, die wegen eines großen Nachholbedarfes und später wegen der Bevölkerungszunahme im Hauerland nötig wurde. Privatunterricht in deutscher Sprache wurde sogar bestraft. In dieser Lage erwarb sich der Deutsche Kulturverband von Prag aus große Verdienste im harten Ringen um deutsche Schulen wie überhaupt um die deutsche Sprache, das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur in den slowakischen Sprachinseln bis hin zur Karpato-Ukraine. Er arbeitete 1938, fast nur auf ehrenamtliche Helfer angewiesen, in der Slowakei und der Karpato-Ukraine in nicht weniger als 108 Ortsgruppen, die im „Karpatengau" zusammengefaßt waren. Dieser Wanderlehrer-, Kultur- und Volkstumsarbeit war es vor allem zu verdanken, daß die jüngere Generation in den Sprachinseln wieder stärker an das Deutschtum herangeführt wurde, nachdem große Teile der älteren noch dem „ungarischen Patriotismus" aus der Zeit der Madjarisierung erlegen waren. Beim langsamen Zerfall der Tschechoslowakei ab 1938 erhielt die etwa 120000 Menschen umfassende deutsche Volksgruppe in der nun autonomen Slowakei, ohne die Karpato-Ukraine, im Oktober 1938 ein eigenes Staatssekretariat unter Franz Karmasin und eine besondere Abteilung im Schulministerium in Preßburg, so daß jetzt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges den deutschen Belangen Rechnung getragen werden und eine Reihe weiterer deutscher Schulen, auch weiterführender, eingerichtet werden konnte. In der Karpato-Ukraine, die in der kurzen Zeit ihrer Autonomie ab Oktober 1938 ihren rund 18000 Volksdeutschen eine Kulturautonomie gewährte, marschierten schon am 15. März 1939 die Ungarn ein und verhinderten dann die weitere Arbeit des Deutschen Kulturverbandes.

Bukowina.

Nachdem die Russen schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges in die Bukowina eingefallen waren und am 2. September 1914 Tschernowitz erobert hatten, war das Land bis zur russischen Revolution mehrfach Kriegsschauplatz, insbesondere eines Kleinkrieges schwacher österreichischer Polizeikräfte gegen die russischen Eindringlinge. Als die Bukowina dann 1918 zu Rumänien kam, optierte die kurz vorher gebildete „Nationalversammlung der Deutschen" des Buchenlandes nach Zusicherung weitgehender Minderheitenrechte und kultureller Autonomie mit Erhaltung der Universität in Tschernowitz auch für Rumänien in der Hoffnung, zusammen mit den zahlenmäßig viel stärkeren Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in diesem Staat einen besseren Rückhalt zu haben. Doch nach einiger Zeit setzte im Schulwesen unter Verletzung der Zusagen eine starke Rumänisierung ein, die sich erst milderte, als Rumänien sich in den dreißiger Jahren dem Deutschen Reich näherte. Die Tschernowitzer Universität verlor viel von ihrer früheren Bedeutung, konnte allerdings deutsche Lehrstühle und auch deutsche Verbindungen halten und damit noch eine wichtige Aufgabe für die rund 75000 Bukowina-Deutschen erfüllen.

Eupen-Malmedy.
Als am 20. September 1920 der Völkerbundrat die bis dahin deutschen Kreise Eupen und Malmedy mit rund 50000 Deutschen auf Grund der Abstimmungsgroteske Belgien zusprach, blieb dieses Gebiet zunächst bis Mai 1925 unter der Herrschaft des diktatorischen belgischen Militärgouverneurs, der die Zweisprachigkeit Deutsch-Französisch in Schulen und Behörden einführte. Die meisten deutschen Beamten und fast alle deutschen Lehrer wurden zur Abwanderung ins Reich getrieben und durch französisch sprechende ersetzt. Das Gebiet wurde kirchlich dem Erzbistum Köln entzogen und dem Bistum Lüttich angeschlossen. Die Lehrerausbildung und die der Priester erfolgte nun vorwiegend französisch. In dem schon seit 1815 abgetrennten deutschsprachigen Gebiet um Montzen im Norden mit 12000 Deutschen und um Arel im Süden mit 35000 Deutschen wurde das Schulwesen nun völlig französisiert. Nach Einführung der Zivilverwaltung 1925 konnten das Volksschulwesen und auch der innere Amtsverkehr im deutschsprachigen Eupen-Malmedyer Gebiet wieder einsprachig deutsch werden. Weitere Erleichterungen für die Deutschen folgten in den dreißiger Jahren, doch wurde das Deutsche nicht als dritte Landessprache Belgiens neben Französisch und Flämisch anerkannt. Trotz schließlich einigermaßen ertragbarer Verhältnisse fand sich die Bevölkerung nicht mit dem erzwungenen Anschluß an Belgien ab, und politische Gruppen und Parteien, die für eine Revision des Versailler Diktates eintraten, wie die „Heimattreue Front", erhielten die Mehrheit der Stimmen, selbst in dem mehrheitlich französisch sprechenden westlichen Gebiet des alten Kreises Malmedy. Als nach mehrfachen Anläufen schließlich Mitte der zwanziger Jahre die Reichsregierung erfolgreich mit Belgien über die Rückgabe von Eupen-Malmedy verhandelt hatte, verhinderte Frankreich den Vollzug, um nicht einen Teil des Versailler Vertrages zu ändern. Am 25. August 1926 beschloß der belgische Ministerrat, Eupen-Malmedy auch bürgerlich-rechtlich und handelsrechtlich an Belgien anzuschließen, da die Verhandlungen mit Deutschland als gescheitert anzusehen seien. Die Reichsregierung erkannte die Abtretung nicht an und setzte sich weiterhin für eine Änderung ein.

Elsaß-Lothringen.
Gleich nach dem Waffenstillstand besetzten französische Truppen 1918 Elsaß-Lothringen. Allein aus dem Elsaß wurden rund 150000 Deutsche vertrieben. Die von den Deutschen nach 1871 gegenüber der französischen Minderheit im Reichsland geübte Tolerenz in bezug auf die französische Sprache und das Schulwesen wurde nun der weitaus überwiegenden deutschen Mehrheit nicht gewährt. Schule und Amtswesen wurden konsequent französisiert. Am 15. Januar 1920 wurde Französisch als Unterrichtssprache an allen Volksschulen in Elsaß-Lothringen angeordnet. Gegen die deutsche Sprache, die Muttersprache von über 85 Prozent der Landeskinder, begann ein systematischer Kampf



Deutschbelgien

1. Seit 1963 anerkanntes deutsches Sprachgebiet. Kantone Eupen (1a), Malmedy, deutscher Teil (1b), St. Vith (1c).
2. Wallonisch anerkannter Teil des Kantons Malmedy
3. Montzener Gebiet
4. Areler Gebiet

von staatlicher Seite. Kennzeichnend für diese Unterdrückung des Deutschen waren die Äußerungen des französischen Akademiedirektors und Leiters des Schulwesens im Elsaß: „Jeden Tag ein Wort Französisch lernen und ein Wort Deutsch vergessen!"
Das zentralistische Frankreich zerstörte zudem die regionalen und in der deutschen Zeit von unten nach oben gewachsenen eigenständigen Einrichtungen des Elsaß und Lothringens und band das Land fest an die Pariser Zentrale. Der Eigenartigkeit und Besonderheit des Landes und seiner kulturellen Entfaltung tat das großen Abbruch. Nur als der französische Staat um 1924 auch die Sonderrechte der beiden Kirchen beschneiden wollte und Pariser Politiker dazu ansetzten, das alte Konkordat aufzuheben, leisteten beide Kirchen mit Unterstützung des Volkes dagegen solchen Widerstand, daß Paris zurückstecken mußte und beide Bekenntnisse auch weiterhin im Gegensatz zum übrigen Frankreich als Staatskirchen anerkannt blieben. Wie in früherer Zeit erwies sich hier die Kirche als Verteidiger des Volkstums.
Gegen die entdeutschenden und zentralistischen Maßnahmen erwuchs erheblicher Widerstand im Lande. Ein Heimatbund wurde gegründet. Bestrebungen nach Autonomie wurden stärker. Nach 1933 wurden die Autonomisten unberechtigt von Frankreich der Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalsozialisten verdächtigt. 1939 wurden viele Elsässer dieser Heimatrechtsbewegung verhaftet und nach Nancy, später nach Südfrankreich deportiert. Dr. Karl Roos, seit 1926 einer der führenden Autonomisten, wurde unter der falschen Anschuldigung, Spion für Deutschland zu sein, von einem französischen Kriegsgericht verurteilt und am 28. Oktober 1939 in Nancy erschossen.

Baltikum.
Nach der Vertreibung der Russen aus Estland und Lettland und der Unabhängigkeitserklärung der baltischen Staaten 1919/1920 kehrten die meisten geflohenen Baltendeutschen in ihre Heimat zurück. Durch eine Bodenreform wurde der Großgrundbesitz enteignet, und damit verlor der bis dahin führende deutsche Adel seine wirtschaftliche Grundlage. Ergänzend wurden Ritterschaften und Gilden aufgehoben und dadurch die Stände abgeschafft, die seit der Ordenszeit das Land politisch vertreten hatten. Die Deutschen sammelten sich dadurch noch mehr in den Städten, wobei ein Teil aus wirtschaftlichen Gründen zum Berufswechsel oder zur Auswanderung gezwungen wurde.
Die Deutschen, die nun aus ihrer vorher politisch leitenden Rolle in die einer Minderheit geraten waren, erreichten bald die Anerkennung besonderer Rechte und konnten fast ungehindert Volkstumsarbeit leisten. In Lettland erreichten sie schon 1919 eine Schulautonomie mit einer „Verwaltung des deutschen Bildungswesens" beim zuständigen Ministerium. Im Jahre 1921 konnten sie mit dem Herder-Institut eine private deutsche Hochschule gründen, die 1927 staatlich anerkannt wurde. In Estland trat 1925 eine vorbildliche Minderheiten-

gesetzgebung, maßgebend von den Deutschen gestaltet, mit einer Kulturselbstverwaltung in Kraft. In Dorpat wurde 1931 das deutsche Theologisch-Philosophische Luther-Institut eröffnet. Seit 1920 wirkte der „Verband deutscher Vereine in Estland", in Lettland seit 1923 die „Zentrale deutsch-baltischer Arbeit", die ab 1928 den Namen „Deutsch-baltische Volksgemeinschaft" trug. Auch am parlamentarischen Leben konnten die Deutschen Estlands in der „Deutsch-baltischen Partei", in Lettland in mehreren deutschen Parteien teilnehmen, die sich im „Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien" zusammengeschlossen hatten. Seit Mitte der dreißiger Jahre übte das wieder aufblühende Deutsche Reich eine starke Anziehungskraft zur Auswanderung besonders auf die jüngere Generation aus, bis es 1940 zur zweiten großen Auswanderung der Baltendeutschen vor den Russen ins Reich kam.

Separatisten in Westdeutschland

Mit dem Sturz des Kaiserhauses und dem Ausfall der Reichsgewalt machten sich ab 1918 separatistische Kräfte bemerkbar, die in Westdeutschland eine autonome Republik gründen oder diese Gebiete für Frankreich und Belgien abtrennen wollten. Erst 1924 und endgültig nach dem französischen Abzug aus dem Ruhrgebiet im Juli 1925 konnten derartige Bestrebungen als gescheitert angesehen werden. Zumeist hatte die Bevölkerung von sich aus härtesten Widerstand gegen diese den Besatzungsmächten zuarbeitenden Landesverräter geleistet und solche Pläne zum Scheitern gebracht. Der schon in Kärnten und Oberschlesien hervorgetretene Hans Steinacher hatte auch ausschlaggebenden Anteil an dieser Verteidigung westdeutschen Landes.
Nach der Abtrennung Elsaß-Lothringens, des Saarlandes, Luxemburgs und des Gebietes von Eupen-Malmedy standen Frankreich und Belgien weit auf deutschem Boden und hatten in den rechtsrheinischen Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz wie später im ganzen Ruhrgebiet weitere Teile Deutschlands außer dem ganzen linksrheinischen Bereich besetzt, in dem die den Franzosen hörigen und von ihnen bezahlten Separatisten wirken konnten. Erst Mitte der siebziger Jahre kam heraus, daß nach Vorgesprächen im April 1918 sich die „Kölnische Volkszeitung", das Blatt der rheinischen Zentrumspartei, schon Anfang Juni 1918 gegenüber dem französischen Kriegsministerium für die Zahlung von einer Million Reichsmark dazu verpflichtete, in Zukunft für Frankreichs Forderungen auf Elsaß-Lothringen und den Abfall der Rheinlande von Preußen und vom Reich zu wirken. Unter dem Schlagwort „Los von Berlin", wo „der deutschen Rasse fremde Elemente . . . ihr Unwesen treiben", setzte sich die Zeitung der rheinischen Klerikalen, bis Kriegsende vorsichtig, dann ganz offen, dafür ein, „daß die Länder am Rhein, zunächst Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau und die Pfalz in sich die . . . Kraft fühlen, um eine selbständige Rheinische Republik zu bilden".

Im Amtszimmer des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer wurde am 9. November 1918 von Kreisen des Zentrums und der „Kölnischen Volkszeitung" ein Ausschuß gegründet, der die Trennung von Preußen vorantreiben sollte. Dieser ließ auf einer Kundgebung am 4. Dezember 1918 von 5000 Teilnehmern eine Entschließung verabschieden, „daß sie an der Bildung eines neuen deutschen Staates zu arbeiten beabsichtigen, der das Rheinland und Westfalen umfassen würde". Am selben Tage hatte die „Kölnische Volkszeitung" dazu geschrieben: „Nur eine Lösung gibt es aus der Not, ... nämlich die baldige Proklamation einer Rheinischen Republik." Auf weiteren Zusammenkünften vertrat Adenauer die Auffassung, „daß die Rheinisch-Westfälische Republik" kommen müsse, und er lud kurz vor dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 alle im Rheinland gewählten Abgeordneten zu sich ins Kölner Rathaus ein, um sie dafür zu gewinnen, das rechts- und linksrheinische Gebiet „zu einer Westdeutschen Republik" zusammenzuschließen. Auch bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles setzte er sich später durch persönliches Erscheinen für den neuen Staat am Rhein ein.

Gleichzeitig gründete der Staatsanwalt Dr. Dorten, von den Franzosen mit 250 000 Francs unterstützt, in Wiesbaden einen Arbeitskreis, um aus Nassau und Rheinhessen eine „Rheinische Republik" zu gründen. Die Franzosen drängten darauf, vor Ende der Versailler Friedensverhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Doch die für den 24. Mai 1919 geplante Proklamation des neuen Staates unterblieb, da die englische und amerikanische Besatzungsspitze davon erfuhren und sich dagegen wandten. Auch im Juni 1919 scheiterte ein weiterer Putschversuch Dortens an wenigen beherzten reichstreuen Beamten. Dorten gründete eine Rheinisch-Republikanische Volkspartei und gab von Koblenz aus separatistische Zeitungen mit Frankreichs Hilfe heraus.

Als Anfang April 1920 deutsche Reichstruppen zur Beendigung des blutigen Spartakistenterrors in das Ruhrgebiet einmarschiert waren und die Aufständischen vertrieben hatten, nahm Frankreich das zum Vorwand, um mit der Begründung, Deutschland habe vertragswidrig Truppen in die neutrale Rheinlandzone geschickt, am 6. April 1920 Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Höchst mit ihrem Umland zu besetzen. Über das ganze Gebiet wurde der Belagerungszustand verhängt, und es kam zu zahlreichen Zusammenstößen mit der über diese Willkürmaßnahmen empörten Bevölkerung. Mit den Franzosen kamen die Separatisten, um auch im neubesetzten Gebiet an Boden zu gewinnen, allerdings ohne Erfolg.

In einer weiteren Willkürmaßnahme marschierten Franzosen und Belgier am 10. Januar 1923 kriegsmäßig in das Ruhrgebiet ein, das sie bis zum Juli 1925 besetzt hielten. Im Februar 1923 wurden dazu noch am Oberrhein die rechtsrheinischen Brückenköpfe in Kehl, Offenburg und Appenweier von französischen Truppen besetzt. Der von der Reichsregierung gegen die Herrschaft der meist farbigen Besatzungstruppen ausgerufene passive Widerstand wurde von

der Bevölkerung auch unter großen Opfern einmütig befolgt und bis zum Abbruch durch eine neue Berliner Regierung im September 1923 durchgehalten. Während dieser Zeit wurden im Ruhrgebiet über 130 Deutsche getötet und Hunderte verletzt, mehrere, wie Albert Leo Schlageter, der durch Brückensprengung die Kohlentransporte nach Frankreich unterbinden wollte, von französischen Militärgerichten zum Tode verurteilt und erschossen, Tausende gefangengesetzt, zu langjährigem Kerker verurteilt und in berüchtigte Strafanstalten in Frankreich überführt sowie mehr als 150 000 Menschen, vor allem Beamte, aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Reichskanzler Stresemann klagte in seiner Erklärung vom 26. September 1923 zum Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet an: „Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen. Hunderte schmachten noch in den Gefängnissen."

Während der Besetzung des Ruhrgebietes und der dadurch unterdrückten nationalen Kräfte konnten sich die separatistischen Bestrebungen weiter entfalten, und Franzosen und Belgier förderten sie mit allen Mitteln. Josef Matthes hatte einen „bewaffneten Rheinlandschutz" als Truppenverband der Separatisten gegründet, der von den Besatzungstruppen bewaffnet worden war und dem ein Pole vorstand. Die Besatzer bedienten sich dieser Kreise und opportunistischer Elemente, um den passiven Widerstand der reichstreuen Bevölkerung zu brechen. Dorten fuhr im Februar 1923 nach Paris, wurde dort groß gefeiert, und man machte dann mit Regierungsstellen aus, daß am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, das Ruhrgebiet und das Rheinland sich vom Reich lostrennen sollten.

Die auch durch Unruhen in anderen Landesteilen geschwächte Reichsregierung beauftragte angesichts dieser Entwicklung den in Frankfurt studierenden Hans Steinacher telegraphisch mit dem Aufbau einer Gegenbewegung gegen die Separatisten im Rheinland, und dieser nahm sofort an. Er wurde nun zur Seele des deutschen Widerstandes gegen die reichsfeindlichen Kreise wie Jahre vorher schon in Kärnten und Oberschlesien. Unter immer wechselnden Namen bearbeitete er im Sommer 1923, von den Besatzungstruppen fieberhaft gesucht, das ganze nördliche Rheinland und baute in Verbindung mit reichstreuen Verwaltungsstellen ein Netz von Vertrauensleuten auf. Die für den 26. August in Münchengladbach angesetzte erste große gemeinsame Kundgebung der auf Frankreichs Druck vereinigten Separatistenparteien und- gruppen sprengte er, indem er am Vorabend in der ganzen Stadt Zettel verteilen ließ: „Was bedeutet Separatismus? Lösung des Rheinlandes von Preußen und Reich! Volks- und Hochverrat! Wirtschaftliche Verkrüppelung! Ewige Schande für unseren deutschen Namen! Männer und Frauen, seid morgen ab 12 Uhr an der Kaiser-Friedrich-Halle! Wir wollen diejenigen feststellen, die an unserem Vaterland

Verrat üben, weil es sich in Not befindet!" Und Tausende kamen. Sie bereiteten den in Sonderzügen aus dem Rheinland in die Stadt kommenden Separatisten einen herzhaften Empfang, daß sie sehr zerschunden in heilloser Flucht die Stadt schnellstens wieder verließen. Ihr ebenfalls „leicht beschädigter" Anführer Dr. Dorten war gar nicht zu Wort gekommen und mußte von belgischer Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, vor dem Volkszorn geschützt werden. Viele Ausweisungen, auch die des Oberbürgermeisters der Stadt, waren die Folge. Im September 1923 gelang es Steinacher auf ähnliche Weise, in Trier und Bonn große Kundgebungen der Separatisten nicht zustande kommen zu lassen.

Als der schwankend eingestellte Düsseldorfer Oberbürgermeister Steinachers Hilfe bei der Verhinderung einer für den 30. September 1923 in seiner Stadt geplanten Großkundgebung des Rheinlandschutzes ablehnte, blieben die Bürger zu Hause, und Düsseldorf glich einer „toten Stadt". Doch die zusammengekommenen 5000 bewaffneten Separatisten provozierten die Polizei durch Schußwaffengebrauch so sehr, daß diese schließlich eingriff und die wild um sich schießenden Demonstranten zum Bahnhof abdrängte. Daraufhin ging starke französische Kavallerie gegen die preußische Polizei vor, die sich befehlsgemäß gegen die Besatzungstruppen nicht wehrte. Unter deren Schutz fielen die wieder mutig gewordenen Separatisten über die nun wehrlos gemachte Polizei her und richteten sie gräßlich zu: zehn Tote und mehr als 70 Verletzte blieben zurück, und anschließend kam es zu zahlreichen Verhaftungen und Mißhandlungen deutscher Polizisten durch die Franzosen. Die Separatisten jubelten über den ersten „Sieg", der französische Oberkommissar in Koblenz empfing Dorten und Matthes und lobte sie, und man beschloß dort, nun am 18. November die Rheinische Republik auszurufen. In Paris wurde bereits rheinisches Geld gedruckt.

Mißgunst zwischen einzelnen Separatistenführern sowie zwischen den Franzosen und Belgiern führte dann dazu, daß Leo Deckers unter belgischem Schutz überraschend bereits am 21. Oktober 1923 in Aachen einen Putsch unternahm. Morgens hingen in der ganzen Stadt Plakate mit der Aufschrift: „Rheinländer, die Rheinische Republik ist da! Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Rheinische Republik anerkannt!" Überall waren die rot-weiß-grünen Separatistenfahnen aufgezogen, und über die ganze Stadt war der Belagerungszustand verhängt worden.

Hans Steinacher, der gerade von auswärts nach Köln zurückgekehrt war, ließ sich von den Spitzen des ratlosen Regierungspräsidiums mit allen Vollmachten sofort nach Aachen schicken. Dort traf er eine schon in ihr Schicksal ergebene Ratsherrenversammlung an, die dem Ultimatum der Separatisten nachgeben wollte. In letzter Stunde konnte Steinacher einen Beschluß überhaupt verhindern, den Bürgermeister von Verhandlungen mit den Separatisten abhalten und die Polizei von der Kapitulation im belagerten Polizeipräsidium abbringen. Da

der Polizeipräsident zu den Putschisten übergelaufen war, setzte Steinacher einen neuen ein und rief durch gedruckte Handzettel die empörte Bevölkerung zu einer Demonstration um 17 Uhr in den Straßen der Stadt auf: „Männer und Frauen von Aachen! Nichtswürdige Lumpen wollen in unserer ehrwürdigen Stadt die Rheinische Republik ausrufen. Alles bis heute 5 Uhr nachmittags auf die Straßen! Es geht um unsere Ehre und Zukunft! Bekennt Euch zu Reich und Staat!"

Nachmittags füllten viele Tausende die bis dahin leeren Straßen. Nach einiger Zeit wurde die erste Separatistenfahne heruntergeholt und bald darauf das Hauptquartier der sich durch Schüsse verteidigenden Putschisten gestürmt, wobei die meisten dem Volkszorn zum Opfer fielen. Polizei und Belgier griffen nicht ein. Am anderen Morgen wurde das Rathaus durch die städtische Feuerwehr von den Separatisten gesäubert. Von auswärts inzwischen herangeeilte Verstärkung der Separatisten konnte zwar, nun auch mit belgischer Hilfe, ihre bedrängten Genossen im Aachener Regierungsgebäude entsetzen, wobei es mehrere Todesopfer gab, doch schließlich gingen auch die Belgier, inzwischen durch scharfen englischen Protest in Brüssel gegen den Putsch beeindruckt, gegen die Separatisten vor und schoben die bewaffneten Banden in das südlichere französische Gebiet ab. Aachen war wieder frei. Ähnlich erging es in diesen Tagen mehreren rheinischen Städten, wo es vor allem in Krefeld zu schweren Zusammenstößen kam, als sich die preußische Polizei zwei Tage lang im Rathaus gegen die Rheinlandschutzbanden verteidigte, bis sie von belgischen Truppen entwaffnet wurde.

Kurz nach dem Aachener Putsch hatte der von den Franzosen unterstützte Dorten mit Matthes am 22. Oktober 1923 unter dem Schutz farbiger Besatzungssoldaten in Bonn, Mainz und Wiesbaden ebenfalls die „Rheinische Republik" ausgerufen. Als in einigen Städten, wie in Andernach am 24. Oktober, wo zunächst die deutsche Polizei die Aufständischen vertrieb, oder in Koblenz, wo die Bevölkerung die Separatisten wieder aus dem Schloß warf, oder in Bonn, wo die Menge sie aus dem Rathaus prügelte, die Putschisten zunächst nichts erreichten, gingen französische Truppen gegen die deutsche Polizei und die reichstreuen Bürger vor und setzten ihre Marionetten wieder ein. Bis Ende Oktober waren so eine Reihe von Städten wie Düren, Koblenz, Bingen, Wiesbaden, Trier und Worms in den Händen der Reichsfeinde, die sich nach ihrer „Machtübernahme" schon als Sieger fühlten.

Doch Steinachers Erfolge in den größeren Städten hatten sich schon herumgesprochen und fanden vielfach Nachahmung. In den kleineren Orten, wohin die Franzosen nicht so schnell kommen konnten, wurden die Separatisten vertrieben. Als über 1500 bewaffnete Rheinlandschützer von Aegidienburg bei Honnef aus die Dörfer im Siebengebirge einnehmen und plündern wollten, lieferten ihnen die dortigen Bauern am 15. und 16. November 1923 eine regelrechte Schlacht, daß die Banden mit blutigen Köpfen und unter Zurücklas-

sung von 14 Toten flüchten mußten und französische Truppen anschließend das Gebiet besetzten. In der folgenden Woche erhoben sich die Dörfer der Eifel und die kleinen Städte des rheinischen Schiefergebirges; mehrere tausend Bauern stürmten die Stadt Wittlich und vertrieben in echtem Volkszorn die Separatisten. Daraufhin mußten die Franzosen ihre Bemühungen im Rheinland als gescheitert ansehen, sie lösten die „Rheinische Republik" um Dorten und Matthes auf und verlegten die restlichen Banden des Rheinlandschutzes in die Pfalz.

Hier hatte der am 31. März 1923 von den Franzosen ausgewiesene Regierungspräsident inzwischen einen reichstreuen Selbstschutz aufgebaut. Schon am 1. Juni 1923 hatten Ludwigshafener Arbeiter den Versuch, in Speyer eine „Freie Pfalz" auszurufen, durch Besetzung der Regierungsgebäude verhindert; auch ähnliche französisch unterstützte Versuche scheiterten in den anschließenden Monaten. Im November waren die wichtigsten Städte der Pfalz dann unter dem Schutz der Besatzungstruppen von Separatisten besetzt worden. Nach mehreren vergeblichen Anläufen rief Anfang November 1923 Franz Joseph Heinz aus dem pfälzischen Orbis die „Autonome Regierung der Pfälzischen Republik" in Speyer aus und übte in der Folgezeit von dort eine Terrorherrschaft aus. Am 2. Januar 1924 gelang ihm die Anerkennung seiner Regierung und „freien Republik" durch die Rheinlandkommission der Alliierten, allerdings gegen den Einspruch Englands. Als er am Abend des 9. Januar 1924 in Speyer von jungen Münchener Freiheitskämpfern beim Abendessen im Hotel niedergeschossen wurde, fand eine für die Pfalz bedrohliche Entwicklung ihr Ende. Sein Nachfolger konnte auch durch schärfere Unterdrückungsmaßnahmen die Bevölkerung nicht für sich gewinnen. Auslösendes Ereignis für die endgültige und schnelle Vertreibung der Separatisten aus der Pfalz wurde Anfang Februar 1924 ein Vorfall in Pirmasens. Der Herausgeber der wegen ihrer reichstreuen Haltung von den Separatisten verbotenen „Pirmasenser Zeitung" wollte trotz hoher Strafandrohung sein Blatt wieder erscheinen lassen. Am 12. Februar 1924 versammelte sich daraufhin eine über den Terror der Separatisten erboste Volksmenge vor dem Verlagsgebäude der Zeitung in der Pirmasenser Innenstadt, protestierte gegen die mit vielen Plünderungen verbundene Willkürherrschaft und forderte schließlich den im nahen Bezirksamt sitzenden, durch seine Unterdrückungsmaßnahmen berüchtigten Bezirkskommissar der Speyrer „Regierung" zum sofortigen Abzug auf, was dieser lachend ablehnte. Am Abend begann die erregte Volksmenge, durch viele Arbeiter inzwischen verstärkt, das Bezirksamt zu stürmen, von wo sich die Separatisten mit Schußwaffen und Handgranaten verteidigten. Als dadurch mehrere Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung entstanden waren, kannte der Volkszorn keine Grenzen mehr. Mit Hilfe der städtischen Feuerwehr wurde das ganze Bezirksamt in Brand gesteckt, und die daraus Flüchtenden wurden größtenteils umgebracht, ohne daß die französische Polizei einzugreifen wagte oder Truppen zum Entsatz kamen.

Noch in derselben Nacht sprang der Funke des offenen Widerstandes gegen die verhaßte Separatistenherrschaft auf die ganze Pfalz über. Wo die Separatisten nicht sofort die Städte verlassen hatten, wurden sie noch vor Morgengrauen von erbosten Bürgern aus den Häusern geholt und unsanft davongejagt. Dann einsetzende Strafmaßnahmen der Franzosen, vor allem in Pirmasens mit Verhaftung vieler Bürger, die teilweise in Ketten gelegt nach Mainz geschafft wurden, konnten am Gesamtergebnis nichts mehr ändern: die Separatisten hatten jegliches Ansehen verloren, auch im Ausland, und am 15. Februar mußte die Speyrer Regierung zurücktreten. Die Franzosen hatten eingesehen, daß sie durch ehrvergessene deutsche Spießgesellen westdeutsches Land nicht zur Abtrennung vorbereiten konnten. Nur in dem ab Januar 1925 durch eine Zollgrenze widerrechtlich gegen das übrige Deutschland abgetrennten Saargebiet, das wirtschaftlich nun noch stärker an Frankreich angeschlossen wurde, konnten sich die Separatisten unter französischem Schutz noch bis zur Abstimmung im Jahre 1935 halten.
Nahezu ganz auf sich allein gestellt und ohne Hilfe aus dem schwer ringenden Reich hatte die westdeutsche Bevölkerung somit in den jeweiligen Gebieten allen reichsfeindlichen Bestrebungen eine deutliche Abfuhr erteilt. Der französische Ministerpräsident Poincaré mußte das völlige Scheitern der auf weitere Abtretungen abzielenden Pariser Politik zugeben und sprach vom „miracle du Rhin", vom Wunder am Rhein.

AUFHEBUNG DER ABTRETUNGEN VON VERSAILLES

In den Jahren von 1935 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 wurden als Ereignis von Abstimmungen oder auf Grund der politischen Entwicklung in Verträgen mit den betroffenen Staaten und teilweise unter Mitwirkung der Siegermächte des Ersten Weltkrieges einige der in Versailles erzwungenen Abtretungen deutscher Landschaften rückgängig gemacht. Die Rückgliederungen erfolgten jeweils nicht nur mit dem Willen, sondern auch mit der begeisterten Zustimmung fast der gesamten Bevölkerung dieser Gebiete. Sie wurden auch völkerrechtlich anerkannt, bis auf unbedeutende Proteste, etwa den Mexikos gegen den Österreich-Anschluß, nicht bestritten und somit voll wirksam.
Während die Anschlüsse vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges somit auch völkerrechtlich gültig erfolgten, können gegen die ab September 1939 vorgenommenen Rückgliederungen weiterer Versailler Abtretungsgebiete völkerrechtliche Bedenken erhoben werden, obwohl nach dem Selbstbestimmungsrecht, der Volkszugehörigkeit und dem Recht jahrhundertealter Geschichte die

deutschen Ansprüche auf diese Gebiete klar und eindeutig offenlagen. Völkerrechtliche Mängel bei der Behebung der damaligen Unrechtslage begründen nicht die Wiedereinführung und Beibehaltung des damaligen Unrechtszustandes, sondern sollten in einem freien Europa schnellstens auf der Grundlage des sonst in aller Welt vertretenen Selbstbestimmungsrechtes der Völker behoben werden. Die von den Siegern des Zweiten Weltkrieges später in Potsdam 1945 zuungunsten Deutschlands willkürlich festgesetzten „Grenzen Deutschlands vom 31. Dezember 1937" schufen völkerrechtlich keinen neuen Tatbestand.

Die Saar-Abstimmung 1935

Nach dem Weltkrieg hatten sich französische Wirtschaftskreise mit dem Erwerb des Industriegebiets von Lothringen nicht zufrieden gegeben, sondern erstrebten auch den Besitz des Saarlandes und des Ruhrgebietes. Kennzeichnend für diese Bestrebungen war es auch, daß mit französischen Kriegsgerichten gegen deutsche Industrielle vorgegangen wurde, damit sie ihre Werke französischer Beteiligung öffneten. So wurde der dazu nicht bereite Großindustrielle Robert Röchling aus dem Saargebiet, der schon im Dezember 1918 verhaftet worden war, am Weihnachtsabend des Jahres 1919 in Amiens zu zehn Jahren Kerker und zehn Millionen Francs Geldstrafe verurteilt. Hermann Röchling erhielt in Abwesenheit dieselbe Strafe. Doch sie beugten sich nicht und erhielten ihren Völklinger Besitz deutsch.
In Versailles hatte sich Frankreich nicht nur „den vollen und uneingeschränkten Besitz aller Kohlenlager innerhalb der Grenzen des Saarbeckens" verschafft, sondern auch „zur Sicherung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung sowie zur Regierung des Gebietes" die Abtretung des Saarlandes an den Völkerbund durchgesetzt. In den Friedensbedingungen war für 1935 eine Volksabstimmung darüber festgelegt worden, ob das Saargebiet dann weiterhin beim Völkerbund bleiben oder mit Frankreich oder wieder mit Deutschland vereinigt werden sollte. Für die Zwischenzeit hatte sich Frankreich eine Reihe wichtiger Rechte gesichert, um in dem vorher rein deutschen Land seinen Einfluß zur Französisierung ausnutzen zu können. Das ganze Saargebiet wurde sofort „dem französischen Zollsystem unterworfen" und 1925 noch stärker wirtschaftlich nach Frankreich eingegliedert. „Der Umlauf französischen Geldes" durfte „in keiner Weise verboten oder eingeschränkt werden". Ein eigener Zivil- und Strafgerichtshof wurde als Berufungsinstanz eingesetzt. Besonders wichtig für die französischen Bestrebungen wurde §14 der Anlage zu den Bestimmungen des Friedensdiktates über das Saarland: „Der französische Staat kann jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder dieses Personals gründen und unterhalten und den Unterricht in

diesen Schulen in französischer Sprache erteilen lassen. Die Lehrpläne und Lehrer kann er selbst bestimmen. Desgleichen kann er Krankenhäuser, Apotheken, Arbeiterhäuser und Gärten und andere Wohlfahrts- und Unterstützungseinrichtungen gründen und unterhalten." Über das Erziehungs- und Wohlfahrtswesen sollte so die Bevölkerung für Frankreich gewonnen werden.
Insbesondere durch wirtschaftliche Vorteile bei den französischen Schulen, durch finanzielle Begünstigungen und das Abholen mit Autobussen versuchten die Franzosen, deutsche Kinder, vor allem aus den unteren Schichten, für ihre Schulen zu gewinnen und sie in ihrem Sinne zu erziehen. Dagegen wehrten sich die Deutschen, setzten sich für den Besuch der deutschen Schulen ein und richteten eine Organisation von fahrbaren Volksbüchereien auch für die Landbevölkerung zur kulturellen Betreuung in deutschem Sinne ein. Die franzosenfreundliche Regierungskommission des Völkerbundes versuchte daraufhin sogar, gerichtlich die Werbung für deutsche Schulen zu unterdrücken. Als der Drucker und die Verteiler eines Flugblattes für die deutsche Schule angeklagt wurden und abgeurteilt werden sollten, meldete sich der angesehene Kommerzienrat und Großindustrielle Hermann Röchling als „Verfasser" dieses Flugblattes. Er wurde tatsächlich angeklagt, mußte aber in einem große Wellen schlagenden Prozeß in Saarbrücken und Saarlouis, bei dem ihn Rechtsanwalt Dr. Ney verteidigte, am 20. Februar 1934 in den entscheidenden Anklagepunkten freigesprochen werden.
Zu dem Druck der Franzosen und der sie sehr parteiisch unterstützenden Völkerbundsbehörden auf die deutsche Bevölkerung trat auch das Wirken deutscher Separatisten, die auf die endgültige Abtrennung des Saarlandes von Deutschland hinarbeiteten, besonders als ähnliche Bestrebungen im Rheinland und in der Pfalz Anfang der zwanziger Jahre zusammengebrochen waren. Verstärkt vereinigten sich nun die von Frankreich sehr geförderten Bemühungen der Separatisten auf das Land an der Saar. Doch geschlossen leistete die Bevölkerung, auch die einfachen Arbeiterschichten, diesen Bestrebungen Widerstand und ließ sich in ihrer Volkstreue auch durch materielle Versprechungen nicht wankend machen.
Diese eindeutige Haltung der Saarländer für Deutschland drohte erst im Vorfeld der kommenden Abstimmung ab 1932 geschwächt zu werden, als nach dem Sturz der Regierung Brüning im Deutschen Reich durch Papen, Schleicher und schließlich Hitler rechte Regierungen zur Macht gekommen waren, die gegen SPD und KPD eingestellt waren. Als diese Parteien und die Gewerkschaften dann 1933 in Deutschland verboten wurden und viele ihrer Angehörigen ins Saarland flohen, darunter auch Wilhelm Pieck, wandten sich an der Saar Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Wiedereingliederung nach Deutschland und setzten sich für die „Status-quo"-Bewegung ein, die auch für die Zukunft die Selbständigkeit des Saargebietes unter Völkerbundsaufsicht in wirtschaftlicher Anlehnung an Frankreich erstrebte. Die Arbeiter an der Saar, die bei den Wahlen

am 13. März 1932 die Kommunisten als zweitstärkste Partei noch vor den Sozialdemokraten in den Saarbrücker Landtag gewählt hatten, wurden so von ihren Funktionären unter dem Motto „Schlagt Hitler mit dem Status-quo" gegen Deutschland beeinflußt. Frankreich und die Separatisten förderten die Marxisten und versuchten auch auf diese Weise, die Bevölkerung von ihrer bisher einmütigen Einstellung für den Anschluß an „Hitlerdeutschland" abzuwenden.

Angesichts dieser Entwicklung wurde es von ausschlaggebender Bedeutung, daß das saarländische klerikale Zentrum als stärkste Partei des Landes sich nach anfänglichen inneren Richtungskämpfen für den Anschluß an das Reich entschloß und am 15. Juli 1933 mit der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkspartei und den Nationalsozialisten im Saargebiet die „Deutsche Front" gründete. Leiter dieser Vereinigung wurde der Generalsekretär des Zentrums an der Saar, das sich im Herbst 1933 wie die anderen deutschen Parteien außer der NSDAP auflöste. Im Oktober 1933 vereinigten sich auch 13 Arbeitnehmerverbände zur „Deutschen Gewerkschaftsfront Saar" und arbeiteten für den Anschluß an Deutschland.

Teile des saarländischen Zentrums waren mit der Selbstauflösung ihrer Partei und dem nationalen Kurs nicht einverstanden. Ihr Wortführer Johannes Hoffmann, im März 1934 als Chefredakteur des Zentrumsblattes „Saarbrücker Landeszeitung" wegen seines separatistischen Kurses entlassen, wurde kurz darauf Chefredakteur der von den Franzosen neugegründeten und finanzierten „Neuen Saarpost". Darin setzte er sich für den Status quo ein und versuchte den Eindruck zu erwecken, als stünde die im Saarland einflußreiche katholische Kirche hinter dieser Haltung. Dagegen verwahrte sich die Kirche öffentlich, und Bischof Bornewasser erklärte am 29. Juli 1934 vor 50 000 katholischen Jugendlichen des Saarlandes sehr deutlich: „Es geht ein Zug der Unwahrhaftigkeit durch die Welt! ... Katholische Jugend, wenn dir einer sagt, dein Bischof stünde zu einer jüngst gegründeten neuen saarländischen Zeitung, dann sage ihm im Namen deines Bischofs: Du bist ein Lügner! Und wenn Freunde dieser neuen Zeitung dir sagen: Unser Bischof denkt wie wir, er sagt es nur nicht, oder gar, er darf es nicht sagen, dann sag ihm: Du bist schlimmer als ein Lügner, du bist ein Verleumder!" Als Hoffmann dennoch in seiner Zeitung sich weiter auf die Kirche bezog und so die Gläubigen verunsicherte, wandten sich die katholischen Dechanten des Saarlandes in einer feierlichen Erklärung am 31. Dezember 1934 kurz vor der Abstimmung scharf gegen diese Unterstellung und stellten öffentlich fest: „Die unterzeichneten Dechanten als Vertreter der Geistlichkeit erklären hiermit, daß diese Behauptungen (sie seien für den Status quo) durchaus nicht den Tatsachen entsprechen. Gemäß dem Erlaß der hochwürdigsten Bischöfe von Trier und Speyer vom 12. November 1934 betrachten wir Geistliche die Liebe und Treue zu unserem Volk und Vaterland für uns und unsere Gläubigen als sittliche Tugend und werden pflichtgemäß danach handeln."

Dadurch wurden Bestrebungen des von Hoffmann gegründeten „Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft" unwirksam gemacht, und immer mehr setzte sich gegen die Separatisten und gegen die Marxisten die von der Deutschen Front ausgegebene volkstümliche Parole durch „Nix wie hem!"

Wesentlich stärker als bei den Abstimmungen Anfang der zwanziger Jahre stellte sich die Reichsregierung im ganzen Jahr 1934 mit moralischer und propagandistischer Unterstützung hinter die deutsche Bewegung an der Saar. Der deutsche Saarbevollmächtigte, der pfälzische Gauleiter Josef Bürckel, veranstaltete zahlreiche Treuekundgebungen im Reich, zu deren größter am 26. August 1934 auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz mit einer Ansprache des Reichskanzlers 600 000 Teilnehmer erschienen waren und 150 000 Sportler und Turner Stafetten seit dem 20. August aus allen Landschaften Deutschlands herangetragen hatten. Überall im Reich wurde das Saarlied gesungen:

„Deutsch ist die Saar,
deutsch immerdar.
Und deutsch ist unseres Flusses Strand,
und ewig deutsch mein Heimatland.
Ihr Himmel hört,
ganz Saarvolk schwört.
Laßt es uns in den Himmel schrein:
wir wollen niemals Knechte sein,
wir wollen ewig Deutsche sein."

In den letzten Wochen vor der Abstimmung nahmen mit dem Wahlkampf auch die Schikanen der franzosenhörigen Polizei und der Völkerbundsbehörden gegen die deutschen Gruppen zu. Während Frankreich seine Truppen an der saarländischen Grenze verstärkte und dem Völkerbundskommissar den Einmarsch seiner Truppen zur Friedenssicherung anbot, äußerte dieser völlig unbegründete Befürchtungen über eine deutsche militärische Bedrohung von der Pfalz aus. Daraufhin ordnete der deutsche Saarkommissar ein allgemeines Uniformverbot in einer 40 Kilometer breiten Zone östlich des Saargebietes in der Pfalz an, um auch den Anschein militärischer Maßnahmen von deutscher Seite zu vermeiden. Da zur Abstimmung alle über 20 Jahre alten Personen zugelassen waren, die im Januar 1920 an der Saar gewohnt hatten, reisten viele inzwischen ausgewanderte Menschen aus Deutschland und dem Ausland zu den Wahlurnen an. Unter scharfer internationaler Kontrolle fand die Abstimmung dann am 13. Januar 1935 statt. Am Morgen des 15. Januars gab der Abstimmungspräsident das Ergebnis bekannt: Bei einer Wahlbeteiligung von 97,6 Prozent hatten sich bei 526 857 gültigen Stimmen 478 121 Saarländer, und damit 90,8 Prozent, für die Wiedervereinigung mit Deutschland entschieden und nur 2124 oder 0,4 Prozent für Frankreich. 46 212 Stimmen oder 8,8 Prozent hatten für den Status quo gestimmt.

Die altertümliche Klarissinenkirche in Bromberg an der Weichsel, wo am „Bromberger Blutsonntag“ am 3. September 1939 mehr als 1000 Volksdeutsche ermordet wurden.

Der wuchtige Bau des Thorner Rathauses mit dem Denkmal für den in Thorn geborenen Nikolaus Kopernikus, den Begründer des heliozentrischen Weltbildes.

Die Danziger Marienkirche, eine der größten Hallenkirchen Mitteleuropas, inmitten reicher Bürgerhäuser aus rotem Backstein.

Die Ordensburg in Marienwerder in Westpreußen mit ihrem gewaltigen Danzker.

Mit einer in dieser eindrucksvollen Art auch von Optimisten nicht erwarteten Geschlossenheit hatte sich somit die Saarbevölkerung nach 15 Jahren französischer Bevormundung und Beeinflussung für das Reich entschieden und allen separatistischen und marxistischen Parolen eine deutliche Abfuhr erteilt. In seiner Sitzung vom 17. Januar 1935 beschloß der Völkerbundrat dann auf Grund des Abstimmungsergebnisses die Vereinigung des gesamten Saargebietes mit Deutschland und bestimmte den 1. März 1935 als Zeitpunkt der Übergabe der Regierungsgewalt. Gleichzeitig traten die für diesen Fall vorgesehenen Versailler Bestimmungen in Kraft: Deutschland mußte binnen eines Jahres alle Kohlengruben der Saar in Gold von Frankreich zurückkaufen. Eine große Spendenaktion lief daraufhin an: Ringe, Uhren, Ketten und andere Goldsachen wurden zur Auslösung der Gruben von den über diesen hohen Abstimmungssieg begeisterten Deutschen gegeben. So war Frankreichs Rechnung, daß ihm nach Ende der 15 Regierungsjahre das Saarland wie eine reife Frucht zufallen würde, nicht nur nicht aufgegangen, sondern seine Art der Behandlung der Deutschen hatte zu einer starken Nationalisierung der Saarbewohner und zu ihrer Ablehnung Frankreichs geführt. Vor aller Welt hatte die Abstimmung bewiesen, daß die Saar deutsch war und deutsch bleiben wollte.

Der Anschluß Österreichs

Trotz des Anschlußverbotes im Vertrag von St. Germain war in Österreich der Anschlußgedanke wach geblieben. Bei den Abstimmungen im Frühjahr 1921 in Tirol und Salzburg hatte er sich überwältigend geäußert. Von der bürgerlichen Koalitionsregierung unter Prälat Dr. Ignaz Seipel wurde dieses Ziel von 1922 bis 1929 zwar nach außen hin nicht besonders betont, doch es wurde keine Politik gegen das Reich geführt. Ganz offen traten die Sozialdemokraten Österreichs bis 1933 für den Anschluß ein. Als in den Genfer Protokollen vom Oktober 1922 Österreich internationale Kredite erhielt und dafür das Anschlußverbot erneuert wurde, protestierten die Sozialisten heftig, und Dr. Karl Renner als ihr Sprecher erklärte, die einzige annehmbare Lösung für Österreich sei der Anschluß an das Deutsche Reich, „zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören".
In den Jahren 1930 und 1931 wurden von Wien und Berlin geheime Verhandlungen über eine Zoll- und Wirtschaftsunion beider Länder geführt, die vor allem dem wirtschaftlich schwer daniederliegenden und Not leidenden Österreich helfen sollte. Doch als die bereits erzielte Vereinbarung bekannt wurde, griffen Frankreich und Großbritannien ein, verboten die Verwirklichung des Vorhabens, und die dann trotz Österreichs Aufgabe dieser Pläne verhängten französischen finanziellen Strafmaßnahmen vergrößerten in der Folgezeit die Wirtschaftsnot und die Arbeitslosigkeit der Ostmark noch weiter. Mitte September 1931 kam es zu einem Putschversuch der nationalen Heimwehrver-

bände in der Steiermark gegen die Wiener Regierung, der jedoch bald niedergeschlagen war.
Als Dr. Engelbert Dollfuß am 20.Mai 1932 in Wien Bundeskanzler wurde, begann er eine Politik gegen Deutschland. Für eine neue Völkerbundsanleihe verpflichtete er sein Land im Juli 1932, für die nächsten dreißig Jahre keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit dem Deutschen Reich einzugehen, womit er auf heftigen Widerstand weiter Kreise stieß und große Empörung unter der Bevölkerung auslöste.
Unter der im März 1933 eingeführten klerikalen Diktatur Dollfuß wurde die Politik Wiens noch deutschfeindlicher und lehnte sich nun stärker an Italien an. Das politische Wirken der sich gegen diese austro-faschistische Diktatur wendenden Sozialdemokraten und nach Deutschland ausgerichteten Nationalsozialisten wurde teilweise verboten, und viele ihrer Amtsträger wurden in Lagern gefangengesetzt. Ein Versuch der Sozialdemokraten und ihres inzwischen verbotenen Republikanischen Schutzbundes, die Regierung Dollfuß zu stürzen, wurde im Februar 1934 nach tagelangen Kämpfen in Wien niedergeschlagen. Auch ein Putschversuch der österreichischen NSDAP am 25. Juli 1934 in Wien scheiterte, wobei Dollfuß angeschossen wurde und kurz darauf seinen Verletzungen erlag. Der neue Bundeskanzler Schuschnigg führte den autoritären, gegen Deutschland gerichteten Kurs weiter und erstrebte gegen die im Volke anwachsende Anschlußbewegung eine neue Garantie der Selbständigkeit Österreichs durch den Völkerbund und die Westmächte. Am 27. September 1934 erklärten England, Frankreich und Italien, daß sie sich „mit voller Kraft" dafür einsetzen wollten, „die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs den bestehenden Verträgen gemäß zu erhalten". Im April 1935 unterstrichen die drei Mächte in Stresa noch einmal diese Festschreibung des Anschlußverbotes, so daß die Vereinigung beider deutscher Staaten in weite Ferne gerückt schien. Weiterhin saßen Tausende nationaler Österreicher wie Sozialdemokraten in den berüchtigten, „Anhaltelager" genannten Konzentrationslagern, und ebenfalls Tausende waren inzwischen in das Reich geflüchtet, um von dort aus für den Anschluß zu wirken. Die Verhältnisse zwischen Wien und Berlin entspannten sich erst wieder, als es wegen Italiens Abessinienkrieg im Herbst 1935 zum Bruch der „Stresa-Front" zwischen den Weltkriegsalliierten und zu einer Annäherung zwischen Berlin und Rom gekommen war, so daß Österreich nun bei Italien keine Unterstützung mehr fand. Schuschnigg mußte seine bisherige deutschfeindliche Politik aufgeben, die auch im Widerspruch zur überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung stand. Am 11. Juli 1936 kam es zu einem deutsch-österreichischen Abkommen, in dem Schuschnigg zusagte, die politischen Gefangenen zu entlassen und in Zukunft eine Politik zu führen, die „der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht". Dafür hob das Reich die vorher herrschenden wirtschaftlichen und finanziellen Beschränkungen gegen Österreich auf.

Der nun wieder einsetzende deutsche Urlauberstrom nach Österreich, die Entlassung von rund 15 000 Nationalisten aus den Anhaltelagern, mißglückte Annäherungsversuche Schuschniggs an Italien, Ungarn und die Tschechoslowakei und demgegenüber die innen- und außenpolitischen Erfolge des Deutschen Reiches, insbesondere die Rückgewinnung des Saargebietes, schwächten einerseits die Stellung Schuschniggs und seiner Regierung, verstärkten andererseits den Anschlußgedanken in Österreich. Die innenpolitischen Spannungen spitzten sich Ende 1937 weiter zu, als die Wiener Regierung erneut mit scharfen Unterdrückungsmaßnahmen und Verhaftungen gegen die zwar noch verbotene, seit 1936 aber immer erfolgreicher wirkende und stark zunehmende NSDAP vorging. Deren Machtübernahme schien schließlich nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Durch Vermittlung des von Wien scheidenden deutschen Botschafters Franz von Papen kam es dann am 12. Februar 1938 zu einem Gespräch Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden. Dabei wurde vereinbart, daß der als national bekannte Dr. Seyß-Inquart österreichischer Innenminister werden und eine Amnestie für verurteilte und gefangengehaltene Nationalsozialisten erlassen sollte, deren Partei zwar weiterhin in Österreich verboten blieb, deren Weltanschauung aber nicht mehr verfolgt werden sollte. Deutscherseits wurden das Abkommen vom Juli 1936 und insbesondere die Selbständigkeit Österreichs bestätigt. Der österreichische Bundespräsident Miklas stimmte auch zu, und so schien die Lage vorerst entspannt.

Doch in wenigen Tagen waren die Verhältnisse bedrohlicher als vorher. Im Anschluß an die am 14. Februar durchgeführte Amnestie kam es im ganzen Lande zu Siegesfeiern, Aufzügen und spontanen Kundgebungen der nationalen Gruppen, bei denen die nun nicht mehr verbotenen Hakenkreuzfahnen offen gezeigt wurden. Die „Illegalen" setzten sich über Anordnungen und Anweisungen hinweg, Zehntausende zogen singend durch die Straßen Wiens mit nationalen Abzeichen. Am Grazer Rathaus wurde wie auch anderenorts die Flagge des nationalsozialistischen Deutschland gehißt und von der Bevölkerung bejubelt. Die Polizei war vielerorts nicht mehr in der Lage oder nicht mehr bereit, dagegen vorzugehen und die Erlasse der Regierung durchzuführen. Mehr und mehr entglitt dem Bundeskanzler die Einflußmöglichkeit auf die das ganze Volk ergreifende Bewegung. Kennzeichnend für die damalige Lage war es, daß der Kaisersohn Otto von Habsburg Schuschnigg in einem Schreiben aus seinem Exil dringend aufforderte, ihn als letzte Möglichkeit zur Rettung des Landes als Bundeskanzler einzusetzen.

In dieser für seine Regierung immer schwieriger werdenden Lage kündigte Schuschnigg am 9. März 1938 überraschend auf einer Versammlung in Innsbruck für den 12. März 1938 eine Volksabstimmung an. Innerhalb von nur drei Tagen sollte in ganz Österreich, wo seit Beginn der Dollfuß-Diktatur vor acht Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden hatten, eine Abstimmung vorbereitet und

unter der Aufsicht von Schuschniggs Vaterländischer Front abgehalten werden. Als Frage sollte der Bevölkerung vorgelegt werden: „Bist du für ein freies, unabhängiges und autoritär geführtes Österreich?"
Diese Ankündigung und die bekannt werdenden Bedingungen der Abstimmung, die zu offenkundig die Absicht einer Überrumpelung der Bevölkerung wie die Möglichkeiten der Wahlfälschung erkennen ließen, führten zu offener Empörung in ganz Österreich und bewirkten praktisch eine Volkserhebung, gegen die Verwaltung und Regierung machtlos waren. Nun war der Krug der Schuschnigg-Diktatur übergelaufen. Schuschniggs durch unbestimmte Äußerungen des französischen Botschafters genährte Hoffnungen auf ein Eingreifen der Westmächte zu seinen Gunsten erfüllten sich auch nicht, zumal am 10. März in Frankreich die Regierung gestürzt wurde.
Die von diesem Vorschlag Schuschniggs auch überraschte Reichsregierung sah darin eine einseitige Verletzung der erst kurze Zeit zurückliegenden Abmachungen vom Februar, und Hitler forderte deshalb den österreichischen Bundeskanzler ultimativ auf, die Abstimmung zu verschieben. Nachdem Schuschnigg dann am Morgen des 11. März die Abstimmung ganz ausgesetzt hatte, was ihm neue Gegner verschaffte, trat er am Nachmittag zurück. Bundespräsident Miklas versuchte sofort, mehrere Persönlichkeiten nacheinander für das Amt des Bundeskanzlers zu gewinnen, und erst, als alle abgelehnt hatten, ernannte er kurz vor Mitternacht dieses 11. März den auch von der Reichsregierung gewünschten Dr. Seyß-Inquart zum Bundeskanzler. Während dieses Tages, an dem von Deutschland aus die Grenze nach Österreich gesperrt und eiligst mit Truppen besetzt worden war, hatten die österreichischen Nationalsozialisten, von Dr. Rainer, dem Mitglied der Landesleitung, telefonisch mit dem Stichwort bedient, schon überall in den Bundesländern die Verwaltung übernommen und die Hakenkreuzfahnen gehißt, so daß praktisch am Abend ohne Zwischenfall die Macht im ganzen Land bereits in ihrer Hand war. Versuche von Wiener Politikern, die seit Jahren von der Regierung unterdrückten Sozialisten und Kommunisten zu bewaffnen und zum Kampf gegen die Nationalsozialisten für die Schuschnigg-Diktatur einzusetzen, scheiterten kläglich, auch mangels Gefolgschaft, da die Arbeiterschaft sich längst den nationalen Kräften zugewandt hatte. Am Morgen des 12. März hielt um 01.15 Uhr der Führer der österreichischen NSDAP, Major Hubert Klausner, eine Rundfunkansprache, in der er verkündete: „Österreich ist frei, Österreich ist nationalsozialistisch."
Während Frankreich durch den Sturz seiner Regierung handlungsunfähig war, spielte England eine undurchsichtige Rolle. Einerseits hatten britische Diplomaten Hitler vorher zum Eingreifen in Österreich ermuntert, andererseits warnte die britische Regierung am 10. und 11. März Berlin vor einem gewaltsamen Eingreifen. Aus Rom kam am Abend des 11. März die Nachricht, daß Mussolini nichts gegen einen deutschen Einmarsch in Österreich unternehmen werde. Da die von Schuschniggs Vorschlag überraschte Reichsregierung nicht über einen

Einmarschplan verfügte, hatte der Generalstab dann innerhalb eines Tages die Vorbereitungen dazu treffen müssen. Angesichts der Entwicklung in Österreich nach Schuschniggs Rücktritt wurde am Abend des 11. März in Berlin der Einmarsch beschlossen. Der deutsche Wunsch nach einer Aufforderung durch die Wiener Regierung zum Einmarsch wurde am Abend durch ein Mißverständnis erfüllt. Noch in der Nacht zum 12. März beschwor der neue Wiener Bundeskanzler Seyß-Inquart den deutschen Reichskanzler, den er wecken ließ, vom Einmarsch abzusehen, da die nationale Machtübernahme in ganz Österreich bereits friedlich und vollkommen durchgeführt sei und überall Ruhe herrsche. Hitler bedauerte, daß es nun technisch nicht mehr möglich sei, den Einmarschbefehl rückgängig zu machen.
Als dann am Morgen des 12. März die deutschen Truppen, nach Hitlers besonderer Anweisung in friedensmäßiger Ausrüstung und mit Spielmannszügen voran, nach Österreich einmarschierten, wurden sie von der Bevölkerung mit großem Jubel begrüßt und mit Blumen überschüttet, so daß es zu einem „Blumenfeldzug" ohne einen einzigen Schuß kam. Der Befehlshaber des österreichischen Bundesheeres, General Schilhawsky, hatte die Armee angewiesen, die deutschen Kameraden „auf das herzlichste zu begrüßen". Die österreichische Polizei hatte inzwischen vielerorts Hakenkreuzbinden angelegt. Von einem Anschluß war jedoch noch nicht die Rede, und auch Hitler schloß seine am Mittag des 12. März ausgestrahlte Rundfunkerklärung zum Einmarsch mit den Worten: „Es lebe das nationalsozialistische Deutsche Reich! Es lebe das nationalsozialistische Deutsch-Österreich!"
Nachmittags fuhr Hitler bei Braunau am Inn, seiner Geburtsstadt, nach Österreich ein und wurde dort und auf dem Wege nach Linz überall begeistert gefeiert. Am Abend begrüßte der österreichische Bundeskanzler in Linz den deutschen Reichskanzler und erklärte in seiner Ansprache vor einer vieltausendköpfigen Menge den berüchtigten Artikel 88 des Diktates von St. Germain mit dem Anschlußverbot für aufgehoben. Die jubelnde Menge feierte beide Politiker und forderte in Sprechchören immer wieder:„Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer!"
Von dieser überwältigenden Begeisterung der breiten Volksmassen mitgerissen, die den vollen Anschluß wollten, änderte Hitler innerhalb weniger Stunden seine Österreichpolitik und drängte nun die auf größere Selbständigkeit bedachte österreichische Regierung zum vollen Anschluß des Landes. Am folgenden 13. März beschloß dann die österreichische Regierung in Wien auf Grund der in dem Bundesverfassungsgesetz vorgesehenen Möglichkeit über außerordentliche Maßnahmen im Bereiche der Verfassung das „Anschluß-Gesetz", das in eindrucksvoller Kürze lautete:
„Artikel I: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.
Artikel II: Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche statt.

Artikel III: Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen."
Österreichs Bundespräsident Miklas wollte dieses Gesetz nicht unterzeichnen, andererseits aber dem Anschluß auch nicht im Wege stehen und trat deswegen noch am selben Tage zurück, so daß der Bundeskanzler, auf den nun nach der Verfassung die Rechte des Bundespräsidenten übergingen, unterschreiben konnte. Damit war der Anschluß von Österreichs legaler Regierung in verfassungsmäßig erlaubter Weise vollzogen worden. Am gleichen 13. März beschloß die Reichsregierung von Linz aus das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich", worin Artikel 1 den Wortlaut des aufgeführten österreichischen Verfassungsgesetzes übernahm und im nachfolgenden das Fortbestehen des österreichischen Rechtes bis auf weiteres ausgedrückt wurde. Österreichs Bundeskanzler Seyß-Inquart wurde nun Reichsstatthalter für Österreich; das österreichische Heer wurde dem deutschen angegliedert und auf Hitler vereidigt.
In den folgenden Tagen erlebte Wien historische Stunden. Am 15. März fand auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg eine Befreiungskundgebung mit Hunderttausenden von Teilnehmern statt. Bei seinen Begrüßungsworten erklärte Seyß-Inquart unter dem Jubel der Menge: „Das Reich ist wieder erstanden, das volksdeutsche Reich ist geschaffen." Hitler endete seine Rede mit den Worten: „Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volk die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstatten. Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der deutschen Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich." Bei einer großen Wehrmachtsparade marschierten die österreichischen Eliteeinheiten in ihren historischen Uniformen an Hitler und der österreichischen Generalität vorbei. Ganz Österreich befand sich in freudigem Taumel, alle Schichten waren von dem Geschehen begeistert und fühlten sich erlöst von dem schweren Druck der austro-faschistischen Diktatur der Vergangenheit.
Der Kardinal und Fürsterzbischof von Wien, Dr. Th. Innitzer, machte Hitler bereits am 16. März in Wien seine Aufwartung. Er drückte seine Freude über den Anschluß Österreichs aus und erklärte, daß die österreichischen Katholiken am deutschen Aufbauwerk nun tatkräftig teilnehmen würden. Am 18. März sandte er als Primas der österreichischen Bischöfe dem inzwischen zum Reichsbeauftragten für die Volksabstimmung ernannten Josef Bürckel folgendes Schreiben, aus dem noch unmittelbar das Erlebnis der bewegenden Ereignisse zu spüren war: „Sehr geehrter Herr Gauleiter! Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiermit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird. Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung und Heil Hitler! Th. Kardinal Innitzer." In dem für die Veröffentlichung bestimmten „Vorwort" der Erklärung schrieben die Bischöfe: „Nach eingehen-

den Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunde, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an unsere Gläubigen zu richten." Dieser vom Kardinal und den fünf österreichischen Bischöfen am 18. März persönlich unterzeichnete Aufruf hatte folgenden Wortlaut:
„Feierliche Erklärung!
Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Ereignisse in Deutsch-Österreich: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.
Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem ermahnen.
Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."
Als kurz nach der Veröffentlichung dieser Erklärung im Ausland Zweifel an ihrer Echtheit geäußert wurden, betonte der Kardinal am 31. März in einem weiteren Brief an Bürckel die Freiwilligkeit dieser Erklärung und schrieb darin: „Ich betone nochmals, die Erklärung der Bischöfe wie überhaupt unsere Stellungnahme zur Wahl ist grundsätzlich zu werten als ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis." Diese Dokumente erregten besondere Aufmerksamkeit, da die Spitze der österreichischen Kirche unaufgefordert sich so deutlich äußerte. Niemand hätte es verwunderlich gefunden, wenn die Kirche zu diesen Ereignissen geschwiegen hätte.
Zur Volksabstimmung gab auch der im Lande nicht so einflußreiche evangelische Oberkirchenrat für Österreich am 1. April 1938 eine ähnliche großdeutsche Erklärung ab, in der es hieß: „Wir stehen vorbehaltlos zum Werke des Führers und danken oft dafür, daß er dem deutschem Volke in schwerster Stunde Rettung brachte."
Ebenso begrüßten früher führende Wiener Politiker den Anschluß und sprachen sich vor der Volksabstimmung für ein Ja zur Vereinigung aus. So erklärte der Sozialdemokrat Dr. Karl Renner am 3. April in der Wiener „Illustrierten Kronenzeitung": „Ich habe als erster Kanzler Deutsch-Österreichs am 12. November 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstim-

migen Annahme gebracht: ‚Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.' . . . Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und die betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht mit freudigem Herzen begrüßte." Und vom Reporter gefragt, wie er abstimmen werde, betonte er noch einmal: „Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."

In Berlin war inzwischen der deutsche Reichstag von seinem Präsidenten Göring am 18. März 1938 aufgelöst worden, und Wahlen für den „Großdeutschen Reichstag" mit Einbezug Österreichs waren mit der auf das ganze Reich erweiterten Volksabstimmung über den Österreich-Anschluß für den 10. April verbunden worden. Die zur Abstimmung gestellte Frage lautete: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden, und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?"

Nach zahlreichen Kundgebungen fand die Abstimmung am 10. April 1938 statt. In Österreich stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 99,7 Prozent von 4 471 477 abgegebenen Stimmen 4 453 772, und damit mehr als 99,6 Prozent, dem Anschluß zu, nur 11 929 Neinstimmen, die 0,27 Prozent ausmachten, wurden abgegeben. Die Bevölkerung im bisherigen Reichsgebiet stimmte mit 99,0 Prozent mit Ja. Die ganz überwältigende Mehrheit der Menschen Österreichs wie des früheren Reichsgebietes hatte damit die Vereinigung beider Länder gebilligt und somit nachträglich die demokratische Rechtfertigung dieses Anschlusses gegeben, dessen historische und praktische Berechtigung nun auch im Ausland nicht mehr bestritten wurde. Selbst der ausländischen Presse erschien Österreich wie verwandelt und nicht mehr von Gleichgültigkeit und politischer Interesselosigkeit wie in den Vorjahren geprägt. Nachdem Großbritannien und Frankreich gegen den Einmarsch der deutschen Truppen am 12. März noch schriftlich protestiert hatten, erhob gegen den Anschluß nur noch das sozialistische Mexiko als einziger Staat Einspruch.

Unmittelbar nach der Volksabstimmung sandte Österreichs Altbundespräsident Miklas ein Schreiben an den neuen Reichsstatthalter, das er „mit deutschem Gruß" unterzeichnete und in dem er mit dem Wunsch nach einer „friedlichen Entwicklung im Rahmen der großen deutschen Volksgemeinschaft" folgende Erklärung zu veröffentlichen bat: „Die allgemeine Volksabstimmung vom 10. April 1938 hat die durch das Bundesverfassungsgesetz vom 13. März 1938

erfolgte Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche bestätigt. Dieser große Volksentscheid besagt:
Österreich hat aufgehört ein eigener Staat zu sein. Es ist ein Land des Deutschen Reiches.
Geblieben aber ist es für uns Österreicher die alte Heimat, der unser Herz gehört und der auch ich in Dankbarkeit und Treue für immer verbunden bleibe.
Möge über dem großen Deutschen Reich, das jetzt auch Österreich umschließt, Gottes Vaterhand gnädig walten und es emporführen zu wahrem Glück und Frieden, zu Wohlfahrt und zu neuen Ehren." In dieser Hoffnung glaubte ganz Österreich nach schweren Jahren an eine bessere Zukunft als nun eingebundenes Glied des deutschen Volkes und Staates. Doch nur kurze Zeit war ihm dieser Traum gegönnt.

Die Rückkehr des Sudetenlandes

Gegen den durch ihre demokratischen Vertreter einmütig geäußerten Willen zum Anschluß an Deutsch-Österreich waren die mehr als drei Millionen Sudetendeutschen 1919 in die neugegründete Tschechoslowakei gezwungen worden. Am 1. Juni 1920 gab Dr. Rudolf Lodgman von Auen im Namen der „gewählten Vertreter des im tschechischen Staate unterdrückten deutschen Volkes" beim Eintritt in das tschechoslowakische Parlament eine „Staatsrechtliche Erklärung" ab, in der es hieß: „Die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens und die Deutschen der Slowakei hatten niemals den Willen, sich mit den Tschechen zu vereinigen und einen Bund zur Schaffung einer tschechoslowakischen Republik zu bilden. Dagegen haben die im Jahre 1911 in den deutschen Sudetengebieten gewählten österreichischen Reichstagsabgeordneten als berufene Vertreter ihrer Heimat in Ausführung des allgemeinen Volkswunsches, wie er in ungezählten Volksversammlungen und Gemeindebeschlüssen unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen ist, nach dem Zerfalle Österreichs ausdrücklich erklärt, sich an Deutschösterreich, und zwar als Deutschböhmen, Sudetenland, Deutschmähren und Böhmerwaldgau, anzuschließen. Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes, und sie hat diese deutschen Gebiete widerrechtlich und mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes . . . Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate, von der ‚tschechoslowakischen' Nation und von der ‚tschechoslowakischen' Sprache als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals

Recht werden, insolange es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entschließung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand aber als unserer unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. Dies als Vermächtnis jenen zu hinterlassen, welche nach uns kommen werden, halten wir für unsere heiligste Pflicht."

Die Tschechen, die nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung des neuen Staates stellten, erfüllten nicht ihr Versprechen von St. Germain, einen Staat „ähnlich dem der Schweiz" mit Anerkennung und Achtung der Minderheiten zu schaffen. Das fast zwanzigjährige Bestehen des neuen Staates bedeutete im Gegenteil eine ununterbrochene Folge von Unrechtshandlungen und Vergehen an den Minderheiten, besonders an den Sudetendeutschen. Mehr als 3000 deutsche Volksschulklassen wurden nach 1919 geschlossen und zahlreiche deutsche Schulen und Bildungsanstalten ganz aufgelöst. Dafür wurden Tausende tschechischer Schulen in den deutschen Gebieten errichtet. Unter dem Anschein sozialer Reformen führte Prag eine Bodenreform durch, bei der das enteignete Land zu mehr als vier Fünfteln im deutschen Bereich lag und vorzugsweise an Tschechen zu Spottpreisen abgegeben wurde, die außerdem noch staatliche Unterstützung erhielten. Als Beamte wurden auch in den deutschen Bereichen fast nur Tschechen verwendet, die dort neu angesiedelt wurden. Die Wirtschaft der deutschen Landschaften wurde durch Finanzmaßnahmen, durch Schließung von Firmen oder ihre Aussiedlung ins tschechische Gebiet schwer getroffen. Ende der zwanziger Jahre wurde staatlicherseits eine künstliche Arbeitslosigkeit im Sudetenland erzeugt, so daß um 1935 die Deutschen bei nur rund einem Viertel der Gesamtbevölkerung weit mehr als die Hälfte der Arbeitslosen stellten. Immer mehr wurde in den dreißiger Jahren das einst blühende Sudetenland eine Landschaft größter Not und höchsten Elends, während jenseits der Grenze in Deutschland ein großer Aufschwung einsetzte. Der „Sozialdemokrat in Prag" schrieb am 2. Februar 1935: „Die Unterernährung hat in den ausgesprochenen Notstandsgebieten einen Grad erreicht, der dem Zustand von 1918 gleichkommt. Es fehlt das Geld zum Einkauf von Lebensmitteln, die heruntergerissene Kleidung kann nicht mehr ersetzt werden, nicht einmal an die Erneuerung der Wäsche ist unter den furchtbaren Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit zu denken. Am schlimmsten ist die Not und der Jammer in den Grenzgebieten der Republik. Einstmals hochentwickelte Industriebezirke sind verarmt. Schon jahrelang stehen die Betriebe still, die Maschinen rosten ein." In der tschechischen Zeitschrift „Pritomnost" stand am 19. Oktober 1935 zu lesen: „Die Menschen im Reichenberger Gebiet sind unterernährt, von Massenneurasthenie befallen. Überall sieht man ausgehungerte, visionäre Gesichter. Die Arbeitslosen nähren sich von Brot aus dem schimmeligen vorjährigen Mehl der Staatslager."

Parallel zur Verarmung der deutschen Gebiete ging die planmäßige Tschechisierung mit Hilfe der Stellen-, Boden-, Wirtschafts- und Schulpolitik. Mit Befriedigung stellte die Prager Zeitung „Ceske Slowo" am 14. Februar 1937 fest: „Während der letzten 17 Jahren hat der Staat im national gemischten Gebiet 2221 tschechische Volks- und Bürgerschulen errichtet, abgesehen von einer großen Zahl an Mittelschulen. Alle diese Schulen werden vom Staat erhalten. Das ist ein großes Werk der tschechischen nationalen Expansion und Entfaltung. Nichts kann uns mehr auf diesem Wege aufhalten, der zu einer weiteren Erfüllung unserer nationalen Bedürfnisse führt und unserem Willen nach nationaler Expansion entgegenkommt. Diese Expansion erfolgt ohne jeden Lärm."

Politisch waren die Deutschen als stärkste Minderheitengruppe weitgehend ausgeschaltet. An der verfassunggebenden Nationalversammlung in Prag, die nicht gewählt worden war, durften sie 1919 gar nicht teilnehmen. Für ein Mandat im deutschen Bereich waren später mehr Stimmen als im tschechischen Gebiet nötig. Als nach 1935 die Sudetendeutsche Partei die stärkste Partei wurde, wurde sie nicht zur Regierung zugelassen. Hinzu trat die häufige Verfolgung, Verhaftung und auch Verurteilung deutscher Amtsträger und leitender Politiker der Volksgruppe, wobei es bei diesen Übergriffen auch Todesopfer gab. So starb der Lehrer Donnhäuser als ein führender Politiker der deutschen Volksgruppe im April 1933 auf ungeklärte Art im Karlsbader Gefängnis.

Ab Mitte der dreißiger Jahre wurde auch das Ausland auf die unhaltbaren Zustände im Sudetenland aufmerksam. Am 3. März 1934 schrieb der britische Gesandte in Prag an seine Regierung:„Für den realistischen Beobachter bleibt die Tatsache, daß die CSR den Ausgleich mit den Minderheiten nicht zustande gebracht hat . . . Die Lage ist unerfreulich, und die tschechische regierende Schicht ist tatsächlich nicht imstande, sie aus sich heraus zu ändern." Und in der Schweizer „Neuen Züricher Zeitung" konnte man am 7. Dezember 1935 lesen: „Welchen Eindruck erhielten wir nun auf unserer Reise durch das sudetendeutsche Gebiet? Es sei unumwunden herausgesagt: Es war bedrückend für jeden Freund des Friedens und der Demokratie, aber auch für jeden, dem die deutsche Sprache lieb ist . . . Was für ein Elend unter den Erwerbslosen herrscht, ist kaum zu beschreiben. Werden die Gebiete mit stärkster Erwerbslosigkeit auf den Karten dunkel gemalt, dann erhält man fast genau das gesamte sudetendeutsche Sprachgebiet."

Trotz dieser deutschfeindlichen Maßnahmen versuchten die sudetendeutschen Parteien, in Prag loyal politisch mitzuarbeiten. Zwei deutsche Parteien traten 1926 in das Prager Kabinett ein, von denen die Sozialdemokraten bis zur Zeit des Anschlusses Minister in der Regierung beließen, ohne daß diese viel für ihre Volksgruppe erreichen konnten. Sie dienten den Tschechen eher als Aushängeschild für das Ausland. Im September 1933 kamen die Deutsche Nationalpartei und die Nationalsozialisten (DNSAP) ihrem dann im Oktober erfolgenden

Verbot durch Auflösung und Umbenennung zuvor, ihre Amtsträger wurden verfolgt und teilweise zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Zur Sammlung der nach Beseitigung der nationalen Parteien teilweise führungslos gewordenen Sudetendeutschen rief der aus Kreisen der Jugendbewegung stammende und im Turnerbund tätige Turnlehrer Konrad Henlein am 1. Oktober 1933 von Eger aus auf: „Das Volk hat dieses engherzige Parteiwesen satt. Das Volk will auch nicht mehr den Parteien- und Völkerhaß, sondern sehnt sich nach einem gerechten Aufbau der Volksgemeinschaft durch Überwindung des Partei- und Klassenkampfes und nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker in diesem Staate." Er gründete auf demokratischer Grundlage die Sudetendeutsche Heimatfront. Da dieser Name als zu militärisch von den Behörden verboten wurde und auch eine Wahl bevorstand, benannte Henlein seine schnell um sich greifende Bewegung in Sudetendeutsche Partei (SDP) um, die bald die Mehrheit der Sudetendeutschen auf sich vereinigen konnte. Schon bei den Parlamentswahlen vom Mai 1935 wurde sie mit 1.250.000 Stimmen weitaus stärkste Partei der deutschen Volksgruppe und des Staates. Obwohl weitere Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Tschechen einsetzten und führende Mitarbeiter Henleins verhaftet wurden, setzte sich die SDP beharrlich für eine Autonomie der Deutschen innerhalb des tschechoslowakischen Staates ein. Sie forderte nicht die Vereinigung mit dem Deutschen Reich, sondern bekannte sich zu einem demokratischen Staatswesen aus den verschiedenen Völkern des Landes. Auch im April 1937 legte Henlein noch einmal eine Gesetzesvorlage zur innerstaatlichen Lösung der sudetendeutschen Frage in Prag vor und bot die Mitarbeit der Deutschen an.

Doch alle diese Versuche gütlicher Einigung scheiterten an der starren deutschfeindlichen Haltung der Prager Regierung, vor allem als im Dezember 1935 Benesch den hochbetagten Masaryk als Staatspräsident ablöste und in der Folgezeit praktisch die Politik bestimmte. Polizeiaktionen, Verhaftungen, Auflösungen deutscher Versammlungen und eine regelrechte deutschfeindliche Hetze in der tschechischen Presse nahmen zu. Während die Verbindungen der Henlein-Bewegung zur Reichsregierung in Berlin vor Anfang 1938 noch gering blieben, betrieb die SDP eine geschickte und erfolgreiche Aufklärungsarbeit in den westlichen Ländern, besonders in England, wo Henlein mehrere Male in London hohe Regierungsstellen über die wirkliche Lage im Sudetenland in Kenntnis setzte. Der Anschluß Österreichs an das Reich im März 1938 erweckte bei den Sudetendeutschen neue Hoffnungen, daß nun ihre völkische und wirtschaftliche Not auch bald eine Ende finde. Umgekehrt fühlte sich die Prager Regierung dadurch stärker bedroht und näherte sich nach der inzwischen erfolgten Auflösung der Kleinen Entente, die Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg aus den kleinen Völkern Südosteuropas zur Bedrohung des Deutschen Reiches vom Osten her gebildet hatte, an Rußland an, so daß man bald von der Tschechoslowakei als dem „Flugzeugmutterschiff Moskaus in Mitteleuropa" sprach.

Wie der ganze Leidensweg der Sudetendeutschen seit 1918, so sind auch die Einzelheiten der Ereignisse im Jahre 1938 zum Verständnis und zur Beurteilung der weiteren Entwicklung bis zur Gegenwart bedeutsam, und die wichtigsten seien deswegen in aller Kürze angeführt. In der zweiten Aprilhälfte des Jahres 1938 lösten sich die früher einflußreichen sudetendeutschen Parteien, Bund der Landwirte und Christlich-soziale Volkspartei, auf und schlossen sich der SDP an, die nun praktisch das gesamte Sudetendeutschtum bis auf die an der Benesch-Regierung teilhabenden Sozialisten vertrat. Am 24. April 1938 bot Henlein als Führer der SDP der Prager Regierung in seinen „Acht Karlsbader Punkten" noch einmal die Möglichkeit zur Zusammenarbeit an. Diese am Selbstbestimmungsrecht ausgerichteten und deswegen berechtigten Forderungen beinhalteten: Gleichberechtigung der Deutschen, Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit, Anerkennung des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes, deutsche Selbstverwaltung in diesem Teil des Landes, Minderheitenschutz für die deutschen Sprachinseln, Wiedergutmachung des seit 1918 den Deutschen angetanen Unrechtes, deutsche öffentliche Angestellte im deutschen Bereich, freies Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung. Doch anstatt das Angebot anzunehmen, wiesen die Tschechen diese Punkte strikt zurück und verschärften die Unterdrückungsmaßnahmen, bei denen in der Folgezeit mehrere Deutsche erschossen wurden.
Am 20. Mai 1938, zwei Tage vor der Gemeinderatswahl, beschwor Benesch durch die, wie sich später herausstellte, völlig unbegründete Behauptung, die Reichsregierung zöge an der deutsch-tschechischen Grenze Truppen zusammen und plane den Einmarsch in die Tschechoslowakei, eine ernste Krise herauf, erklärte die Teilmobilmachung, ließ das ohnehin schon von starken Polizeikräften überzogene Sudetenland von Truppenverbänden besetzen und stellte es unter Militärverwaltung, wobei es zu neuen Übergriffen gegenüber den deutschen Bewohnern kam. Um diese Zeit erklärte der englische Botschafter in Berlin, daß seine Regierung Deutschlands Interesse am Sudetenland anerkenne, wie auch der britische Premierminister äußerte, „daß der tschechoslowakische Staat in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht fortbestehen könne", und schon am 14. Mai 1938 in der „New York Times" vom Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich gesprochen hatte.
In den folgenden Wochen nahmen die gegen die Deutschen gerichteten Verfolgungen, Verhaftungen und blutigen Ausschreitungen der Tschechen immer mehr zu. Zu Tausenden flüchteten Sudetendeutsche über die von Tschechen abgesperrte Grenze ins Reich. Im Juli 1938 übte England dann auf die Prager Regierung diplomatischen Druck zum Nachsuchen um einen neutralen Beobachter aus, und so kam es zur „Bitte Beneschs um Entsendung eines Beobachters". Ab 3. August 1938 bereiste der Engländer Lord Runciman mit einer großen Gefolgschaft wochenlang das Sudetenland und kam auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Schluß, daß nur die Ablösung der Sudetengebiete

den tschechoslowakischen Staat erhalten könne. Sein für die britische Regierung bestimmtes Gutachten begann mit den Worten: „Es ist bitter, von einem fremden Volke beherrscht zu werden." Er stellte dann fest: „Selbst in dem späteren Zeitpunkt meiner Mission habe ich auf Seiten der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit gefunden, den Beschwerden der Sudetendeutschen in auch nur angemessenem Ausmaß abzuhelfen." Abschließend sprach er in seinem Gutachten die Empfehlung aus: „Für mich ist selbstverständlich, daß die zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei liegenden Grenzbezirke, in denen die Sudetendeutschen eine klare Mehrheit besitzen, sofort das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht erhalten sollten. Sollte die gegenwärtige Unsicherheit andauern, so erheben sich wirklich Gefahren, selbst die eines Bürgerkrieges. Jede Art von Volksabstimmung halte ich hinsichtlich dieser überwiegend deutschen Gebiete für eine Formsache. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht die Vereinigung mit Deutschland. Ich bin daher der Ansicht, daß diese Grenzbezirke von der Tschechoslowakei unverzüglich an Deutschland übertragen werden sollten." In der Londoner „Times" wurden diese Forderungen bereits am 7. September veröffentlicht. Geschichtliche Tatsache ist somit, daß die Forderung nach dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich vom britischen Premier im Mai 1938, von Runciman und der „Times" Anfang September 1938 erhoben wurden und damit zeitlich bevor Henlein oder noch später Hitler diese Forderung stellten.

Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg klagte Hitler in seiner Schlußrede am 12. September 1938 die „Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschecho-Slowakei" an und stellte „die Forderung, daß die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Selbstbestimmungsrecht tritt ... Im übrigen ist es Sache der tschecho-slowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen." Die Forderung nach einem Anschluß wurde also noch nicht erhoben, sondern Hitler ließ weiterhin die Möglichkeit einer innerstaatlichen Lösung von Prag aus offen.

Doch statt einer Verständigung gab es an diesem Tage bei tschechischen Übergriffen wieder eine Reihe deutscher Todesopfer. Prag verhängte das Standrecht über dreizehn deutsche Bezirke, Zuwiderhandlungen wurden mit der Todesstrafe bedroht. Massenverhaftungen Deutscher erfolgten, darunter auch von Abgeordneten und Amtsträgern; die Fluchtbewegung ins Reich nahm noch zu. Ein Ultimatum Henleins an die Regierung zur Aufhebung des Standrechtes wurde nicht erfüllt. Der Ausbruch von Chaos und Bürgerkrieg schien unmittelbar bevorzustehen. Erst jetzt gab Henlein die Versuche einer gütlichen Einigung mit den Tschechen auf und forderte in einem Aufruf vom 15. September 1938 den Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich.

Angesichts dieser dramatischen, auch im Ausland besorgt verfolgten Entwick-

lung schlug der britische Premierminister Chamberlain am 14. September Hitler ein Gespräch vor, zu dem dieser sofort bereit war und das am folgenden Tage auf dem Obersalzberg stattfand. Chamberlain sagte dabei zu, für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen und für die Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete einzutreten, und Hitler versprach, dann von militärischen Maßnahmen abzusehen. Während der englisch-französischen Beratungen an den folgenden beiden Tagen bot der tschechische Staatspräsident Benesch am 17. September in einem lange geheim gehaltenen Schreiben Frankreich und England an, daß sein Staat einen Teil des Sudetenlandes mit rund einer Million Bewohner unter Druck abzutreten bereit sei. Gemeinsam sandten Frankreich und England am 19. September ohne deutsche Beteiligung eine „Empfehlung", in Wirklichkeit ein ziemlich deutliches Ultimatum, an Prag, worin es hieß: „Die Vertreter beider Regierungen sind davon überzeugt, daß nach den jüngsten Ereignissen nunmehr der Punkt erreicht ist, an dem das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete innerhalb des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern kann, ohne die Interessen der Tschechoslowakei selbst und den europäischen Frieden auf die Dauer zu gefährden. Im Lichte dieser Erwägungen haben sich beide Regierungen zu der Schlußfolgerung gezwungen gesehen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherheit der Lebensinteressen der Tschechoslowakei nur dann wirksam gesichert werden können, wenn jene Gebiete nunmehr an das Reich abgetreten werden." Die Prager Regierung lehnte zunächst ab, stimmte schließlich nach neuen Vorhaltungen der britischen und französischen Botschafter – wieder ohne deutsche Beteiligung – am 21. September doch zu und erklärte: „Die tschechoslowakische Regierung hat sich unter dem unwiderstehlichen Druck der britischen und französischen Regierung gezwungen gesehen, schmerzerfüllt die in London ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen." Der Druck war also nicht von Deutschland ausgegangen, das auch keinerlei Gewalt angewandt hatte.

Die Abtretung des mehrheitlich deutschen Sudetenlandes war damit ohne deutsche Mitwirkung an diesem 21. September 1938 von den Westmächten und der Prager Regierung vereinbart worden. Am folgenden Tage kam es in Prag und anderen tschechischen Orten zu gewalttätigen Demonstrationen gegen diese Abtretung und zu putschartigen Unruhen mit grausamen Ausschreitungen gegen Deutsche. Der tschechische Ministerpräsident Hodza mußte zurücktreten, und ein neues Kabinett beschloß, nicht mehr nachzugeben.

Am 22. und 23. September kam es erneut zu einer Begegnung zwischen Hitler und Chamberlain, diesmal in Bad Godesberg, wo Einzelheiten der Abtretung besprochen werden sollten. Inzwischen hatten die Polen am Vortag ultimativ die Abtretung des Olsa-Gebietes von der Tschechoslowakei gefordert, und kurz vorher hatte auch Ungarn Gebietsansprüche auf slowakisches Gebiet gestellt. Hitler sprach gegenüber dem englischen Premierminister auch diese Frage an und

bestand auf kurzen Abtretungszeiten. Chamberlain hielt eine Abstimmung in den deutschen Gebieten wegen der klaren Verhältnisse für nicht erforderlich und erklärte sich bereit, die Vorschläge an Prag weiterzuleiten, obwohl er die Räumungszeiten für zu kurz fand. Noch während dieser Begegnung wurde am Abend des 23. September die tschechische Mobilmachung bekannt, der kriegerische Demonstrationen und neue Massenverhaftungen Deutscher mit Einrichtung weiterer Konzentrationslager in der Tschechoslowakei in den nächsten Tagen folgten. Die Prager Regierung lehnte das „Godesberger Memorandum" am 25. September als „absolut und bedingungslos unannehmbar" ab. Am Abend des 26. September forderte Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete bis zum 1. Oktober und drohte mit militärischen Maßnahmen. Auch in Frankreich und England liefen nun Vorbereitungen zur militärischen Mobilmachung an, und ein europäischer Krieg schien bedenklich nahe.

In dieser sich zuspitzenden Lage schlug Italiens Staatschef Mussolini am 28. September 1938 Hitler eine Viermächtekonferenz vor, zu der dann Hitler sofort für den folgenden Tag nach München einlud. Die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands erreichten am 29. September in München bald Einstimmigkeit über den Anschluß des Sudetenlandes an Deutschland. Verhandlungsgrundlage war die zwischen Frankreich, England und Prag bereits am 21. September vereinbarte Abtretung, zu der im "Münchener Abkommen" jetzt nur noch die näheren Umstände und die Art der Verwirklichung festgelegt wurden. Das unterstrich der einleitende Satz des Abkommens deutlich: „Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte." Dann wurde darin festgelegt, daß die Räumung von den Tschechen am 1. Oktober 1938 beginnen, in bestimmten Zeitabschnitten ablaufen und am 10. Oktober ohne Zerstörungen beendet sein solle. Eine für strittige Gebiete vorgesehene Volksabstimmung wurde später von niemandem verlangt und von Benesch ausdrücklich abgelehnt, da er fürchtete, daß dann auch die anderen Minderheiten seines Staates ähnliche Rechte beanspruchten und die Regierung dadurch noch mehr gefährdeten. Ein internationaler Ausschuß überwachte die Einzelheiten der Durchführung des Abkommens.

Am 30. September 1938 nahm die Regierung in Prag dieses Münchener Abkommen an. Ab 1. Oktober marschierten dann deutsche Truppen über einen wahren Blumenteppich in das Sudetenland ein, überall von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. In großen Massenkundgebungen wurde die Befreiung gefeiert. Durch schnelle Hilfsmaßnahmen aus dem Reich wurde zunächst die größte Not

Schloß Tirol bei Meran, das Wahrzeichen des seit über 60 Jahren geteilten Landes Tirol.

Haus und Hof von Andreas Hofer im Passeiertal, der 1810 von den Franzosen als Anführer der Tiroler Freiheitskämpfer in Mantua erschossen wurde.

Die Ankunft der deutschen Truppen am 13. März 1938 in Salzburg.

Der Wiener Heldenplatz am 15. März 1938 bei der Rede des deutschen Reichskanzlers Adolf Hitler zum Anschluß Österreichs.

gelindert, wurden Lebensmittel und Kleidung in das schwer mitgenommene Sudetenland gebracht. Für rund 25000 in den vergangenen Wochen verhaftete Sudetendeutsche öffneten sich die Lager und Kerker, und die über 200000 vornehmlich ins Reich Geflüchteten konnten in ihre Heimat zurückkehren. Bis zum Eintreffen der deutschen Verbände hatten sudetendeutsche Organisationen dafür gesorgt, daß es nach Abzug der tschechischen Truppen und Behörden nicht zu Übergriffen gegen zurückbleibende Tschechen kam, zu denen oft wahrlich Grund genug vorhanden gewesen wäre. Insgesamt hatten die Sudetendeutschen von 1918 bis 1938 aus politischen Gründen 212 Todesopfer zu beklagen, davon rund 80 in den letzten Wochen vor dem Anschluß. Konrad Henlein wurde zunächst „Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete", später Gauleiter des Sudetenlandes.

Waren die Wahlen am 22. Mai 1938 noch unter tschechischer Herrschaft mit einem Ergebnis von 92 Prozent der Deutschen für die Sudetendeutsche Partei, obwohl die sudetendeutschen Sozialdemokraten noch in der Prager Regierung saßen, schon eine deutliche Volksabstimmung gewesen, so konnte das Sudetenland in den Ergänzungswahlen für den Großdeutschen Reichstag am 4. Dezember 1938 noch einmal über den Anschluß urteilen. An diesem Tage stimmten 98,9 Prozent für die NSDAP und unterstrichen damit die Berechtigung des Anschlusses. Dabei ging es den Sudetendeutschen weniger um das Parteiprogramm als um das Leben unter deutscher Verwaltung. In wenigen Monaten war dann die jahrelange bedrückende Arbeitslosigkeit im Sudetenland überwunden, und das Land nahm an dem Wirtschaftsaufschwung des übrigen Reiches voll teil. Rund 300000 Nichtdeutsche, die meist nach 1919 ins Sudetenland gekommen waren, wurden zur Abwanderung veranlaßt.

In Paris und London feierte man die aus München heimkehrenden Regierungschefs, und die Parlamente beider Länder stimmten dem Münchener Abkommen mit großen Mehrheiten zu. Mit voller Billigung des Auslandes, auch des Völkerbundes, und unter ausschlaggebender Mitwirkung der Weltkriegssieger war damit ein Unrecht des Diktates von St. Germain beseitigt worden. Selbst die britische Regierung gestand am 15. Oktober 1938 ein: „Man mußte Deutschland Gerechtigkeit widerfahren lassen, es war an der Zeit, das Unrecht von Versailles wiedergutzumachen." Dem Selbstbestimmungsrecht entsprechend war das Sudetenland somit nach zwanzig harten Schicksalsjahren, in denen die Deutschen mit bewundernswerter Geduld versucht hatten, mit den Tschechen zu leben, nach Deutschland zurückgekehrt. Nicht deutsche „Eroberungslust", sondern das Unvermögen der Tschechen, ihren Minderheiten die unverzichtbaren Lebensrechte zu gewähren, hatte diese Entwicklung ausgelöst.

Der Anschluß des Sudetenlandes war deshalb 1938 nicht nur völkerrechtlich unanfechtbar zustande gekommen, sondern auch geschichtlich, völkisch und moralisch voll gerechtfertigt. Eine nachträgliche Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens, wie sie 1950 von Pankow und 1973 von Bonn

vorgenommen wurde, ist daher ein Beweis für den moralischen Tiefstand der solches vertretenden Politik und richtet sich selbst.
Nach dem Einmarsch in die restliche Tschechoslowakei, die nach der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei und Gebietsforderungen der Polen und Ungarn zerbrach, kamen nach dem 15. März 1939 auch die deutschen Sprachinseln dieses Landes unter deutsche Verwaltung. Etwas mehr als 260000 Sudetendeutsche in diesen Sprachinseln optierten dann anschließend für das Reich und wurden Reichsbürger. Mit ihnen machte die gesamte sudetendeutsche Bevölkerung 3667000 Menschen aus. Bei der Besetzung der verbliebenen Rumpf-Tschechei und Prags konnte sich Hitler erstmalig nicht mehr auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, wenn auch Böhmen ein Jahrtausend zum Reich oder zu Österreich gehört hatte.

Die Rückgewinnung des Memellandes

Im Jahre 1252 war die Burg Memel vom deutschen Schwertbrüderorden gegründet worden, und 1254 hatte die in ihrem Schutz errichtete Siedlung Lübecker Stadtrecht erhalten, so daß Memel, das 1326 an den Deutschen Ritterorden kam, nicht nur die nördlichste, sondern auch die älteste Stadt Ostpreußens war. Obwohl das Memelland seitdem ununterbrochen zu Ostpreußen gehört hatte und seine Ostgrenze als die Ostpreußens seit 1422 immer gleich geblieben war, trennten die Sieger in Versailles das seit 700 Jahren deutsche Land vom Reich und behielten es sich unter eigener Verwaltung vor. Rund 150.000 mehrheitlich deutsche Bewohner wurden damit gegen ihren deutlich in Protesten gegen die Versailler Pläne ausgesprochenen Willen von Deutschland getrennt und fremder Herrschaft unterstellt. Auch die litauisch sprechende Minderheit, deren Vorfahren erst vom Deutschen Ritterorden ins Land geholt worden waren, als die deutsche Zuwanderung Ende des Mittelalters nachließ, und die im Gegensatz zu den übrigen Litauern mit den Deutschen evangelisch geworden waren, hatte nicht die Abtrennung gefordert.
Am 16. Februar 1920 übernahmen ein französischer General und ein französischer Oberkommissar die Verwaltung des Memelgebietes für die Alliierten. Doch schon am 10. Januar 1923, am gleichen Tage, an dem die Franzosen in das Ruhrgebiet einfielen, besetzten verkleidet eingereiste litauische Offiziere und dann einfallende Freischaren das Land, ohne daß die französischen Besatzungstruppen und Verwaltungsbehörden dagegen Widerstand leisteten oder die Machtübernahme verhinderten: Kampflos zogen die französischen Truppen ab. Bereits am 15. Februar 1923 erkannte die Botschafter-Konferenz der sonst so mächtigen Alliierten diese gegen das Recht mit Gewalt durch einen kleinen Staat geschaffene Tatsache und die Staatshoheit Litauens über das Memelland an, obwohl ihre Kommission nach Besichtigung des Memellandes festgestellt hatte:

„Memel, die älteste deutsche Stadt in Ostpreußen, hat niemals zu Litauen gehört. In der Stadt wohnen fast nur Deutsche ... Die Ostgrenze des Memellandes, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidewand zwischen zwei besonderen Zivilisationen dar."

Im Memelabkommen vom 14. März 1924 übertrugen die Weltkriegssieger dann Litauen alle ihre Rechte am Memelgebiet. Dieser Vereinbarung war ein Statut über das Memelgebiet beigefügt, in dem Litauen am 8. Mai 1924 zusagte, die Landschaft als Einheit zu erhalten und ihr umfassende Selbstverwaltung und Autonomie im Schulwesen und in der Rechtsprechung zu gewähren. Doch ebensowenig wie Polen und die Tschechoslowakei hielt sich Litauen an das Versprechen, sondern versuchte, unter Bruch des Autonomiestatuts das Memelland als litauische Provinz voll einzugliedern und das Deutschtum zurückzudrängen. Mehrfach wurde ein Deutscher als „Präsident des Direktoriums", welches das Land verwaltete, rechtswidrig abgesetzt und durch einen Litauer abgelöst. Als der memelländische Landtag diesen Rechtsbruch nicht anerkennen wollte, wurde er aufgelöst. Ebenso wurden zahlreiche deutsche Lehrer und andere Beamte entgegen den Autonomiebestimmungen entlassen. Sogar der Belagerungszustand wurde 1926 ohne eigentlichen Grund zur besseren Durchführung der deutschfeindlichen Maßnahmen über das Land verhängt und 12 Jahre aufrechterhalten.

Die deutschen Parteien, die bei den Landtagswahlen am 19. Oktober 1925 vereinigt als Deutsche Einheitsfront mehr als 91 Prozent aller Stimmen des Landes bekommen hatten, wurden unterdrückt. Gegen ihre leitenden Amtsträger fand im März 1935 in Kaunas (Kowno) ein Prozeß mit über 100 Angeklagten vor einem Kriegsgericht statt, das 85 Memeldeutsche zu hohen Zuchthausstrafen wegen angeblichen Hoch- und Landesverrates verurteilte. Zahlreiche Beschwerden über die dauernden Verletzungen des Memelstatuts beim Völkerbund und beim Internationalen Gerichtshof hatten ebensowenig Erfolg wie Vorstöße der Reichsregierung bei den Westmächten, die den Memelvertrag unterzeichnet hatten.

Doch die Memeldeutschen gaben nicht auf und verteidigten ihr Volkstum gegen alle Schikanen. Bei der Wahl zum Landtag errangen die deutschen Parteien im September 1935 trotz litauischer Unterdrückungsmaßnahmen über 80 Prozent der Mandate und bewiesen damit auch dem Ausland, daß sie Deutsche waren und bleiben wollten. Mit zunehmendem politischem Gewicht des Reiches wurde dann die Lage der Memeldeutschen in den folgenden Jahren immer gespannter, besonders nach dem Österreich-Anschluß, der Rückkehr des Sudetenlandes und einem neuen großen Wahlsieg der Memeldeutschen unter Führung des Nationalsozialisten Dr. Ernst Neumann im Dezember 1938. Danach versuchte die litauische Regierung, die nun erkannt hatte, daß die Westmächte gegen Revisionen des Versailler Diktates nicht angingen, den Memeldeutschen weitreichende Zugeständnisse zu machen und ihnen die

vorher verweigerte Autonomie zu gewähren. So wurde am 13. Januar 1939 Willy Bertuleit, der Stellvertreter Neumanns, zum Präsidenten des Direktoriums ernannt, und ab Mitte Januar konnte ein uniformierter „Ordnungsdienst" von rund 1.800 jungen Memeldeutschen, praktisch eine SA-Abteilung, aufgestellt werden. Die deutsche Sprache wurde nun wieder als Amts- und Unterrichtssprache eingeführt.
Doch dieses Entgegenkommen hielt die Entwicklung in Richtung auf den in der Bevölkerung gewünschten Anschluß an das Reich nicht mehr auf. In diplomatischen Gesprächen drang dann auch die Reichsregierung auf die Rückgliederung des Memellandes, die nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen Litauen und Deutschland ohne Mitwirkung der Alliierten mit dem Vertrag vom 22. März 1939 in Berlin vereinbart wurde.
In Artikel 1 kamen darin beide Länder überein: „Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelland wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt." Ferner wurde, „um den Wirtschaftsbedürfnissen Litauens Rechnung zu tragen, in Memel für Litauen eine Freihafenzone eingerichtet". Keiner der Unterzeichnerstaaten des Memelvertrages von 1924 legte dagegen Protest ein, zu offensichtlich war auch in diesem Falle, daß endlich das Selbstbestimmungsrecht sich hatte durchsetzen können.
Am Morgen des 23. März 1939 rückten deutsche Truppen von Ostpreußen aus in das Memelland unter dem Jubel der Bevölkerung ein. An Bord des Panzerschiffes „Deutschland" kam noch am selben Tage Hitler in Begleitung weiterer Flotteneinheiten von Swinemünde aus nach Memel, wo er von den Deutschen mit Dr. Neumann an der Spitze herzlich begrüßt wurde. Mit der Rückkehr des Memellandes war auf friedliche Weise und mit Zugeständnissen an Litauens Wirtschaftswünsche ein weiteres düsteres Kapitel deutschen Grenzlandschicksals nach dem Versailler Frieden zur Zufriedenheit der Betroffenen abgeschlossen worden.

Rückgliederungen und Umsiedlungen im Zweiten Weltkrieg

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen, meist im Zuge der Eroberungen durch die deutsche Wehrmacht, weitere in Versailles abgetretene deutsche Gebiete wieder unter deutsche Verwaltung, und sie wurden auch teilweise dem Deutschen Reich wieder eingegliedert, im Osten mit den Regierungsbezirken Zichenau und Litzmannstadt um Gebiete mit polnischer Mehrheit vergrößert. Da der Ausgang des Krieges diese Maßnahmen nach wenigen Jahren wieder aufhob und sie völkerrechtlich nicht allgemein anerkannt waren, seien sie nur kurz mit ihrer Vorgeschichte zusammengestellt.

Danzig.
In der Stadt Danzig, deren Bewohner zu 97 Prozent Deutsche waren und in der Deutsch alleinige Amtssprache war, hatte sich die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung nach 1919 immer für die Rückgliederung an das Reich eingesetzt, und keine Weimarer Regierung hatte die Versailler Konstruktion einer Freien Stadt wie auch die übrige Ostgrenze anerkannt. Der Ständige Internationale Gerichtshof hatte auf mehrere Beschwerden wegen polnischer Amtsübergriffe hin entschieden: „Polen gegenüber ist und bleibt die Danziger Verfassung die eines ausländischen Staates." Danzig war somit kein polnisches Protektorat, sondern ein von Polen unabhängiger Staat, in dem Polen nur eine Reihe von Sonderrechten besaß. Die Danziger Wirtschaft hatte durch die polnische Zollhoheit in der Stadt und im ganzen Freistaat und durch die Anlage des polnischen Hafens Gdingen erheblich gelitten.
Die Zahl der polnischen Vertreter in dem aus 120 Abgeordneten bestehenden Danziger Volkstag war von 7 im Jahre 1920 auf nur 2 bei den Wahlen ab 1930 gefallen. Schon bei den Wahlen vom 28. Mai 1933 errangen die Nationalsozialisten 51 Prozent der Stimmen, damit die Mehrheit der Mandate und stellten von nun an den Senatspräsidenten, Dr. Hermann Rauschning bis November 1934, dann Artur Greiser.
Bei den letzten Vorkriegswahlen am 7. April 1935 erhielt die NSDAP 59,3 Prozent der Stimmen. Am 23. August 1939 setzte der Danziger Senat den Gauleiter Albert Forster als Staatsoberhaupt ein, ohne daß, wie es eigentlich nach der Verfassung erforderlich gewesen wäre, der Völkerbund diese Verfassungsänderung genehmigt hatte.
Am Morgen des 1. Septembers 1939, kurz nach Beginn des Polenfeldzuges, erließ Forster ein „Staatsgrundgesetz" über die Rückgliederung der Stadt an Deutschland. Darin wurde die bisherige Verfassung aufgehoben und in Artikel 3 festgestellt: „Die Freie Stadt Danzig bildet mit sofortiger Wirkung mit ihrem Gebiet und ihrem Volk einen Bestandteil des Deutschen Reiches." Auf Forsters Bitte um Zustimmung und ein entsprechendes Reichsgesetz antwortete Hitler noch am selben Tage, daß er die Proklamation annehme und das Reichsgesetz über die Wiedervereinigung sofort vollzogen werde. Noch am 1. September erließ der Reichstag das „Gesetz über die Wiedervereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich".
Damit hatte Danzig in Ausführung des politischen Willens des weitaus größten Teiles seiner Bevölkerung den Status einer Freien Stadt, den es schon in früheren Zeiten von 1454 bis 1793, von 1807 bis 1814 und nun von 1920 bis 1939 besessen hatte, zum erstenmal von sich aus beendet und sich dem Reich angegliedert. Daraufhin verließ der Völkerbundskommissar, der Schweizer Carl Jakob Burckhardt, die Stadt. Während des Krieges galt Danzig im Gegensatz zu den übrigen „zurückgewonnenen deutschen Ostgebieten" voll als Reichsgebiet.

Westpreußen, Posen, Oberschlesien.
Aus den nach dem Ersten Weltkrieg unter polnische Herrschaft gekommenen Ostgebieten waren etwa eine Million Deutsche ins Reich ausgewandert. Den Verbliebenen wurden die in Versailles von den Polen zugesagten Minderheitenrechte weitgehend verweigert, durch eine Bodenreform die Besitzungen teilweise enteignet und die deutschen Schulen in ihrer Zahl drastisch herabgesetzt. Viele Beschwerden beim Völkerbund blieben ohne Wirkung. Im September 1934 erklärte Warschau, daß es in Zukunft keine Kontrolle seiner Minderheitenpolitik durch die dazu beauftragte Völkerbundskommission mehr zulassen werde. Eine Vereinbarung Polens mit der Reichsregierung von 1934 brachte nur kurzzeitig Erleichterung für die Deutschen. In der letzten Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verstärkten sich die Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen Deutscher, wobei es ab Frühjahr 1939 zahlreiche Todesopfer unter den Volksdeutschen gab. Viele Deutsche flohen noch im Sommer 1939 ins Reich. Nach Kriegsausbruch hatten die Volksdeutschen in Polen noch stärker zu leiden und bis zur deutschen Besetzung mehr als 12000, manche Quellen sprechen von 50000, Todesopfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Allein in Bromberg wurden am 3. September 1939, dem „Bromberger Blutsonntag", kurz vor dem Einmarsch der Wehrmacht über 1000 deutsche Zivilisten von Polen ermordet. Viele Volksdeutsche wurden dann von den vorrückenden Truppen des Reiches aus den polnischen Konzentrationslagern befreit.
Nach dem Polenfeldzug wurden mit Erlaß vom 8. Oktober 1939 die nun zurückeroberten deutschen Ostgebiete, vermehrt um weitere polnische Bezirke, aus der Militärverwaltung des besetzten Polens herausgenommen und in „Reichsgaue" unter einer Zivilverwaltung eingeteilt. Damit wurden sie verwaltungsmäßig praktisch dem Reich angegliedert, blieben aber paßrechtlich, mit Ausnahme des schon genannten Danzigs, Ausland, das nicht zum freien Reisegebiet des Reiches gehörte. Einzige Amtssprache wurde das Deutsche. Alle Orte erhielten ihre alten deutschen Namen. Aus den Regierungsbezirken Danzig, Bromberg und Marienwerder wurde der „Reichsgau Danzig-Westpreußen" mit der Hauptstadt Danzig gebildet. Südlich davon entstand der „Reichsgau Wartheland" aus den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Litzmannstadt (Lodz). An die Provinz Ostpreußen wurde das in Versailles abgetretene Soldauer Land im Südwesten, das Gebiet um Sudauen (Suwalki) im Osten und im Süden der frühere polnische Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanow) angegliedert. Das trotz des Abstimmungssieges von 1921 an Polen abgetretene Ostoberschlesien wurde der Provinz Oberschlesien wieder angefügt. Im übrigen von Deutschen besetzten Polen wurde ein Generalgouvernement eingerichtet, das nicht zum Reich gehörte. Aus den neuen Reichsgauen im Osten wurden im Laufe des Krieges etwa 365.000 der dort wohnenden Polen in das Generalgouvernement ausgesiedelt. Die Juden wurden in Konzentrationslager gebracht. Das dadurch frei gewordene Land erhielten die aus den Umsiedlungs-

maßnahmen aus dem Osten ins Reich gekommenen Volksdeutschen. Das in Versailles erlittene und unter der polnischen Herrschaft zwei Jahrzehnte erduldete Unrecht der Mißachtung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes verübten nun bedauerlicherweise Deutsche an Polen in diesen Ostgebieten.

Eupen-Malmedy.
Die Bevölkerung der 1920 vom Reich abgetrennten Kreise Eupen und Malmedy hatte sich mit der belgischen Herrschaft nicht abgefunden und die Forderung nach Rückgliederung ins Reich weiter erhoben. Die nichtkonfessionelle „Heimattreue Front" erreichte mit ihrem Eintreten für einen Anschluß an Deutschland in der sonst kirchlich streng gebundenen Landschaft schon 1936 mehr als die Hälfte der Stimmen in diesem Gebiet, sogar in seinem westlichen, mehrheitlich französisch sprechenden Teil. Der Anschluß des Memellandes im März 1939 hatte bei den Deutschen um Eupen und Malmedy neue Hoffnungen geweckt.
Nachdem die deutsche Wehrmacht ab 10. Mai 1940 in Belgien und Frankreich einmarschiert war, erfolgte durch einen Erlaß Hitlers schon am 18. Mai 1940 die Rückgliederung Eupen-Malmedys an das Reich, die von der Bevölkerung sehr begrüßt wurde. Deutsch wurde wieder Amts- und Schulsprache. Später wurde auch das ebenfalls überwiegend deutschsprachige Gebiet um Montzen Deutschland angegliedert. Im Montzener wie im südlicheren Areler Bereich stand jedoch damals ein erheblicher Teil der deutschsprechenden Bevölkerung dem Reich ablehnend gegenüber.

Elsaß-Lothringen.
In der letzten Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und während der Monate vor dem Frankreichfeldzug hatte die Verfolgung für ihr Deutschtum eintretender Elsaß-Lothringer durch die französischen Behörden zugenommen. Führende Autonomisten waren verhaftet und über Nancy nach Südfrankreich deportiert worden, wohin auch Teile der elsässischen Bevölkerung aus dem Gebiet der Maginot-Linie, des östlichen Verteidigungsgürtels Frankreichs, gegen ihren Willen gebracht worden waren. Auch wegen dieser drakonischen Maßnahmen wurden die deutschen Truppen bei ihrem Einmarsch im Mai 1940 von den meisten Elsässern und Lothringern freudig begrüßt. Die Deportierten konnten nach der Besetzung Frankreichs in ihre Heimat zurückkehren. Staatsrechtlich wurde von der Reichsregierung während des Krieges keine Angliederung des alten Reichslandes an Deutschland vorgenommen, da diese Frage im zukünftigen Friedensvertrag mit Frankreich geregelt werden sollte.
Verwaltungsmäßig wurde das Elsaß mit Baden zu einem „Gau Oberrhein", Lothringen mit der Saar und der Pfalz zum „Gau Rheinpfalz" unter reichsdeutschen Gauleitern zusammengeschlossen, eine wenig glückliche Maßnahme für diese Landschaften. Deutsch wurde alleinige Landes- und Schulsprache. An die

Universität Straßburg als „Reichsuniversität" wurden hervorragende Hochschullehrer berufen. Ab Herbst 1940 wurden rund 50000 französisch sprechende Lothringer ins unbesetzte Frankreich abgeschoben. Im August 1942 erhielten alle Elsaß-Lothringer die deutsche Staatsangehörigkeit, wogegen zahlreiche Bewohner protestierten. Nachdem sich schon viele freiwillig zum Wehrdienst gemeldet hatten, wurden ab 1942 auch Elsässer und Lothringer zur deutschen Wehrmacht eingezogen und mit Rücksicht auf ihre Vergangenheit mit dem mehrfachen Wechsel der Staatsbürgerschaft in der Regel nur an der Ostfront eingesetzt.

Luxemburg.
Das Herzogtum Luxemburg, aus dem die Großherzogin und die Regierung kurz vor dem deutschen Einmarsch geflohen waren, wurde dem „Gau Moselland" angefügt. Die deutsche Sprache wurde einzige Schul- und Amtssprache. Eine „Volksdeutsche Bewegung" entstand mit der Forderung nach Anschluß Luxemburgs an das Reich. Der größte Teil der Luxemburger äußerte jedoch seinen Willen, selbständig zu bleiben. Ab 1942 wurden auch Luxemburger zur Wehrmacht eingezogen.

Südtirol.
Als kurz nach der alliierten Landung in Sizilien der italienische „Duce" Mussolini vom italienischen König verhaftet worden war, Italien im August 1943 Verhandlungen mit den Westmächten aufnahm und am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg erklärte, wurde eine deutsche Verwaltung in Südtirol eingeführt. Der deutsche Gauleiter in Meran setzte sich sofort für die Wiedererrichtung deutscher Schulen ein, und die Folgen der Optierungsvereinbarung wurden teilweise schon wieder rückgängig gemacht.

Umsiedlungen.
Nach dem Polenfeldzug verfolgte die Reichsregierung eine Politik der „Rückführung" von Volksdeutschen aus den von Rußland kontrollierten Ländern ins Reich. Hitler erklärte in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, die „wichtigste Aufgabe" sei nach dem Zerfall des polnischen Staates neben der „Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerecht werde", nun im Osten „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt eine Umsiedlung der Nationalitäten so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist". Damit sollten im Zeichen des Nationalismus und im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen mit den Sowjets nach der Abgrenzung der Interessengebiete im deutsch-russischen Abkommen vom 28. September 1939 die während vieler Jahrhunderte entstandenen volksdeutschen Siedlungen im neuen russischen Einflußgebiet in

Osteuropa möglichst beseitigt und die meisten der dort inmitten fremder Völker seit Generationen siedelnden Volksdeutschen ins Reich umgesiedelt werden. So bitter diese Aufgabe deutschen Siedlungsgebietes sowohl für den einzelnen als auch im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung und für eine künftige friedliche Verständigung zwischen den Völkern war, so lebensrettend wirkte sie sich zunächst für die meisten Umsiedler aus in Anbetracht dessen, was gegen Ende des Zweiten Weltkrieges von Osten her über ihre alte Heimat und die wenigen in diesen Gebieten verbliebenen Deutschen hereinbrach. Jahrhundertealte Entwicklungen wurden mit dieser Maßnahme plötzlich abgebrochen.
Zuerst erfolgte die Umsiedlung der Baltendeutschen, von denen viele schon 1919 zum erstenmal vor den Russen ins Reich geflohen waren. Nachdem die Sowjets ab Anfang Oktober 1939 Truppen in den baltischen Staaten stationiert hatten, siedelten nach Verträgen mit Estland vom 15. Oktober 1939 und mit Lettland vom 30. Oktober 1939 innerhalb von zwei Monaten rund 65 000 Baltendeutsche nach Deutschland um. Größtenteils wurden sie dann in den „wiedergewonnenen deutschen Ostgebieten" im Warthegau und in Westpreußen angesetzt, nachdem viele Polen von dort ausgesiedelt worden waren. Das Herder-Institut in Riga, Schulen und Kirchen wurden den Deutschen im Herbst 1939 im Baltikum genommen, so daß kein anderer Ausweg als die Umsiedlung blieb.
Auf Grund weiterer Abmachungen vom 10. Januar 1941 mit der Sowjetunion, die inzwischen die baltischen Länder eingegliedert hatte, kamen dann noch einmal 12000 „Nachumsiedler" aus Estland und Lettland sowie 45000 Volksdeutsche aus Litauen nach Deutschland. Als die deutschen Truppen nach dreijähriger Besetzung ab Herbst 1944 das Baltikum räumten, verließen mit ihnen weitere 60000 estnische und 115000 lettische Flüchtlinge aus Furcht vor den Sowjets ihre Heimat.
Nach einem weiteren Abkommen vom 16. November 1939 zwischen dem Reich und den Sowjets konnten die Volksdeutschen in dem von Rußland besetzten Ostpolen und umgekehrt die Russen und Ukrainer im deutsch besetzten Generalgouvernement eine Umsiedlung über die Grenze der deutsch-russischen Besetzungsgebiete beantragen. Davon machten 128000 Deutsche aus Galizien, Wolhynien und Nordpolen Gebrauch, die dann nach ihren Trecks aus ihrer Heimat auch teilweise im Wartheland angesiedelt wurden.
Nach dem Polenfeldzug war Rußland durch die Besetzung Ostpolens in bedrohliche Nähe Rumäniens gerückt. Im deutsch-russischen Abkommen vom 28. September 1939 war der bessarabische Teil Rumäniens, nicht aber die Bukowina der russischen „Interessensphäre" zugeteilt worden. Am 26. Juni 1940 forderte Moskau ultimativ von Rumänien die sofortige Abtretung Bessarabiens und unter Überschreitung der Abmachung mit dem Reich auch die Überlassung der Nordbukowina. Bukarest mußte sich fügen. Anschließend wurde in einem Abkommen mit Rußland vom 5. September 1940 die Rückführung der Bessarabiendeutschen und der Volksdeutschen aus der Nordbukowina, ferner in

einer Vereinbarung mit Rumänien vom 22. Oktober 1940 die Aussiedlung der Volksdeutschen aus der Südbukowina und aus der Dobrudscha am Schwarzen Meer festgelegt. Daraufhin kamen aus dem ganzen Buchenland 95770 Personen nach Deutschland, erheblich mehr als die 1930 gezählten 75000 Deutschen. Da nach den Umsiedlungsvereinbarungen ein Großelternteil, der sich zum deutschen Volkstum bekannt hatte, zur Antragsberechtigung genügte, machten von der Möglichkeit der Flucht vor den Sowjets aus der Nordbukowina möglichst viele Personen Gebrauch. In der zunächst noch weiterhin zu Rumänien gehörenden Südbukowina blieben noch 7000 Volksdeutsche zurück, die dann erst 1944 vor den vordringenden Sowjets nach Deutschland flüchteten. Die Umsiedlungsmaßnahme aus der Nordbukowina erstreckte sich über drei Monate, wobei jeder der Auswanderer 50 Kilogramm Gepäck mitnehmen konnte, während das restliche Sachvermögen zwischen den Staaten verrechnet wurde. Ein Teil der Umsiedler wurde zunächst im Warthegau angesetzt, von wo sie 1945 noch weiter nach Westen vertrieben wurden; ein anderer Teil, besonders die Handwerker, kam nach Salzgitter-Lebenstedt und fand in den damaligen Hermann-Göring-Werken Arbeit. Aus Bessarabien kamen 93500, aus der Dobrudscha dann 14000 Volksdeutsche nach Deutschland.
Nach der deutschen Besetzung Jugoslawiens 1941 wurden in der Folgezeit 15000 Gottscheer und um 20000 Volksdeutsche aus Bosnien und Serbien in die für wenige Jahre rückgegliederte Südsteiermark umgesiedelt. Aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten Rußlands wurden vor dem Rückzug der deutschen Truppen ungefähr 300000 Volksdeutsche ins Reichsgebiet geholt. Die gesamten Umsiedlungsmaßnahmen des Reiches für Volksdeutsche während des Krieges haben somit rund 800000 Personen betroffen.
Keine geordnete Umsiedlung, sondern eine brutale Verschleppung durch die Russen auf Befehl Stalins erlebten die Wolgadeutschen und Teile der Volksdeutschen in Südrußland, als 1941 die deutschen Truppen schnell an der Ostfront vorstießen. Die bis dahin noch mit bestimmten Sonderrechten erhalten gebliebene „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" wurde am 28. August 1941 aufgelöst, und alle ihre Bewohner wurden unter dem Vorwurf des Landesverrates zugunsten des deutschen Feindes über ganz Sibirien, hinter den Polarkreis und in die anderen Teile des asiatischen Rußlands verstreut oder teilweise in der offenen Steppe ausgeladen. In wenigen Monaten wurden die geschlossenen, fast 200 Jahre alten deutschen Siedlungsgebiete von ihren rund eine Million Volksdeutschen entblößt. Über 300000 Menschen starben auf diesen Deportationen oder gingen anschließend in den Arbeits- und Straflagern zugrunde. Die meisten Familien wurden zerrissen, da die Männer in getrennte Lager, die Frauen und Kinder in „Sondersiedlungen" kamen. Ohne deutsche Schulen und Kirchen, in fremder Umgebung, vielfach interniert und härtester körperlicher Arbeit ausgesetzt, galt es zunächst für diese Menschen nur, das Leben zu erhalten. Erst Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg

verbesserte sich das harte Los für die Überlebenden, und die Familien konnten wieder zusammenfinden.

DEUTSCHES GRENZLAND NACH JALTA UND POTSDAM

Grenzänderungen im Potsdamer Protokoll

Auf den Konferenzen in Teheran vom 27. November bis 1. Dezember 1943 und in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 besprachen die Regierungschefs von USA, Großbritannien und Rußland das künftige Schicksal Europas, legten neue Grenzen fest und beschlossen die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Dabei gab Roosevelt in den entscheidenden Fragen Stalin nach, und Churchill fügte sich darein, daß viele Völker Osteuropas unter sowjetische Herrschaft kamen. Obwohl der Zweite Weltkrieg von den Westmächten wegen der Unabhängigkeit Polens begonnen war, überließen sie nun neben Polen auch das Baltikum, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien sowie einen Teil Deutschlands dem Kommunismus. Die „Großen Drei" setzten dann nach Ende des Krieges auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 das vorher Abgesprochene in Beschlüsse um, die im Potsdamer Protokoll festgehalten wurden.

Schon vorher hatten die USA dadurch, daß sie in Süditalien statt nach Churchills Wunsch auf dem Balkan landeten, daß sie ihre Truppen in Deutschland anhielten oder später aus Mitteldeutschland zurückzogen und den Russen die Eroberung von Wien, Prag und Berlin überließen und daß sie das deutsche Angebot eines gemeinsamen Kampfes gegen den Bolschewismus ausschlugen, die Russen tief nach Mitteleuropa hereingelassen. In wenigen Jahren war die sowjetische Herrschaft mit Hilfe der Westmächte vom Bug und Dnjestr bis zur Elbe, Saale und zum Böhmerwald nach Westen vorgeschoben worden. Alle diese Trümpfe ließ sich Stalin nun nicht mehr aus der Hand nehmen. Er hatte bereits im Frühjahr 1945 das am 30. März 1945 eroberte Danzig und das ostdeutsche Gebiet östlich der Oder und Neiße den Polen übergeben und damit vollendete Tatsachen geschaffen. Auch in Potsdam setzte er sich gegen die Westmächte durch. Er wurde dadurch begünstigt, daß während der Konferenz Churchill als englischer Premierminister abgewählt wurde und der nachgiebigere Attlee an seine Stelle trat. Der nach Roosevelts Tod im April 1945 als sein Nachfolger in Potsdam wirkende US-Präsident Truman konnte gegenüber Stalin nichts erreichen und verließ sofort nach der Konferenz wütend über seine Mißerfolge Potsdam, ähnlich wie 1919 Wilson die Versailler Konferenz. Wie im Ersten Weltkrieg hatten die USA im Krieg den Ausschlag zugunsten der

Alliierten gegeben und dann sich den Frieden aus der Hand nehmen lassen, indem sie in Potsdam den gewaltigen Machtzuwachs Rußlands anerkannten. Spätestens hier zeigte es sich, daß die Westmächte den Krieg zwar gewonnen, den Frieden aber schon verloren hatten. In vielen Punkten konnten sich die Alliierten in Potsdam auch schon nicht mehr einigen, so daß wesentliche Fragen, vor allem die der endgültigen Grenzen Deutschlands auf zukünftige Außenministertagungen verschoben wurden, die aber in den folgenden Jahren in bezug auf Deutschland ebenso keine Einigung erzielten. Die „Times" schrieb: „Europa ist aus dem schrecklichsten Krieg der Geschichte in den fürchterlichsten Frieden übergegangen."

Am 8. Mai 1945 hatte die deutsche Wehrmacht, nicht das Deutsche Reich, kapituliert. Die Reichsregierung wurde erst vierzehn Tage später an der Ausübung ihres Amtes gehindert. In den Berliner Erklärungen vom 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland und erklärten dabei ausdrücklich, daß keine Annexion vorgenommen werde: „Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands." Ebenso wurde die Reichseinheit anerkannt:„ Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen eingeteilt."

Auch in Potsdam erkannten die Großen Drei Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 an. Für dieses Datum gibt es keinen anderen historischen oder völkerrechtlichen Grund als den, daß es der späteste Zeitpunkt ist, an dem die Versailler Grenzen, nur durch den Anschluß des Saargebietes geändert, noch galten. Die Rückgliederung Österreichs, des Sudetenlandes und des Memellandes, die völkerrechtlich voll gültig und wirksam geworden und teilweise unter Beteiligung der Westmächte zustande gekommen waren, sollten damit nachträglich aufgehoben werden. Alle Angliederungen deutschen Landes an das Reich während des Zweiten Weltkrieges wurden für ungültig erklärt. Das bedeutete, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich fiel, Eupen-Malmedy an Belgien, Südtirol an Italien und Österreich als eigener Staat besonders behandelt wurde.

Über die endgültige Ostgrenze konnte man sich in Potsdam nicht einigen. Die Westmächte wollten Rußlands und Polens Gebietszuwachs einerseits nicht anerkennen, konnten aber andererseits an den von Stalin geschaffenen Tatsachen nichts mehr ändern. So wurde in Punkt VI des Potsdamer Protokolls vorbehaltlich der endgültigen Regelung in einem künftigen Friedensvertrag das nördliche Ostpreußen mit Königsberg und seiner ganzen Küste Rußland zur Verwaltung übergeben. Die USA und Großbritannien sagten zu, bei den späteren Friedensverhandlungen sich dafür einzusetzen, daß dieses Gebiet endgültig an Rußland falle. Punkt IX hielt fest, daß „bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens" Ostdeutschland östlich der Oder und der westlichen (Lausitzer) Neiße und das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig,

außer dem Rußland zugesprochenen Teil Ostpreußens, „unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen". Stalins Forderung nach „Repatriierung" der Deutschen zunächst aus Polen, dann auch aus der Tschechoslowakei und Ungarn, nicht aus den deutschen Ostgebieten, hatte schon in Teheran die Zustimmung der Westmächte gefunden. Nun wurde in Punkt XIII vereinbart, „daß jede derartige Überführung . . . in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll", ein angesichts der damals im Osten bereits angelaufenen brutalen Vertreibung der Deutschen mehr als zynischer Zusatz. Auch in den deutschen Ostgebieten hatten die Polen die Vertreibung der Deutschen schon längst begonnen, ohne daß sie nun von Potsdam abgesegnet wurde.

An den Potsdamer Beratungen und Beschlüssen waren Deutsche wie in Versailles nicht beteiligt. Formal stellt das Potsdamer Protokoll auch keinen Vertrag, sondern nur eine Absichtserklärung dar, der keine völkerrechtliche Wirkung in bezug auf die Neuregelung von Grenzen zukommt. Ausdrücklich haben die Alliierten Deutschland und Teile davon nicht annektiert, sondern von seinem Gebiet von 1937 nur einzelne Landschaften im Osten vorläufig unter fremde Verwaltung gestellt. Auch die zahlreichen Außenministerkonferenzen in den folgenden Jahren brachten im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges zwischen den Westmächten und den Sowjets keine andere Regelung der Grenzfrage, und ein Friedensvertrag mit einer endgültigen Festsetzung neuer Grenzen liegt nach über 37 Jahren nach Kriegsende noch nicht vor und ist auch gar nicht abzusehen, da niemand außerhalb Deutschlands danach trachtet.

Völkerrechtlich gilt daher ohne jeden Zweifel zumindest das Deutschland in den Grenzen vom 31. August 1939. Daneben gilt dann für Danzig noch der Status einer Freien Stadt, da weder seine Aufhebung 1939 noch die Eingliederung Danzigs in Polen am 7. April 1945 vor der Potsdamer Konferenz völkerrechtlich wirksam vollzogen wurden. Der Völkerbund, der die Freie Stadt beaufsichtigte, hat sogar im Juli 1944 und im September 1945 in zwei Studien noch ausdrücklich den fortbestehenden Status der Freien Stadt für Danzig und dessen Umland sowie seine Verantwortlichkeit für Danzig betont. Da auch die späteren Ostverträge unter dem Vorbehalt eines künftigen Friedensvertrages abgeschlossen wurden und das Bundesverfassungsgericht diesen Vorbehalt ausdrücklich festschrieb und das Fortbestehen des Deutschen Reiches über den 9. Mai 1945 bis zur Gegenwart betonte, gilt diese Lage auch heute noch: Das Deutsche Reich besteht völkerrechtlich anerkannt mindestens noch in seinen Grenzen vom August 1939.

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war Deutschland in den letzten Kriegsmonaten des Zweiten Weltkrieges von den alliierten Truppen aus Ost und West erobert worden. Ganz Deutschland war nun besetztes Land in fremder Hand und blieb es für eine Reihe von Jahren, bis die Vier-Zonen-Einteilung sowohl in

Deutschland als auch in Österreich durch die Bildung dreier Staaten auf deutschem Boden abgelöst wurde, die verschieden stark noch von der jeweiligen Besatzungsmacht abhängig blieben. 1955 erhielt Österreich in seinem Staatsvertrag weitgehende Staatshoheit, wurde aber in Artikel 4, der mehr als die Hälfte des Staatsvertrages ausmachte, in seinem Selbstbestimmungsrecht genauso wie in Versailles durch ein Anschlußverbot erheblich beschnitten: „Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeit auf diesem Gebiet und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarungen mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern." Mit besonderer Raffinesse wurde Österreich damit selbst zur Unterdrückung des Anschlußgedankens verpflichtet.
Im Deutschland-Vertrag vom 5. Mai 1955 erlangte kurz vorher die Bundesrepublik Deutschland im Westen eine durch eine Reihe Vorbehalte noch eingeschränkte Staatshoheit, während in Berlin daneben weiterhin die Alliierte Kommandantura galt und gilt. Die in Mitteldeutschland dann gegründete Deutsche Demokratische Republik blieb stark von der Sowjetunion abhängig und mußte zur Unterdrückung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 russische Truppen einsetzen. Im Januar 1955 erklärte die Sowjetunion den Kriegszustand mit Deutschland für beendet, nachdem die Westmächte entsprechende Erklärungen schon im Sommer 1951 abgegeben hatten. Durch den Eisernen Vorhang, die feste Einbindung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis (NATO) und die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft (EG) und Mitteldeutschlands in das östliche Verteidigungs- (Warschauer Pakt) und Wirtschaftssystem (Comecon) nahmen in der Folgezeit bis heute die Aussichten für eine Wiedervereinigung zunächst weiterhin ab. Erst im Zusammenhang mit der freiheitlicheren Entwicklung in Polen und deren Unterdrückung durch die Russen wurde ab 1981 die geschichts- und völkerwidrige Einteilung Europas seit Jalta und Potsdam von führenden Politikern in Frage gestellt und eine Änderung gefordert, die auch für die deutsche Frage in Zukunft günstigere Lösungen bringen kann.

Rumänien.
Mit den vor der russischen Übermacht zurückweichenden deutschen Truppen flohen ab 1944 viele Volksdeutsche aus dem Osten nach Westen. Die bei den ersten Umsiedlungsmaßnahmen von 1940 noch in der Südbukowina verbliebenen rund 7000 Volksdeutschen flüchteten nun wie ein großer Teil der Nordsiebenbürger in Richtung Reich. Die meisten Deutschen aus dem Nösnergau um Bistritz und dem Sathmarer Gebiet erreichten mit ihren Trecks schließlich auch das Reichsgebiet. Der schnelle Durchbruch der Russen durch die deutsche Schwarzmeer-Karpatenfront wie der Frontwechsel des rumänischen Königs am 23. August 1944 zu den Russen ließen den übrigen Siebenbürgern gar nicht mehr die Zeit zum Aufbruch, den die meisten auch zunächst nicht wollten. Nur im westlichen Banat ergab sich durch einen erneuten Vorstoß deutscher und ungarischer Verbände bis Temeschburg noch einmal die Möglichkeit zur Evakuierung, die aber von vielen Banater Schwaben, die ihren reichen Landbesitz nicht aufgeben wollten, abgelehnt wurde.
Für die in Rumänien zurückgebliebenen Deutschen begann bald eine furchtbare Leidenszeit. Als Rußland rumänische Arbeitskräfte zum Wiederaufbau anforderte, wurden im Januar 1945 alle deutschen Männer zwischen 16 und 45 Jahren und alle Mädchen und Frauen zwischen 18 und 32 Jahren verhaftet und, insgesamt 75000 Menschen, nach Rußland zur Zwangsarbeit in Bergwerken, Fabriken und im Straßenbau deportiert. Als sie in geschlossenen Waggons aus ihrer Heimat verschleppt wurden, sangen die Unbeugsamen das Deutschlandlied. Von dieser „Wiedergutmachungsarbeit" kehrten diejenigen, die diese harte Zeit überlebten, meist erst 1949 wieder nach Rumänien oder nach Deutschland zurück. Dank der sprichwörtlichen Nachbarschaftshilfe der Sachsen und mit Unterstützung der Sächsischen Landeskirche wie der katholischen Kirche im Banat überstanden die zurückgelassenen Kinder und Alten diese schlimmen Jahre.
Im März 1945 wurde der gesamte deutsche Landbesitz in Rumänien enteignet, in Staatseigentum verwandelt oder an rumänische Siedler verteilt. Damit wurde den Deutschen in Rumänien die wirtschaftliche Grundlage entzogen, und Fremde wohnten in ihren Häusern und Dörfern. Später hat Rumänien, das keine Vertreibungen vornahm, als einziges Ostblockland seine Deutschen zurückgerufen und ihnen völlige Amnestie angeboten, die auch die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS einschloß.
Zu den in den anderen Ostblockstaaten geschehenen öffentlichen Massenmorden an deutschen Zivilisten kam es in Rumänien nicht. Nur im Juni 1951 wurden im westlichen Teil des rumänischen Banats frühere deutsche Bauern als „Ausbeuter" mit ihren Familien, zusammen rund 50000 Menschen, von Militär zusammengetrieben, in Güterzüge verfrachtet und in der öden, baumlosen

Baragan-Steppe östlich von Bukarest auf freiem Feld ausgeladen, damit sie hier ohne alle Hilfsmittel „kolonisieren" sollten. Von den in Erdlöchern und später in Lehmhütten hausenden Menschen haben viele diesen fünf Jahre dauernden Versuch nicht lebend überstanden. Als dann diese „Siedlungen" wieder aufgegeben wurden, konnten die Überlebenden in ihre Heimatdörfer zurückkehren.
Gegenüber rund 750000 Deutschen in Rumänien vor dem Zweiten Weltkrieg leben heute noch knapp 400000 dort. Nachdem Umsiedlung und Flucht die Bukowina, die Dobrudscha, das Nösnerland und das Sathmarer Gebiet praktisch von Deutschen entblößt haben, wohnen nun Rumäniendeutsche in nennenswerter Anzahl nur noch im südlichen Siebenbürgen und im Banat.

Jugoslawien.
Furchtbar war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen in Jugoslawien, die nicht mehr rechtzeitig während des Krieges umgesiedelt wurden oder flüchten konnten. Der alte Haß und der Minderwertigkeitskomplex der Serben und Slowenen gegenüber den Deutschen tobte sich nach dem Einmarsch der Roten Armee in unbeschreiblichen Greueln sowohl an den Volksdeutschen als auch an den bei Kriegsende in großen Massen in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten aus. Mindestens 20000 deutsche Zivilisten wurden ermordet, teilweise schon vor Kriegsende von den Partisanen. Die übrigen wurden lange interniert, wobei mindestens 100000 in den Vernichtungslagern umkamen. Dabei wurden die Eltern von den Kindern getrennt, die in besonderen Kinderlagern mit hoher Sterberate gefangengehalten wurden. Mehr als 30000 Volksdeutsche wurden auch in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt. Am 21. Oktober 1947 erklärte die jugoslawische Regierung: „Die Deutschen haben keinen Anspruch, wie freie Leute behandelt zu werden. Sie sind Lagerleute und für solche gelten besondere Bestimmungen." Südslawische Partisanen drangen ab Mai 1945 auch in die österreichische Steiermark und nach Kärnten ein, wo sie zahlreiche Deutsche verschleppten oder ermordeten, nachdem schon vorher mehr als 3000 Soldaten allein in Kärnten von Partisanen umgebracht worden waren.
Gegenüber den rund 550000 Volksdeutschen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien lebten, vor allem im Banat (125000), in der Batschka (175000) in Syrmien und Slawonien (je 70000) und in ziemlich geschlossener Siedlung in der Gottschee (15000), werden heute nur noch wenige Zehntausend im Lande geschätzt. Offiziell gibt es für die jugoslawische Regierung gar keine deutsche Minderheit im Lande mehr. In der Batschka sollen noch etwa 20000 Volksdeutsche wohnen, die keinerlei Minderheitenrechte besitzen.

Ungarn.
In Ungarn, wo vor dem Zweiten Weltkrieg 625000 Volksdeutsche gelebt hatten, erließ die Regierung nach den Potsdamer Beschlüssen eine Verordnung, daß alle

Breslau, das prächtige spätgotische Rathaus in der seit über 700 Jahren deutschen Stadt.

Das „Haus Oberschlesien“ in Gleiwitz, das 1246 als deutsche Siedlung entstand und 1276 deutsches Stadtrecht erhielt.

Das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Breslauer Schloß, das später abgerissen wurde.

Flüchtlingstreck im Winter 1944/45 auf dem Wege nach Westen.

Personen, die sich bei der letzten Volkszählung im Jahre 1941 als Deutsche oder zur deutschen Muttersprache bekannt hatten, nach Deutschland umgesiedelt werden sollten. Im Februar 1946 lief diese Vertreibung an und wurde erst 1948 eingestellt, als sowohl die US-Militärregierung in Süddeutschland keine Transporte mehr aufnehmen wollte als auch in der Sowjetzone Aufnahmeschwierigkeiten auftraten. Dadurch verblieben etwa 250000 Deutsche in Ungarn. Ein Teil von ihnen kam dann im Zusammenhang mit dem Ungarn-Aufstand 1956 noch in den Westen. Die Todesopfer in der letzten Kriegszeit und bei der Vertreibung sollen um 90000 betragen haben.

Tschechoslowakei.
Eine besonders furchtbare Tragödie spielte sich ab 5. Mai 1945 in der mit Flüchtlingen, Evakuierten und aus dem Osten zurückflutenden Truppenverbänden vollgestopften Tschechoslowakei ab, als die Tschechen sich beim Einmarsch der Roten Armee erhoben. Auf unmenschliche Weise wurden in aller Öffentlichkeit über 240000 Deutsche von Tschechen ermordet. Die neue Regierung rief zu Rachemaßnahmen und zur Säuberung an den Deutschen auf, und die Sender der Aufständischen hetzten: „Tod allen Deutschen!" In der Weltstadt Prag ereigneten sich die furchtbarsten Greuel, und der Todesmarsch der Brünner in Richtung Österreich ging als besonders grausames Ereignis in die Geschichte ein. Von den rund 3,5 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland und der übrigen Tschechoslowakei wurden bis Dezember 1946 bis auf etwa 300000 alle vertrieben oder ermordet, 200000 teilweise jahrelang gefangengehalten und zu harter Zwangsarbeit verurteilt, vor allem zur Arbeit in den Uran-Konzentrationslagern bei Joachimsthal. Das vorher rein deutsche Sudetenland wurde seiner Bewohner völlig entblößt, und es entstanden viele Wüstungen, in denen sich in wahrem „Goldgräberfieber" die Tschechen bereicherten. Die früheren deutschen Sprachinseln in Mähren und in der Slowakei hörten praktisch auf zu bestehen.
Die Deutschen der zur früheren Tschechoslowakei gehörenden Karpato-Ukraine wurden nicht vertrieben. Ihre Trecks wurden von den Sowjettruppen überrollt, wonach einige in ihre Heimat, die nun russisch wurde, zurückgeschickt, die meisten zur langen Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden, von wo die Überlebenden erst Jahre später in ihre Dörfer zurückkehren durften.

Ostdeutschland.
In Ostdeutschland und im besetzten Polen lebten 1944 rund 13 Millionen Deutsche, von denen etwa 2 Millionen erst während des Krieges durch Umsiedlung, Evakuierung oder zur Verwaltung dahin gekommen waren. Etwa 7 Millionen Deutsche konnten vor den sowjetischen Truppen rechtzeitig fliehen. Mitten im Winter 1944/45 brach dann über die deutschen Ostgebiete der Einfall der Russen herein, die bei der Einnahme der ersten ostpreußischen

Sonderbefehl

für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn einschliesslich Ortsteil Sandberg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neisse umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad Salzbrunn-Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

Abschnittskommandant
(-) Zinkowski
Oberstleutnant

Dörfer durch die Ermordung der zurückgebliebenen Zivilbevölkerung andeuteten, welches Schicksal die deutschen Ostgebiete von der Roten Armee erwarten konnten. Vielfach überrollte die Front die riesige Fluchtbewegung nach Westen, und die Flüchtlinge auf ihren Trecks fielen den Rotarmisten in die Hände. Diese waren von dem russischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg aufgefordert worden: „Tötet, tapfere Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!" Und viele handelten danach.

Nicht, um den Krieg zu verlängern, sondern nur um die Menschenmassen aus dem Osten lebend in den Westen zu führen, versuchte die Reichsregierung, ab 1. Mai 1945 unter Großadmiral Dönitz, die Ostfront möglichst zu halten und die Kapitulation aufzuschieben, da die Westmächte eine Teilkapitulation für den Westen ablehnten. Teilweise konnten die ab Januar 1945 verstärkt vordringenden Russen noch einmal für kurze Zeit aufgehalten werden, wie an der Oder und in Nordmähren, was Hunderttausenden von Flüchtlingen den Weg in den Westen ermöglichte. Insbesondere konnten die Karpatendeutschen in geordneten Trecks nach Vorbereitung durch ihren Volksgruppenführer Franz Karmasin früh genug ihre Heimat verlassen. Teile Pommerns und Schlesiens kamen erst nach der Kapitulation in russische Hand.

Mit allen verfügbaren Einheiten brachte die deutsche Kriegsmarine noch in den letzten Monaten des Krieges vom Baltikum und aus Ost- und Westpreußen über zwei Millionen Menschen über das Meer in Sicherheit. Bereits am 26. Januar 1945 war durch den russischen Vorstoß von Süden bis Elbing ganz Ostpreußen vom Westen abgeschnitten. Bis 10. März war auch die pommersche Küste bis Stettin von den Russen erreicht, wo sich nur noch Kolberg bis zum 18. März halten konnte. Der Landweg aus dem Osten war damit im Norden abgeschnitten. Bis zur Kapitulation konnten der Hafen von Libau in Kurland und Teile der Danziger Bucht mit der Halbinsel Hela für den Flüchtlingsstrom über das Meer nach Westdeutschland offengehalten werden. Allein aus der Danziger Bucht wurden etwa 1,3 Millionen Menschen mit Schiffen in die Freiheit gebracht. Russische U-Boote versuchten immer wieder, diese Rettungsmaßnahmen zu stören, und torpedierten mehrere mit Flüchtlingen und Verwundeten überladene Schiffe. Allein mit der „Wilhelm Gustloff" versanken Ende Januar 1945 über 4100 Menschen in den eisigen Wogen der Ostsee, mit der torpedierten „Goya" Mitte April etwa 5200. Noch nach dem 9. Mai kamen mit Flüchtlingen vollbeladene Schiffe im Westen an, als eines der letzten der Danziger Binnenkahn „Hoffnung" am 14. Mai mit fast 150 Personen an Bord.

Im südlicheren Bereich wälzte sich der Flüchtlingsstrom von Schlesien, wo die Festung Breslau sich bis zum 8. Mai 1945 halten konnte, durch Sachsen. Ein wahrhaftiges Inferno ereignete sich am 13. und 14. Februar 1945 in Dresden, als die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt, obwohl keinerlei kriegswirtschaftliche

oder strategische Notwendigkeit dafür vorlag, immer wieder von angloamerikanischen Bomberflotten auf ausdrücklichen Befehl Churchills angegriffen und in Brand gesetzt wurde, wobei nach vorsichtigen Schätzungen über 200000 Menschen darin verbrannten.

Am Schluß des Krieges befanden sich noch fünf bis sechs Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße in russischer oder polnischer Hand. Über 200000 wurden nach Rußland deportiert und vegetierten dann in den berüchtigten Arbeitslagern, aus denen weniger als die Hälfte zurückkehrte. Ein hartes Schicksal traf auch die früheren Umsiedler aus den Ostländern, die im Warthegau in russische Hand fielen. Etwa 25000 von ihnen wurden „repatriiert", ins Innere Rußlands verschleppt.

Der Flucht vor den Sowjets in den letzten Kriegsmonaten schloß sich ab Mai 1945 die Vertreibung der Deutschen aus den von den Russen besetzten und von ihnen den Polen übergebenen deutschen Ostgebieten an. Bereits im März 1945 enteignete die provisorische polnische Regierung die ihr zugänglichen Deutschen und zog sie zur Zwangsarbeit heran. Im Juni 1945 setzte die planmäßige Vertreibung, verstärkt nach dem polnischem Erlaß vom 13. September 1946 über „die Ausschließung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft", von etwa 3,5 Millionen Deutschen ein, die 1948 in Ostdeutschland, 1951 in Alt-Polen beendet war. Rund 1,3 Millionen Deutsche blieben im polnischen Herrschaftsbereich zurück, die meist als „Autochthone", vor allem in Oberschlesien und in Masuren, anerkannt wurden. Daneben ließ man zunächst 150000 „anerkannte Deutsche" im Lande, da man auf sie als unabkömmliche und unersetzbare Arbeitskräfte nicht verzichten wollte. Viele von diesen kamen in späteren Jahren in den Westen. Weder „ordnungsgemäß" noch „human", wie in Potsdam vereinbart, vollzog sich diese Vertreibung der Deutschen, sondern unter grausamen Bedingungen wurden die Menschen von Haus und Hof vertrieben, meist innerhalb weniger Stunden unter Zurücklassung aller ihrer Habe. Doch das nackte Leben gerettet zu haben und in den Westen gelangt zu sein, erschien den meisten schon als das große Glück. Etwa 1,6 Millionen deutsche Zivilpersonen allein aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße haben die letzten Kriegswochen und die Vertreibung nicht überlebt.

Das ganze Ausmaß der Tragödie des deutschen Ostens geht über jedes Verständnis hinaus und entzieht sich jeder Beschreibung. Schon die reinen Zahlen sind kaum noch vorstellbar. 12,5 Millionen Menschen wurden vertrieben oder waren schon vor den Sowjets aus dem ganzen Osten geflüchtet. Rund 2,1 Millionen Zivilpersonen kamen dabei in dieser Zeit ums Leben, 800000 Deutsche wurden in die Sowjetunion verschleppt. Was in Jahrhunderten gewachsen war, wurde nun in wenigen Monaten in einer Blutorgie sondergleichen zerstört.

Nach der Vertreibung war das vergrößerte Polen einschließlich der Gebiete

östlich der Oder und Neiße offiziell von Deutschen geleert. Amtliche polnische Stellen sprachen in späteren Jahren von wenigen Tausend in Polen noch lebender Deutschen. Die zurückgebliebenen Autochthonen waren einer starken Polonisierung ausgesetzt und besaßen keine Minderheitenrechte, durften ihre Sprache nicht benutzen und konnten ihre Kinder nicht auf deutsche Schulen schicken. In den deutschen Ostgebieten wurden Polen aus den an Rußland gefallenen Landschaften Ostpolens angesiedelt, im nun russischen Ostpreußen auch Asiaten, im Memelland teilweise Wolgadeutsche. Die katholische Kirche Polens stellte sich in wenig christlicher Weise hinter die Vertreibung, und der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, erklärte noch 1965: „Mit der Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete, mit der Vernichtung des preußischen Staates und der Zerschlagung des Deutschen Reiches hat die Gegenreformation ihr Ziel erreicht."
Wie wenig von „polnischen Westgebieten" gesprochen werden kann und wie rein deutsch der Charakter der Ostgebiete war, geht aus der Volkszählung von 1925 hervor. Dabei gaben als Muttersprache an in Ostpreußen 93,8 Prozent deutsch und 0,8 Prozent polnisch, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 95,4 Prozent deutsch und 2,5 Prozent polnisch, in Oberschlesien 58,8 Prozent deutsch und 11,0 Prozent polnisch, in Niederschlesien 97 Prozent deutsch und weniger als 0,0 Prozent polnisch, in Ost-Brandenburg 95,4 Prozent deutsch und 0,1 Prozent polnisch, in Pommern 98 Prozent deutsch und 0,2 Prozent polnisch. Der Unterschied der Summe zu 100 Prozent fiel größtenteils auf diejenigen, die sowohl deutsch als auch polnisch angegeben hatten. In den ganzen deutschen Ostgebieten gab es also bis 1945, mit Ausnahme Oberschlesiens, keine nennenswerte polnische Minderheit. Die bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 für die polnische Liste abgegebenen Stimmen waren in Prozentzahlen im Ruhrgebiet größer als in mancher ostdeutschen Provinz, wie heute Frankfurt und Stuttgart einen weit höheren türkischen Anteil aufweisen als vor dem Zweiten Weltkrieg Breslau, Danzig oder Königsberg einen polnischen.

Elsaß-Lothringen.
Im Elsaß und in Lothringen erfolgte zwar nach der Einnahme durch die Alliierten ab 1944 keine allgemeine Vertreibung, aber der in ganz Frankreich dann ausbrechenden „Epuration" (Säuberung) mit ihrer sofortigen Lynchjustiz fielen als „Kollaborateure" Tausende von Deutschen im alten Reichsland zum Opfer. Rund 50000 Personen wurden interniert und dann zum Teil zu hohen Freiheitsstrafen abgeurteilt. Viele Elsaß-Lothringer wurden, auch manche in Deutschland untergetauchte, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Manche mußten ihren Wohnsitz in eine bestimmte Mindestentfernung von der Grenze nach Deutschland verlegen. Auf Regierungsanordnung wurde die deutsche Sprache in Schule und Amtsgebrauch strikt verboten, obwohl sie die Muttersprache von über 80 Prozent der Bevölkerung war, und durch das Französische

ersetzt. Deutsche Aufschriften hatten zu verschwinden. Erst nach Jahren lockerten sich einige Bestimmungen gegen das Deutsche, das schwerer als je um seinen Bestand zu kämpfen hatte.

Luxemburg.
In Luxemburg wurden nach dem Einmarsch der Alliierten und der Rückkehr der Exilregierung etwa 10000 Personen verhaftet und meist längere Zeit zur Zwangsarbeit eingesetzt. In zahlreichen politischen Prozessen wurden wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen hohe Strafen verhängt, die später meist herabgesetzt wurden. Im Gegensatz zu dem französischen Herrschaftsbereich kam es jedoch nicht zu „spontanen Hinrichtungen", doch wurde die vorher im Großherzogtum nicht mehr vollstreckte Todesstrafe wieder eingeführt. Neben anderen wurde Professor Dr. Damien Kratzenberg, der Leiter der „Volksdeutschen Bewegung", die ab 1940 sich für den Anschluß an das Reich einsetzte, zum Tode verurteilt und erschossen. Erst nach Jahren setzte eine Normalisierung mit individueller Aussetzung der Strafen ein.

Eupen-Malmedy.
Auch im Gebiet von Eupen und Malmedy zogen nach dem Einmarsch der Amerikaner im September 1944 Rache und Vergeltung der Belgier an den Deutschen ein. Internierung, Verurteilungen mit einer Reihe von Todesurteilen, Entlassungen von Beamten und Lehrern wurden durchgeführt. Im Areler und Montzener Bereich hörte der gesamte Deutschunterricht in den Schulen auf, im Eupen-Malmedyer Gebiet wurde er zurückgedrängt. Erst in den fünfziger Jahren konnten sich Vereinigungen zur Erhaltung deutschen Volkstums und deutscher Sprache stärker durchsetzen, und neue Sprachgesetzte von 1962 und 1963 brachten eine Erleichterung für die Deutschen dieser Gebiete.
Als im Sommer 1980 das Deutsche Rote Kreuz seinen Suchdienst nach Vermißten des Zweiten Weltkrieges einstellte, waren noch rund 450 000 Schicksale deutscher Menschen ungeklärt. Die Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes als Leitstelle aller Heimatortskarteien gab im Sommer 1982 noch 1,7 Millionen Personen mit unbekanntem Verbleib an, die vor 1945 in den Vertreibungsgebieten gewohnt hatten. Zum größten Teil sind sie sicher den 2,1 Millionen Toten bei der Ausrottung, Flucht und Vertreibung der Deutschen zuzurechnen.

Der erfolgreiche Volkstumskampf der Südtiroler

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm Italien wieder die Herrschaft in Südtirol, das sich nur kurze Zeit deutscher Verwaltung erfreut hatte. Mit dem Ende der Faschistenherrschaft in Italien 1945 und dem Sturz der Monarchie 1946

änderte sich kaum etwas gegenüber der Vorkriegszeit an der Unterdrückung der Deutschen und Ladiner in Südtirol. Die in der Zeit der deutschen Verwaltung von September 1943 bis Mai 1945 errichteten deutschen Schulen mußten allerdings im Herbst 1945 auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsmacht von Italien anerkannt und übernommen werden. Von nun gab es deutsche und italienische Schulen, die die jeweils andere Sprache als „Zweitsprache" lehrten. Die Schulen in den ladinischen Gebieten erhielten einen dreisprachigen Aufbau.

Bei den Pariser Friedensverhandlungen für Italien war 1946 der deutsche Charakter Südtirols den Außenministern der Westmächte bekannt, und die Alliierten waren auch einer Neuregelung nicht unzugänglich. Doch Österreich trat nur zaghaft auf, und so blieb dann Südtirol bei Italien, das nur zu einem Minderheitenschutzvertrag verpflichtet wurde. In diesem nur eine Druckseite umfassenden Pariser Vertrag oder Gruber-de-Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 verpflichtete sich Italien in ziemlich ungenauen Ausdrücken, „den Bevölkerungen Südtirols eine autonome regionale Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt" und „den deutschsprachigen Bewohnern der Provinz Bozen" ihre kulturelle Eigenständigkeit zu gewähren, insbesondere ein deutsches Schulwesen und die Gleichberechtigung der deutschen Sprache bei Behörden und Gericht zum „Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe". Dafür verzichtete der junge nachgiebige österreichische Außenminister Gruber unter anderem unnötigerweise auf die Forderung nach einer Volksabstimmung, nach Anerkennung der Südtiroler als Volksgruppe und nach Autonomie der Provinz Bozen. Dieser Vertrag wurde dann später in den Friedensvertrag der Alliierten mit Italien als vollgültige Beilage aufgenommen, so daß damit die Alliierten zu Garantiemächten wurden und Österreich als Schutzmacht Südtirols anerkannt war.

Italien erfüllte jedoch mehr als ein Jahrzehnt die Zusagen nicht, sondern versuchte, sie zu unterlaufen und abzuwürgen. Statt einer autonomen Region Südtirol mit weit überwiegend deutscher Mehrheit wurde die Region „Trentino-Südtiroler Etschland" geschaffen, in der die Italiener die Mehrheit besaßen und die beiden subautonomen Provinzen Trient und Südtirol nur unbedeutende Rechte und Befugnisse erhielten. Gegen den Widerstand der schon im Mai 1945 als Sammelbewegung für die Deutschen und die Ladiner gegründeten Südtiroler Volkspartei (SVP), die von Anfang an für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler eintrat, wurde diese Regelung Anfang 1948 in Kraft gesetzt. Zwar durften die Südtiroler nun wieder ihre deutschen Vor- und Familiennamen annehmen, deren Benutzung von den Faschisten verboten worden war, aber im Gegensatz zum übrigen Italien durften sie erst im Mai 1952 ihre Gemeinderäte und Bürgermeister selbst wählen, die dann die von der Regierung eingesetzten Italiener ablösten. Die von dem 1949 eingerichteten Südtiroler Landtag beschlossenen Gesetze wurden nur sehr verzögert oder gar nicht von Rom in

Kraft gesetzt. Dagegen förderte die italienische Regierung weiterhin durch staatliche Wohnungsbau- und Wirtschaftsmaßnahmen die systematische Zuwanderung von Italienern nach Südtirol, so daß die Zahl der „Welschen" sich von nicht einmal 7000 vor dem Ersten Weltkrieg auf über 130000 um 1960 erhöht hatte und bald abzusehen war, wann die rund 260000 Südtiroler nur noch eine Minderheit in ihrer Heimat darstellen würden. Angesichts dieses „Todesmarsches der Südtiroler" forderte die SVP, an deren Spitze am 25. Mai 1957 Dr. Silvius Magnago getreten war, der sie auch 1982 noch leitet und seit 1960 Landeshauptmann von Südtirol ist, auf einer großen Kundgebung auf Schloß Sigmundskron am 17. November 1957 unter Beteiligung von 35000 Südtirolern: „Los von Trient! Ehrliche Autonomie!" Der von den Südtiroler Abgeordneten im italienischen Parlament eingebrachte Gesetzentwurf für eine neue Autonomieregelung wurde in Rom nie behandelt. Im Februar 1958 scheiterten auch österreichische Verhandlungen mit Italien über Südtirol. Daraufhin legte der österreichische Außenminister Bruno Kreisky im September 1959 vor der UNO Beschwerde gegen Italien wegen Nichterfüllung des Pariser Vertrages ein. Da Österreich dann in New York statt des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol, das die UNO nach ihrer Satzung hätte unterstützen müssen, halbherzig nur eine bessere Regionalautonomie beantragte, erfolgte lediglich eine Empfehlung der UNO an die Regierungen in Rom und Wien, über die Verwirklichung eines besseren Minderheitenschutzes zu verhandeln.
Nachdem auch diese Verhandlungen schnell an der völligen Unnachgiebigkeit Italiens im Januar 1961 gescheitert waren, nahmen kleine Gruppen von Südtirolern, durch Nordtiroler unterstützt, mehrere Warnsprengungen ab Januar 1961 vor. Als diese ebenso keine Wirkung in Rom zeitigten, erfolgte in der „Herz-Jesu-Nacht" am 12. Juni 1961 die gleichzeitige Sprengung von mehr als 40 Hochspannungsmasten in ganz Südtirol, wobei keine Personen zu Schaden kamen, jedoch ein wesentlicher Teil der Stromversorgung Norditaliens unterbrochen wurde. Mehr als hundert Verhaftungen mit Geständniserpressungen und Folterungen verdächtigter Südtiroler erfolgten in dem dann unter brutalem Polizeiterror stehenden Land, in dem die persönliche Freiheit aufgehoben war. Nach drei Jahren Vorermittlung, während der drei verhaftete Südtiroler an den Folgen der italienischen Mißhandlungen in Haft starben, fand ein Riesenprozeß gegen Dutzende von Beschuldigten in Mailand statt, der mit drakonischen Strafen für die Freiheitskämpfer endete. In Österreich deswegen angestrengte Schwurgerichtsprozesse sprachen die angeklagten Patrioten, darunter den Innsbrucker Universitätsassistenten Dr. Norbert Burger, frei. In Westdeutschland wurden noch Jahre später auf italienische Beschuldigung hin der Beteiligung an solchen Sprengungen verdächtigte junge Männer verhaftet, Monate in Untersuchungshaft festgehalten und nach einem mehrere Monate dauernden beschämenden Prozeß 1980 in Köln zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, die dann allerdings 1982 vom Bundesgerichtshof aufgehoben wurden.

LANDSLEUTE!

Die Stunde der Bewährung ist da!

40 Jahre lang hat Südtirol alle Leiden erduldet und immer wieder auf die Einsicht Italiens, auf die Hilfe der Mächtigen und auf Gerechtigkeit gehofft. Obwohl wir keine Italiener sind, waren wir 40 Jahre lang anständige Bürger des italienischen Staates. Vergeblich!

1919 und 1946 hat man uns das natürliche Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten und dafür Versprechungen gemacht. 15 Jahre lang warten wir nun vergeblich auf die Einlösung dieser Versprechungen. Jeder vernünftige Mensch aber muß nach all den ergebnislosen Verhandlungen erkennen, daß die italienischen Regierungen uns nicht einmal eine bescheidene Autonomie gewähren wollen.

Das „demokratische" Italien setzt in Südtirol die Methoden der faschistischen Gewaltherrscher fort und überbietet sie noch: Willkürliche Verhaftungen, das Verbot der Schützen, Beschlagnahme von Privateigentum, wahllose Hausdurchsuchungen, Störung religiöser Bräuche.

Täglich wächst die soziale Not: Zu Tausenden müssen junge Südtiroler auswandern, weil italienische Zuzügler die Volkswohnungen und die Arbeitsplätze zugeteilt bekommen. Obwohl sie oft nicht lesen und schreiben können, erklären die italienischen Arbeitsämter diese Zuwanderer zu Fachkräften. Unsere Söhne aber müssen mit Hungerlöhnen vorlieb nehmen.

1918 lebten 7000 Italiener in Südtirol, heute sind es 130.000! Wohin das Zögern und Verhandeln geführt hat, zeigen auch die letzten Bozner Gemeindewahlen. 1920: kein einziger Italiener im Gemeinderat! 1961: 31 Italiener und nur noch 9 Südtiroler! Und welche Parteien haben seit 1957 Stimmen gewonnen? Einzig und allein die Neufaschisten und die Kommunisten! Das ist das Ergebnis unserer Geduld!

Rom beschließt eben jetzt ein Gesetz, das jedem Südtiroler nach Belieben die Staatsbürgerschaft entziehen kann. Dieses Gesetz öffnet der Willkür Tür und Tor: Man karn uns wie Verbrecher aus der Heimat vertreiben. Aus dem Unrecht, das Hitler unserem Land zugefügt hat, versucht Rom sein Recht abzuleiten. Italien erniedrigt das alte Kulturland an Etsch und Eisack zu einer Kolonie.

Hat man in Rom noch nicht gemerkt, daß wir im Zeitalter der Selbstbestimmung der Völker leben? Wir sind sicher, daß alle Gegner des Kolonialismus unsere Bundesgenossen sind.

WIR FORDERN FÜR SÜDTIROL DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT!

Landsleute! Unser Vertrauen zum italienischen Staat ist zerstört. Er hat kein Versprechen und keinen Vertrag gehalten. Er mißbraucht seine Kräfte dazu, das vom Faschismus begonnene Vernichtungswerk fortzusetzen und unsere Volksgruppe auszulöschen.

In dieser Stunde erheben sich die treuesten Söhne unserer Heimat gegen die Gewalt und schreiten schweren Herzens — so wie anno 1809 — zur Tat. Nicht der Haß gegenüber Menschen einer anderen Sprache leitet uns: Unsere Erhebung ist Notwehr gegen einen Staat, der uns unseres Volkstums wegen verfolgt und uns geistig und physisch vernichten will.

Europa und die Welt werden unseren Notschrei hören und erkennen, daß der Freiheitskampf der Südtiroler ein Kampf für Europa ist und gegen die Tyrannei.

Landsleute! Unterstützt den Freiheitkampf! Es geht um unsere Heimat! Wir ziehen in den Kampf mit einem Wort unseres Kanonikus Gamper: „Ein Volk, das um nichts anderes kämpft, als um sein natürliches und verbrieftes Recht, wird den Herrgott zum Bundesgenossen haben!"

Flugblatt aus der Herz-Jesu-Nacht

Durch diese Sprengungen war die Weltöffentlichkeit auf die unhaltbaren und einer westlichen Demokratie unwürdigen Verhältnisse und Unterdrückungen in Südtirol aufmerksam geworden. Obwohl Rom zunächst noch Ende Juni 1961 jede Verbesserung des bestehenden völlig unzureichenden Autonomiezustandes strikt abgelehnt hatte, setzte es unter dem Druck der Weltmeinung am 1. September 1961 eine „Kommission der Neunzehn", darunter acht Südtiroler, ein, die Vorschläge für eine Änderung der Verhältnisse in Südtirol ausarbeiten sollte. In Straßburg gründete der Europarat im Oktober 1961 einen Ausschuß für die Südtirolfrage, und die UNO befaßte sich im Herbst 1961 auch wieder auf Antrag Österreichs mit dem Geschehen in Südtirol. Jetzt erst setzte langsam, von Italien immer wieder möglichst verzögert, eine Änderung zum Besseren für die Deutschen in Südtirol ein. Nachdem die Kommission 1964 ihre Empfehlung vorgelegt hatte, vergingen noch einmal Jahre des Tauziehens zwischen Italien und Österreich, bis 1969 das „Paket" als Ergebnis der langen Verhandlungen zwischen Wien und Rom vorlag. Die SVP, die mehr als 90 Prozent der Südtiroler vertrat, entschied sich trotz schwerster Bedenken am 22. November 1969 nach harten Auseinandersetzungen mit der knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen für dieses Paket mit den 137 Versprechungen der Italiener, das wegen seines Italien sehr entgegenkommenden Inhaltes vom römischen Parlament schnell und mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Der Wiener Nationalrat stimmte dem Paket am 16. Dezember 1969 mit knapper Mehrheit und ebenfalls großen Bedenken zu.

Im Paket wurden die Südtiroler als Volksgruppe nicht anerkannt, und die italienische Zuwanderung wurde nicht gestoppt. Die Zusage auf Gleichberechtigung der deutschen Sprache, die Zweidrittel der Bewohner des Landes sprechen, wurde zwar erneuert, aber bis heute nicht verwirklicht. Die fast ausschließlich italienische Beamtenschaft in Südtirol sollte abgebaut werden, jedoch nicht in absehbarer Zeit, sondern durch natürlichen Abgang, was Jahrzehnte dauern kann. Für diese im ganzen unbefriedigenden Änderungen erklärte Österreich den Pariser Vertrag für erfüllt und verzichtete damit auf die Möglichkeit, sich deswegen bei den Garantiemächten und der UNO beschweren zu können. Das vom Januar 1971 an gültige neue Autonomiestatut hat zwar erweiterte Zuständigkeiten des Südtiroler Landtages und des Landesausschusses gebracht, doch die im Paket und dem zugehörigen „Operationskalender" zugesagten Durchführungsbestimmungen, die innerhalb von zwei Jahren, spätestens jedoch 1974, von Rom hätten herauskommen sollen, wurden verzögert und sind in wesentlichen Teilen bis 1982 immer noch nicht erlassen. Als Ende Januar 1982 der langjährige Südtiroler Landeshauptmann Magnago mit seinem Stellvertreter und den Südtiroler Abgeordneten und Senatoren wieder einmal den italienischen Ministerpräsidenten offiziell wegen der noch nicht erfolgten Errichtung des zugesagten regionalen Verwaltungsgerichtshofes und der noch nicht verwirklichten Gleichberechtigung der deutschen Sprache vor Gericht und bei den Behörden

aufsuchte, mußten die Südtiroler Politiker ohne jedes Ergebnis enttäuscht wieder abreisen und feststellen, daß ihre Hoffnungen auf das Paket und den guten Willen der Italiener zerstoben waren. So blieb den Deutschen an der Etsch nichts anderes übrig, als erneut ihre Schutzmacht Österreich anzurufen, ein mehr als betrübliches und beschämendes Ereignis im freien Teil Europas. Im Gegensatz zur Weimarer Republik und den mutigen Worten ihres Außenministers Stresemann für die Südtiroler hat die westdeutsche Regierung sich nie entschieden für die Belange Südtirols eingesetzt, obwohl sie, günstiger als zur Weimarer Zeit, über die laufende Wirtschaftshilfe und die Fremdarbeiterfrage genügend für Rom entscheidende Berührungspunkte mit Italien besitzt.
Mit zähem Beharrungswillen, großer Geduld und unnachgiebiger Volkstreue haben die Südtiroler alle diese Schikanen der Italiener ausgehalten und allen Drangsalierungen getrotzt. Nach den Sprengungen hörte die italienische Zuwanderung bald auf, und mancher Südländer verließ wieder ängstlich das Tiroler Bergland, in dem die Spannungen zwischen Deutschen und Italienern sich in Gewalttätigkeiten entluden. Die langsam verbesserten Bedingungen für die Südtiroler haben dann auch zu einem Rückgang der Auswanderung der Deutschen aus Südtirol und seit neuestem zu einer Zunahme der Zahl der Südtiroler geführt. Während bei der Volkszählung von 1971 unter den 414041 Einwohnern Südtirols die Italiener, die „Altonatesini", noch 33,3 Prozent ausmachten, ergab die Volkszählung von 1981 unter den nun 429500 Personen in Südtirol nur noch 29,4 Prozent Italiener. In diesen zehn Jahren war die Zahl der „Welschen" um mehr als 11500 gesunken, während die der Deutschen um knapp 25000 auf 285200 angestiegen war und auch die Ladiner ihren Bevölkerungsstand um 0,5 Prozent vergrößern konnten. Seit November 1980 hat auch die Landeshauptstadt Meran zum erstenmal seit mehr als 50 Jahren wieder einen deutschen Bürgermeister, und das Walther-von-der-Vogelweide-Denkmal wurde 1981 nach Jahrzehnten der Verbannung an einen unauffälligen Platz wieder auf dem Hauptplatz von Bozen aufgestellt. Nach mehr als 60 Jahren harten Volkstumskampfes mit großen Opfern ist die Bereitschaft der Südtiroler, der Deutschen und Ladiner, sich gegen die italienische Unterdrückung durchzusetzen, nicht gesunken und steht nun mit einem erfreulichen Bevölkerungszuwachs auf gesichertem Boden. Zwei Generationen brutaler römischer Bestrebungen zur Entvolkung haben diesen prächtigen Menschenschlag nicht zu beugen vermocht, der nach wie vor stolz darauf ist, deutsch zu sein und zu bleiben, und beharrlich sein Selbstbestimmungsrecht fordert, damit dann ganz Tirol, wie früher Jahrhunderte lang, wieder eine Einheit wird.
Südlich von Salurn haben sich bis heute in kleinen Sprachinseln Reste der deutschen Bevölkerung gehalten, die noch am Ausgang des Mittelalters „Welschtirol", das „vierte Tirol", nördlich einer Linie vom Südende des Gartsees (Gardasee) über Berne (Verona), Wiesenthein (Vicenza) bis zum Tal der Brint (Brenta) und Plaf (Piave) und bis kurz vor Padua besiedelte. In der Stadt Trient, in

der im Mittelalter vorwiegend deutsch gesprochen wurde und deutsche Zünfte sich bis ins 18. Jahrhundert hielten, leben in der Gegenwart etwa 5000 Deutsche mit deutscher Schule und deutschem Gymnasium, im östlich davon abzweigenden Fersental oberhalb Persen (Pergine) rund 3000, vor allem in den Orten Palei (Palu), Gereut (Frassilongo), Eichleit (Roveta) und Florutz (Fierozzo).
Eine weitere nahegelegene deutsche Sprachinsel bildet die Hochebene von Lafraun (Lavarone) und Vielgereut (Folgaria) sowie um Lusern (Luserna). Hier beginnt das „Land der Zimbern" mit den „Siben Kamäun" (Sieben Gemeinden, Sette Comuni) um den Hauptort Sleghe (Asiago), die von 1310 bis 1807 eine eigene Republik mit dem Verbot der Eheschließung mit Italienern bildeten. Hier wird wie in den „Dreizehn Gemeinden", dem „Vicariatus Montenearum Theutonicorum" von 1403, in den Lessinischen Alpen bei Berne (Verona) noch das „tautsche Gareida" (deutsche Sprache) verstanden und teilweise gesprochen, ein mittelhochdeutsches Bayrisch aus dem 11. und 12. Jahrhundert mit gotischen, langobardischen und alemannischen Anteilen.
Die Bewohner dieser Dörfer führen sich seit Jahrhunderten auf die Reste der Zimbern zurück, die im Jahre 101 v. Chr. von den Römern bei Vercellae vernichtet wurden, und leiten ihre altertümliche Sprache vom Zimbrischen ab. Während des Zweiten Weltkrieges optierten in diesen Sprachinseln die Einwohner, die seit langem einem starken Entvolkungsdruck von Italien ausgesetzt gewesen waren und ihre Namen hatten italienisieren müssen, teilweise für Deutschland, wurden dann nach Südböhmen umgesiedelt und kamen erst nach dem Kriege zurück, wo sie sehr schwer um ihre alte Heimat ringen mußten. Nach langem Kampf konnten sie geringfügigen Deutschunterricht erhalten.
Heute bemüht sich eine „Zimbrische Gesellschaft" von Roboan ausgehend mit eigener Zeitschrift „Taucias Gereida", einem „Zimbrischen Kulturinstitut" in Roboan und einem Sender „Radio Cimbria" um die Erhaltung und Wiederbelebung der „zimbrischen Sprache" und die Fortführung der altertümlichen Tradition dieser deutschen Sprachinseln. In Ljetzan in den Dreizehn Gemeinden sammelte ein „tautscha Puachar-Haus" (deutsches Bücherhaus) über 700 Schriften und Bücher in dieser zimbrischen Sprache, in der schon 1602 in Padua ein „Zimbrischer Katechismus" gedruckt wurde.
Jährlich findet in Lusern ein Volkslauf zur Erinnerung an die vermutete zimbrische Herkunft der Bewohner dieser Gegend statt. Nach dem dauernden Rückgang des Deutschen während der vergangenen zwei Jahrhunderte in dieser Landschaft scheinen nun in letzter Stunde diese Sprachinseln neu belebt und gerettet werden zu können, ein besonders alter und eigenständiger Sproß am Baume des deutschen Volkes und sein äußerster Vorposten gegen Süden.

Das von den Amerikanern besetzte Saargebiet war am 7. Juli 1945 zunächst der französischen Besatzungszone zugeschlagen worden. Am 12. Februar 1946 trennten die Franzosen in Verletzung der Potsdamer Vereinbarungen das Saarland jedoch von ihrer übrigen Besatzungszone ab, führten darin eine besondere Verwaltung ein und gliederten es in der Folgezeit wirtschaftlich immer mehr Frankreich an. Schon am 26. Dezember 1945 waren die Saarbergwerke unter französische Zwangsverwaltung gestellt worden, aus der sie erst ein Jahrzehnt früher befreit worden waren. Ein Jahr später wurde am 23. Dezember 1946 eine Zollgrenze von den Franzosen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland errichtet, damit die von Frankreich gelieferten Lebensmittel nicht in das übrige hungernde Deutschland gelangten. Die von Frankreich zunächst eingeführte Saarmark wurde am 16. November 1947 durch den französischen Franc abgelöst. Kurz vorher hatte der saarländische Landtag, in dem die frankreichfreundlichen Separatisten saßen, am 8. November 1947 mit 48 Stimmen gegen eine einzige eine neue Verfassung angenommen, die bei politischer Autonomie des Saarlandes den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich vorsah. Durch alle diese Maßnahmen, die durch kulturelle und sprachliche Bestrebungen zugunsten des Französischen unterstützt wurden, versuchte Paris, das rein deutsche Saarland nach dem ersten vergeblichen Versuch in den zwanziger und dreißiger Jahren nun endgültig für sich zu gewinnen, zumal in Westdeutschland keine deutsche politische Vertretung bestand, die dagegen protestieren konnte. Doch wieder machte die Saarbevölkerung nicht mit, und die allgemeine politische Entwicklung kam ihr dabei entgegen.

Schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde die ungelöste Saarfrage behandelt. In seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 nannte Bundeskanzler Adenauer die Lösung des Saarproblems neben der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie die vordringliche außenpolitische Zielsetzung der Bundesregierung. In einem Gespräch zwischen ihm und dem französischen Außenminister Schuman am 14. Januar 1950 in Bonn beharrte dieser auf der Fortsetzung seiner bisherigen Politik der Französisierung der Saar.

Gegen fünf am 3. März 1950 zwischen der Saarregierung und Paris geschlossene Abkommen zur weiteren Eingliederung des Saargebiets nach Frankreich legte die Bundesregierung dann am 11. März 1950 Rechtsverwahrung ein und sprach dabei von einer „verhüllten Annexion". In der Folgezeit protestierten Bundesregierung und Bundestag noch mehrfach gegen französische Unterdrückungsmaßnahmen an der Saar und die Nichtzulassung deutsch ausgerichteter Parteien oder deren Verbot. So wurde die Demokratische Partei Saar (DPS) am 21. Mai 1951 verboten, weil sie für den Anschluß an Westdeutschland eintrat. Am

23. April 1952 erklärte der Bundestag erneut, daß das Saarland deutsches Staatsgebiet sei und das Schicksal seiner Bewohner nur im Einvernehmen mit Deutschland gestaltet werden könne. Deutsch-französische Verhandlungen über eine Lösung der strittigen Fragen um die Saar wurden Ende April 1952 ergebnislos abgebrochen, im Sommer wieder aufgenommen und von Bundeskanzler Adenauer durch sein Angebot vom 1. Oktober 1952 einer Europäisierung der Saar neu belebt. Doch am 25. Oktober 1952 scheiterten, glücklicherweise an Frankreichs Widerstand, auch die Gespräche, die sonst den Verlust des Saargebietes für Deutschland wahrscheinlich zur Folge gehabt hätten. Bereits am 18. November 1952 mußte der Deutsche Bundestag sich schon wieder gegen die Knebelung der Grundrechte für die Deutschen im Saargebiet verwahren, und er verweigerte den bevorstehenden Landtagswahlen wegen der Nichtzulassung deutscher Parteien von vornherein die Anerkennung.
Erst im Rahmen der Pariser Konferenzen vom 21. bis 23. Oktober 1954 über den Deutschlandvertrag kam es auch zu einer deutsch-französischen Zweierkonferenz, auf der Bundeskanzler Adenauer und der französische Ministerpräsident Mendès-France ein Abkommen über ein europäisches Statut der Saar abschlossen. Das als „europäische Entscheidung" gefeierte Saarstatut sollte dem Saargebiet politische Autonomie mit völkerrechtlicher Vertretung durch die Westeuropäische Union (WEU) bringen, wobei die wirtschaftliche Bindung an Frankreich fortdauern sollte. Dazu wurde die Wiederherstellung der bisher unterdrückten demokratischen Freiheiten an der Saar auch für die Deutschen in Aussicht gestellt und eine Volksabstimmung über das Statut drei Monate nach seinem Inkrafttreten vorgesehen. Anfang 1955 kam man zwischen beiden Ländern überein, daß eine internationale Kommission zur Vermeidung von späteren Anfechtungen die geplante Volksabstimmung überwachen sollte.
In dem verhältnismäßig kurzen Abstimmungswahlkampf durften die deutschen Gruppen erstmalig frei auftreten, und sie entfalteten eine große Wirksamkeit, wobei sich besonders Dr. Hubert Ney, seit 1952 Vorsitzender der vorher illegalen CDU an der Saar, und Dr. Heinrich Schneider, Landesvorsitzender der früher verbotenen DPS und Verfasser mehrerer Schriften zugunsten der deutschen Rechte auf die Saar, kompromißlos für den Anschluß an Deutschland und damit gegen das Statut einsetzten. Die Saarregierung unter dem schon in den zwanziger Jahren als Separatist hervorgetretenen Johannes Hoffmann versuchte mit allen ihr zur Verfügung stehenden staatlichen und polizeilichen Mitteln, von Frankreich sehr unterstützt, die Bevölkerung zur Annahme des Statuts als ersten Schritt der Lostrennung des Saarlandes von Deutschland analog dem Schicksal Luxemburgs zu bewegen. Kurz vor dem Abstimmungstag rief auch Bundeskanzler Adenauer die Saarländer auf, das Statut anzunehmen, womit er eine Welle der Empörung an der Saar wie in Westdeutschland auslöste. Die im Deutschen Heimatbund zusammengeschlossenen deutschen Parteien CDU, SPD und DPS wiesen Adenauers Ansinnen scharf zurück und erklärten: „Der Deutsche

Heimatbund gelobt, entgegen allen inneren und äußeren Einflüssen am deutschen Vaterland festzuhalten, die deutsche Kultur an der Saar zu verteidigen, gegen jede Verfälschung des Volkswillens einzutreten und die deutsch-französische Verständigung im Geiste der Wahrhaftigkeit durch eine gerechte Lösung der Saarfrage zu fördern." Die volkstümliche Parole der deutschen Bewegung: „Der Dicke muß weg!", womit „JoHo" (Johannes Hoffmann), der meistgehaßte Mann an der Saar, gemeint war, schlug durch. Am denkwürdigen 23. Oktober 1955 lehnten 68 Prozent der Saarbewohner das Saarstatut ab und entschieden sich damit gegen die Europäisierung des Landes im Schlepptau Frankreichs. Dadurch hatten sie den ersten entscheidenden Schritt für die Rückgliederung ihrer Heimat an Deutschland vollzogen.

Die am 18. Dezember 1955 unter Beteiligung der nun zugelassenen deutsch eingestellten Parteien CDU, SPD und DPS erfolgte Landtagswahl an der Saar erbrachte für diese deutschen Parteien 64 Prozent der Wählerstimmen und 33 der 50 Landtagsmandate. Die frühere franzosenhörige Hoffmann-Regierung wurde dann durch eine deutsche unter Dr. Ney und Dr. Schneider abgelöst. Als eine seiner ersten Entscheidungen beschloß der neugewählte Landtag am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland und gab damit dem lange unterdrückten Selbstbestimmungsrecht des Volkes an der Saar Ausdruck.

Diesem eindeutigen, sowohl durch die Volksabstimmung als auch durch die ersten freien Wahlen überzeugend geäußerten Selbstbestimmungswillen der Saarländer zur Rückgliederung an Deutschland mußte sich das durch den Ausgang des Entscheides überraschte Frankreich fügen. Im Luxemburger Abkommen vom 4. Juni 1956 vereinbarten die Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik, daß das Saargebiet bis zum 1. Januar 1957 politisch und bis zum 1. Januar 1960 wirtschaftlich Westdeutschland angegliedert werden solle. Ein deutsch-französischer Vertrag vom 27. Oktober 1956 regelte dann die näheren Einzelheiten, wobei Frankreich in Zukunft Sonderrechte bei der Kohlenförderung zugestanden wurden.

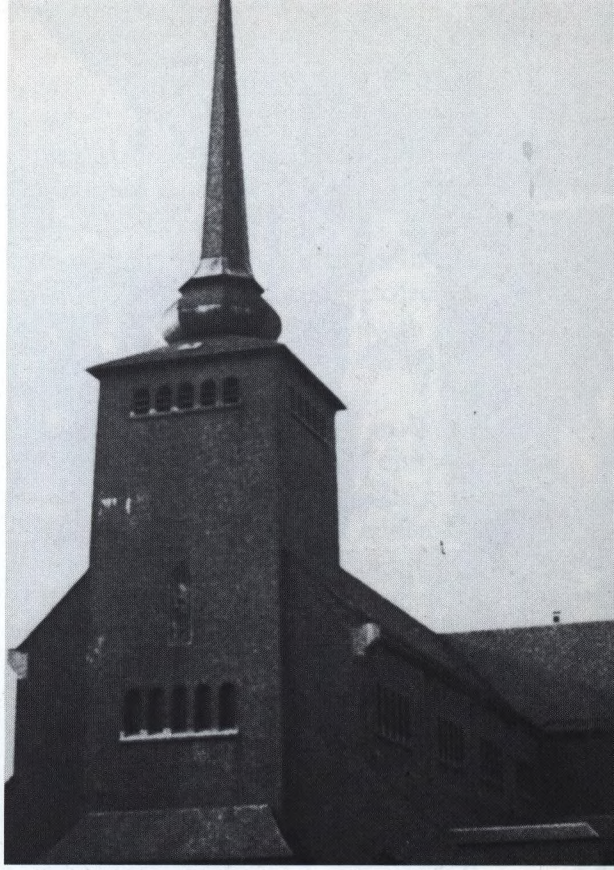
Am 1. Januar 1957 kam dann das Saargebiet als zwölftes Bundesland zur Bundesrepublik Deutschland. Zum zweiten Male innerhalb einer einzigen Generation hatte sich damit das Saarland nach harten Jahren französischer Besetzung für Deutschland entschieden und seinen Wiederanschluß erreicht. Die nachfolgende Zeit bewies dann eindeutig, daß eine „Aufopferung der Saar für Europa" unsinnig gewesen wäre. Die Ablehnung des Saarstatutes verhinderte weder die deutsch-französische Freundschaft, noch verzögerte sie die europäische Einigung, die dann durch ganz andere Hindernisse erschwert wurde.

Überschattet von dem zwischen den Siegern des Zweiten Weltkrieges ausbrechenden Kalten Krieg konnten die in Potsdam 1945 eingesetzten Friedenskonferenzen auch in den folgenden Jahren keine Einigung und erst recht keinen Friedensvertrag mit Deutschland zustande bringen. Das sechste und letzte derartige Außenministertreffen vertagte sich am 15. Dezember 1947 ergebnislos auf unbestimmte Zeit. Die Großmächte handelten nun in ihrem jeweiligen Herrschaftsbereich nach ihren Vorstellungen.

Während US-Außenminister Byrnes am 6. September 1946 einen grundsätzlichen Wandel der amerikanischen Deutschlandpolitik bei seiner historischen Rede in Stuttgart ankündigte und dann erklärte, daß die USA auch bereit seien, sich für eine Änderung der Demarkationslinie an Oder und Neiße zugunsten Deutschlands einzusetzen, bezeichnete der sowjetische Außenminister Molotow am 16. September 1946 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze. Anläßlich eines Abkommens mit Polen erklärte der Pankower stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht am 6. Juni 1950 in der „Warschauer Deklaration", daß seine Regierung bereit sei, „die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren", und am 6. Juli desselben Jahres wurde dann vom Pankower Regierungschef Grotewohl mit Polen im „Freundschaftsvertrag" ein Oder-Neiße-Grenzabkommen in Görlitz abgeschlossen, das die Potsdamer Verwaltungslinie zur Staatsgrenze erklärte. Im Bundestag gab am 13. Juni 1950 der Alterspräsident Löbe (SPD) „im Namen aller Fraktionen und Gruppen" mit Ausnahme der KPD eine Erklärung ab, in der er ausführte: „Das Gebiet östlich von Oder und Neiße bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben." Die Bundesregierung stellte schon am 9. Juni 1950 fest, daß die „derzeitige kommunistische Regierung, die der Bevölkerung der Sowjetzone aufoktroyiert wurde", nicht berechtigt sei, die Oder-Neiße-Linie als Grenze anzuerkennen, und legte bei den Alliierten Hohen Kommissaren feierlichen Protest gegen dieses Oder-Neiße-Abkommen ein.

Am 23. Juni 1950 unterschrieb Ulbricht im Namen der „Provisorischen Regierung der DDR" die „Prager Erklärung", in der die Tschechoslowakei und Mitteldeutschland kundtaten, „daß es zwischen ihren beiden Staaten keine strittigen und offenen Fragen gibt. Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche, und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der CSR unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist." Der Deutsche Bundestag verwahrte sich dann am 14. Juli 1950 mit allen Stimmen außer denen der Kommunisten gegen diese Aufgabe der deutschen Rechte durch „die Scheinregierung der von russischen

Die Pfarrkirche zu St. Vith, das mit dem ganzen Gebiet von Eupen und Malmedy nach dem Ersten Weltkrieg zu Belgien kam.



Königsberg in Ostpreußen. Blick über den Pregel zur Alten Universität, an der Immanuel Kant lehrte.

Nach Jahrzehnten der Verbannung steht das Denkmal für Walter von der Vogelweide nun wieder auf seinem alten Platz in Bozen.

Der Jugendhof Knivsberg bei Hadersleben in Nordschleswig, einer der Mittelpunkte deutscher Volkstumsarbeit in Nordschleswig.

Truppen besetzten Zone Deutschlands" und stellte nachdrücklich fest: „Das Prager Abkommen (von 1950) ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der Deutsche Bundestag erhebt deshalb feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in der Obhut der Deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei und stellt die Nichtigkeit des Prager Abkommens fest." Auch die westlichen Hohen Kommissare lehnten die Oder-Neiße-Grenze und das Prager Abkommen ab.

Die betroffenen Vertriebenen, die in den ersten Jahren nach 1945 in Westdeutschland auf Grund alliierter Verbote keine Vereinigungen bilden durften, bestanden von Anfang an auf ihrem Heimatrecht. Gleichzeitig erklärten sie auch schon früh, daß sie sich jeder Vergeltung und Rache für die erlittenen unmenschlichen Behandlungen enthalten wollten, um den abendländischen Sittengesetzen wieder zum Durchbruch zu verhelfen. So leitete die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde ihre Leitsätze von 1946 mit den Worten ein: „Wir Vertriebenen werden nie das Recht auf unsere Heimat aufgeben." 1947 erbaten „die offiziellen Vertreter von 2300 heimatvertriebenen römisch-katholischen Priestern aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und dem Südosten" für sich und ihre Gläubigen in einem Aufruf „die Rückgabe der jahrhundertealten Heimat und die Sicherung von Religionsfreiheit, Muttersprache und eines menschenwürdigen Lebens daselbst". Am bekanntesten und wirkungsvollsten wurde die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen", die am 5. August 1950 von den Vertretern aller inzwischen erlaubten Vertriebenenverbände Westdeutschlands in Bad Cannstatt beschlossen wurde. In ihr heißt es: „Wir Heimatvertriebene verzichten auf Rache und Vergeltung." Verlangt wurde, „daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird".

In den folgenden Jahren blieben Bundesregierung und Bundestag beharrlich bei der deutschen Rechtsauffassung der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze und der Ablehnung des Prager Abkommens der Pankower Regierung. Bundeskanzler Adenauer weigerte sich auch bei seinem Besuch in Moskau vom 8. bis 14. September 1955, hiervon abzuweichen und den Sowjets in bezug auf die Anerkennung der Ostgrenzen entgegenzukommen. Erst unter den CDU-Bundeskanzlern Erhard (Oktober 1963 bis November 1966) und Kiesinger (Dezember 1966 bis Oktober 1969) wurde diese Haltung nach und nach aufgegeben, wurde das Münchener Abkommen von 1938 über den Anschluß des Sudetenlandes fallengelassen und ab 1964 erklärt, daß gegenüber der Tschechoslowakei keine Gebietsforderungen mehr bestünden. Unter dem Schlagwort des „Wandels durch Annäherung" wurde dadurch eine Politik des Verzichts auf die deutschen Ostgebiete vorbereitet und durch die Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" vom 16.

Oktober 1965 in breite Schichten des Volkes mit der massiven Unterstützung aller wesentlichen Massenmedien hineingetragen.
Mit der Bildung der SPD-FDP-Koalition in Bonn im Oktober 1969 beschleunigte sich dann die westdeutsche Verzichtspolitik gegenüber dem Osten beträchtlich. Bereits am 12. August 1970 unterschrieben Bundeskanzler Brandt und Vizekanzler Scheel im Kreml den Moskauer Vertrag. Beide Staaten „verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten; sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden; sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik". Damit sollten die Potsdamer Unrechtsverhältnisse für alle Zeiten festgeschrieben und für jede mögliche Grenzänderung, auch in Westeuropa, etwa bei der Brennergrenze, Einspruchsrechte der Sowjets begründet werden.
Am 7. Dezember 1970 folgte schon in Warschau die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages mit Polen, in dem der westdeutsche Bundeskanzler für die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze „nicht mehr in Frage stellt" und damit ohne jede Gegenleistung auf die deutschen historisch und völkerrechtlich begründeten Ansprüche auf ganz Ostdeutschland verzichtete.
Trotz großer Empörung in Westdeutschland ratifizierte der Bundestag am 17. Mai 1972 bei nur zehn Gegenstimmen den Moskauer Vertrag und bei nur 17 Gegenstimmen den Warschauer Vertrag; fast die gesamte CDU/CSU-Fraktion enthielt sich in beschämender Weise der Stimme und duldete so den Verzicht auf deutsches Land. In einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen stellte der Bundestag dann zwar fest, daß auch weiterhin die endgültigen deutschen Staatsgrenzen einem künftigen Friedensvertrag vorbehalten blieben und mit diesen Verträgen kein endgültiger Verzicht auf Ostdeutschland ausgesprochen sei. Doch die dann auch von den westdeutschen Politikern geduldete Wirkung dieser Verträge im In- und Ausland glich der endgültigen Aufgabe der deutschen Ansprüche.
Eine gewisse Einschränkung erfolgte dann noch durch das Bundesverfassungsgericht. Es erklärte in einem Grundsatzurteil zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973, und sinngemäß später noch einmal am 7. Juli 1975, „daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist . . . Das Deutsche Reich existiert fort". Als Mahnung fügte das Gericht aus gegebenem Anlaß hinzu: „Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle

Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde." Dabei sind ausdrücklich die von den Alliierten in Potsdam willkürlich auf den 31. Dezember 1937 festgesetzten Grenzen des Deutschen Reiches nicht genannt worden, so daß die vom August 1939 gelten.
Doch die „gesellschaftlich relevanten Gruppen" Westdeutschlands, insbesondere die Massenmedien, machten sich seitdem ausschließlich den russisch-polnischen Standpunkt zu eigen, verzichteten auf die Angaben der alten Reichsgrenzen und führten nur die vorläufigen Grenzen als endgültige auf: ein bedauerlicher und nur in Deutschland möglicher Verrat an den abgetrennten Gebieten und ihren getäuschten Vertriebenen wie am ganzen deutschen Volke.
Aber die Entwicklung geht weiter, und unvorhergesehene Überraschungen, wie die Entwicklung in Polen, bergen neue Ansatzpunkte. Schon im November 1981 sollen Geheimgespräche zwischen Pankow und Moskau stattgefunden haben, worin Mitteldeutschland von den Sowjets das Land westlich einer Linie von Stettin nach Kattowitz, und damit einen erheblichen Teil Pommerns, Ostbrandenburgs, Nieder- und Oberschlesiens, mit der Bedingung angeboten worden sei, daß dort unter künftiger Hoheit Mitteldeutschlands Rußlanddeutsche angesiedelt werden sollten. Von den rund 1,8 Millionen Deutschen in der Sowjetunion würden sicher viele von diesem Angebot Gebrauch machen, das keine neue Teilung Polens darstellen, sondern nur das Unrecht von 1945 teilweise wiedergutmachen würde. So wie auch früher als ewig und unveränderlich bezeichnete Verträge und Grenzziehungen geändert wurden, wird es wohl auch in der Zukunft geschehen. Auf Unrecht kann auf die Dauer kein Frieden gegründet werden. Die in der Geschichte wirkenden Mächte werden sicher bei entsprechender deutscher Bereitschaft dafür sorgen, daß auch die heutigen Unrechtsgrenzen in Osteuropa eines Tages aufgehoben werden und das deutsche Grenzland im Osten wieder bessere Zeiten erlebt.

DEUTSCHES LAND IN FREMDER HAND

Fast 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat Deutschland noch keinen Friedensvertrag, und ein solcher ist auch nicht in Sicht. Seit mehr als einem Menschenalter gelten die in Potsdam von den Sieger vereinbarten Provisorien, und deutsches Land befindet sich in krassem Widerspruch zum Selbstbestim-

mungsrecht, zum Heimatrecht, zum historischen Recht und anderen Regeln des Völkerrechtes in fremder Hand, und deutsche Menschen haben unter fremder Herrschaft hart um ihr Volkstum zu ringen. Im Osten, Süden, Westen und Norden bestehen keine gerechten Volksgrenzen, sondern blutende Trennungslinien mitten im deutschen Land. Ihr Dasein beweist, daß die vielbeschworene Humanität, Menschenwürde und Demokratie unseres Jahrhunderts von ihrer Verwirklichung noch weit entfernt sind, und das gilt nicht nur für die Grenzen gegenüber den östlichen Gewaltherrschaften, sondern leider auch gegenüber den westlichen „Kulturnationen".

Vor gut einem Jahrtausend war Aachen, heute hart an der westlichen Grenze Deutschlands gelegen, der Mittelpunkt des ostfränkischen und frühen deutschen Kaiserreiches und blieb lange die Krönungsstadt der deutschen Kaiser. Später wanderte der Schwerpunkt Deutschlands nach Prag, Wien und Berlin, die heute hart an der östlichen Grenze liegen oder gar in fremder Hand sind. Durch Siegergebot, gegen den Willen seiner Bewohner, ist das Restdeutschland heute in mehrere Staaten geteilt und noch schlimmer als am Ende des Dreißigjährigen Krieges nicht in der Lage, seine Grenzen zu schützen, sondern ist auf die Stationierung der Truppen „befreundeter Mächte" angewiesen, zu denen die früheren Besatzungsmächte sich ernannten.

Die Menschen in diesen heutigen deutschen Kernstaaten können sich zwar im allgemeinen zu ihrem Volkstum bekennen, auch zu ihrer Sprache, nachdem die „Unterrichtssprache" in Österreich wieder gestrichen worden ist. Im Zeichen der „Nostalgiewelle" und der Wiedererweckung des Geschichtsbewußtseins scheint auch die von verschiedenen Seiten planmäßig geförderte Abnabelung von der Geschichte, vom volklichen Eigengeist und aller völkischen Tradition vorerst gestoppt oder zumindest verlangsamt worden zu sein. Schwerer haben die jenseits der Grenzen der deutschen Staaten lebenden Deutschen um ihr Volkstum, modern ausgedrückt um ihre „Identität", zu ringen. Die ältere Generation wurde im ersten Jahrzehnt nach 1945 in allen wieder unter fremde Herrschaft kommenden Gebieten wegen „Zusammenarbeit mit dem Feinde" verfolgt, hart bestraft und praktisch ihrer ganzen geistigen Führerschaft beraubt, die größtenteils getötet oder lange gefangengehalten wurde. Es ist verständlich, daß damals bei dem sowieso harten Kampf um das reine Überleben kaum noch gewagt werden konnte, sich gegen den Druck der Entvolkung persönlich zur Wehr zu setzen. Von Deutschland konnte in den ersten Nachkriegsjahren wegen des Fehlens einer Regierung keine Unterstützung kommen, und später blieb sie von Amts wegen meist aus. Erst nach und nach ergaben sich in den meisten Ländern Normalisierungen, eine Aussetzung der verhängten Strafen und schließlich eine Anerkennung der Deutschen als gleichberechtigte Bürger, denen jedoch sehr unterschiedlich Minderheitenrechte gewährt wurden. Nur in ganz groben Umrissen und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit können nachfolgend einige Angaben zur heutigen Lage der Volksdeutschen gemacht werden.

Das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen

ab 1919 durch Zwangsverträge von Versailles und St. Germain unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker weggenommene deutsche Gebiete

Reichsgrenze bei Beginn des Zweiten Weltkrieges (1. September 1939)

1945 fremdbesetzte Reichsgebiete unter sowjetischer, polnischer oder tschechischer Verwaltung

innerdeutsche, durch Siegermächte auferlegte Teilungsgrenzen nach dem Waffenstillstand des Zweiten Weltkrieges (8. Mai 1945)

Deutsche und Deutschstämmige in Europa außerhalb der deutschsprachigen Staaten BRD, DDR, Österreich, Liechtenstein, Schweiz, Luxemburg nach Angaben des VDA (abgerundet)

im Jahre	1937	1980
westliches Europa	2000000	1726000
Nordschleswig	60000	21000
Ostbelgien	130000	110000
Elsaß-Lothringen	1500000	1300000
Südtirol und Sprachinseln	310000	295000
Ostblockstaaten	16815000	2250000
Tschechoslowakei	3350000	70000
Polen u. polnisch verwaltete deutsche Ostgebiete	10000000	500000
Ungarn	600000	210000
Rumänien	745000	340000
Jugoslawien	520000	30000
UdSSR (mit asiatischem Teil)	1600000	2100000
übriges Europa	—	180000
insgesamt (westl. Europa, Ostblockstaaten, übriges Europa)	18815000	4156000

Nordschleswig.
Während der fünfziger Jahre kam es zu echten Verbesserungen der Lage der deutschen Nordschleswiger. In einer gegenseitigen Vereinbarung regelten 1955 Dänemark und Westdeutschland die jeweiligen Minderheitenfragen und erklärten darin: „Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgewiesen werden." Deutsche Schulen, ein Gymnasium und eine Volkshochschule sind wieder eingerichtet worden und werden seitdem als Privatschulen von Kopenhagen gefördert. „Der Nordschleswiger" war die erste freie deutsche Tageszeitung nach Kriegsende. Zahlreiche deutsche Jugendgruppen sind im „Deutschen Jugendverband für Nordschleswig" zusammengefaßt, der auch einen eigenen Jugendhof Knivsberg besitzt. Das Knivsbergfest ist neben dem alljährlichen „Deutschen Tag" die Hauptveranstaltung des „Bundes der Nordschleswiger", von dem eine Reihe weiterer kultureller deutscher Maßnahmen ausgeht und betreut wird.
Im Gegensatz zur dänischen Minderheit im schleswig-holsteinischen Landtag haben die Nordschleswiger im Kopenhagener Parlament nicht automatisch einen Abgeordneten. Von 1920 bis 1964 erreichte die deutsche Schleswigsche Partei fast immer die für ein Direktmandat benötigte Stimmenzahl, von 1973 bis 1979 besaß sie einen Abgeordneten auf Grund eines Abkommens, mit den dänischen Zentrumsdemokraten. Seitdem werden die Rechte der Deutschen in Kopenhagen durch einen staatlichen Verbindungsausschuß mit nordschleswigscher Beteiligung vertreten. Im allgemeinen sind die Verhältnisse in Nordschleswig für die dort lebenden Deutschen tragbar. Gewisse Bestrebungen, auch unter den rund 50000 im deutschen Schleswig-Holstein wohnenden Dänen, ein schleswigsches Sonderbewußtsein zu entwickeln, haben wenig Anklang gefunden. Trotz guten Zusammenlebens sehen die meisten Bewohner ein, daß es im Grunde nach wie vor im Grenzland nur die Wahlmöglichkeit gibt, volkstumsmäßig Deutscher oder Däne zu sein.

Deutschbelgien.
Nach den Sprachgesetzen von 1963 ist im deutschen Bereich von Eupen-St. Vith Deutsch die alleinige Amtssprache. In der Wirklichkeit wird aber das lediglich als Hilfssprache zugelassene Französisch bei Amt und vor Gericht vielfach benutzt, da die seit 1945 eingesetzten wallonischen Beamten weithin noch im Dienst sind und die Deutschen oft ihr Begehren durch das Bestehen auf Benutzung der deutschen Sprache nicht gefährden wollen. Die deutschen Schulen sind zum großen Teil wieder eingeführt, wobei jedoch oft Schulleiter oder Lehrer dennoch das Französische stark betonen. Der Wehrdienst kann in deutschsprachigen Einheiten abgeleistet werden. Eine besondere Partei der Deutschbelgier gibt es nicht; wenige Abgeordnete der deutschen Sprachgruppe vertreten oft mehr die

Interessen ihrer belgischen Partei als die ihrer Volksgruppe. Der belgische Staatsrundfunk bringt täglich mehrstündige deutsche Sendungen, doch wirken die westdeutschen Sender und Verlagserzeugnisse stärker über die Grenze.
Von der Bundesregierung erfolgt kaum Unterstützung. Im Gegensatz zur Weimarer Zeit, in der keine Regierung die Versailler Abtretung anerkannte und jede die Rückgliederung Eupen-Malmedys forderte, hat die Bundesregierung im Vertrag „über eine Berichtigung der deutschbelgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen" vom 24. September 1956 mit Belgien nach unbedeutenden Grenzänderungen unterschrieben, daß die „vertragschließenden Teile den Grenzverlauf als endgültig" betrachten.
Für die nicht deswegen befragten betroffenen Deutschen in Ostbelgien war das eine bittere Enttäuschung, zumal im Vertrag auch keinerlei Minderheitenschutzregelungen getroffen wurden. Diesem Verzicht, der dem Volkstumskampf der Deutschen von Eupen und Malmedy in den Rücken fiel, stimmte der Deutsche Bundestag am 6. August 1958 zu.
Im südlicheren Gebiet von Arel ist Französisch Amts- und Schulsprache, im Montzener Gebiet ebenso in der Wirklichkeit, obwohl Deutsch zugelassen ist. Ein zusätzlich möglicher Deutschunterricht kommt in der Regel nicht zustande. Während im Areler Gebiet die Kirchensprache nach 1945 auch überwiegend französisch wurde, erwies sich die niedere katholische Geistlichkeit wie in früheren Zeiten im Montzener und im Eupen-Malmedyer Gebiet als entschiedener Verteidiger des bodenständigen Deutschtums. An den kirchlichen Schulen wurde zuerst und in größerem Umfang die deutsche Sprache wieder eingeführt, die sich in den Familien größtenteils stets hielt.
Im Gegensatz zu den in den letzten Jahrzehnten verbesserten Volkstumsrechten der Flamen fehlt den Deutschbelgiern für eine vertretbare Lösung noch viel an Minderheitenrechten, um die sie sich zäh bemühen. Die Versuche der staatlichen Entvolkung haben allerdings nachgelassen. Allgemein kann festgestellt werden, daß trotz vieler Jahrzehnte der Überfremdung bis auf Arel und wenige Orte im Montzener Land die westliche deutsche Sprachgrenze gegen Wallonien in ihrem jahrhundertealten Verlauf bisher gehalten werden konnte.

Elsaß-Lothringen.
Mit der Überlegenheit der Sieger verfügte Frankreich 1945 das völlige Verbot der deutschen Sprache in Schulen, Behörden und vor Gericht in dem von über 90 Prozent Deutschen bewohnten Elsaß-Lothringen. Alle deutschen Aufschriften in Stadt und Land mußten verschwinden. Nachdem es Paris in den vorhergehenden französischen Zeiten des Landes nicht gelungen war, die Deutschen zu entvolken, sollte es jetzt mit allen Mitteln geschehen, vor allem mit einer einseitig gelehrten Geschichte. Mit dem Deutschen wurden die „Verbrechen der Nazis" gleichgesetzt, und in weiten Teilen der elsaß-lothringischen Bevölkerung

wurde im Rahmen dieser Umerziehung ein Schuld- und Angstgefühl erweckt, so daß sich der einzelne nur ungern als Vertreter der „brutalen boches" gegenüber dem „aufgeklärten kultivierten Franzosen" bekannte. Stärker noch als im vorigen Jahrhundert wurde es „chic", französisch zu sprechen und möglichst französische Vornamen zu wählen. Während die evangelische Kirche weiter an der deutschen Sprache festhielt, führte die katholische seit der Benutzung der Landessprache im Gottesdienst das Französische ein, so daß für die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer die katholische Geistlichkeit, die nach 1919 noch als Bollwerk des deutschen Volkstums gewirkt hatte, nun zu Sendboten des Französischen wurde.

Seit den fünfziger Jahren ist wieder in wachsendem Maße ein geringer Deutschunterricht möglich, der jedoch lange Zeit den starken Rückgang des Deutschen in der jungen Generation nicht aufhalten konnte. In den deutschen Zeitungen müssen gewisse Teile, wie die Sportberichte, französisch geschrieben sein.

Erst durch die seit den sechziger Jahren aufkommende Belebung des Regionalismus, des Dialekts, des Volksliedes und der Vorliebe für eine bäuerliche Lebensweise, verbunden mit dem Umweltschutz, hat sich eine neue Lage ergeben. Das Selbstbewußtsein der Elsaß-Lothringer hat sich gefestigt, und das Elsässer Ditsch wie das Lothringer Platt sind wieder im Kommen. Zu Recht wurde dabei auch auf die Bedeutung des Hochdeutschen verwiesen, ohne daß der Dialekt letztlich verkümmern muß. Nachdem in den letzten Jahrzehnten sich zunächst die Elsässer weder recht als Deutsche noch als Franzosen fühlten, sondern eher eine Eigenart zu sein erstrebten, scheint sich nun ganz von unten, aus der Jugend und den Familien, im Elsaß das alemannisch-deutsche Volkselement wieder stärker durchzusetzen.

Die in Frankreich allgemein wachsende Bewegung auf Eigenständigkeit der Randregionen mit ihrem besonderen Volkstum gegenüber der Pariser Zentrale hat dieser Entwicklung in Elsaß-Lothringen weiteren Aufschwung gegeben. Seit Mitte der siebziger Jahre wurde eine Reihe von Sprengstoffanschlägen auf französische Siegesdenkmäler im Elsaß verübt, die auf das Konto der „Schwarzen Wölfe" fallen, die auch in Flugblättern gegen die französische Unterdrükkung des Deutschen protestieren: „Unsere deutsche Sprache, dieses höchste Gut, wird durch unsere Pariser Kolonialisten systematisch mit den Füßen getreten."

Die der Autonomie und der Dialektpflege verpflichtete elsässische Zeitschrift „Rot un Wiss" schrieb von einem Prozeß gegen Patrioten, als man gefangene Täter verurteilte. Daß in Straßburg, dem Sitz vieler Europa-Einrichtungen und dem Ort oft beschworener abendländischer Kultur, das bodenständige Deutschtum immer noch stark unterdrückt wird und schwer um seinen Bestand ringen muß, ist ein mehr als bedauerlicher Tatbestand und wirft ein besonderes Licht auf die „Kulturnation" Frankreich.

Sudetenland.
Vor 1938 wohnten rund 3,5 Millionen Deutsche in der damaligen Tschechoslowakei. Nach den Deutschenverfolgungen und der Vertreibung bis Ende 1946 waren noch etwa 300000 Deutsche zurückgeblieben, deren Zahl sich nach Schätzungen bis heute auf ungefähr 100000 bis 150000 verringerte, von denen die meisten in Nord- und Westböhmen leben. Von den knapp 160000 Karpatendeutschen vor dem Kriege wohnen noch um 6000 in der Slowakei. Rund 500 Orte sind durch die Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege völlig eingegangen, sind Wüstungen geworden. Die Bevölkerungsdichte ist in mehreren Bezirken des Sudetenlandes erschreckend gesunken und liegt im Böhmerwald und im Gesenke um 20 Einwohner je Quadratkilometer. „Wir brauchen keine Atombomben, wir schaffen es auch ohne sie!" So beschrieb eine tschechische Journalistin 1968 den Zustand der verwahrlosten Landschaften Nordwestböhmens. Schwerpunkte der verbliebenen Deutschen sind das nördliche Egerland mit 1968 etwa 40000, der Bereich um Gablonz, Reichenberg und Friedland mit 20000 und das Bergbaugebiet von Kaaden bis Aussig mit 30000 Deutschen. Bei der Volkszählung von 1970 bekannten sich allerdings nur 85582 Menschen in der Tschechoslowakei als Deutsche, da die übrigen nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu große Nachteile durch eine Angabe befürchteten.
Bis Ende der vierziger Jahre dauerte die völlige Entrechtung, Enteignung und Benachteiligung der Deutschen auf allen Gebieten. In der Verfassung von 1948 wurden die Deutschen noch als die „Urfeinde" genannt. Sie mußten Armbinden oder große Brustabzeichen zur Kennzeichnung als Deutsche tragen, was von den Tschechen während der Zeit der deutschen Besetzung nicht gefordert war. Durch zwanzigprozentigen Lohnabzug und obere Lohngrenzen wie andere Sonderbestimmungen wurden die Deutschen benachteiligt, obwohl sie durch ihren Fleiß und ihre weit überdurchschnittliche Arbeitserfüllung als „Bestarbeiter" und wegen ihres technischen Könnens durchaus geschätzt waren.
Selbst in die Kommunistische Partei konnten Deutsche bis 1951 gar nicht, praktisch erst ab 1956, eintreten, obgleich nach 1945 einige führende Regierungs- und Parteifunktionäre frühere sudetendeutsche Kommunisten mit tschechisierten Namen waren. In den ersten Jahren nach Kriegsende noch bestehende deutsche Kirchen mit deutschen Geistlichen wurden noch in den fünfziger Jahren zerstört oder niedergebrannt, da sie natürliche Treffpunkte der Deutschen wurden, und vornehmlich von Deutschen veranstaltete kirchliche Wallfahrten wurden verboten, da sie zu einem Ersatz für landsmannschaftliche Treffen geworden waren. Selbst der Prager Erzbischof Josef Beran rühmte den Verdienst der tschechischen Kirche an der Vertreibung der Deutschen. Die neue Verfassung von 1960 nannte die Deutsche gar nicht, obwohl sie sonst alle

anderen Minderheiten des Staates erwähnte. Staatspräsident Novotny erklärte dazu, die Frage der Deutschen in der Tschechoslowakei sei in Potsdam durch die Vertreibung ein für allemal gelöst und bestehe nicht mehr.
Erst sehr viel später als alle anderen Minderheiten des Staates und viel später als in den übrigen Ostländern erhielten die Deutschen erste Minderheitenrechte. Im Prager Frühling ab 1968 kam es zu einigen Erleichterungen, doch keiner seiner Führer kam den Deutschen entgegen oder gestand das diesen zugefügte Unrecht ein. Zum erstenmal wurden die Deutschen im April 1968 in einer Regierungserklärung offiziell genannt. Im Gegensatz zu den Madjaren und den Ukrainern, die bald über Hunderte eigener Schulen, auch Gymnasien, verfügten, haben die Deutschen bisher keine einzige deutsche Schule und keinen Kindergarten. Seit 1955 erlaubte „Deutschzirkel" bieten viel zu geringen Ersatz, so daß es zu einer erschreckenden „geistigen Verproletarisierung" der Deutschen in der Tschechoslowakei gekommen ist, von denen über 80 Prozent wegen der Verhinderung aller Bildungschancen einfache Arbeiter sind. Vielfach können in den Familien die in den Schulen nur tschechisch erzogenen Enkel sich mit den von früher her nur deutsch sprechenden Großeltern nicht verständigen.
Als deutsches Wochenblatt erscheint die „Prager Volkszeitung", 1951 unter dem Namen „Aufbau und Frieden" gegründet. Durch ihre rein kommunistische Ausrichtung, die alleinige Benutzung tschechischer Namen und Ortsbezeichnungen und das völlige Verschweigen des Sudetendeutschtums in früheren Zeiten trägt sie allerdings kaum zur Erhaltung und geistigen Stärkung der Deutschen bei. Am 14. Juni 1969 durften auf Veranlassung der „Prager Volkszeitung" Vertreter aus dem ganzen Lande in Prag den „Kulturverband tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität" gründen, der in seiner Grundsatzerklärung „die Tschechoslowakische Sozialistische Republik als unsere Heimat" betrachtete und „an den großen Kampf aller Antifaschisten gegen Hitler und Henlein" bewußt anknüpfte. Im Jahre 1978 besaß er bei rund 12000 Mitgliedern etwa 70 Ortsgruppen, nur eine davon in Mähren in Brünn und eine in der Slowakei in Metzenseifen. Den Ortsgruppen wurden vielfach örtlich Schwierigkeiten gemacht. Seine anfangs fruchtbare Arbeit mit Forderungen nach deutschen Schulen und Kindergärten wurde nach der „Säuberung" im Herbst 1970 durch ausschließlich kommunistische Beeinflussung abgelöst, so daß vor allem die jüngere Generation nicht mehr angesprochen wird und der Verband verkümmert. Erfolge für die Volksgruppe konnte er kaum erringen.
Nach Mitteldeutschland bestehen über die Grenze seit einigen Jahren gute Verbindungen, auch ein Austausch von Kulturgruppen und Vereinen. Geheime Verhandlungen zwischen Pankow und Prag über die Rückführung einiger Zehntausend Sudetendeutscher aus Mitteldeutschland führten 1956 und 1968 zu keinem Ergebnis. Ein „Kulturinstitut und Informationszentrum der DDR" besteht in Prag, während die Bundesrepublik Deutschland trotz ihrer Botschaft in Prag kulturell praktisch nicht vertreten ist. Die Haltung der Bundesregierung

kommt in der Erklärung einer Bundesministerin von 1978 zum Ausdruck, daß es gar keine Benachteiligung der Deutschen in der Tschechoslowakei gebe. Der Verzichtsvertrag von 1973 mit der Erklärung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 und das Kulturabkommen zwischen Bonn und Prag von 1978 haben keinerlei Erleichterungen für die Deutschen im Lande gebracht, insbesondere keine höheren Ausreiseraten bewirkt.
Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Westdeutschland hat am 2. Dezember 1975 in einer Petition an die UNO auf das den Sudetendeutschen zugefügte Unrecht und die andauernde Unterdrückung der verbliebenen Deutschen in der Tschechoslowakei hingewiesen und unter Bezugnahme auf die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte und die Entschließung Nr. 3236 der UNO-Vollversammlung vom 22. November 1974 bezüglich der Palästinenser den „Anspruch auf Wiederherstellung ihrer Rechte" erhoben. Die Weltöffentlichkeit hat die Tatsachen zur Kenntnis genommen, ohne daß sich anschließend etwas veränderte.
Wegen der fortdauernden Benachteiligung und des Fehlens jeglicher Minderheitenrechte hegen viele Deutsche in der Tschechoslowakei den Wunsch, das Land zu verlassen. 1967 stieg die Zahl der Auswanderer sprunghaft auf über 11000 an, um mit mehr als 15000 im Jahre 1969 den Höhepunkt zu erreichen. Seitdem wird vom Staat die Zahl der Ausreisebewilligungen sehr niedrig gehalten, und die Genehmigungen werden mit hohen „Kopfgeldern" verbunden, so daß nur noch wenige hundert Deutsche seitdem jährlich in den Westen kommen. Die seit Jahrzehnten schwer geprüften Deutschen werden weiterhin als Pfand und Druckmittel für wirtschaftliche Hilfen gegenüber Westdeutschland benutzt.
Die Deutschen in Böhmen haben in ihrer vielhundertjährigen Geschichte schon schwere Katastrophen überstanden, doch keine war so furchtbar und verheerend wie die von 1945. Bei der jetzigen Lage ist es abzusehen, daß in wenigen Jahrzehnten die völlige Einschmelzung der verbliebenen Deutschen in das Tschechentum vollzogen sein wird, zumal seit längerer Zeit die Zahl der Mischehen die der Heiraten unter Deutschen um ein Mehrfaches übersteigt. Das Heimatland großer deutscher Kulturträger, das Land, in dem in Prag neben dem sächsischen Meißen die Wiege der deutschen Hochsprache stand und deutsche Kaiser länger als in Berlin Hof hielten, ist heute fast völlig entdeutscht. Inzwischen haben jedoch schon viele Tschechen erkannt, daß erst die Vertreibung der Deutschen die Möglichkeit für den völligen Sieg des Kommunismus und den wirtschaftlichen Abstieg in ihrem Lande schuf.

Ostdeutschland.
Nach der gründlichen und rücksichtslos durchgeführten Vertreibung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren von den 9,6 Millionen Deutschen im eigentlichen Ostdeutschland nur noch geringe Reste zurückgeblieben, die man als Fachleute und Arbeiter dringend brauchte oder als

„Autochthone" wie die Wasserpolen in Oberschlesien, die Kaschuben in Westpreußen oder die Masuren in Ostpreußen ansah. Bis um 1968 sprach das amtliche Polen nur von 3000 anerkannten Deutschen im Lande, obwohl bei den zuständigen westdeutschen Stellen mindestens 550000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit unter polnischer Herrschaft namentlich bekannt waren. Nach Schätzungen wurden mehr als eine Million Deutsche zunächst von Polen als Angehörige „schwebenden Volkstums" bezeichnet, die man einzuschmelzen hoffte. Aus diesem Kreis stammt die große Zahl der Spätaussiedler seit Mitte der fünfziger Jahre bis heute.

Nach dem Görlitzer „Freundschaftsvertrag" vom Juli 1950 zwischen Pankow und Warschau mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze von Mitteldeutschland aus kam es zu Erleichterungen für die Deutschen in den Ostgebieten. Allmählich erhielten die wenigen in Niederschlesien und Pommern zwischen den eingewanderten Ostpolen lebenden Deutschen deutschsprachige Schulen und auch ein Gymnasium in Waldenburg. Eine deutsche Zeitung, die „Arbeiterstimme", erschien ab 1951, und aus Mitteldeutschland durften Zeitschriften und Bücher eingeführt werden. Die kleinen deutsch-evangelischen Gemeinden durften Deutsch als Kirchensprache und deutsche Gesangbücher benutzen. Alles das blieb jedoch den Deutschen in Oberschlesien und Ostpreußen vorenthalten, die als nichtdeutsche Autochthone betrachtet wurden und starker Polonisierung ausgesetzt waren.

Als im Mai 1958 ein mitteldeutsches Konsulat in Breslau eröffnet wurde, konnten Deutsche, vor allem aus Niederschlesien, die „DDR-Staatsbürgerschaft" beantragen, auch ohne das damit unbedingt eine Umsiedlung nach Mitteldeutschland verbunden zu sein brauchte. Gleichzeitig wurde aber die von vielen erstrebte Auswanderung in den Westen behördlich noch weiter eingeschränkt und mit allen Mitteln der Massenmedien als unvorteilhaft hingestellt. Der Wunsch, das polnische Einflußgebiet zu verlassen und wieder unter Deutschen zu leben, bestand und besteht jedoch noch bei sehr vielen, und im Rahmen der Polen-Verträge von 1975 kamen anschließend weitere 125000 Spätaussiedler nach Westdeutschland.

Hauptwohngebiete der mindestens noch 500000 im heutigen polnischen Bereich lebenden Deutschen sind Oberschlesien mit mehr als 100000 und das südliche Ostpreußen mit 50000 bis 60000 Deutschen. Viele, die in der schweren Nachkriegszeit den Schutz des Autochthonendaseins angenommen hatten, „verwandeln" sich, wie die exilpolnische Presse schrieb, wieder in Deutsche und hoffen auf die Ausreise.

Von allen polnischen Stellen werden die deutsche Vergangenheit und der deutsche Ursprung der Städte, Orte und Kunstdenkmäler verschwiegen. In grober Geschichtsfälschung werden die Baudenkmäler, von denen ein Teil wieder instand gesetzt wurde, als polnische Leistungen bezeichnet, und selbst der polnische Primas, Kardinal Wyszynski, erklärte in deutlichem Verstoß gegen das

christliche Gebot, kein falsch Zeugnis zu geben, in Breslau: „Wenn wir umherblicken auf diese Gotteshäuser, wissen wir, daß wir nicht deutsches Erbe übernommen haben. Es ist nicht die deutsche, sondern die polnische Seele, die aus diesen Steinen spricht. Diese Gebäude haben hier gewartet, bis sie schließlich in polnische Hände zurückgekehrt sind." Und der jetzige Papst behauptete als Krakauer Bischof Wojtyla: „Sowohl die ökonomischen, geschichtlichen, religiösen Gesetze als auch die historische Gerechtigkeit verlangen, daß die wiedergewonnenen Westgebiete für immer bei Polen bleiben." Vergangenheit und Gegenwart widerlegen diese Behauptung nachdrücklich.

Ähnlich der Verödung des nördlichen Böhmens hat die wirtschaftliche Krise der polnischen Landwirtschaft und Industrie ihre Hauptursache in der Vertreibung der Deutschen, deren 1945 enteignete Werte nun langsam verbraucht sind. Während früher nicht nur die neun Millionen Einwohner der deutschen

Ostgebiete aus diesen Landschaften gut ernährt werden konnten, sondern diese auch weitere Millionen im Reich versorgten, muß heute eine weit geringere Bevölkerung darin hungern: eine der vielen Unsinnigkeiten unserer Zeit, deren Gründe klar auf der Hand liegen.

Volksdeutsche in Südost- und Osteuropa

Ungarn.
Nachdem etwa die Hälfte der Ungarn-Deutschen aus ihrer Heimat vertrieben war, erfolgte erst ab 1949 mit der neuen Verfassung, nach der „alle Bürger der Volksrepublik Ungarn vor dem Gesetz gleich" sind, und in einer Verordnung vom März 1950 ein offizielles Ende der Ausweisungen und der damit verbundenen Maßnahmen. Weitere Jahre dauerte es dann noch, bis die 250000 bis 300000 Deutschen in Ungarn, die ihren ganzen Besitz verloren hatten und in ärmlichen Verhältnissen in ihren Dörfern lebten, sich wieder als solche bekennen, sich vereinigen und im Oktober 1955 den „Kulturverband der Deutschen in Ungarn" gründen konnten, der nach dem Ungarnaufstand seinen Namen in „Demokratischer Verband der Deutschen Werktätigen in Ungarn" und 1978 in „Demokratischer Verband der Ungarndeutschen" änderte. Seit 1954 gab es die deutsche Zeitschrift „Freies Leben", die später als Wochenblatt „Neue Zeitung" herauskam. Deutschunterricht ist in den Schulen nun wieder möglich, hat aber das Schwinden des Deutschen bei der Jugend nicht aufhalten können.
In Frankenstadt, Fünfkirchen und Budapest gibt es je ein deutsches Gymnasium oder einen deutschsprachigen Gymnasialzug mit zugehörigem Internat. An der pädagogischen Hochschule Fünfkirchen besteht ein deutscher Lehrstuhl und eine deutsche Klasse am dortigen Lehrerseminar. Auch Ausbildungsstätten für deutsche Kindergärtnerinnen sind wieder eingerichtet. Zweisprachige Ortsschilder und Straßenbezeichnungen sowie Beschriftungen deutscher Einrichtungen sind wieder möglich und in Orten mit mehr als einem Drittel Deutscher üblich geworden. Deutsche Vornamen dürfen wieder vergeben werden, nachdem früher besonders auf die Madjarisierung der Namen großer Wert von seiten des Staates gelegt worden ist. Eine Vielzahl deutscher Kulturgruppen hat sich gebildet und versucht, Volkstum, Trachten und Liedgut zu erhalten. Funk und Fernsehen bringen regelmäßig deutsche Sendungen an mehreren Wochentagen. Durch den verstärkten Besucherstrom aus Österreich, Mittel- und Westdeutschland ist die Verbindung nach Deutschland besser geworden. Während das Kulturabkommen Mitteldeutschlands mit Ungarn ausdrücklich die Ungarn-Deutschen erwähnt, ist das beim entsprechenden westdeutschen bedauerlicherweise nicht der Fall. Ob der Gefahr der langsamen Einschmelzung der verbliebenen Ungarndeutschen erfolgreich entgegengewirkt werden kann, ist sehr fraglich.

Jugoslawien.
Durch Mord, Verschleppung und Vertreibung ist praktisch die gesamte deutsche Volksgruppe in Jugoslawien ausgelöscht worden. Wenige Zehntausend noch verbliebener Deutscher haben keinerlei Minderheitenrechte und werden offiziell gar nicht geführt. Obwohl Hunderttausende jugoslawischer Fremdarbeiter in Österreich und Westdeutschland alle Vorzüge dieser Staaten genießen, haben die deutschen Regierungen nicht viel am Los der wenigen Deutschen in diesem Lande bisher ändern können.

Rumänien.
Nach Jahren der Entrechtung, Verschleppung, Enteignung und Verfemung wurde die Lage der Rumäniendeutschen erst in den fünfziger Jahren etwas besser, als auch sie in das Nationalitätenstatut von 1945 einbezogen wurden, das allen rumänischen Bürgern „ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Sprache und Religion" – zumindest in der Theorie – die gleichen Rechte zusicherte. In der Landesverfassung von 1952 wurde allen Einwohnern die „freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache" und die Freiheit des muttersprachlichen Presse- und Buchwesens zugesichert. Ein „Deutsches Antifaschistisches Komitee" wurde ab 1949 als Vertretung der Volksgruppe zugelassen, die dann auch zu den Wahlen zugelassen wurde und seitdem durch mehrere Abgeordnete im Bukarester Parlament vertreten ist, die allerdings eher ihrer kommunistischen Partei als ihrer Volksgruppe verpflichtet sind.
Langsam wurde das vorher völlig zerschlagene deutsche Schulwesen im Lande wieder aufgebaut, auch mit deutschen Gymnasien in den größeren Städten Siebenbürgens und des Banats, so daß das deutsche Erziehungswesen in Rumänien heute das weitaus beste im ganzen Ostblock ist. Seit Mitte der siebziger Jahre wurden jedoch im Zuge der neuen Einschmelzungspolitik die deutschen Schulen mit rumänischen unter rumänischer Leitung zusammengelegt, so daß nur noch deutsche Züge bestehen, und in manchen Fächern muß auch an ihnen in Rumänisch unterrichtet werden. Neben Wochen- und Monatsschriften gibt es als deutsche Tageszeitungen den „Neuen Weg" aus Bukarest und die „Neue Banater Zeitung" aus Temeschburg, die jedoch rein staatlich-kommunistisch ausgerichtet sind. In Temeschburg und Hermannstadt bestehen zwei deutsche Bühnen, die auch das ganze Umland bespielen, während auf den Dörfern zahlreiche Laienspiel-, Tanz- und Singegruppen tätig sind. Das erst im November 1979 in Bukarest eröffnete deutsche Kulturinstitut soll nächstens wieder geschlossen werden.
Durch die Umsiedlungen und die Flucht sind die früheren deutschen Siedlungsgebiete in Bessarabien, in der Dobrudscha, in der Bukowina und im Nösnergau um Bistritz bis auf wenige Tausend Zurückgebliebener erloschen, in der Sathmar leben noch etwa 6000 Deutsche. Die heutigen rund 350000 Rumäniendeut-

schen wohnen vorzugsweise in Siebenbürgen um Hermannstadt, Kronstadt, Mediasch und Schäßburg und im Banat um Temeschburg. Etwa 6000 Deutsche leben in der Landeshauptstadt Bukarest.
In den fünfziger Jahren erhielten die meisten Deutschen ein Nutzungsrecht an ihren 1945 enteigneten Häusern zurück. Der landwirtschaftliche Bodenbesitz, früher die Grundlage des Deutschtums, blieb kollektiviert bis auf ein Stückchen privaten Gartens am Hause. Während die ältere Generation vorwiegend auf den neuen Staatsgütern und in den Dorfkollektiven arbeitet, hat sich die jüngere mehr den aufgebauten Industrien in den größeren Orten zugewandt. Durch diese Änderungen und die seit einem Jahrzehnt wieder stärkere staatliche Einflußnahme zur Einschmelzung der Deutschen hat die noch vorher durchaus vorhandene Hoffnung auf ein Überleben der Volksgruppe stark abgenommen. Seitdem besteht zunehmend die Neigung zur Auswanderung nach Deutschland, die von der Regierung scharf kontrolliert und nur in geringen Raten erlaubt wird. Doch allein im Jahre 1980 verließen 15000 Deutsche ihre rumänische Heimat, seit 1950 im ganzen mehr als 100000. Darunter befanden sich besonders viele Angehörige leitender und geistiger Berufe, so daß auch dadurch eine starke Ausdünnung dieser Sprachinseln eintrat. Der Widerstandswille der seit mehr als 800 Jahren allen Widrigkeiten der Zeiten trotzenden Sachsen, diesen „Germanissimi Germanorum" (Deutschesten der Deutschen), wie sie schon Martin Opitz im 17. Jahrhundert bezeichnet hat und sie seitdem gern genannt wurden, scheint nun empfindlich gebrochen zu sein.
Nachdem lange Zeit von westdeutscher Regierungsseite kaum von dem Dasein der Rumäniendeutschen Kenntnis genommen wurde, Staatsbesuche ohne einen Abstecher in die deutschen Gegenden erfolgten oder hohe deutsche Politiker sich wunderten, daß in Kronstadt deutsch gesprochen wurde, hat sich Bundespräsident Carstens bei seinem Rumänienbesuch Ende Oktober 1981 besonders um das Schicksal der Rumäniendeutschen gekümmert und sie in Hermannstadt aufgesucht. Kurz darauf wurden dreihundert deutsche Lehrer entlassen. Offiziell wendet sich der rumänische Staat gegen die deutsche Abwanderung, versucht ratsuchende Bürger von der deutschen Botschaft in Bukarest fernzuhalten und verzögert oder verweigert die Ausreise meist, enthält andererseits aber seinen Deutschen auch die zum Weiterleben als Volksgruppe notwendige Autonomie vor. Nicht nur wegen ihrer wieder neu belebten Trachten und Volksfeste, wegen ihrer alten Tradition und großen Geschichte wäre es sehr bedauerlich, wenn dieser Zweig des deutschen Volkes in unserer Zeit langsam erstickt würde, der für den ganzen Südostraum Entscheidendes geleistet hat.

Sowjetunion.
Das Los der völlig entrechteten, meist jahrelang in Straf- oder Arbeitslagern im asiatischen Teil der UdSSR festgehaltenen Rußlanddeutschen, deren Familien vielfach zerschlagen waren, besserte sich erst allmählich, als in dem Erlaß des

Präsidiums des Obersten Sowjets vom 13. Dezember 1955, kurz nach Bundeskanzler Adenauers Besuch in Moskau, die „Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in Sondersiedlungen befinden", aufgehoben wurden. Doch durften sie auch anschließend an diese Amnestie bis heute weder in ihre Heimatorte an der Wolga oder in der Ukraine zurückkehren noch das enteignete Eigentum beanspruchen. Erst nach und nach konnten die verstreuten Familienangehörigen sich dann wieder suchen und zusammenfinden. Ab 1957 wurde muttersprachlicher Unterricht für deutsche Kinder von der ersten Klasse an auf Wunsch der Eltern zugelassen, wenn er auch oft wegen der nun zerstreuten Siedlung der Deutschen nicht verwirklicht werden konnte. Heute werden an mehreren pädagogischen Hochschulen Deutschlehrer ausgebildet, die allerdings ebenso für den Fremdsprachenunterricht bei russischen Kindern eingesetzt werden. 1955 wurde im Altai-Gebiet als erste deutsche Zeitschrift die „Rote Fahne" gegründet, 1957 in Moskau das „Neue Leben". In dieser Zeit begannen erste deutsche Rundfunksendungen in Kasachstan, später in Kirgisien. Heute strahlt auch der Moskauer Sender täglich in deutscher Sprache aus.

Im Jahre 1964 erfolgte im Zuge der Entstalinisierung die Rehabilitierung der Wolgadeutschen, die 1941 unter dem Vorwurf des Landesverrates zugunsten der Deutschen deportiert worden waren. Das Präsidium des Obersten Sowjet erklärte nun: „Das Leben hat gezeigt, daß diese pauschalen Beschuldigungen (Stalins) unbegründet und ein Zeichen der Willkür unter den Bedingungen des Personenkultes Stalins waren." Die daran geknüpften Hoffnungen auf Rückführung und Wiedergewährung einer Autonomie erfüllten sich für die Rußlanddeutschen jedoch bis heute nicht.

Die meisten Deutschen, die bis 1941 fast ausschließlich, mit Ausnahme einiger alter sibirischer Siedlungen, im europäischen Teil Rußlands gelebt hatten, wohnen nun in Asien mit Schwerpunkten östlich des Urals in der russischen Föderation (um 700000) und in Kasachstan (850000), kleinere Gruppen auch in Kirgisien (90000). Im europäischen Rußland sind nur noch geringe Reste ganz verstreut anzutreffen. Im Baltikum, im Memelland und ebenso im nördlichen, jetzt russisch verwalteten Ostpreußen, auch in Königsberg, sollen nach dem Kriege je einige tausend Wolgadeutsche angesiedelt worden sein.

Nicht wie früher in geschlossenen deutschen Dörfern, sondern zerstreut über das ganze Land leben heute die Deutschen unter den anderen Völkern Rußlands, ohne eigene Schulen und Kirchengemeinden. Ihr Bildungsstand ist erschütternd niedrig: 1967 ergab eine Erhebung im Gebiet von Nowosibirsk fast 12 Prozent Analphabeten unter ihnen, deren Vorfahren die besten Schulen in Rußland hatten. Als guter Arbeiter und vor allem zäher Bauer bei der Kolonisation Innerasiens ist der Deutsche sehr geschätzt, und offen haben leitende Russen zugegeben, daß diese Eigenschaft mit ein Grund dafür ist, daß den Deutschen keine eigene Republik wie früher an der Wolga gewährt wird, denn es sei

„unmöglich, im Neuland ohne die Deutschen auszukommen". Wie seit Jahrhunderten kultiviert der deutsche Bauer hier in fremdem Land. Während früher über 90 Prozent der Rußlanddeutschen in der Landwirtschaft tätig waren und in Dörfern wohnten, leben heute schon mehr als 60 Prozent in Städten, wo sie sehr viel schneller ihre Muttersprache aufgeben und eingeschmolzen werden. Bei der Volkszählung von 1979 bekannten sich 1936000 Sowjetbürger zur deutschen Nationalität, allerdings gaben nur noch 57 Prozent davon das Deutsche als ihre Muttersprache an. Staatlich wird die Anpassung und Einschmelzung gefördert.

Auch die wieder erstandene Literatur der Rußlanddeutschen ändert an dieser Entwicklung nicht viel. Zwei deutsche Verlage in Alma-Ata in Kasachstan und in Moskau bringen die Werke rußlanddeutscher Schriftsteller heraus, von denen eine Reihe im „Sowjetdeutschen Schriftstellerverband" zusammengeschlossen ist. Der gesunkene Bildungsstand der jetzigen Generation und die kommunistische Ausrichtung vieler Bücher verhindern eine starke Ausstrahlung auf die Volksgruppe. In Timirtau in Kasachstan wurde 1980 das erste deutsche Nachkriegstheater eröffnet, das als Wanderbühne ein weites Land bespielt. Seine Schauspieler sind Deutsche, die jedoch zunächst erst einmal richtiges Deutsch lernen mußten.

Da nach wie vor keine Hoffnung auf die Errichtung einer eigenen autonomen deutschen Sowjetrepublik gegeben ist, wie sie vor dem Kriege an der Wolga bestand, haben viele Rußlanddeutsche den Wunsch, nach Deutschland auszuwandern. „Als Deutsche unter Deutschen zu leben", ist ihr einziges Ziel und der Hauptantrieb zu dem mit schweren Nachteilen und Härten verbundenen Versuch, die Ausreise zu beantragen. Bisher wurden nur im Rahmen der Familienzusammenführung geringe Zahlen von Deutschen jährlich zur Auswanderung zugelassen. Von 1959 bis 1979 durften rund 55000 in den Westen umsiedeln, und seitdem geht die Jahresrate erheblich zurück. An den Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew in Bonn im November 1981 und an das Erdgas-Röhren-Geschäft geknüpfte Hoffnungen erfüllten sich nicht: Kamen 1976 noch 800 Rußlanddeutsche im Monat aus dem Osten, so im ersten Viertel des Jahres 1982 nur noch 200 monatlich, obwohl nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes über 100000 unerledigte Ausreiseanträge zur Zeit den Sowjetbehörden vorliegen. Indirekt klagte der sowjetische Nobelpreisträger und Regimekritiker Sacharow auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland an, als er vor einiger Zeit erklärte: „Die Deutschen in der Sowjetunion haben es hier noch viel schwerer als die Juden, und was alles könnte doch der Westen für sie erreichen!"

Hat auch die Volksgruppe der Rußlanddeutschen als einzige in allen europäischen Ländern ihre Zahl seit der Vorkriegszeit vergrößert und so scheinbar am besten von allen die schlimme Kriegs- und Nachkriegszeit überstanden, so ist doch ihr Leben nach wie vor sehr schwer und hart und weithin ohne Hoffnung

auf ein dauerhaftes Weiterbestehen. Wenn schon mehr als die Hälfte trotz Volksbewußtsein die Muttersprache nur noch ungenügend beherrscht, ist ein Verlöschen des Volkstums in nicht allzu langer Zeit zu befürchten. Die Verstädterung und die Zerstreuung beschleunigen diesen Vorgang. Die geschlossenen deutschen Dörfer mit eigener Schule und Kirche im Osten, die Sprache und Volkstum bewahrten, gehören in Rußland der Vergangenheit an, und leider besteht zur Zeit keine Aussicht auf eine Wiederherstellung der früheren Lage.

VOLKSTUMSARBEIT GESTERN UND HEUTE

Zur kulturellen Betreuung und Unterstützung der Deutschen in Gegenden, wo ihre Sprache und ihr Volkstum stark gefährdet waren, bildeten sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zunächst in Österreich, besonders von Tirol aus, deutsche Schulvereine, die durch Mitgliederbeiträge und Spenden die Gelder für den Bau, den Unterhalt oder die Erweiterung deutscher Schulen, die Besoldung deutscher Lehrer und die Einrichtung von Büchereien mit deutschem Schrifttum in volkstumsgefährdeten Landschaften übernahmen. Nach mehreren Vorläufern wurde am 2. Juli 1880 der Deutsche Schulverein in Wien von mehreren tausend Mitgliedern gegründet, der in den folgenden Jahrzehnten Hunderte von Schulen im Bereich Österreich-Ungarns unterstützte und sich bei der Verteidigung des Deutschtums gegen die wachsende Tschechisierung, Madjarisierung und Italienisierung große Verdienste erwarb. In Berlin entstand bald darauf am 15. August 1881 der Deutsche Schulverein, der sein Aufgabenfeld im Gegensatz zum österreichischen Verein von vornherein bei den Deutschen in aller Welt sah. Seine Ziele umriß er im Paragraph 1 seiner Satzung mit den Worten: „Der Deutsche Schulverein hat den Zweck, die Deutschen außerhalb des Reiches dem Deutschtum zu erhalten und sie nach Kräften in ihren Bestrebungen, Deutsche zu bleiben oder wieder zu werden, zu unterstützen. Allen Parteibestrebungen bleibt der Verein fern." Nicht die „Germanisierung" in anderen Völkern, sondern die Bewahrung des eigenen Volkstums machte er sich zur Aufgabe. Im Jahre 1908 änderte er seinen Namen in „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA). Zu Beginn des Weltkrieges wurde seine Arbeit von rund 56000 Mitgliedern unterstützt.

Nach dem Weltkrieg galten die Bemühungen des VDA besonders den Deutschen im europäischen Ausland, vor allem in den Abtretungsgebieten. Seine Bedeutung wuchs, und um 1930 hatte er zwei Millionen Mitglieder. Diese Zahl nahm in den weiteren dreißiger Jahren noch zu, so daß eine wirksame Hilfe und Unterstützung für die deutschen Volksgruppen im Ausland geleistet werden konnte. Viele Angehörige der Jugendbewegung arbeiteten im VDA ehrenamtlich

mit. Die Entfernung seines Vorsitzenden Hans Steinacher 1937 und die Gleichschaltung durch die NSDAP hoben die bisherige parteipolitische Neutralität und damit umfassende Wirkungsmöglichkeit des VDA teilweise auf. Das Kriegsende verhinderte 1945 zunächst jede weitere Volkstumsarbeit, da allein der Begriff des Volkstums schon kriminalisiert wurde und im Zeichen der Umerziehung ausgemerzt werden sollte. Erst 1955 konnten ehemalige Mitarbeiter an eine Neugründung gehen, die dann unter dem angepaßten Namen „VDA Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" arbeitete, bis 1981 unter dem neuen jungen Vorsitzenden Hans Joachim Berendes der alte Name „Verein für das Deutschtum im Ausland" (München, Landsberger Str. 509) wieder angenommen wurde. Ihm gehören heute rund 18000 Mitglieder an. Nach dem alten Grundsatz „staatstreu und volkstreu", der die jeweilige Volksgruppe loyal zu dem in ihrer Heimat herrschenden Staat stehen und sie zugleich zur Gemeinschaft des deutschen Volkes gehören läßt, gilt für den VDA die Kulturgemeinschaft aller Deutschen. Mit seiner Vierteljahreszeitschrift „Globus" wendet er sich an seine Mitglieder und die Öffentlichkeit. Die im Vergleich zu der Zeit vor dem Zweiten, aber auch vor dem Ersten Welkrieg geringe Mitgliederzahl ist ein bedauerliches Zeichen für das mangelhafte Interesse der Westdeutschen an dem Schicksal der Volksdeutschen, die heute oftmals in noch schlechteren Umständen als vor dem Kriege leben müssen. Mit knapp 120 Millionen Menschen in aller Welt, ist auch die Zahl derer, die das Deutsche als ihre Muttersprache betrachten, heute größer als je zuvor, so daß auch das erstrebenswerte Maß ihrer kulturellen Betreuung in fremder Umgebung größer als früher geworden ist. Ebenso ist der durch die Unmöglichkeit der Kulturarbeit in den ersten Jahren nach dem Kriege entstandene Nachholbedarf noch lange nicht gedeckt. Nachdem die Goethe-Institute bei der Unterstützung des Deutschtums im Ausland seit Beginn der sozialliberalen Koalition in Bonn teilweise ausgefallen sind, ist dem VDA auch hier eine neue Verpflichtung zugewachsen.

Eine Reihe weiterer Vereine, wenn auch meist in ihren Zwecken auf bestimmte Volksgruppen im Ausland beschränkt, leistet ebenso sehr fruchtbare Kulturarbeit für die Deutschen in den Nachbarländern. Hervorgehoben seien in diesem Zusammenhang für Westdeutschland nur das Kulturwerk für Südtirol e.V. (München 2, Schwanthaler Str. 73) und für Österreich der Alpenländische Kulturverband Südmark (Graz, Joanneumring 11). Ferner halten die nach Flucht und Vertreibung entstandenen Landsmannschaften Verbindung zu den in ihrer Heimat verbliebenen Volksdeutschen, vor allem im Osten und Südosten, und betreuen sie auch kulturell, soweit das möglich ist. Sie haben in Westdeutschland eine Reihe entsprechender Archive, Stiftungen und Mittelpunkte eingerichtet und geben eigene Zeitschriften heraus.

Daß Bundespräsident Karl Carstens die Schirmherrschaft für die Hundertjahrfeier des VDA im September 1981 in Bonn übernahm und dessen Volkstumsar-

beit öffentlich würdigte, mag als ein hoffnungsvolles Zeichen gewertet werden und als Beginn einer Zeit, in der größere Kreise in Westdeutschland dem Wirken des VDA mehr Verständnis und Förderung entgegenbringen und auch dabei erkennen, daß Deutschland größer ist als die Bundesrepublik.

NACHWORT

Längere Zeit waren deutsches Volkstum und deutsche Sprache an fast allen Grenzen auf dem Rückzug. Der deutsche Volksboden ist sehr viel kleiner geworden. Versailles 1919 und Potsdam 1945 stellen Marken großen Verlustes deutschen Landes an aggressive Nachbarn dar, von denen besonders Rußland und Frankreich sich in den letzten Jahrhunderten erheblich vergrößerten. Diese unbestreitbare Tatsache verbunden mit der anderen, daß Preußen-Deutschland in den letzten zweihundert Jahren von allen europäischen Großmächten die wenigsten Kriege führte, deutet an, wo die wirklichen Friedensstörer und Aggressoren in Europa beheimatet sind, jedenfalls nicht in Deutschland, das immer wieder und lange vor der Zeit der Nationalsozialisten zur Verteidigung seiner Rechte und Freiheit herausgefordert wurde. Nur eine an der Kriegspropaganda der Alliierten statt an der historischen Wahrheit ausgerichtete Geschichtssicht konnte ein anderes, ein falsches Bild von Deutschland zeichnen und es mit allen Mitteln der modernen Massenmedien in die Hirne der jungen Generation einprägen.

Wie vor mehr als einem Jahrtausend beim Übergang vom ostfränkischen zum Ersten Deutschen Reich ist Deutschland heute von Westen und Osten auf einen schmalen Bereich zusammengedrückt, ist es fast nur noch Grenzland, besonders wenn man die innerdeutschen Grenzen mitbetrachtet. Der Rhein, Wien und Berlin, in früheren Zeiten nacheinander die Schwerpunkte deutscher politischer Willensbildung und Macht, sind von den Weltkriegssiegern zu gleichberechtigtem Nebeneinander mit Anschlußverbot bestimmt worden. Die Feindstaatenklauseln in Artikel 53 und 107 der UNO-Satzung begründen Sondergesetze für Deutschland und schließen es aus dem Kreis der Berechtigten für Selbstbestimmungsrecht und eigene Staatshoheit aus, aus dem es praktisch schon in Versailles 1919 ausgeschlossen wurde.

Die verständliche Antwort der Deutschen auf dieses Grenzlandschicksal war die Forderung nach Aufhebung der Grenzen in Europa überhaupt, nach einem geeinten Europa gleichberechtigter Völker. Die Kriegs- und Nachkriegsgeneration hat für diesen Europagedanken große Opfer und Vorleistungen gebracht, ohne daß wirklich eine Einigung näher gerückt ist und die Nachbarn sich die

deutsche Wiedervereinigung als echte eigene Forderungen angeeignet haben. Noch scheinen sie nicht begriffen zu haben, daß allein die Einigung Deutschlands Frieden und Freiheit in Europa gewährleistet, wie die jetzige Spaltung eine dauernde und wachsende Kriegsgefahr für den ganzen Kontinent beschwört.
Um so mehr muß von den Deutschen selbst ausgehen, die außer durch die staatliche Zerstückelung auch noch durch eine tiefe geistige Krise ihres volklichen Selbstverständnisses bedroht sind. Selbst die Katastrophen des Dreißigjährigen Krieges und der Niederlage durch Napoleon sind mit der heutigen nicht vergleichbar. Ungleich tiefer hat die Gefährdung nun angesetzt und bedroht die geistige und seit mehr als einem Jahrzehnt auch die biologische Substanz unseres Volkes. Zur Bewältigung bedarf es außergewöhnlicher Umstände und Mittel.
Die Rückdrängung Deutschlands auf einen kleinen Kern und die Rückführung von Millionen Volksdeutscher und Grenzlanddeutscher innerhalb weniger Jahrzehnte ist solch ein einmaliger Umstand, daß er nicht ohne Folgen bleiben kann, wie auch die Nachkriegsnot erst das Wirtschaftswunder herausforderte. Hinzu kommt die durch den Flüchtlings- und Vertriebenenstrom mitbewirkte Durchmischung aller deutschen Stämme, deren Nebeneinander bisher ein Jahrtausend deutscher Geschichte bestimmte. Das Ergebnis wird nun nach einer Generation langsam wirksam. Auch der in der „Charta der Heimatvertriebenen" schon 1950 erfolgte Rückgriff auf das allgemeine Sittengesetz und die Forderung nach der Anerkennung geschichtlich-menschlicher Verpflichtungen aus europäischem Geist sei in diesem Zusammenhang als wesentlich hervorgehoben.
Nicht zufällig erfolgt seit wenigen Jahren in Deutschland eine Rückbesinnung sowohl auf die Bedeutung der Geschichte als auch auf die Notwendigkeit unverzichtbarer Bedingungen des Lebens, zu denen neben einer erträglichen Umwelt auch die Lebensgemeinschaft des Volkes gehört. Nur „um als Deutsche unter Deutschen zu leben", wollen immer noch Hunderttausende Deutscher aus östlichen Ländern nach Deutschland auswandern und haben wohl ein größeres Recht auf Aufnahme als die Millionen Fremdarbeiter. „Die deutsche Einheit kommt bestimmt", ist mehr als ein hohe Auflagen versprechender Buchtitel geworden, der in die Zeit der allgemeinen Anzweiflung der Jalta-Potsdamer Weltaufteilung paßt.
Was in Versailles und Potsdam teilweise aus Unkenntnis der historischen Zusammenhänge und der Eigenart der verschiedenen Völker und ihrer Schicksale in Europa zum Verhängnis unseres ganzen Erdteiles entschieden wurde, darf sich nicht wiederholen. Darum ist das Wissen um die Geschichte so wichtig. Nicht nur die Völker und Nationen leben aus ihrer Geschichte, wie Bundespräsident Scheel betonte, sondern jede verantwortungsbewußte Politik hat sich an der Geschichte auszurichten. Politiker mit fehlendem Geschichtsbewußtsein und mangelnden Geschichtskenntnissen handeln verantwortungslos und stellen eine Gefahr für die Völker und ihre Gemeinschaft dar.

Eine neue Generation von Deutschen und Europäern ist aufgerufen, den noch verbliebenen Schutt beiseite zu räumen und zukunftsträchtige Lösungen aus dem Wissen um die Geschichte und die Geschicke unseres Abendlandes zu gestalten. Ein Menschenalter der Herrschaft fremder Mächte in Europa sollte genug sein und die Gefahren der mit dem Ersten Weltkrieg begonnenen Selbstzerfleischung Europas in ausreichender Deutlichkeit aufzeigen. Mit den bisherigen Einteilungsprinzipien in Sieger und Besiegte ist die Zukunft nicht sinnvoll zu gestalten. Sie stellen vielmehr eine Neuauflage der Herrenmenschenmoral dar und sind keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Die vergangenen Jahrzehnte waren lang genug, um die „Moral" der Sieger von 1945 zu durchschauen. Über veralteten Dogmatismus und einseitige Ideologien muß sich die Lebenskraft Europas hinwegsetzen und in seinen Völkern neue Bewegungen freimachen. Noch erscheint die deutsche Zerstückelung allen Nachbarn in Ost und West als die beste „Lösung" der deutschen Frage. Doch bei der schnellen Veränderung der heutigen Lage kann bald auch eine andere Möglichkeit ihnen als besser erscheinen, vor allem wenn es gilt, „Neuland zu roden" auf verschiedenen Ebenen. Allein die Wirtschaftslage in weiten Teilen Europas, nicht nur im Osten, verlangt nach gründlichen Änderungen.

Der älteren Generation als den Bewahrern und bisherigen Kulturträgern kommt hier eine ebenso große Aufgabe zu wie den jugendlichen Neuerern. Aus beider Zusammenwirken allein kann sich eine sinnvolle Lösung ergeben, nicht aus einem künstlich verschärften Generationskonflikt. Weder die Verteufelung der Vergangenheit noch eine pauschale Ablehnung der Jugend führen weiter. Ausgreifende, kämpferische, neusiedelnde Zeiten waren meist jugendlich bestimmt; Zeiten der Not, der Vorbereitung und der Besinnung haben eher aus der Lebenserfahrung des Alters Gewinn gezogen. Heute ist beides gefragt, und langsam kommt es anscheinend auch wieder zum Tragen, etwa in dem Umbruch von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration bei den Vertriebenen und Flüchtlingen.

Die deutsche Geschichte hat weder 1945 aufgehört noch dort wie in einer Stunde Null begonnen. Nach einer Generation dürfte es an der Zeit sein, den größeren Zusammenhang wieder zu sehen und Tabus beiseite zu schieben. Die „deutsche Frage" steht weiterhin und neuerdings wieder verstärkt zur Lösung an, nachdem sie in Potsdam für Jahrzehnte festgeschrieben schien. Je länger sich die deutschen Verantwortlichen vor einer solchen Lösung drücken und auf die reine Verteilung des Bruttosozialproduktes ausweichen, um so schwieriger wird die Bewältigung, auch für ganz Europa. Noch sind Mut zur Wahrheit und zur Wahrhaftigkeit gegenüber dem bisher üblichen Opportunismus Mangelware. Doch es scheint, als ob eine neue Generation die nötige Zivilcourage dafür aufbringt, die „Anpassung um jeden Preis" ablegt und einsieht, daß auch auf diesem Gebiet die Bösen siegen, wenn die Guten nicht kämpfen.

LITERATURVERZEICHNIS

Anrich, Ernst: Die Geschichte der deutschen Westgrenze. Quelle und Meyer, Leipzig 1939
Aschenauer, Rudolf: Die Auslands-Deutschen. Türmer, Berg 1981
Aurich, Peter: Der deutsch-polnische September 1939. Günter Olzog, München–Wien 1969
Bansleben, Peter: Thorn-Königin der Weichsel 1231–1981, Stuttgart–Tübingen 1981
Bayerische Staatskanzlei: Dokumentation der Bayerischen Staatskanzlei zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Grundvertrages durch das Bundesverfassungsgericht. München 1973
Bekker, Cajus: Flucht übers Meer. Gerhard Stalling, Oldenburg 1959
Berger, Walter: Das Burgenland. Eckart, Wien 1979
Bickler, Hermann: Ein besonderes Land. Askania, Lindhorst 1978
Borodajkewycz, Taras: Saint-Germain. Eckart, Wien 1969
Breschar, Rudolf: Fahrt ins Land der Zimbern; in Südtiroler Rundschau 4/81, München 1981
Bromme, Erich R.: Grundlagen der Siedlungsforschung. Erich Bromme, Berlin 1981
Brugger, Gerhard: Die deutsche Volksgruppe in Belgien. Eckart, Wien 1969
Burger, Norbert: Südtirol wohin? Druffel, Leoni 1966
Carl, Helmut: Kleine Geschichte Polens. Heinrich Scheffler, Frankfurt/M. 1960
Dehoust, Peter (Hrsg.): Die Deutschen in der Welt. Nation Europa, Coburg 1977
Deutsches Seminar: 1914–1945. Untergang des Weltzentrums Europa. Kurt Vowinkel, Neckargemünd 1974
Dietwart, Heinrich: Hundert Jahre deutsches Schicksal. Deutsche Verlagsgesellschaft, Rosenheim 1981
Diwald, Hellmut: Geschichte der Deutschen. Ullstein, Frankfurt–Berlin–Wien 1978
Domarus, Max: Hitlers Reden 1932–1945. Bd 1–4. R. Löwit, Wiesbaden 1973
Draeger, Hans (Hrsg.): Der Vertrag von Versailles. Heinrich Beenken, Berlin 1933
Fechner, Helmuth (Hrsg.): Deutschland und Polen. Holzner, Würzburg 1964
Franken, Bert: Die Große Flucht. Hestia, Bayreuth 1975
Fröschle, Hartmut (Hrsg.): Die Deutschen in Südamerika. Horst Erdmann, Tübingen–Basel 1979
Gerstner, Hans: Das Deutschtum in Krain. Eckart, Wien 1979
Grell, Heinz: Der Österreich-Anschluß 1938. Druffel, Leoni 1978
Grimm, Friedrich: Vom Ruhrkrieg zur Rheinlandräumung. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg–Berlin–Leipzig 1930
Hampel, Robert (Hrsg.): Österreichs deutsches Bekenntnis. Eckart, Wien 1976
Hellberg, Rolf: Kleine Geschichte Deutschlands. Türmer, Berg 1981.
Helmolt, Hans F.: Das Ehrenbuch des deutschen Volkes. Wilhelm Andermann, Königstein–Leipzig 1924
Herget, Toni: Die Deutschen in der Tschechoslowakei seit 1945. Eckart, Wien 1979
Hudak, Adalbert: Die Karpatendeutschen. Eckart, Wien ca. 1976
Kern, Erich: Von Versailles nach Nürnberg. K.W. Schütz, 3. Auflage, Preußisch Oldendorf 1971
Kern, Erich und Balzer, Karl: Alliierte Verbrechen an Deutschen. K.W. Schütz, Preuß. Oldendorf 1980
Kirn, Paul: Politische Geschichte der deutschen Grenzen. Bibliographisches Institut, 4. Auflage, Mannheim 1958
Köhler, Henning: Autonomiebewegung oder Separatismus? Colloqium, Berlin 1974
Kosiek, Rolf: Das Volk in seiner Wirklichkeit. Kurt Vowinckel, Berg 1975
Kraut, Alfred und Lamatsch, Paul: Potsdam – Die Welttragödie. Arndt, Vaterstetten 1979
Kugler, Franz: Friedrich der Große. E.A. Seemann, Leipzig o.J.
Lettow-Vorbeck, Paul von: Heia Safari. K.F. Koehler, Leipzig 1920
Lichtenfeld, Helmut von: Südwestafrika. Türmer, Berg 1978
Löser, Else: Polen und die Fälschungen seiner Geschichte, 1982
Lück, Kurt und Kauder, Viktor: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Holzner, Würzburg 1957
Lüdtke, Franz und Thiele, Ernst Otto: Der Kampf um deutsches Ostland. Friedrich Floeder, Düsseldorf o.J.
Mallebrein, Wolfram: Hans Steinacher. Johannes Heyn, Klagenfurt 1980
Mindet, Erich: Der Erste war ein Deutscher. Ebner, Berlin–Ulm 1942
Nasarski, Peter E. (Hrsg.): Wege und Wandlungen. Westkreuz, Berlin–Bonn 1981
Nittner, Ernst (Hrsg.): Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916–1967, Ackermann-Gemeinde, München 1967
Obermüller, Christoph: Die deutschen Stämme. Velhagen und Klasing, Bielefeld–Leipzig 1941
Pastenaci, Kurt: Volksgeschichte der Germanen, Junge Generation, Berlin 1936

Pozorny, Reinhard: Wir suchten die Freiheit. Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1978
Pozorny, Reinhard: Der Sudeten-Anschluß 1938. Druffel, Leoni 1978
Pozorny, Reinhard: Das österreichischeSchlesien. Eckart, Wien 1977
Reichenberger, E.J.: Europa in Trümmern. Leopold Stocker, Graz 1952
Ruhnau, Rüdiger: Danzig, Geschichte einer Stadt. Holzner, Würzburg 1971
Schneider, Bruno und Haacke, Ulrich: Das Buch vom Kriege 1914–1918. Wilhelm Langewiesche-Brandt, Ebenhausen 1933
Schramm, Percy E. (Hrsg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht. Bd. 1–8. Bernard und Graefe, München 1982
Sérant, Paul: Die politischen Säuberungen in Westeuropa. Gerhard Stalling, Oldenburg–Hamburg
Spieser, Friedrich: Kriegsbriefe aus dem Elsaß. Volk und Reich, Berlin 1942
Stacke, L.: Deutsche Geschichte. Velhagen und Klasing, Bielefeld–Leipzig 1896
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Die deutschen Vertreibungsverluste. Wiesbaden–Stuttgart 1959
Straka, Manfred: Das Südostdeutschtum als europäisches Aufbauelement. Eckart, Wien 1964
Suchenwirth, Richard: Das tausendjährige Österreich. F. Bruckmann, München 1937
Suchenwirth, Richard: Der deutsche Osten. Türmer, Berg 1978
Sudetendeutscher Rat (Hrsg.): München 1938 – Dokumente sprechen. Universitäts-Buchdruckerei, München 1964
Tautorat, Hans Georg: Ostpreußen-Landschaft, Leistung, Schicksal. Staats- und wirtschafts-politische Gesellschaft, Hamburg o.J.
Thomson, Erik: Die Deutsch-Balten. Eckart, Wien 1976
Turnwald, Wilhelm (Hrsg.): Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen. AG zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, München 1951
VDA (Hrsg.): Globus. München 1969–1982
Veale, F.J.P.: Der Barbarei entgegen. H.H. Nölke, Hamburg 1954
Wagner, Georg und Mai, Richard: Deutsche über Land und Meer. Buchgemeinde, Bonn 1940
Wagner, Rudolf: Die Bukowina und ihre Deutschen. Eckart, Wien 1979
Waldmann, Rüdiger: Die Deutschen im Rumänien von heute. Eckart, Wien 1970
Walla, Max (Hrsg.): Die Schändung der Menschenwürde in Südtirol. Nürnberg 1977
Wicker Kreis (Hrsg.): Die deutschen Ostgrenzen. Leer 1981
Werner, Walther: Deutscher Volkstumskampf in Südtirol. Hohe Warte, Pähl 1977
Wilhelm, Kronprinz: Ich suche die Wahrheit. Cotta, Stuttgart–Berlin 1925
Wolff, Franz: Ostgermanien. Grabert, Tübingen 1977
Wolfrum, Heinrich: Die Marienburg. Gerhard Rautenberg, Leer 1972

PERSONENVERZEICHNIS

Adalbert von Bremen 32
Adalbert von Prag 20
Adenauer, Konrad 151, 205, 206, 209, 225
Adolf von Nassau 47
Adolf von Schauenburg 27, 28
Alba, Fernando Alvarez de Toledo, Herzog von 49
Albrecht der Bär 27, 28
Albrecht von Brandenburg 41
Alexander I. von Rußland 76
Andreas II. von Ungarn 24
Arndt, Ernst Moritz 101
Attlee, Clement Richard Earl 187
August II., der Starke, von Sachsen und Polen 63, 68
August III. von Polen 68
Badeni, Kasimir Felix Graf von 99, 107
Bakunin, Michael 106
Balk, Hermann 33
Baltia, Militärgouverneur 133
Bauer, Dr. Otto 127, 131
Behaim, Martin 80
Bela IV. von Ungarn 22
Benesch, Eduard 171, 173, 175, 176
Beran, Josef Kardinal 217
Berendes, Hans Joachim 228
Berger, Abgeordneter 106
Bertram, Adolf Kardinal 137
Bertuleit, Willy 180
Billung, Hermann 19
Bismarck, Otto Fürst von 5, 91, 93, 110
Blaskovics, Franz 99
Blumenau, Dr. Hermann 88
Boehm, Johann Heinrich 88
Boleslav I., Chrobry, Herzog 20
Boleslav II. von Böhmen 19
Boleslav III. von Polen 27
Bolt, Wilhelm 80
Bornewasser, Bischof 159
Botha, Louis 91
Brandt, Willy 210
Braun, Gustav Heinrich von 88
Breschnjew, Leonid Iljitsch 226
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 121, 126
Brukenthal, Samuel von 67
Bürckel, Josef 160, 166, 167
Burckhardt, Dr. Carl Jakob 181

Burger, Dr. Norbert 200
Byrnes, James Francis 268

Cabral, Pedro Alvares 87
Caesar 10
Cao, Diego 80
Carstens, Dr. Karl 224, 228
Chamberlain, Neville 173–176
Chlodwig 10, 11
Churchill, Winston Leonard Spencer 187
Claudius 90
Clemenceau, Georges 121, 127
Coehorn, Marschall 109

Dago (Miseko I.) 19
Deckers, Leo 153
Dessin 90
Dietrich von Bern 14
Dönitz, Karl 195
Dollfuß, Dr. Engelbert 162
Dorten, Dr. 151–155
Dürer, Albrecht 31
Duras, General 57, 58

Egmont, Graf von 49
Ehinger, Ambrosius 78, 79
Ehrenburg, Ilja 195
Erhard, Ludwig 209
Eugen, Prinz von Savoyen 58, 59, 61, 62, 65, 66

Federmann 78
Ferdinand I., Kaiser 46, 49
Follen, Karl Theodor Christian 86
Forster, Albert 181
Franz Joseph, Kaiser 106
Franz Stephan von Lothringen 59
Friedrich I. Barbarossa 28, 46
Friedrich II., Kaiser 32, 46
Friedrich III., Kaiser 39, 47, 48
Friedrich I. von Preußen 53
Friedrich II., der Große, von Preußen 65, 70, 71
Friedrich der Streitbare 22
Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg, der Große Kurfürst 53, 55, 79
Friedrich Wilhelm I. von Preußen 68, 79

Gagern, Hans von 82
Gamper, Michael 143
Gasperi, Alcide de 199
Geisha II. von Ungarn 23
Gerlach, Min.Direktor, von 114
Gero, Markgraf 19
Gisela von Ungarn 22
Göring, Dr. Heinrich 92
Göring, Hermann 168
Gortschakow, Alexander Fürst 107
Greiser, Artur 181
Grimm, Jacob 110
Groeben, Major von der 79
Großer Kurfürst 53, 55, 79
Grotewohl, Otto 208
Gruber, Karl 199
Gutenberg, Johannes 50

Habsburg, Otto von 163
Hanka, Vaclav 104
Havlicek, Karel 105
Hedin, Sven 5
Hedwig von Schlesien 28
Heinrich I., König 15, 18, 19, 46
Heinrich II., Kaiser 20
Heinrich III., Kaiser 20, 28
Heinrich V., Kaiser 28
Heinrich VII., Kaiser 47
Heinrich I. von Schlesien 28, 30
Heinrich II. von Schlesien 28, 29
Heinrich II. von Bayern 22
Heinrich der Löwe 28
Heinrich von Meißen 33
Heinrich von Plauen 39
Heinrich Jasomirgott 21
Heinz, Franz Joseph 155
Helmold von Bosau 27
Henlein, Konrad 172, 173, 177
Herchheimer, Nikolas 85
Herder, Johann Gottfried 97, 104
Hermanarich 15
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 87, 114
Hitler, Adolf 141, 144, 158, 163–166, 168, 174–176, 180–184
Hodza, Milan 175
Hoefer, General 115, 139
Hofer, Andreas 143
Hoffmann, Johannes 159, 160, 206, 207
Hohermut 78
Honterus (Johannes Groß) 52
Hoorne, Graf von 49
Hoover, Herbert 87
Hülgerth, Oberstltn. 118
Hus, Johannes 44
Hutten, Philipp von 79

Innitzer, Th. Kardinal 166, 167
Iwan IV., der Schreckliche 41

Jagiello (Wladislav II.) von Litauen 39
Jesser, Dr. Franz 107
Jodl, Alfred 165
Joseph I., Kaiser 58, 61
Joseph II., Kaiser 8, 66, 67, 73, 74, 97, 100
Jutta von Habsburg 29

Kaindl, Raimund 99
Kalb, General 85
Karl der Große 10, 11, 13, 14, 17, 19, 21, 26,46, 65
Karl IV., Kaiser 29
Karl V., Kaiser 49, 50, 58, 78, 79
Karl VI., Kaiser 58, 59, 62
Karl I. von Österreich 126
Karl XII. von Schweden 63, 64, 70
Karl der Kühne 48
Karl von Anjou 47
Karl von Lothringen 61
Karmasin, Franz 146, 195
Karoly, Graf von 66
Kasimir III. von Polen 31, 34
Kasimir IV. von Polen 39
Katharina von Rußland 76
Kellermann, Marschall 109
Kettler, Gotthard 42
Kettler, Jacob 80
Kiesinger, Kurt Georg 209
Klausner, Hubert 164
Kleber, Jean-Baptiste 109
Kniprode, Winrich von 35
Kolb, Peter 90
Konrad II., Kaiser 20, 46
Konrad III., Kaiser 28
Konrad von Masowien 30, 32
Konrad von Wettin 27
Konradin 47
Korfanty, Wojciech 137, 138
Kopernikus, Nikolaus (Abb. Thomer Rathaus und Stadt Frauenburg am Haff)

Kossuth, Ludwig (Lajos) von 100
Kratzenberg, Dr. Damien 198
Kreisky, Bruno 200
Krüger, Paulus Ohm 91
Kun, Béla 116

Leibniz, Gottfried Wilhelm 7, 55
Lesczynski, Stanislaus 59, 108
Leopold I., Kaiser 61
Leopoldine von Österreich 88
Lettow-Vorbeck, Paul von 95
Lieber, Franz 86
Lincoln, Abraham 86
List, Friedrich 82
Lodgman von Auen, Dr. Rudolf 131, 169
Lothar I., Kaiser 48
Lothar II. von Supplingenburg 27
Louvois, François Michel 57, 58
Ludwig der Deutsche 11
Ludwig XIV. von Frankreich 53, 55–60
Ludwig XV. von Frankreich 59
Ludwig, Wilhelm von Baden, Türkenlouis 57, 61
Lüderitz, Adolf 92
Luitpold, Markgraf 18
Lukascheck, Dr. Hans 137
Luther, Martin 41

Magnago, Dr. Silvius 200, 202
Maria Theresia, Kaiserin 8, 59, 65–67, 97, 101
Marlborough, John Churchill von 58
Masaryk, Thomas 172
Matthäus 36
Matthes, Josef 152–155
Mauch, Carl 90
Maximilian I., Kaiser 40, 48
Mazarin, Jules Kardinal 53
Mélac, Ezechiel de 57
Mercy, Claudius Florismund Graf von 65
Metternich, Klemens Lothar Wenzel Fürst von 100
Miklas, Wilhelm 163, 164, 166, 168
Minnewitt, Peter 83, 84
Miseko I. (Dago) 19, 20
Mohl, Robert von 82
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 208
Moritz von Nassau-Oranien 49
Moritz von Nassau-Siegen 87
Moritz von Sachsen 50
Mussolini, Benito 142, 164, 176, 184

Nachtigal, Gustav 93
Neumann, Dr. Ernst 179, 180
Ney, Dr. Hubert 158, 206, 207
Ney, Michel 109
Norbert von Magdeburg 27
Novotny, Antonin 218

Oda von Meißen 20
Opitz, Martin 224
Otto I., Kaiser 18–20, 26
Otto II., Kaiser 20
Otto III., Kaiser 20
Otto, Bischof von Bamberg 27
Ottokar II. von Böhmen 19, 29, 33

Palacky, Frantisek 105
Papen, Franz von 158, 163
Pastorius, Daniel 84
Pedro I. von Brasilien 88
Pelzel, Franz Martin 97
Penn, William 84
Peter der Große von Rußland 76
Peter III. von Rußland 76
Peters, Carl 93
Philipp II. von Spanien 49
Philipp der Kühne 48
Pieck, Wilhelm 158
Plettenberg, Wolter von 40
Podiebrad, Georg von 45
Poincaré, Raymond 156
Prokop 45

Rainer, Dr. Friedrich 164
Rapp, Jean Graf 109
Rauschning, Dr. Hermann 181
Renner, Dr. Karl 127, 128, 161, 167, 168
Reut-Nicolussi, Dr. 128
Richelieu, Kardinal 56
Riebeeck, Jan van 90
Riehl, Wilhelm Heinrich 78
Ritter 90
Röchling, Hermann 157, 158
Röchling, Robert 157
Rösner, Bürgermeister 69
Rond, General Le 136, 137
Roos, Dr. Karl 149
Roosevelt, Franklin Delano 187
Roth, Stephan Ludwig 100
Rudolf von Habsburg 29, 47
Runciman, Lord Walter 173, 174

Sacharow, Andrej 226
Saur, Christoph 84
Schäffer, Dr. Georg Anton von 88
Scheel, Walter 210, 230
Schilhawsky, General 165
Schilling, Abgeordneter 106
Schlageter, Albert Leo 152
Schleicher, Kurt von 158
Schlözer, August Ludwig von 104
Schmerling, Anton Ritter von 100, 106
Schneider, Dr. Heinrich 206, 207
Schönborn, Graf von 76
Schönerer, Georg Ritter von 98, 108
Schramm, Marschall 109
Schuman, Robert 205
Schurz, Carl 86
Schuschnigg, Kurt von 162–165
Seeckt, Hans von 113
Seipel, Ignaz 161
Seyß-Inquart, Arthur 163–166, 168
Seitz, Karl 128
Seliger 116
Sigismund, Kaiser 42, 44, 45
Speckbacher, Josef 143
Staden, Hans 87
Stalin, Josef 186, 187, 225
Starhemberg, Rüdiger Graf von 60
Steinacher, Hans 118–120, 135–139, 141, 150, 152–154, 228
Stephan I. von Ungarn 22, 99
Sterzinger, Martin 58
Steuben, Friedrich Wilhelm von 85, 87
Stoß, Veit 31, 36
Stresemann, Gustav 152

Taafe, Eduard 99, 107
Tallard, General 58
Talleyrand, Charles Maurice de 109
Tassilo I. von Bayern 17
Tassilo II. von Bayern 17
Tesse 58
Teutsch, Georg Daniel 99
Theoderich der Große 14
Tilladet 58
Tolomei, Ettore 129, 143
Trautenberger, Anton 25
Treitschke, Heinrich von 111
Truman, Harry S. 187
Turenne, Henri de Latour d'Auvergne 55
Türkenlouis 57, 61

Ulbricht, Walter 208
Urbanek, Dr. Kurt 137

Waldemar II. von Dänemark 32
Waldseemüller, Martin 81
Wallenstein, Albrecht Wenzel Eusebius von 51
Walter von der Vogelweide 143, 203
Washington, George 85
Weber, Pfarrer 109
Welser, Bartholomäus 78
Wenzel, König von Böhmen 44
Wenzel I., Herzog von Böhmen 19
Wenzel II., Herzog von Böhmen 29
Wicliff, John 44
Wiching, Bischof 23
Widukind von Corvey 18
Wilhelm I., Kaiser 110, 111
Wilhelm II., Kaiser 91, 121
Wilhelm I. von Nassau-Oranien 49
Wilhelm III. von Nassau-Oranien 55
Wilhelm von Zweibrücken 85
Wilson Thomas Woodrow 120, 121, 126, 129, 132, 140, 187
Wimpfeling, Jacob 50
Windischgrätz, Alfred Fürst 106
Winnig, August 113, 134
Winrich von Kniprode 35
Wintervogel, Johann 90
Wladislaw II. von Polen 39
Wojtyla, Bischof 221
Wolter von Plettenberg 40
Wrede 90
Wyszynski, Stefan, Kardinal 197, 220

Zay, Adolph 103
Zillich, Heinrich 25
Zischka, Jan 45
Zöckler, Theodor 99

SACHVERZEICHNIS

(Geographische Bezeichnungen sind nur im Zusammenhang mit besonderen Vorkommnissen aufgeführt. Die häufig vorkommenden Stammesnamen sind nicht, von den Grenzlandschaften nur die wichtigsten Stellen angeführt.)

Aachen, Friede von 55
Abodriten 17
Alemannen 10
Alldeutscher Verband 83
Allgemeiner Deutscher Schulverein 99, 102, 103, 227
Allslawischer Kongreß s. Panslawistenkongreß
Alpenländischer Kulturverband Südmark 228
Annaberg-Sturm 139
Anschluß Memelland 178–180
Anschluß Österreichs 161–169
Anschluß Saargebiet 1935 157–161
Anschluß Saargebiet 1957 205–207
Anschluß Sudetenland 169–178
Apenrader Erklärung 132
Askanier 43
Ausgleich, Böhmischer 108
Ausgleich, Mährischer 108
Ausgleich, Ungarischer 68, 100, 103, 106
Awaren 17, 21, 26, 63
Awarische Mark 17, 21

Babenberger 21, 22
Baltikum 32, 34, 40, 41, 63, 64, 112, 113, 149, 150, 185
Banat s. Ungarndeutsche
Baragan-Verschleppung 192
Bastarnen 15
Bautzen, Frieden von 20
Belgrad, Sieg bei 62
Belgrad, Friede von 62, 65
Berliner Erklärungen 188
Bessarabien 77, 185, 186
Böhmerwaldbund 107
Böhmisch-Brod, Schlacht bei 45
Böhmischer Ausgleich 108
Bogarosch, Petition von 100
Bornhöved, Schlacht bei 15
Brasiliendeutsche 87–90
Brest-Litowsk, Friede von 112
Bromberger Blutsonntag 182
Brünner Todesmarsch 193
Bürgerkrieg USA 86
Bukowina 74, 146, 186
Bundesverfassungsgericht 210, 211
Burenkrieg 91
Burgenland 20, 116, 130
Burgunder 10, 15

Charta der Heimatvertriebenen 209, 230

Danzig s. Westpreußen
Deutscher Kulturverband 146
Deutscher Ritterorden 24, 31–43, 47, 69, 178
Deutscher Schulverein 99, 108, 227
Deutscher Volksrat 114, 134
Deutschlandvertrag 190, 206
Dobrudscha 77, 186
Dreißigjähriger Krieg 8, 49–55, 63, 64, 90, 230
Dreizehn Gemeinden 204
Dresden, Zerstörung 195

Eburonen 10
Eisenburg, Frieden von 60
Eiserner Vorhang 63, 190

EKD-Denkschrift 209
Elsaß-Lothringen 46, 48, 50, 51, 56–59, 108–112, 122, 148, 149, 183, 197, 215, 216
Eupen-Malmedy 123, 133, 148, 183, 198, 214

Fehrbellin, Schlacht bei 53, 55
Feindstaatenklauseln 229
Frankfurt, Frieden von 110
Freikorps 113, 139
Friaul, Mark 17, 21, 26
Friesen 11
Fugger, Handelshaus 79

Generalstaaten 55
Gent, Vertrag von 49
Gepiden 15
Geusen 49, 55
Godesberger Memorandum 176
Görlitzer Vertrag 208, 220
Goldene Bulle von Rimini 32
Goten 15, 16
Gottschee 26, 145, 186, 192, 223
Groß-Friedrichsburg 79
Großmährisches Reich 18
Gruber-de-Gasperi-Abkommen 199

Hanse 35, 43, 76
Herder-Institut 149, 185
Hereroaufstand 95
Heruler 15
Höchstädt, Schlacht bei 58
Hundertjähriger Krieg 47
Hunnen 15, 63
Hussitenkriege 44, 45, 104

Impopulation 8
Indogermanen 8
Insurgenten 115, 136–140
Investiturstreit 47

Jalta, Konferenz von 8, 187, 190

Kärnten 21, 118–120, 130, 135, 136
Kärntner Freiheitskampf 117–120
Karlowitz, Frieden von 61
Karlsbader Acht Punkte 173
Karolinger 8, 10
Karpatendeutsche Tagungen 99
Karpatendeutsche s. Ungarndeutsche
Karpato-Ukraine 76, 193
Kimbern 204
Kölnische Volkszeitung 150, 151
Kolonien, deutsche 78–80, 92–96, 124
Kongokonferenz 95
Konstanz, Konzil von 44
Kortrijk, Schlacht bei 47
Krakauer Universität 31, 36
Kremsier Reichstag 106, 108
Krimkrieg 91
Krüger-Depesche 91
Kulmer Handfeste 34
Kulturkampf 111
Kulturwerk für Südtirol 228
Kumanen 24
Kuruzzen 60, 61
Kuttenberger Dekret 44

Ladiner 14, 129, 143, 203
Landler 67
Langobarden 13, 15, 17
Lechfeld, Schlacht auf dem 18, 22
Leopoldinisches Diplom 61
Lettland s. Baltikum
Liegnitz, Schlacht bei 29
Limes 10
Lipan, Schlacht bei 45
Londoner Geheimvertrag 129
Lothringen s. Elsaß-Lothringen
Lubliner Union 41, 69
Lugos, Schlacht bei 61
Lunéville, Frieden von 105
Luxemburger Kaiserhaus 29
Luxemburger Abkommen 207

Mährischer Ausgleich 108
Marburg/Drau, Blutbad von 119
Marienburg am Alt 24
Marienburg an der Nogat 33, 39, 40
Markomannen 15, 17
Memelland 124, 178–180
Memelstatut 179
Merowinger 10, 11
Merseburg, Hoftag von 27
Mersen, Vertrag von 13, 46
Mohatsch, Schlacht bei 59
Mongolen 29, 63
Moskauer Vertrag 210
Münchener Abkommen 176, 177, 209, 219
Münster, Frieden von 51
Murten, Schlacht bei 48

Netze-Brahe-Kanal 71
Nordischer Krieg 63, 64, 68
Nordschleswig 124, 132, 214
Nymwegen, Frieden von 55
Nystadt, Frieden von 64

Oberschlesien, Kampf um 115, 126–140
Oliva, Frieden von 53, 80
Operationskalender für Südtirol 202
Ortenburg, Grafen von 25
Osnabrück, Frieden von 51
Ostarrichi 21
Österreich-Anschluß 161–169
Ostmark 17, 19, 21, 22
Ostpreußischer Heimatdienst 134
Ostverträge 189
Ostpreußen s. Westpreußen

Paket für Südtirol 202
Pannonische Mark 17, 21
Panslawistenkongreß 98, 106, 108
Pariser Frieden, zweiter 109
Pariser Konferenzen 206
Pariser Vertrag s. Gruber-de-Gasperi-Abkommen
Passarowitz, Frieden von 62
Paulskirche, Frankfurter 82, 105, 106
Pest 38
Peterwardein, Schlacht bei 62
Petition von Bogarosch 100
Petschenegen 24
Peuplierung 8, 71
Pfälzischer Erbfolgekrieg 57
Piasten 28
Pirmasenser Zeitung 155
Polendeutsche 20, 30, 31, 36, 41–44, 66, 73
Polnische Teilungen 70, 72, 73
Poltawa, Schlacht bei 64, 70
Pomerellen s. Westpreußen
Posen s. Westpreußen
Potsdamer Konferenz 8, 157, 187–190, 205, 208
Prämonstratenser 27
Prager Frühling 218

Prager Erklärung 208, 209
Prager Universität 29, 44, 98, 104, 107
Prager Vertrag 219
Pragmatische Sanktionen 59
Preßburg, Schlacht bei 18
Preußischer Bund 39
Privilegium Sigismundi Augusti 42
Pruzzen 32, 33, 36, 37
Przemysliden 19, 29

Quaden 17

Räter, Rätoromanen 13, 14
Rastatt, Frieden zu 59, 80
Recknitz, Schlacht an der 19
Reichskleinodien 29
Reunionskammern 55–57
Rheinbund 53
Ribemont, Vertrag von 13, 46
Rijswijk, Frieden von 58
Ritterorden s. Deutscher Ritterorden
Rugier 15, 17
Ruhrgebiet, Besetzung des 151, 152
Rußlanddeutsche 76–78, 185, 224–227

Saargebiet 124, 157–161, 205–207
Saarstatut 206, 207
Sachsenspiegel 23
St. Germain, Frieden von, 1679 55
St. Germain, Frieden von, 1919 116, 118–120, 126–131, 142, 161, 170, 177
St. Gotthard, Schlacht bei 60
St. Jacob, Schlacht bei 48
Sathmar-Schwaben 66, 191, 223
Saule, Schlacht bei 32
Schlachta 43
Schlesien 28–30, 115, 123, 136–140, 193–197, 220–221
Schlesischer Ausschuß 136
Schwertbrüderorden 32, 34, 178
Siebenbürgen 23–25, 52, 60, 67, 68, 103, 191, 223, 224
Sieben Gemeinden 204
Siebenjähriger Krieg 69, 76
Silingen 15
Skiren 15
Sklavenchronik 27
Smolina, Schlacht am See 40
Sokoln 108, 135, 137
Sorben 17
Sorbische Mark 19
Spanischer Erbfolgekrieg 58
Staatsvertrag, österreichischer 190
Stockholm, Frieden von 64
Straßburg, Raub 56, 110
Straßburger Eide 56
Straßburger Universität 50, 108, 110, 111, 184
Stresa-Front 162
Sudetenland 29, 44–46, 104–108, 115, 128, 169–178, 193, 217–219
Sueben 17
Südafrikadeutsche 90, 91
Südmark s. Alpenländischer Kulturverband Südmark
Südtirol 128, 142–144, 184, 198–204
Südwestafrika 92–96

Taboriten 45
Tannenberg, Schlacht bei, 1410 34, 39
Tannenberg, Schlacht bei, 1914 (Abb. Tannenberg-Denkmal)
Teheran, Konferenz von 187
Thorner Blutgericht 69
Thorner Frieden, I., II. 39, 40
Trentschin, Vertrag von 42
Treverer 10
Türkenkriege 25, 60–63, 66, 67
Tungerer 10

Ubier 10
Ulmer Schachteln 66
Umsiedlungen im 2. Weltkrieg 184–186
Unabhängigkeitskrieg USA 85
Ungarndeutsche 22, 23, 60–68, 76, 99–104, 145–146, 222
Ungarischer Ausgleich 68, 100, 103, 106
Unstrut, Schlacht an der 18
USA-Deutsche 83–87

Vandalen 15–17
VDA Verein für das Deutschtum im Ausland 227–229
Verdun (Virten), Vertrag von 14
Versailles, Frieden von 8, 96, 112, 113, 121–126, 131, 134–136, 140, 142, 148, 151, 156, 178, 187
Vertreibungen 191–197
Világos, Schlacht bei 100
Völkerbund 127, 133, 139–141, 162, 177, 181
Völkerwanderung 8
Volksabstimmung im Burgenland 117, 131
Volksabstimmung in Eupen-Malmedy 133
Volksabstimmung in Kärnten 120, 130, 135, 136
Volksabstimmung in Nordschleswig 132
Volksabstimmung in Oberschlesien 136–140
Volksabstimmung in Österreich 168
Volksabstimmung in Ost-, Westpreußen 133–135
Volksabstimmung an der Saar 1935 157–161
Volksabstimmung an der Saar 1955 205–207
Volksabstimmung in Tirol 140, 141
Volksabstimmung in Salzburg 141

Wahlstadt, Schlacht auf der 29
Warschauer Deklaration 208
Warschauer Vertrag 210
Wenden 17, 19, 28, 37
Westfälischer Frieden 51, 53
Westpreußen 27–29, 32–36, 52, 53, 68–73, 112–114, 123, 124, 133–135, 180, 181, 193–197, 220–221
Wien, Belagerung 60, 61, 65
Wiener Kongreß 109
Wilzen 17

Zenta, Schlacht bei 61
Zimbern 204
Zimbrische Sprache 204
Zipser Willkür 23
Zisterzienser 17, 32

INHALT

VORWORT 5

EINLEITUNG 7
Mitteleuropa mit offenen Grenzen 7

DIE ENTSTEHUNG DER DEUTSCHEN SPRACH- UND VOLKSGRENZEN 9
Die Entstehung der West- und Südgrenze 9
Die Verteidigung der Ostgrenze bis 1050 15
Der Beginn der Ostkolonisation im Südosten 21
Die Kolonisation Mittel- und Ostdeutschlands 26
Der Deutsche Ritterorden 32

VERLUSTE IM OSTEN UND WESTEN 38
Der Niedergang des Deutschen Ritterordens 39
Rückschläge im südlichen Polen 42
Die Hussitenkriege 44
Das Schicksal der Westgrenze bis zu den Glaubenskriegen 46
Die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges 51
Die französischen Raubkriege 53
Die Türkenkriege 59
Der Nordische Krieg 63

OST- UND SÜDOSTSIEDLUNG IM 18. JAHRHUNDERT 64
Die Kolonisation in den Donauländern 65
Die Kolonisation im östlichen Preußen 68
Die Entstehung weiterer Sprachinseln im Osten 73

DEUTSCHE IN ÜBERSEE 78
Frühe deutsche Kolonien 78
Deutsche Auswanderung nach Übersee 80
Die Deutschen in Nordamerika 83
Die Deutschen in Brasilien 87
Die Deutschen in Südafrika 90
Deutsche Schutzgebiete und Kolonien 92

VOLKSDEUTSCHES SCHICKSAL IM ZEITALTER DES NATIONALISMUS 96
Deutsche erwecken das slawische Volkstum 96
Die Madjarisierung in Ungarn 99
Das Erwachen des tschechischen Nationalismus 104
Die Wiederangliederung Elsaß-Lothringens 108

DIE FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGES 112
Grenzkämpfe von Reval bis zum Burgenland 112
Der Kärntner Freiheitskampf 117
Abtretungen in Versailles 120
Österreichische Verluste in St. Germain 126
Die Volksabstimmungen der Grenzlande 132
Deutsches Schicksal in besetztem Land 142
Separatisten in Westdeutschland 150

AUFHEBUNG DER ABTRETUNGEN VON VERSAILLES 156
Die Saar-Abstimmung 1935 157
Der Anschluß Österreichs 161
Die Rückkehr des Sudetenlandes 169
Die Rückgewinnung des Memellandes 178
Rückgliederungen und Umsiedlungen im Zweiten Weltkrieg 180

DEUTSCHES GRENZLAND NACH JALTA UND POTSDAM 187
Grenzänderungen im Potsdamer Protokoll 187
Flucht, Vernichtung und Vertreibung 191
Der erfolgreiche Volkstumskampf der Südtiroler 198
Die neuerliche Rückkehr des Saarlandes 205
Neue Verträge und Abmachungen über deutsches Grenzland 208

DEUTSCHES LAND IN FREMDER HAND 211
Deutsches Land in westlichen Staaten 214
Besetztes Sudetenland und Ostdeutschland 217
Volksdeutsche in Südost- und Osteuropa 222

VOLKSTUMSARBEIT GESTERN UND HEUTE 227

NACHWORT 229

LITERATURVERZEICHNIS 232

PERSONENVERZEICHNIS 233

SACHVERZEICHNIS 236

Kosiek

JENSEITS DER GRENZEN